

**Auseinandersetzungen um Abschiebungen
Risse in der tief verankerten Hegemonie der Grenze?**

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

Doktorin der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dr. rer. pol.)

des Fachbereichs Kultur- und Sozialwissenschaften

der Universität Osnabrück

vorgelegt

von

Maren Kirchhoff (MA)

aus

Northeim

Osnabrück, im März 2021

Zusammenfassung

Die vorliegende kumulative Dissertation untersucht Konflikte um Abschiebungen. Hierfür entwickle ich die Forschungsperspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse weiter, indem ich den in dieser Perspektive verwendeten Regimebegriff um hegemonietheoretische Überlegungen ergänze. Aus diesem Blickwinkel diskutiere ich zum einen, inwiefern Auseinandersetzungen durch hegemoniale Migrationspolitiken, Grenzziehungen und die tief verankerte Hegemonie der Grenze geprägt sind. Zum anderen nehme ich in den Blick, inwiefern es Akteur:innen gelingt, Verschiebungen im hegemonialen Gefüge zu erzeugen. Hierdurch lässt sich die Gleichzeitigkeit von Stabilität und Instabilität im Migrations- und Grenzregime analytisch fassen. Die Arbeit basiert auf vier qualitativen Fallstudien sowie einer quantitativen medienbasierten Protestereignisanalyse. Während die ersten drei Fallstudien lokale Auseinandersetzungen um Abschiebungen auf dem zivilgesellschaftlichen Terrain untersuchen, fokussiert die vierte Fallstudie juristische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach der Dublin-Verordnung. Die Dissertation besteht aus insgesamt sechs publizierten beziehungsweise zur Publikation angenommenen Artikeln und Sammelbandbeiträgen sowie einem Rahmenpapier, in welchem ich die Beiträge zusammenhängend diskutiere. Sie erweitert bestehende Forschungen zur Umstrittenheit von Abschiebungen und zu Auseinandersetzungen im und um das Migrations- und Grenzregime, indem sie sowohl Momente der Transformation als auch der Reproduktion im hegemonialen Gefüge greifbar macht. Die Untersuchung zeigt, dass die Auseinandersetzungen um Abschiebungen im Sinne strategischer Selektivität durch das Migrations- und Grenzregime beeinflusst werden. Zugleich können Akteur:innen strategisch auf diese Strukturen reagieren und so Veränderungen herbeiführen.

Abstract

This cumulative dissertation examines conflicts over deportations. I extend the research perspective of a materialist border regime analysis by reconceptualising its notion of the regime through the lens of hegemony theory. From this angle, I discuss, on the one hand, the extent to which corresponding conflicts are shaped by hegemonic migration policies, border demarcations and the deeply anchored hegemony of the border. On the other hand, I scrutinize the extent to which actors succeed in challenging the hegemonic structure. This allows me to analytically grasp the simultaneity of stability and instability in the migration and border regime. The study builds on four qualitative case studies and a quantitative media-based protest event analysis. While the first three case studies examine local struggles over deportations on the terrain of civil society, the fourth case study focuses on juridical disputes over subjective rights under the Dublin Regulation. The dissertation consists of six articles and anthology contributions that have been published or accepted for publication, as well as a framework paper in which I discuss the respective contributions. It extends existing research on the contested nature of deportations and on struggles and negotiations in and around the migration and border regime by making tangible both moments of transformation and reproduction in the hegemonic structure. The study shows that the migration and border regime entails strategic selectivities that influence which course struggles about deportations take. At the same time, actors react strategically to these structures and are thus able to bring about change.

Für das Recht zu gehen, zu kommen und zu bleiben!

Danksagung

Ich danke allen Interviewpartner:innen für ihre Bereitschaft mit mir über ihre Erfahrungen in Auseinandersetzungen um Abschiebungen zu sprechen. Die Gespräche haben nicht nur die vorliegende Arbeit geprägt. Für die finanzielle Unterstützung danke ich der Deutschen Forschungsgesellschaft, welche das Forschungsprojekt „Taking Sides“ gefördert hat, mit dem diese Dissertation ihren Anfang nahm, und der Hans-Böckler-Stiftung, die mir durch ein Promotionsstipendium die thematische Weiterarbeit zum Thema ermöglichte. Mein Dank gilt auch den jeweiligen Verlagen für die Erlaubnis die Artikel erneut abzudrucken.

Dieser kumulativen Dissertation ist mehr als anderen, monographischen Dissertationen anzusehen, dass sich eine solche Arbeit nicht allein schreibt. Neben den sichtbaren Beziehungen der Ko-Autor:innenschaft waren verschiedenste Beziehungen zentral für die Entstehung und Fertigstellung dieser Arbeit: kollegiale und freundschaftliche, betreuende, umsorgende und anregende, disziplinierende, aufmunternde, ermutigende und ablenkende. Dafür danke ich:

Helen Schwenken, Sonja Buckel, Samia Dinkelaker, Malte Lühmann, David Lorenz, Jenny Simon, Lisa Kietzke, Till Gerwers, Sophie Hinger, Fabian Georgi, Ronja Knop, Zora Lovreković, Lillemor Kuht, Ariana Savoji, Tatjana Ulshöfer, Katja Kunst, Simon Sperling, Maria Jaschick, Annika Müller, Nina Ulbrich, Agnes, Mauricio, Carla und Pablo Torres Florez, Helge Schwiertz, Anne Reiff, Dana Dülcke, den Mitarbeiter:innen der Kasseler Zentralmensa, Sigrid Pusch, Johanna Neuhauser, Carol Vestena, Irena Pietrzyk, Norma Tiedemann, Ingrid Hebestreit, Lore Graf, Sophie Kempe, Tobias Samus, Antje Neumann, Sebastian Matthes, Christoph Schmidt, Lisa Carstensen, Philipp Ratfisch, Consuelo Flores Rojas, Aishah Namukasa, Miriam Trzeciak, Philip Fehling, Romke Buchholz, Johanna Ullmann, Insa Breyer, Priska Daphi, zahlreichen weiteren Kolleg:innen aus dem kritnet und der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung sowie meinem Lieblingschor.

Nach dem Abitur wurde ich für ein Studienstipendium vorgeschlagen. Im daraufhin stattfindenden Auswahlgespräch fragte mich der Gutachter, ob es ein Problem für mich darstelle, dass meine Eltern keine Akademiker:innen seien. Diese Frage irritierte mich. Zugleich erzeugte sie in mir das bis heute immer mal wieder aufkommende Gefühl, dass mit meiner Anwesenheit in der akademischen Welt irgendwas nicht stimmt. Mit der Zeit wurde mir klar, dass das eigentliche Problem nicht meine Herkunft war, sondern der verbreitete Klassismus, den ich in besagtem Gespräch das erste Mal bewusst erfahren habe. Deshalb möchte ich abschließend den Dank an meine Eltern, Marion und Claas Kirchhoff, besonders hervorheben. Danke für alles!

Inhaltsverzeichnis

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	10
Vorbemerkungen	13
1. Einleitung	14
1.1 Verortung im Forschungsstand	17
1.1.1 Abschiebungen als Forschungsgegenstand	18
1.1.2 Das Scheitern von Abschiebungen	20
1.1.3 Umkämpfte Abschiebungen	21
1.2 Methodische Herangehensweise	23
1.1.4 Analyse leitfadengestützter Expert:inneninterviews	25
1.1.5 Dokumentenanalyse	26
1.1.6 Protestereignisanalyse	27
1.1.7 Reflexion	28
1.3 Aufbau der Arbeit	29
2. Migrations- und Grenzregime und die Hegemonie der Grenze	32
2.1 Zum Begriff des Migrations- und Grenzregimes	33
2.2 Hegemonietheorie und Grenzregimeanalyse	36
2.3 Auseinandersetzungen um Abschiebungen und die tief verankerte Hegemonie der Grenze	40
3. Artikel des Kumulus	47
3.1 Between Illegalization, Toleration and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany	47
3.2 Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013	68
3.3 “We belong together!” Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück	96
3.4 Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück (2014-2017)	119

3.5	Umkämpfte Grenze im Inneren Europas – Juridische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach der Dublin-Verordnung	134
3.6	Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship	149
4.	Zusammenführende Diskussion	169
4.1	Zusammenfassung der Artikel	169
4.2	Re-Lektüre aus Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse	173
4.2.1	Dissonanz als Ausgangspunkt für Auseinandersetzungen um Abschiebungen	174
4.2.2	Strategische Selektivität	175
4.2.3	Auseinandersetzungen um Abschiebungen als Auseinandersetzungen um Hegemonie	180
4.2.3.1	Politisierung und politisches Engagement	181
4.2.3.2	Dekonstruktion der subjektivierenden Effekte von Grenzen und Aufbruch der Isolation	183
4.2.3.3	Diskursive Verschiebungen	184
4.2.3.4	Gesetzesreformen auf nationaler Ebene	186
4.2.3.5	Veränderte europäische Rechtsprechung	187
5.	Schlussbetrachtungen	189
5.1	Wissenschaftlicher Beitrag	189
5.2	Leerstellen der Arbeit und Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen	192
5.3	Fazit	193
	Literatur	195
	Anhang	214
	Anhang A: Überblick über die Publikationen	214
	Anhang B: Interviewübersicht	216

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Selected status and respective residence permits according to German legislation, prior to changes in 2015/2016 [Table 3.1]	52
Abbildung 1	Asylum applications and decisions in Germany, 1990–2015 [Fig. 3.1]	53
Abbildung 2	Deportations and assisted returns from Germany, 1990–2015 [Fig. 3.2]	53
Abbildung 3	Protestaufkommen in Österreich und Deutschland (1993-2013) [Abb. 1]	78
Tabelle 2	ProtestakteurInnen in Österreich und Deutschland (1993-2013 [Tab. 1]	80
Tabelle 3	Aktionsformen in Österreich und Deutschland (1993-2013) [Tab. 2]	83
Tabelle 4	Protestforderungen in Österreich und Deutschland (1993-2013) [Tab. 3]	84
Abbildung 4	Timeline of the anti-deportation protests in Osnabrück [Fig. 8.1]	101
Tabelle 5	Interviews [Table 1]	116
Tabelle 6	Überblick über die Publikationen	214

Abkürzungsverzeichnis

A/ AT	Österreich
AfD	Alternative für Deutschland (D)
AG	Arbeitsgemeinschaft
ARI	Antirassistische Initiative (D)
AufenthG	Aufenthaltsgesetz (D)
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz (D)
AsylG	Asylgesetz (D)
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren, kurz: Asylverfahrensgesetz (D)
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (D)
BgA	Bündnis gegen Abschiebung Osnabrück (D)
BMI	Bundesministerium des Innern (D)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVwG	Bundesverwaltungsgericht (A)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands (D)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern (D)
D	Deutschland
D-A-CH	Deutschland, Österreich und Schweiz
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DÜ	Dubliner Übereinkommen
EC	European Commission (Europäische Kommission)
ECRE	European Council on Refugees and Exiles (Europäischer Rat für Geflüchtete und im Exil lebende Personen)
ECJ / EuGH	European Court of Justice/ Gerichtshof der Europäischen Union
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, kurz: Europäische Menschenrechtskonvention
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EURODAC	European Asylum Dactyloscopy Database (Europäisches Fingerabdruck-Identifizierungssystem)

FDP	Freie Demokratische Partei (D)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs (A)
Frontex	Agentur für die Grenz- und Küstenwache der Europäischen Union
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
GFK	Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, kurz: Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz (D)
GH	Gefängnishefte
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union, kurz: Grundrechtscharta
HFK	Härtefallkommission (D)
HMPA	Historisch-Materialistische Politikanalyse
HP	Hegemonieprojekte
IMIS	Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien
IOM	Internationale Organisation für Migration
JoG	Jugendliche ohne Grenzen (D)
KJ	Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik
KOM	Europäische Kommission
Kritnet	Netzwerk Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung
LGBTQ	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer (Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Transgender, Queer)
NGOs	Non-governmental organizations (Nichtregierungsorganisationen)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
PEA	Protestereignisanalyse
PhD	Wissenschaftlicher Doktorgrad
POS	Political-Opportunity-Structure (Politische Möglichkeitsstruktur)
PRODAT	Protestdatenbank, Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der BRD
RESF	Réseau Education Sans Frontières (französisch: Netzwerk Bildung ohne Grenzen, Frankreich)
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SNF	Schweizer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
SNSF	Swiss National Science Foundation (englische Bezeichnung für SNF)

SZ	Süddeutsche Zeitung
taz	die Tageszeitung
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen)
USA	United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika)
VG	Verwaltungsgericht (D)
VO	Verordnung
VwGH	Verwaltungsgerichtshof (A)

Vorbemerkungen

Die vorliegende kumulative Dissertation ist in deutscher und englischer Sprache verfasst. Die Artikel und Buchbeiträge des Kumulus wurden in englisch- beziehungsweise deutschsprachigen Fachzeitschriften und Sammelbänden veröffentlicht (siehe hierzu Anhang A: Überblick über die Publikationen). Verbunden werden diese Arbeiten durch den begleitenden deutschsprachigen Text, in dem ich ihren inneren Zusammenhang darstelle.

Die kumulative Struktur führt dazu, dass sich einige Informationen wiederholen, da sie sowohl im Rahmenpapier als auch in den bereits publizierten oder zur Publikation angenommenen Beiträgen enthalten sind. Dies ist z. B. bei einigen Teilen der Übersicht über den Forschungsstand sowie bei Schilderungen der theoretischen Perspektive und der methodischen Herangehensweise der Fall.

Die veröffentlichten Artikel wurden ohne inhaltliche Änderungen in das vorliegende Dokument aufgenommen. Ich habe mich dafür entschieden, die Beiträge im Originalformat einzufügen, um auch visuell zu unterstreichen, dass die vorliegende Dissertation eine kumulative ist. Alle im Rahmenpapier und in den Einzelbeiträgen verwendete Literatur wurde im zentralen Literaturverzeichnis zusammengeführt und gemäß dem im Rahmenpapier verwendeten Zitierstil vereinheitlicht.

1 Einleitung

„Wir wollen keine Angst vor Abschiebung haben müssen! Wir wollen gleiche Rechte für alle!“ Mit diesen Worten brachten die Bewohner:innen¹ einer Sammelunterkunft in Osnabrück ihre Forderungen in einem Aufruf zu einer Demonstration im Sommer 2017 auf den Punkt. Einige Wochen zuvor hatten sie in ihrer Unterkunft ein Alarmsystem organisiert: Mit Trillerpfeifen informierten und mobilisierten sie sich gegenseitig in Fällen von Abschiebeversuchen. Gemeinsam gelang es ihnen so, mehrere Dublin-Überstellungen zu verhindern. Mit ihren Forderungen wandten sie sich nicht nur gegen die drohende Abschiebung und den zermürbenden Zustand der Abschiebbarkeit. Indem sie gleiche Rechte für alle forderten, verwiesen sie auch auf die grundlegende gesellschaftliche Ursache ihres Problems: die Ungleichverteilung an Rechten, die durch nationalstaatliche Grenzziehungen und Migrationspolitiken produziert wird.

Abschiebungen² sind eng mit der Idee von Nationalstaatlichkeit, nationalstaatlicher Territorialität und staatsbürgerlichen Rechte verbunden³. Während von der Antike bis ins Mittelalter Verbannungen und Exil in Europa Formen der Strafe darstellten, die Mitglieder aus der Gemeinschaft verwiesen, gilt es als ein wesentliches Merkmal nationalstaatlicher Bürger:innenschaft, dass deren Träger:innen nicht gezwungen werden können, das Staatsgebiet zu verlassen. Von Abschiebungen bedroht und betroffen sind diejenigen, die als ‚Ausländer:innen‘ beziehungsweise als ‚Nicht-Staatsbürger:innen‘ klassifiziert und denen Bürger:innenrechte verwehrt werden (Walters 2002a; Oulios 2013: 151-157). Abschiebungen sind in diesem Sinne konstitutiv für (Staats-)Bürger:innenschaft (Walters 2002a: 267). Als staatliche Zwangsmaßnahmen zur Kontrolle über Territorium und Bevölkerung berühren sie Kernfragen nationalstaatlicher Souveränität (De Genova & Peutz 2010; Walters et al. 2021).

¹ Im Folgenden verwende ich vorwiegend den Gender-Doppelpunkt als Versuch einer möglichst inklusiven Sprache, die eindeutige Geschlechtszuweisungen vermeidet und Platz für nicht-binäre Geschlechtsidentitäten lässt. Im Gegensatz zum Gender-Sternchen oder Unterstrich wird der Doppelpunkt in Sprachausgabeprogrammen als Pause gesprochen, was dem Anliegen einer inklusiven Sprache also doppelt entspricht. An anderen Stellen des Kumulus finden sich das Gender-Sternchen, was zum einen den redaktionellen Anforderungen der jeweiligen Publikationsorte geschuldet ist und zum anderen auf einen Wandel in meinem eigenen Umgang mit geschlechtergerechter Sprache verweist. Dort, wo ich von konkreten Personen spreche, beziehe ich mich zumeist auf deren zugeschriebenes Geschlecht, da geschlechtliche Identitäten in den Auseinandersetzungen um Abschiebungen eine Rolle spielen (siehe hierzu auch Kapitel 4.2.2).

² Unter Abschiebungen verstehe ich staatliche Zwangsmaßnahmen, mit denen Personen ohne Aufenthaltsstatus außer Landes gebracht werden. Ich weiche hiermit von der engeren bundesdeutschen aufenthaltsrechtlichen Definition ab, die zwischen Abschiebungen, Rückschiebungen, Zurückweisungen, angeordneter Rückkehr und Dublin-Überstellungen unterscheidet. In der folgenden Arbeit liegt der Schwerpunkt insbesondere auf Auseinandersetzungen um Abschiebungen und Dublin-Überstellungen.

³ Der folgende Absatz ist in ähnlicher Form im PERIPHERIE-Stichwort „Abschiebung“ publiziert worden, welches ich als Gastredakteurin gemeinsam mit Susanne U. Schulz und Helen Schwenken für das Heft 156 „Abschiebung global“ verfasst habe (siehe Kirchhoff et al. 2019).

In der Bundesrepublik Deutschland fanden Abschiebungen bis in die 1960er Jahre nur vereinzelt statt und wurden vor allem als Mittel zur politischen Disziplinierung eingesetzt. Erst in den 1970ern wurden sie gängiger Bestandteil des migrationspolitischen Instrumentariums (Oulios 2013: 207-217; Seibert 2008: 136-137). Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gewannen Abschiebungen weltweit in zahlreichen Staaten quantitativ an Bedeutung (Anderson et al. 2013: 1). Diese Zunahme staatlicher Zwangsgewalt ist insbesondere vor dem Hintergrund des ansonsten proklamierten Rückzugs des Staates beziehungsweise der Zunahme weicher Steuerungsmechanismen bemerkenswert. Dies änderte sich auch mit der zunehmenden Durchsetzung des neoliberalen Projekts des „Migrationsmanagements“ – welches restriktiven Abschottungspolitik eine selektierende Regulierung von Migrationsbewegungen entgegengesetzt (Geiger & Péroud 2010) – ab Anfang der 2000er nicht. Diejenigen Personen, die als unerwünscht eingestuft werden, „fallen im Migrationsmanagement unter ein hartes Regime, welches nicht bloß ‚sanft‘ reguliert und indirekt lenkt, sondern Handlungen direkt und gewaltsam unterbindet“ (Meyer & Purtschert 2008: 157). Die Ausübung staatlicher Autorität zielt darauf ab, „das Verhältnis der Verantwortlichkeit zwischen dem Staat und Nicht-Bürger:innen endgültig zu beenden“ (Anderson et al. 2013: 1, Übersetzung M.K.).

Abschiebungen sind in diesem Sinne Praktiken der Grenzziehung – zwischen Staaten und Individuen sowie zwischen Globalem Norden und Globalem Süden⁴. Sie reproduzieren dabei tagtäglich und gewaltsam ein System stratifizierter Rechte (Morris 2002); mit ihnen wird versucht den Ausschluss jener durchzusetzen, die als nicht zur Teilhabe berechtigt definiert werden. Diese politische Dimension von Abschiebungen gerät hinter formalisierten Abläufen jedoch zumeist aus dem Blick (Peutz & De Genova 2010: 6). Abschiebungen beruhen auf einer „tief verankerten Hegemonie“ der Grenze (Buckel et al. 2014: 40): Nationalstaatliche Grenzen erscheinen in öffentlichen Debatten nicht als gesellschaftliche Konstrukte, sondern werden als quasi-natürlich angesehen und von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen kaum berührt. Hierdurch werden globale Zusammenhänge und Ausbeutungsverhältnisse unsichtbar – Zusammenhänge, die Personen durch ihre eigensinnige Migration zumindest indirekt sichtbar machen⁵. Durch Abschiebungen wird die hegemoniale Grenzziehung gewaltsam gegen jene Personen abgesichert, die eigensinnig migriert sind. Diese Gewaltanwendung stützt sich wiederum

⁴ Als Globaler Norden werden Länder bezeichnet, die im Gegensatz zu Ländern des Globalen Südens eine privilegierte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position im globalen System einnehmen (glokal e.V. 2012: 4).

⁵ Manchmal tun sie dies auch sehr direkt: Vor den Bundestagswahlen 1998 mobilisierte die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten für eine bundesweite Tour, um mit dem Slogan: „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“ auf den Zusammenhang von Neokolonialismus und Flucht/Migration hinzuweisen (Kirchhoff 2017).

auf einen gewissen Grad gesellschaftlicher Zustimmung. Dort, wo Abschiebungen umstritten sind, entstehen jedoch potenzielle Risse.

Die Betrachtung von Auseinandersetzungen um Abschiebungen ist aufschlussreich, da in ihnen „wie unter einem Brennglas die zentralen Konfliktlinien der Migrationspolitik sichtbar werden“ (Oulios 2015: IV). Konkret treffen der staatliche Kontrollanspruch über das eigene Territorium und die rechtliche Unterscheidung zwischen Bürger:innen und Nicht-Bürger:innen (Kanstroom 2007: 5) auf den Versuch, das normative Recht auf Bewegungsfreiheit beziehungsweise das Recht zu bleiben zu verwirklichen (Oulios 2015: IV). Um Auseinandersetzungen um Abschiebungen als Kämpfe im und um das Migrations- und Grenzregime zu analysieren, untersuche ich sie aus der Perspektive einer „materialistischen Grenzregimeanalyse“ (siehe auch Georgi 2016a). Ich baue unter anderem auf Arbeiten der Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION (2007), der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (2014) sowie hegemonietheoretischen Arbeiten von und in Anlehnung an Antonio Gramsci auf. Grenzregime verstehe ich als umkämpfte soziale Räume, „die von Spannungen, Konflikten und Aushandlungen zwischen multiplen Akteur_innen um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind und durch ständige performative Akte (wieder) hergestellt, repariert, herausgefordert, verschoben, umgedeutet oder neu eingeschrieben werden“ (Hess et al. 2014: 18). Diese kontinuierlichen „border struggles“ (Mezzadra & Neilson 2013: 13) werden, so eine zentrale Annahme dieser Arbeit, durch die hegemonialen Strukturen des Migrations- und Grenzregimes beeinflusst. Eine Betrachtung von Auseinandersetzungen um Abschiebungen aus Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse ermöglicht es dabei, sowohl Momente der Transformation als auch der Reproduktion im hegemonialen Gefüge greifbar zu machen. Damit lässt sich die Gleichzeitigkeit von Stabilität und Instabilität des Migrations- und Grenzregimes, welches ich als Ergebnis kontinuierlicher Herausforderungen und Reparaturarbeiten verstehe, in den Blick nehmen.

Die Frage, inwiefern die tief verankerte Hegemonie der Grenze Auseinandersetzungen um Abschiebungen beeinflusst und durch sie zugleich berührt wird (siehe hierzu ausführlich Kapitel 2.3) und inwiefern das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes durch diese Auseinandersetzungen verändert wird, rahmt meine kumulative Dissertation. Diese Fragen lassen sich nur in Bezug auf konkrete Konstellationen beantworten. Ihnen liegt gleichsam ein weitergefasstes Erkenntnisinteresse zugrunde. Es geht darum, das Spannungsfeld von Macht- und Herrschaftsverhältnissen und Auseinandersetzungen greifbar zu machen, ohne die hierfür prägende Ambivalenz einseitig aufzulösen. Dabei gehe ich sowohl theoretisch als auch empirisch auf die Suche nach Antworten unter anderem auf folgende Fragen: Wie sind angesichts umfas-

sender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die tief in gesellschaftliche Strukturen eingeschrieben sind und Auseinandersetzungen immer wieder entzogen werden, Auseinandersetzungen um diese Verhältnisse möglich? Inwiefern sind Akteur:innen nicht bloß dazu verdammt, die bestehenden Umstände zu reproduzieren, sondern können durch eigensinnige Handlungen Verschiebungen im hegemonialen Gefüge erzeugen? Welche Auseinandersetzungen müssen für eine Analyse in den Blick genommen werden? Wie ist angesichts einer tendenziellen Vereinzelung kollektives Handeln, das über das Bestehende hinausweist, denkbar und praktisch möglich? Inwiefern verändern sich Auseinandersetzungen, wenn diese auf unterschiedlichen Terrains (dem zivilgesellschaftlichen, dem rechtlichen und dem politisch-institutionellen Terrain) ausgetragen werden?

Im Folgenden verorte ich meine kumulative Dissertation in vorhandenen Forschungen und beschreibe die methodische Herangehensweise sowie den Aufbau der Arbeit. Zuvor sei zu den in der Arbeit verwendeten Begrifflichkeiten folgendes angemerkt:

Wie Personen kategorisiert werden, ist das Resultat von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Migrations- und Grenzregime (siehe hierzu ausführlich Kapitel 2.3). Mit dieser Einordnung werden Personen zu ‚Anderen‘ gemacht und in der gesellschaftlichen Hierarchie auf ihre Plätze verwiesen. Für Wissenschaftler:innen und andere Wissensproduzent:innen, die gesellschaftliche Kategorisierungen (mit-)prägen, besteht daher die Notwendigkeit, sensibel mit Bezeichnungen umzugehen und diese gesellschaftlichen Hierarchisierungen nicht zu naturalisieren (siehe auch Walters 2021: 75). Ich vermeide, wo möglich, die Zuweisung essentialisierender Subjektpositionen als ‚(Staats-)Bürger:in‘ oder ‚Migrant:in‘ und versuche entweder die soziale Konstruktion dieser Subjektpositionen sichtbar zu machen (z.B. indem ich von ‚als Migrant:innen markierte Personen‘ spreche) oder andere Beschreibungen (wie ‚Aktivist:in ohne sicheren Aufenthaltsstatus‘, ‚von Abschiebung Betroffene‘ etc.) zu nutzen (siehe hierzu auch Kapitel 3.3 (Hinger et al. 2018: 165)⁶).

1.1 Verortung im Forschungsstand

Diese Arbeit ist in drei Feldern sozialwissenschaftlicher Forschung verortet⁷: Aufgrund ihres thematischen Zuschnitts reiht sie sich *erstens* in Forschungen zu Abschiebungen und Auseinandersetzungen um diese ein, wobei Arbeiten zu Konflikten um Abschiebungen stark durch

⁶ Wenn ich mich im Folgenden auf Passagen aus Kapitel 3.1 bis 3.6 beziehe, bei denen es sich um die bereits publizierten Artikel des Kumulus handelt, gebe ich hinter dem jeweiligen Unterkapitel die Referenz so an.

⁷ Neben der folgenden Darstellung des Forschungsstands, in dem sich die gesamte Arbeit verortet, finden sich auch in den in Kapitel 3 versammelten Beiträgen Schilderungen des für die jeweiligen Artikel relevanten Forschungsstandes.

Ansätze der sozialen Bewegungsforschung geprägt sind. Ich bewege mich mit der Arbeit *zweitens* auf dem allgemeineren Feld der Migrationsforschung und der Fragen von Migrationskontrollpolitik. Auch wenn der wissenschaftliche Diskurs zu Auseinandersetzungen um Abschiebungen zum Teil getrennt vom wissenschaftlichen Diskurs über Migration geführt wird, stelle ich die Forschungen im Folgenden verbunden dar. Schließlich knüpft die Arbeit durch meine spezifische Perspektive auf Migration und Gesellschaft *drittens* an Fragen der Gesellschaftsforschung beziehungsweise Gesellschaftstheorie bezüglich der Möglichkeit von Kämpfen gegen Macht- und Herrschaftsverhältnisse an, wie ich eingangs bereits angedeutet habe und in Kapitel 2 ausführlicher darlege.

Die Beiträge verorten sich je nach Publikations- und Entstehungskontext in verschiedenen wissenschaftlichen Debatten. Teile der Arbeit gehen zurück auf die Zusammenarbeit im Kontext des vergleichenden D-A-CH-Projekts „Taking Sides. Protests against the Deportation of Asylum Seekers in Austria, Germany and Switzerland“⁸. Dieses Forschungsprojekt war durch Perspektiven der sozialen Bewegungsforschung geprägt und damit auf die empirische Erforschung von Protesten fokussiert. Durch ein an die Projektarbeit anschließendes Promotionsstipendium der Hans-Böckler-Stiftung konnte ich die stark empirisch ausgerichtete Forschung mit abstrakteren gesellschaftstheoretischer Überlegungen verbinden und Auseinandersetzungen um Abschiebungen aus einer hegemonietheoretischen Perspektive in den Blick nehmen.

1.1.1 Abschiebungen als Forschungsgegenstand

Bei Analysen zu Abschiebungen handelt es sich um ein eher jüngeres Forschungsfeld, welches Anfang der 2000er entstand (Anderson et al. 2013: 1; Coutin 2014: 671). Zahlreiche Arbeiten auf diesem Feld reagieren und verweisen auf die zunehmende Bedeutung von Abschiebungen als Instrument der Migrationskontrolle seit den 1990er Jahren (siehe De Genova 2002; Walters 2002a; Gibney & Hansen 2003; Fekete 2005). Um die Zentralität von Abschiebungen für den US-amerikanischen Umgang mit Migration zu unterstreichen, bezeichnet etwa Daniel Kanstroom (2007) die ansonsten als „Immigration Nation“ betitelte USA als „Deportation Nation“. Dass die Zunahme von Abschiebungen nicht nur in Staaten des Globalen Nordens wie den USA

⁸ Das Projekt wurde von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG, Fördernummer SCHW1389 /5-1), dem österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) und dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) gefördert. Die Abkürzung D-A-CH setzt sich aus den drei Länderkürzeln zusammen. An diesem Projekt (DFG-Fördernummer SCHW1389 /5-1) waren über die Projektlaufzeit folgende Kolleg:innen beteiligt: Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Gianni D’Amato (alle drei als Projektleiter:innen der Länderteams), David Lorenz, Verena Stern, Sarah Meyer, Sarah Nimführ, Nina Maria Merhaut, Johanna Probst, Dina Bader, Didier Ruedin (alle acht als Projekt-Mitarbeiter:innen, im österreichischen und Schweizer Team gab es personelle Wechsel), Silvia Mann, Sophia Nürnberger, Ricarda Wiese, Stephan Liebscher, Rejane Herwig und Julia Müller (als studentische Mitarbeitende im deutschen Team).

oder Europa zu beobachten ist, arbeiten Almamy Sylla und Susanne U. Schultz (2019) in Bezug auf Mali und Inken Bartels (2019) in Bezug auf Nordafrika heraus. Dieser Anstieg an Abschiebungen auch innerhalb des Globalen Südens steht nicht nur⁹, aber auch, im Zusammenhang mit der Externalisierung des europäischen Grenzregimes (Cuttita 2010). Nicholas De Genova und Nathalie Peutz (2010) sprechen in diesem Zusammenhang von einem globalen „deportation regime“. Während die Forschung zu Abschiebungen zwar meist auf Ereignisse vor oder während der Abschiebung beziehungsweise auf Abschiebestaaten fokussiert ist, haben in den letzten zehn Jahren ethnographische Publikationen zugenommen, die sich mit der Situation „nach der Abschiebung“ (so der übersetzte Titel eines Sammelbands von Sharam Khoshravi 2017) beschäftigen (siehe auch Lecadet 2013; Alpes 2015; Drotbohm 2015; Radziwinowiczówna 2019; Golash-Boza & Navarro 2019). Dass Abschiebungen Migration nicht dauerhaft verhindern, sondern häufig der Ausgangspunkt für die erneute Migration der Betroffenen sind, haben Liza Schuster und Nassim Majidi (2013; 2015) ausgehend von ihrer Forschung zu Abschiebungen nach Afghanistan aufgezeigt (siehe auch Jafari 2019).

Verschiedene Arbeiten haben des Weiteren auf die umfassende gesellschaftliche, insbesondere politisch-ökonomische, Bedeutung von Abschiebungen im neoliberalen globalen Kapitalismus hingewiesen (vgl. De Genova 2002; Kanstroom 2007; Golash-Boza 2015; Welz 2017). Nicholas De Genova (2002) hat in diesem Zusammenhang den Begriff der „deportability“ geprägt. Gemeint ist hiermit die permanent bestehende Möglichkeit, abgeschoben zu werden, durch die migrantische Illegalität erst produziert wird. Dies trägt zur Disziplinierung von Arbeitskräften und zur gesellschaftlichen Hierarchisierung im Zugang zu sozialen Rechten bei. Indem diese Arbeiten nicht nur die individuellen Auswirkungen von Abschiebungen fokussieren, sondern die politisch-ökonomischen Effekte von Abschiebung in den Blick nehmen, leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einem umfassenderen gesellschaftstheoretischen Verständnis von Abschiebungen. Zugleich verweisen sie auf „die historisch partikulären politischen und administrativen Prozesse [...], durch die Abschiebbarkeit produziert und auferlegt wird“ (ebd.: 6). Abschiebungen, die in wiederkehrenden politischen und administrativen Handlungen vorbereitet und durchgesetzt werden, tragen aus dieser Perspektive dazu bei, globale postkoloniale Ungleichheitsverhältnisse¹⁰ auch angesichts eigensinniger Mobilitätsentscheidungen aufrecht zu erhalten.

⁹ Sylla und Schultz (2019) argumentieren, dass die verstärkte Nutzung innerafrikanischer Abschiebungen bereits im Zuge der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten zu einem politischen Instrument wurde.

¹⁰ Um die „Kontinuitäten zwischen gegenwärtigen unterdrückter Migrationen und vergangenen kolonialen Konfigurationen zur Kontrolle [...] von Mobilität“ (Kalir 2019: 19; Übersetzung M.K.) hervorzuheben, hat Barak Kalir den Begriff „Departheid“ vorgeschlagen.

1.1.2 Das Scheitern von Abschiebungen

Nicht nur das Ausmaß und die Konjunkturen tatsächlich durchgeführter Abschiebungen, ihrer Bedingungen und ihrer Folgen beschäftigt die Forschenden. Ein zentraler Strang der Forschung zu Abschiebungen dreht sich um die Frage, warum Abschiebungen immer wieder scheitern. Matthew Gibney (2008) bezeichnet dieses Phänomen als „deportation gap“ und knüpft damit an ältere Debatten aus der Migrationsforschung an. Mitte der 1990er beschrieben Wayne Cornelius, Philip Martin und James Hollifield (1994) das Auseinanderklaffen zwischen erklärten Zielen von Migrationskontrollpolitiken und ihren tatsächlichen Ergebnissen und prägten hierfür den Begriff der „gap hypothesis“. Dabei zeichnen sich viele dieser Arbeiten auf diesem Feld durch einen klassischen Problemlösungsbias¹¹ aus. Unkontrollierte Migration und das Scheitern von Abschiebungen erscheinen hier als Probleme, die gelöst werden müssen. Viele dieser Forschungen übernehmen die durch das Migrations- und Grenzregime produzierten Subjektkategorien und ruhen damit der „tief verankerten Hegemonie“ (Buckel et al. 2014: 40) der Grenze auf – ein Aspekt, auf den ich in Kapitel 2 zurückkomme. Der Staat wird in diesen Arbeiten meist als der Gesellschaft gegenübergestellt verstanden und als Akteur gefasst, der aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage ist, Migration effektiv zu kontrollieren (für eine Zusammenfassung der verschiedenen Erklärungsansätze in der Migrationsforschung und eine Kritik hieran siehe Benz & Schwenken 2005: 364-365).

Erklärungen für die Diskrepanz zwischen restriktiven Abschiebepolitiken und -rhetoriken und tatsächlich durchgeführten Abschiebungen werden etwa im „liberal demokratischen Paradox“ (Gibney & Hansen 2003: 1, Übersetzung M.K.) gefunden: Während die Fähigkeit, Grenzen kontrollieren zu können, zentral für nationalstaatliche Souveränität sei, ergebe sich aus den liberalen Schutzrechten des Individuums gegenüber dem Staat eine selbst-begrenzte Souveränität liberaler Demokratien, die zu einer Differenz zwischen Ausweisungsentscheidungen und tatsächlich durchgeführten Abschiebungen führe (Gibney 2008). Der Unterschied erklärt sich aus verschiedenen staatlichen Grundsätzen heraus quasi von selbst.

Dagegen betonen andere Arbeiten (Ellermann 2009; Menjivar & Kanstroom 2014; Beiträge in Lahusen & Schneider 2017; Eule 2017) die zentrale Bedeutung von Entscheidungen, die Beamten:innen aufgrund von Ermessensspielräumen treffen. Basierend auf einer Analyse von Ab-

¹¹ Renate Mayntz' selbstkritische Beschreibung des Problemlösungsbias der Governance-Forschung lässt sich m.E. gut auf Forschungen zur Steuerung von Migration übertragen: „Die relative Herrschaftsblindheit der Theorie politischer Steuerung liegt nicht etwa daran, dass sie die Machtdimension ausblendet (was sie nicht tut), sondern daran, dass Macht nur im Kontext der Formulierung und Durchsetzung von Problemlösungen behandelt wird [...]“ (Mayntz 2009: 33-34).

schiebepraktiken in Deutschland und den USA identifiziert Antje Ellermann (2009) Unterschiede in den bürokratischen Kapazitäten, umstrittene Abschiebungen durchzusetzen. Diese ließen sich darauf zurückführen, dass sich die Interessen der Entscheidungstragenden im Laufe des policy-Prozesses veränderten (ebd.: 14). Ellermann geht mit dem Fokus auf Machtinteressen über die Postulierung einer selbst-begrenzten Souveränität liberaler demokratischer Staaten hinaus.

1.1.3 Umkämpfte Abschiebungen

Anstatt das Scheitern von Abschiebungen als Vollzugsdefizit oder einseitiges Resultat administrativer Entscheidungen zu verstehen, weist Carla Küffner (2019) auf die grundlegende Umkämpftheit von Abschiebungen hin. Sie betont, dass „nicht ausschließlich die Behörden [...] in den Abschiebeprozess involviert [sind], sondern darüber hinaus eine ganze Reihe weiterer Beteiligten, darunter Pilot_innen, Ärzt_innen, Journalist_innen, Protestierende und nicht zuletzt die ausreisepflichtigen Personen selbst“ (ebd.: 2; zur zentralen Rolle letzterer für das Scheitern von Abschiebungen siehe auch Ellermann 2010; Oulios 2013: 312). Küffner rekonstruiert in einer mikrosoziologischen Untersuchung, wie verschiedene Akteur:innen mit jeweils unterschiedlichen Zielvorstellungen daran arbeiten, die Ausreisepflicht durch die Realisierung oder Verhinderung der Abschiebung zu beenden (Küffner 2019: 201-202). Sie knüpft an den breiten Korpus der Migrations- und Grenzregimeforschung an, der die Handlungsmacht derjenigen, die als (irreguläre) Migrant:innen subjektiviert werden, unterstreicht (etwa Schwenken 2006; Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION 2007; Ataç et al 2016; Kukovetz 2017; Schwiertz 2019; Nimführ 2020).

Immer wieder kommt es neben diesen kaum merklichen Aushandlungen auch zu öffentlichen Protesten und Mobilisierung gegen Abschiebungen und für Bleiberecht, die Gegenstand zahlreicher weiterer Forschungen sind¹² (z.B. Seibert 2008; Heck 2008; Tazreiter 2010; Patler & Gonzales 2015; Mokre 2015; Kirchoff et al. 2018). Diese Arbeiten untersuchen Proteste, in denen sich Personen mit sicherem Aufenthaltsstatus für andere einsetzen (Freedman 2011; McGregor 2011) insbesondere in Bezug auf die Bedeutung sozialer Beziehungen und Emotionen (Rosenberger & Winkler 2013; 2014) und fokussieren Mobilisierungen, die Teil umfassenderer migrantischer Kämpfe sind (Schwiertz 2015; Ataç 2016). Dabei werden Auseinandersetzungen um Abschiebungen auch als Auseinandersetzungen um Zugehörigkeit (Anderson et al.

¹² Der Forschungsstand zu Protesten gegen Abschiebungen wird insbesondere in den Kapiteln 3.2 und 3.6 ausführlich diskutiert.

2011) oder um aktivistische Bürger:innenschaft („activist citizenship“) (Nyers 2003) beziehungsweise radikal egalitäre Bürger:innenschaft (Schwiertz 2019) diskutiert. Die Einschätzungen, inwiefern in den jeweiligen Auseinandersetzungen Abschiebungen tiefergehend infrage gestellt und nationalstaatliche Grenzziehungen herausgefordert werden, gehen in der Literatur auseinander. Barak Kalir und Lieke Wissink (2016) verorten Konflikte um Abschiebungen in den Niederlanden in einem Abschiebekontinuum („deportation continuum“). Staatliche Beamt:innen und Mitarbeiter:innen von NGOs, die sich gegen Abschiebungen im Einzelfall einsetzen, trügen durch geteilte politische Subjektivierungen der von Abschiebung Betroffenen dazu bei, dass grundlegende Alternativen zur Abschiebepolitik marginalisiert würden. „[D]as Potenzial ‚radikaler‘ Akteur:innen, [...], hegemoniale Vorstellungen über Rechte, Zugehörigkeit und Gerechtigkeit zu verändern“ (ebd.: 46), werde durch die Logiken des politischen Feldes erstickt. Helge Schwiertz (2016) zeigt hingegen am Beispiel der Organisation undokumentierter migrantischer Jugendlicher in den USA auf, wie diese in der Lage waren, „hegemoniale Konzepte formaler, national-kultureller und meritokratischer (Staats-)Bürger:innenschaft“ (ebd.: 611, Übersetzung M.K.) infrage zu stellen. In der vergleichenden Betrachtung dieser Proteste mit der Selbstorganisation migrantischer Jugendlicher in Deutschland stellt er zugleich fest, dass die von den Jugendlichen in Deutschland wie den USA genutzten Narrative durch eine Ambivalenz geprägt seien, „die darin besteht, auch Aussagen und Kategorien hegemonialer Diskurse zu reproduzieren, um in diesen wahrgenommen zu werden“ (Schwiertz 2019: 350).

Mit der vorliegenden kumulativen Dissertation baue ich auf diesen Forschungen auf. Im Gegensatz zu Arbeiten, die das Scheitern von Abschiebungen als Resultat staatlicher Selbstbeschränkungen begreifen oder durch einseitige Entscheidungen und Handlungen einzelner Akteur:innen erklären, verstehe ich Abschiebungen als Ergebnis von Auseinandersetzungen im Kontext gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Indem ich im vorliegenden Rahmenpapier diskutiere, inwiefern in Auseinandersetzungen Abschiebungen das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes reproduziert wird und inwiefern hieraus mitunter Verschiebungen resultieren, setzt die Arbeit an der Ambivalenz an, die in den zuletzt diskutierten Forschungen deutlich wurde. Als theoretische Brille, mit der ich die Artikel des Kumulus der erneuten Lektüre unterziehe, entwickle ich die Perspektive einer staats- und hegemonietheoretisch fundierten materialistischen Grenzregimeanalyse weiter. Dabei baue ich auf zahlreichen Arbeiten aus dem Feld der Migrations- und Grenzregimeforschung sowie der Hegemonie- und Staatstheorie auf, wie ich in Kapitel 2 ausführlich darstelle.

1.2 Methodische Herangehensweise

„Und was meinen Sie, mit einer qualitativen Fallstudie aussagen zu können?“, fragte mich ein quantitativ-vergleichend arbeitender Professor, als ich im Rahmen einer Veranstaltungsreihe Teile meiner qualitativen Forschung präsentierte. Irritiert ob der mitschwingenden Infragestellung qualitativer Forschungsmethoden antwortete ich recht einfühend, dass ich Fallstudien als Forschungsstrategie verstehe, um ein Phänomen eingebettet in seinen Kontext zugleich detailliert und ganzheitlich erfassen zu können (Snow & Trom 2002: 151). Während quantitative Methoden – wie z.B. die von uns im Rahmen des D-A-CH-Projekts durchgeführte vergleichende Protestereignisanalyse (s.u.) – Auskunft geben über das Ausmaß, die Träger:innenschaft und die Ausrichtung von Protesten, so bleiben dynamische Auseinandersetzungen hierbei – anders als in qualitativen Fallstudien – oft im Dunkeln. Werden Fallstudien in konsistente gesellschaftliche Analysen eingebettet, so lassen sich hierdurch soziale Transformationsprozesse greifbar machen (Bahl & Becker 2020: 9).

In der Literatur wird zwischen repräsentativen, kritischen und abweichenden beziehungsweise extremen Fällen unterschieden (Snow & Trom 2002: 158-160). Bei den in dieser Arbeit diskutierten vier Fällen¹³ handelt es sich nicht um repräsentative, sondern um kritische Fälle, deren Analyse es erlaubt, jeweils spezifische Fragestellungen und Probleme näher zu untersuchen (ebd.: 157). Die Auswahl der ersten beiden in dieser Arbeit untersuchten Fallstudien erfolgte 2015 im Rahmen des vergleichenden D-A-CH-Forschungsprojekts¹⁴. Während wir in den deutschen, österreichischen und Schweizer Länderteams jeweils fünf qualitative Fallstudien durchgeführt haben¹⁵ (siehe hierzu Kirchhoff et al. 2018), habe ich in den für den Kumulus verfassten beziehungsweise ausgewählten Artikeln und Buchbeiträgen zwei dieser Fälle eingehender analysiert (siehe Kapitel 3.3 und 3.6): die Proteste gegen die Abschiebung der Hamburger Schülerin Adriana¹⁶ und ihrer Familie sowie die Auseinandersetzungen um Abschiebungen in Osnabrück 2014/2015. Der erste Fall (Einzelfallprotest in Hamburg) bot sich an für eine eingehendere Analyse, anhand derer ich die Effekte der im Jahr 2005 eingeführten Härtefallregelung auf Auseinandersetzungen um Abschiebungen in den Blick nehmen konnte. Der zweite Fall (ein Bündnis gegen Abschiebungen in Osnabrück) erlaubte es meiner Kollegin Sophie Hinger und mir,

¹³ Die untersuchten Fälle unterscheiden sich in ihrem räumlichen und zeitlichen Umfang. Eine Fallstudie kann aus mehreren Ereignissen bestehen. Welche Ereignisse dabei genau in den Blick genommen werden, entscheidet sich anhand des zu untersuchenden Phänomens (Snow & Trom 2002: 147-149).

¹⁴ Zur Begründung der Länderauswahl siehe Kapitel 3.2 (Rosenberger et al. 2017: 260-262).

¹⁵ Deren Auswahl erfolgte auf Grundlage der Medienanalyse (siehe unten) und richtete sich im Kontext des Forschungsprojekts nach einer möglichen Vergleichbarkeit der Fälle. Vergleichbarkeit stand in meiner Dissertation nicht im Vordergrund.

¹⁶ Die Namen aller Interviewpartner:innen wurden anonymisiert.

die außergewöhnliche Protestdynamik der kollektiven Aktionen gegen Abschiebungen, die sich hier entwickelt hatte, zu untersuchen. Als es 2017 zu weiteren Protesten gegen Abschiebungen in Osnabrück kam, beschlossen wir, diesem „Konflikt [zu] folgen“ (Marcus 1995: 110, Übersetzung M.K.) und unsere gemeinsame Forschung fortzusetzen. Mit der zweiten Osnabrücker Fallstudie wollten wir untersuchen, wie gesetzliche Änderungen vom Herbst 2015, die z.B. ein Verbot der Ankündigung von Abschiebungsterminen beinhalteten, den Spielraum für Anti-Abschiebe-Proteste beeinflusst hatte (siehe Kapitel 3.4). Die Auswahl der letzten Fallstudie, auf dem Kapitel 3.5 des Kumulus basiert, ergab sich schließlich daraus, dass ich einer Auskunft nachging, die mich seit einem Interview 2015 nicht mehr losgelassen hatte: Ein Anwalt hatte darauf verwiesen, dass die Dublin-Verordnung auch auf dem Terrain des Rechts umstritten sei. Um zu untersuchen, wie die Verlagerung des Konfliktes vom zivilgesellschaftlichen auf das rechtliche Terrain die Auseinandersetzungen verändert und wie hier Kämpfe um Hegemonie geführt werden, wählte ich für diese Fallstudie eine Reihe von Verfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) aus, infolge derer es zu einer entscheidenden Veränderung in der Europäischen Rechtsprechung kam.

Um alle für diese Fälle relevanten Aspekte erfassen zu können, habe ich verschiedene Methoden der qualitativen Datenerhebung und -auswertung verbunden, die ich im Folgenden darstelle. Den Schwerpunkt bilden die Analyse von Expert:inneninterviews und ausgewählten Dokumenten. Dabei variierte die jeweilige Kombination dieser Methoden aufgrund der unterschiedlichen Beschaffenheit der Fälle. Nach deren Darstellung skizziere ich die Protestereignisdatenanalyse, die die methodische Grundlage für Kapitel 3.2 bildet.

Das Besondere an der methodischen Herangehensweise der in dieser Dissertation versammelten Beiträge ist, dass die Datenerhebung teilweise vor der expliziten Arbeit an meinem Promotionsprojekt im Rahmen des vergleichenden Forschungsprojekts „Taking Sides“ erfolgte. Entsprechend war die Datenerhebung nur teilweise auf die theoretischen Erkenntnisinteressen der Dissertation abgestimmt. Dies reflektiere ich am Schluss der Erläuterungen zur methodischen Herangehensweise der kumulativen Dissertation.

1.2.1 Analyse leitfadengestützter Expert:inneninterviews

Beim Großteil der Interviews, die in dieser Arbeit analysiert werden, handelt es sich um sogenannte Expert:inneninterviews¹⁷ (siehe Interviewübersicht im Anhang). Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte nach dem Prinzip eines „theoretischen Samplings“ (Glaser & Strauss 1967: 45-47), d.h. diese wurden aufgrund ihrer spezifischen, einander ergänzenden Erfahrungen und Sichtweisen ausgesucht¹⁸. Der Auswahlprozess wurde sowohl von theoretischen Überlegungen als auch von empirisch gewonnenen Erkenntnissen geleitet (Blee & Taylor 2002: 100). Die meisten dieser Interviews habe ich im Kontext des vergleichenden „Taking Sides“ Projekts geführt. In den Artikeln, die ich für den Kumulus ausgewählt habe, beziehe ich mich nur auf einen Teil dieser Interviews explizit (in der Übersicht sind dies die Fälle D1 und D5¹⁹). Für die zweite Osnabrücker Fallstudie haben Sophie Hinger und ich drei weitere Expert:inneninterviews geführt.

Die Interviews entstanden auf der Basis eines Gesprächsleitfadens. Dies geschah, um sicher zu stellen, dass zum einen in den Interviews keine der zu erfragenden Informationen vernachlässigt wurde, und dass zum anderen im Rahmen des vergleichenden Forschungsprojekts an den jeweiligen Standorten die gleichen Aspekte thematisiert wurden. Gleichzeitig ermöglichte das leitfadengestützte Vorgehen eine flexiblere Handhabung, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt im Interview die Fragen gestellt wurden. Es gewährleistete eine größere Offenheit und schuf so Platz für längere Erzählpassagen und für Relevanzsetzungen durch die Interviewten (siehe ausführlich Gläser & Laudel 2010: 172-190). Die Formulierung der Interviewfragen erfolgte in Rücksprache mit den Kolleg:innen im Forschungsverbund. Aufgrund der teilweise unterschiedlichen Ausgangssituation der Interviewpartner:innen habe ich die Fragen an den jeweiligen Fallkontext angepasst (Gläser & Laudel 2010: 150-153). Ich habe die Interviews digital aufgezeichnet. Sie wurden im Nachhinein wörtlich transkribiert²⁰ und im Anschluss daran

¹⁷ Der Begriff ‚Expert:in‘ bezieht sich hierbei auf die Funktion einer Person innerhalb eines sozialen Gefüges und nicht auf ihre formale Qualifikation oder Position. Ausschlaggebend ist das praktische Erfahrungswissen, über das diese Expert:innen verfügen (Meuser & Nagel 1994: 180).

¹⁸ Entgegen der Auswahl der Interviewpartner:innen im „Taking Sides“ Projekt versuchte ich auch Interviews mit Personen zu vereinbaren, die in ihrer beruflichen Funktion Abschiebungen durchsetzen wollten. Leider erhielt ich nur in einer der Fallstudien, die ich in den Artikeln des Kumulus nicht diskutiere, die Möglichkeit mit dem Leiter einer Ausländerbehörde zu sprechen. Im Fall Hamburg wurde meine Interviewanfrage mit Verweis auf das hohe Verwaltungsaufkommen im Sommer 2015 abgewiesen. In Osnabrück konnte Sophie Hinger ein Interview mit einer:m Behördenmitarbeiter:in führen, welches aber vertraulich behandelt werden musste. Ich habe mich daher gegen eine weitere Anfrage entschieden.

¹⁹ Die Interviewverweise, die sich in den Artikeln und in diesem Rahmenpapier finden, folgen noch der Benennung im vergleichenden Forschungsprojekt. D5_6 steht beispielsweise für das 6. Interview in der 5. Fallstudie in Deutschland.

²⁰ Die Transkription erfolgte unter meiner Anleitung größtenteils durch die studentischen Prokektmitarbeiter:innen des D-A-CH-Projekts (siehe Interviewliste im Anhang). Dabei wurden folgende Transkriptionsregeln ange-

anonymisiert. Die Auswertung der Expert:inneninterviews, die für die Beiträge in den Kapiteln 3.3, 3.4 sowie 3.6 zentral war, erfolgte in Anlehnung an Gläser und Laudel (2010). Die im Interview enthaltenen Informationen wurden durch ein kodiertes Suchraster strukturiert (ebd.: 206). Die Kodierung erfolgte dabei spezifisch in Bezug auf die jeweiligen Artikel sowohl deduktiv als auch induktiv, d.h. die Auswertungs-Codes wurden zum einen aus theoretischen Überlegungen, zum anderen aus den ersten empirischen Ergebnissen entwickelt und somit im Verlauf der Arbeit verfeinert. Anschließend wurden vergleichbare Textpassagen gebündelt und interpretiert.

Neben den zumeist sehr ausführlichen Expert:inneninterviews waren die Interviews, die ich für die Untersuchung der juristischen Auseinandersetzungen (Kapitel 3.5) geführt habe, deutlich knapper. Bei diesen explorativen Gesprächen ging es mir darum, Hintergrundinformationen zu den Verfahren und Zugang zu weiterem Material (Urteile der Ursprungsverfahren, Stellungnahmen und Plädoyers der Beschwerdeführenden), das zum Teil nicht öffentlich zugänglich war, zu erhalten. Die Auswertung dieser Kommunikation spielt für die Analyse der juristischen Auseinandersetzungen eine untergeordnete Rolle. Den Schwerpunkt bildete in diesem Fall die Analyse von Dokumenten.

1.2.2 Dokumentenanalyse

Die qualitative Dokumentenanalyse (Lamnek 2010: 434-447) diente in dieser Arbeit – dies gilt insbesondere im Fall der juristischen Auseinandersetzungen – verschiedenen Zwecken: Erstens der Rekonstruktion des jeweiligen Falls, zweitens der Identifizierung von Artikulationsmustern, drittens der Einbeziehung des jeweiligen Kontextes, um Zusammenhänge herstellen zu können (Schwenken 2006: 67-68).

In der qualitativen Dokumentenanalyse bildet die Auswahl der in der Untersuchung berücksichtigten Dokumente den ersten Schritt des Analyseprozesses. Im Fall der juristischen Auseinandersetzungen, in denen die qualitative Dokumentenanalyse die zentrale Methode der Erkenntnisgenerierung war, besteht der ausgewählte Materialkorpus aus den EuGH-Urteilen zur Frage der Geltung subjektiver Rechte, den jeweiligen Schlussanträgen der Generalanwält:innen, den Stellungnahmen der Beschwerdeführenden sowie einigen juristischen und rechtspolitischen Kommentaren. Diese Dokumente habe ich entsprechend der Fragestellung des Artikels

wendet: nichtverbale Äußerungen wie Lachen wurden nur dann festgehalten, wenn sie einer Äußerung eine andere Bedeutung verleihen; längere Unterbrechungen im Gespräch und unverständliche Passagen wurden gekennzeichnet (Gläser & Laudel 2010: 194). Bei offensichtlicher thematischer Abweichung wurde die Transkription ausgesetzt und der Inhalt der jeweiligen Passagen in Schlagworten zusammengefasst. Abschließend habe ich alle Transkriptionen kontrolliert (ebd.: 189).

zu subjektiven Rechten nach der Dublin-Verordnung auf die Frage untersucht, wie die Artikulation der Geltung subjektiver Rechte zu einer hegemonialen Verschiebung führen und diese nach und nach verfestigten konnte (siehe Kapitel 3.5 für eine ausführlichere Beschreibung der hegemoniethoretischen Diskursanalyse sowie Buckel 2013: 73-79). Für die Kontextanalyse habe ich zudem weitere zentrale Dokumente, darunter die jeweiligen Fassungen der Dublin-Verordnung und Reformentwürfen, Parlamentsdebatten sowie eine Reihe von NGO-Stellungnahmen, analysiert. Dieses Datenmaterial habe ich auf für die Auseinandersetzungen um subjektive Rechte bedeutsame Passagen untersucht und relevante Informationen extrahiert.

In den anderen Fallstudien ergänzte die Auswertung von Dokumenten, darunter Medienberichten zum Fall und Protestmaterialien, die Analyse von Expert:inneninterviews und diente der Komplettierung des durch die Interviews erhaltenen Bildes.

1.2.3 Protestereignisanalyse

Zusätzlich zur Interviewerhebung führten wir im Rahmen des „Taking Sides“ Projekts eine Protestereignisanalyse (PEA) durch. Auf Grundlage von Medienberichten zweier Tageszeitungen – die tageszeitung (taz) und Süddeutsche Zeitung (SZ) – identifizierten wir Mobilisierungen gegen Abschiebungen im Zeitraum von 1993-2013²¹ (siehe hierzu ausführlich Kapitel 3.2 (Rosenberger et al. 2017: 262-263)). So konnten wir einen systematischen Überblick zu Protesten gegen Abschiebungen über einen längeren Zeitraum erhalten. Mit dieser Form der Datenerhebung geht eine gewisse Selektivität einher. Praktiken ohne mediale Aufmerksamkeit lassen sich so nicht greifen. Zudem wurde im Interview mit einer Journalist:in deutlich, dass Journalist:innen die framings solcher Proteste nicht nur abbilden, sondern entscheidend mitprägen (siehe hierzu Kapitel 4.2.2). Diese doppelte Selektivität ist aber insofern im Rahmen der hegemoniethoretischen Analyse vertretbar, als hierfür die Frage, wie diese Proteste in der öffentlichen Berichterstattung weitervermittelt werden, interessiert²².

²¹ Mit einem schrittweise verfeinerten, von unserem Schweizer Kollegen Didier Ruedin programmierten automatisierten Suchstring identifizierten wir für die deutsche Teilstudie 2.270 Artikel zum Thema Abschiebungen und Protest. Diese Artikel kodierten David Lorenz, Silvia Mann, Sophia Nürnberger und ich unter meiner Leitung auf der Basis eines ebenfalls im D-A-CH-Projekt gemeinsam entwickelten Codebooks. Am Ende wurde ein sogenannter Intercoder Reliability Test durchgeführt, um sicherzustellen, dass es keine Verzerrung durch die wechselnden Kodierenden gab.

²² Ähnlich verteidigen auch Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht (2001) die Methode der PEA bezüglich der Kritik der Ausblendung weiterer Auseinandersetzungen: Für politische Entscheidungsprozesse seien insbesondere medial sichtbare Proteste relevant (ebd.: 32).

1.2.4 Reflexion

Ich entwickelte die theoretische Perspektive meiner Dissertation nach Abschluss des Forschungsprojekts „Taking Sides“ und auf der Grundlage der darin erhobenen Daten. Dieses Vorgehen hatte Vor- und Nachteile. Zum einen profitierte die Entwicklung meiner theoretischen Perspektive von den konkreten Erkenntnissen der empirischen Arbeit. Zum anderen wäre die Datenerhebung selbst anders erfolgt, wenn ich sie auf Grundlage meiner theoretischen Überlegungen entwickelt hätte. Aus forschungspraktischen Gründen waren mir Nacherhebungen nicht in dem Umfang möglich, den ich selbst für wünschenswert hielt. Trotz dieser Einschränkung erwies sich der pragmatische Methodenmix²³ im Rahmen dieser kumulativen Dissertation als wertvoll. Er ermöglichte es, verschiedene Arten von Informationen zu Auseinandersetzungen um Abschiebungen einzubeziehen und so einen zugleich breiten und detaillierten Einblick in den untersuchten Gegenstand zu erhalten.

In den Fällen der Anti-Abschiebe-Proteste in Osnabrück, die ich 2015 und 2017/2018 mit Sophie Hinger untersuchte, konnten wir auf Erkenntnisse zurückgreifen, die insbesondere aus Sophies aktiver Teilnahme an verschiedenen Aktionen und Treffen des Bündnisses gegen Abschiebungen Osnabrück resultierten²⁴. Die enge Begleitung der Fälle über einen längeren Zeitraum verschaffte uns Zugang zu Hintergrund- und Insiderinformationen, die sich bei der Analyse und Interpretation der Interviews als entscheidend erwiesen. Dabei erleichterte uns unsere klare Positionierung als aktivistische Wissenschaftler:innen (siehe Carstensen et al. 2014) den Zugang zum Feld²⁵, da uns die Interviewpartner:innen hinsichtlich unseres verantwortungsvollen Umgangs mit den gewonnenen Informationen vertrauten. Eine ähnliche Erfahrung machte ich auch in den Interviews, die ich in den übrigen Fallstudien für das D-A-CH-Projekt führte. Nicht nur die generelle Kommunikationsbereitschaft, sondern auch die Offenheit, mit der die Interviewten zum Teil sensible Informationen mit mir teilten, war bemerkenswert (Blee & Taylor 2002: 97).

Dieser privilegierte Zugang zum Feld führte zugleich zu einer besonderen ethischen Herausforderung. Wissenschaftliche Arbeiten zu Kämpfen um Abschiebungen bewegen sich, wie die

²³ Gerade bei qualitativen Methoden wird ein solcher Mix als Qualitätssicherung genutzt, um die gewonnenen Erkenntnisse durch Rückgriff auf unterschiedliche Datenquellen abzusichern (Schwartz-Shea & Yanow 2012: 108-109).

²⁴ In der Arbeit am in Kapitel 3.3 platzierten Sammelbandbeitrag brachte auch Ricarda Wiese ihre Erfahrungen im Bündnis in unsere Diskussionen und Analysen ein.

²⁵ Lisa Riedner (2018) reflektiert in ihrer Arbeit zu urbanen Auseinandersetzungen um EU-Migration, die sie selbst als „Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus“ bezeichnet, aktivistische Forschung wie folgt: Diese habe das Potential „nahes, immanentes und relevantes Wissen zu produzieren“ (ebd.: 72). Grundlage hierfür sei „die kritische Analyse und der konsequente Umgang mit ungleichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Forschungsprozess und darüber hinaus“ (ebd.).

Forschung zum größeren Komplex von Flucht und Migration insgesamt (siehe hierzu Kaufmann et al. 2019), auf einem schmalen Pfad. In der Reflexion ihrer eigenen Forschung zu solidarischen Praktiken nach dem Sommer der Migration 2015 bringt Silke Betscher (2019: 257) die aus der Beobachtung subversiver Strategien resultierende Problematik auf den Punkt:

„Viele dieser Praxen erscheinen mir nicht veröffentlichbar, obwohl sie für das Feld und auch, um meinen Forschungspartner*innen in aller Widersprüchlichkeit, Gleichzeitigkeit und Ambivalenz ihrer Handlungen gerecht zu werden, zentral wären. Doch mögliche Konsequenzen einer Veröffentlichung – sei es auf persönlicher Seite, sei es für eine solidarische Unterstützungsstruktur insgesamt – scheinen mir [...] unabwägbar.“

Bestimmte Praktiken in der Analyse nicht zu benennen hat allerdings Auswirkungen auf die Befunde. Gerade für die Beantwortung der Frage, inwiefern in diesen Auseinandersetzungen um Abschiebungen das hegemoniale Gefüge infrage gestellt wird, ist die Berücksichtigung nach außen wenig sichtbarer, das Grenzregime infrage stellender, Praxen wichtig. Wie können wir die Bedeutung dieser Kämpfe anerkennen, ohne Wissen zu produzieren, das dazu dienen könnte, gegen sie zu arbeiten? Wie können wir die strategischen Praktiken derjenigen, die Abschiebungen verhindern oder dies zumindest versuchen, berücksichtigen, ohne damit zukünftige Verhinderungsversuche zu gefährden? Diese Fragen habe ich mir im Laufe der Forschung immer wieder gestellt und mit Kolleg:innen diskutiert. In der Forschung gilt es, immer wieder neue Antworten darauf zu finden.

1.3 Aufbau der Arbeit

Der Aufbau dieser kumulativen Dissertation ist mit dem eines Sammelbandes vergleichbar: Die in Kapitel 3 versammelten und bereits an anderen Stellen publizierten Artikel und Buchbeiträge sind eigenständig lesbar. Um den inneren Zusammenhang dieser Artikel zu verdeutlichen, die Beiträge des Kumulus aus übergeordneter Perspektive einzuordnen und sie einer Re-Lektüre zu unterziehen, entwickle ich in Kapitel 2 die Perspektive einer hegemonietheoretisch fundierten materialistische Grenzregimeanalyse.

Im Anschluss folgen in Kapitel 3 die bereits publizierten Artikel des Kumulus. Aufgrund ihres Entstehungskontexts sind diese zum Teil nicht explizit aus dem Blickwinkel einer materialistischen Grenzregimeanalyse verfasst. In Kapitel 3.1 stellen David Lorenz und ich die Entwicklung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Regelungen dar. Diese verstehen wir sowohl als Ergebnis früherer als auch als Kontext aktueller Auseinandersetzungen um Abschiebung in der Bundesrepublik Deutschland. Wir zeigen, dass sich resultierend aus zahlreichen Kämpfen um Migrationspolitik ein ambivalenter Mix an politischen Regelungen ergeben hat. Einerseits gab es in

den letzten 30 Jahren zahlreiche asyl- und aufenthaltsrechtliche Verschärfungen wie die vermehrte Klassifizierung von Staaten als „sichere Herkunftsländer“²⁶, andererseits wurden seit den späten 1990ern Möglichkeiten einer nachträglichen Aufenthaltslegalisierung geschaffen, etwa durch die Einführung von Härtefallverfahren und Bleiberechtsmöglichkeiten für gut integrierte Personen. Diese rechtlichen Regelungen strukturieren die Auseinandersetzungen um Abschiebungen, die in den späteren Kapiteln betrachtet werden. In Kapitel 3.2 präsentieren Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Nina Maria Merhaut und ich die Forschungsergebnisse einer quantitativen Protestereignisanalyse zu Protesten gegen Abschiebungen in Österreich und Deutschland zwischen 1993 und 2013. Auf der Grundlage einer Medienanalyse je zweier Tageszeitungen arbeiten wir Charakteristika von Anti-Abschiebe-Protesten heraus. Wir argumentieren, dass es sich bei diesen Protesten vorwiegend um Implementierungsproteste handelt. Diese sind zum einen stark durch die jeweiligen politischen Länderkontexte geprägt. Zum anderen zeigt sich, dass „Anti-Abschiebe-Proteste im Zeitverlauf gehäuft stattfinden und insbesondere paradigmatische Fälle eine Vorbildfunktion für weitere Protestfälle“ (Rosenberger et al. 2017: 275) haben.

Vor diesem Hintergrund folgt die auf zwei qualitativen Fallstudien basierende Analyse von Anti-Abschiebeprotesten in Osnabrück 2014/2015 und 2017. In Kapitel 3.3 untersuchen Sophie Hinger, Ricarda Wiese und ich die kollektiven Verhinderungen von Dublin-Abschiebungen in Osnabrück, die zwischen 2014 und 2015 stattfanden. Dabei argumentieren wir, dass durch das äußerst diverse „Bündnis gegen Abschiebungen Osnabrück“ Abschiebungen tiefergehend infrage gestellt werden und unterstreichen, dass die Kollektivität der Proteste hierfür zentral war. In Kapitel 3.4 betrachten Sophie Hinger und ich eine weitere Reihe von Auseinandersetzungen um Abschiebungen in Osnabrück, die 2017 in einer lokalen Sammelunterkunft stattfanden, und kontrastieren diese mit den kollektiven Abschiebeverhinderungen des „Bündnis gegen Abschiebungen“ von 2014/2015. Hierdurch wird deutlich, dass den früheren Protesten nicht nur eine abstrakte Vorbildfunktion zukam, sondern angesichts verschärfter Ausgangsbedingungen gerade die gezielte Vermittlung von Protestwissen zentral für das Entstehen neuerlicher Proteststrategien war. Für den erfolgreichen Ausgang war in beiden Protestzyklen das Überschreiten der in der Dublin-Verordnung festgeschriebenen sechs-monatigen Überstellungsfrist zent-

²⁶ Das Konzept des „sicheren Herkunftsstaates“ wurde mit der Asylrechtsänderung 1993 in Art. 16 a (3) GG eingeführt. Asylanträge von Antragstellenden aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland sind als offensichtlich unbegründet abzulehnen, außer eine politische Verfolgung kann individuell nachgewiesen werden (Art. 29a Abs.1 AsylG). In diesem Fall kommt es zu beschleunigten Verfahren (Art. 30 a AsylG).

ral. Der mit dem Ablauf der Frist vorgesehene Übergang der Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens der Betroffenen erfolgte in den meisten Fällen durch die zuständigen Mitarbeiter:innen des Bundesamts für Migration und Flucht (BAMF) auf Nachfrage einer der Aktivist:innen. Wie in einem 2015 geführten Interview mit einem Osnabrücker Anwalt deutlich wurde, war die Frage, ob das Überschreiten der Überstellungsfrist durch die Betroffenen selbst einklagbar ist, lange Zeit rechtlich umstritten.

Diesem Konflikt bin ich in Kapitel 3.5 nachgegangen. Ich habe Auseinandersetzungen um die Frage, ob die Dublin-Verordnung nur eine Regelung zwischen Mitgliedsstaaten zur Bestimmung der Zuständigkeit für Asylverfahren darstellt oder ob sich auch Asylantragsstellende auf die Einhaltung der Kriterien berufen können, auf dem Terrain des Rechts untersucht. Um Leser:innen, die bisher wenig Berührungen mit der Frage juristischer Auslegung haben, die Lektüre dieses Kapitels zu erleichtern, habe ich es um eine kurze Vorbemerkung ergänzt. In mehreren aufeinanderfolgenden Vorabentscheidungsverfahren konnten Rechtsanwält:innen von Betroffenen eine nachhaltige Verschiebung der ‚herrschenden Meinung‘ erzeugen, die für zukünftige Konflikte um Dublin-Überstellungen von zentraler Bedeutung ist. Die hierin zum Ausdruck kommende Eigenlogik des Rechts führte zugleich dazu, dass eine tiefgreifende politische Infragestellung der Dublin-Verordnung ausgeblendet wurde.

Dass sich die institutionellen Bedingungen auch in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Abschiebungen darauf auswirken, inwiefern Akteur:innen in der Lage sind, Abschiebungen über den Einzelfall hinaus zu problematisieren, wird in Kapitel 3.6 deutlich. Darin betrachte ich neben den Protesten gegen die Abschiebung der Hamburger Schülerin Adriana und ihrer Familie erneut auch die Abschiebeverhinderungen in Osnabrück. Beide Fälle diskutiere ich als Auseinandersetzungen um Solidarität und Bürger:innenschaft (Citizenship). Ich zeige auf, dass die Frage, welche Positionen innerhalb der jeweiligen Proteste hegemonial werden und damit auch nach außen wirken, sowohl von den Proteststrategien als auch von den institutionellen Möglichkeiten und ihren strategischen Selektivitäten abhängt.

In Kapitel 4 stelle ich den inneren Zusammenhang der Artikel dar und diskutiere die Publikationen aus Perspektive der von mir im Theorieteil entwickelten materialistischen Grenzregimeanalyse. Abschließend reflektiere ich in Kapitel 5 den wissenschaftlichen Beitrag dieser Arbeit(en) und beleuchte mögliche Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen.

2 Migrations- und Grenzregime und die Hegemonie der Grenze

Der Begriff des „Migrationsregimes“ ist seit den 1990ern zu einem zentralen Terminus der deutschsprachigen vor allem sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung avanciert, der jedoch nicht einheitlich verwendet wird (Pott et al. 2018: 7). Dabei wurde vermehrt Bezug auf jenen Regimebegriff genommen, der im Bereich der Theorie der Internationalen Beziehungen unter anderem von Robert O. Keohane (1972; 1983) und Stephen D. Krasner (1982) in den 1980ern entwickelt worden war (Rass & Wolff 2018: 25-26), um damit auf die beobachtete Transformation des national-sozialen Staates und die wachsende Bedeutung nicht-staatlicher Akteur:innen für politische Steuerung zu reagieren (Forschungsprojekt „Staatsprojekt Europa“ 2014: 24). An entsprechenden Ansätzen wurde unter anderem aus materialistischer Perspektive kritisiert, dass sie die hinter dieser Steuerung stehenden Interessen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse unberücksichtigt lassen (Brand 2011: 263). In meiner Arbeit ziele ich darauf, die vielfältigen Herrschaftsverhältnisse, durch die das Migrationsregime und damit auch Auseinandersetzungen um Abschiebungen geprägt sind, mitzudenken. Ich beziehe mich auf den Regimebegriff, den die Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION (2007) entwickelt hat, und wende ihn im Sinne einer „materialistischen Grenzregimeanalyse“ (Georgi 2016a & b) an. Dafür stärke ich die im Regimebegriff enthaltenen staatstheoretischen Verweise und ergänze sie um hegemonietheoretische Überlegungen. Ich greife das Konzept der „tief verankerten Hegemonie“ (Buckel et al. 2014: 40) der Grenze, welches von der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (2014) geprägt wurde, auf. Dabei verstehe ich die tief verankerte Hegemonie der Grenze nicht nur als hegemoniale Struktur, sondern als Ergebnis kontinuierlicher Organisationsleistungen und lenke den Blick auf das Spannungsverhältnis von Reproduktion und Transformation. So lässt sich, wie ich insbesondere in der abschließenden Diskussion der Beiträge zu verschiedenen Auseinandersetzungen um Abschiebungen herausarbeite, die Gleichzeitigkeit von Stabilität und Instabilität im Migrations- und Grenzregime analytisch fassen. Im Folgenden erläutere ich den dieser Arbeit zugrunde liegenden Regimebegriff und skizziere dann dessen spezifische materialistische Interpretation. Dabei hebe ich insbesondere den Nutzen hegemonietheoretischer Überlegungen hervor, den ich abschließend anhand des Konzepts der tief verankerten Hegemonie der Grenze für die Analyse von Auseinandersetzungen um Abschiebungen herausarbeite.

2.1 Zum Begriff des Migrations- und Grenzregimes

Zur Untersuchung des Migrationsgeschehens in der südöstlichen Peripherie Europas entwickelte die Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION Anfang der 2000er eine regimetheoretische Perspektive beziehungsweise die Methode der ethnographischen Regimeanalyse. Als Regime definieren Serhat Karakayalı und Vassilis Tsianos (2007: 14) „ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vorneherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme zu generieren“²⁷. Aus einer regimetheoretischen Perspektive wird die Regulation von Migration nicht als intendiertes Produkt staatlicher Politik beziehungsweise gesellschaftlich dominanter Gruppen verstanden, sondern „als Effekt, als Verdichtungen von sozialen Handlungen“ (Hess & Karakayalı 2007: 48) multipler Akteur:innen. Migrationsregime sind in diesem Sinne nicht das Resultat einer konsistenten Planung, sondern „Ergebnis kontinuierlicher Reparaturarbeit“ (Sciortino 2004: 32, Übersetzung M.K.), mit der Migrationsbewegungen entgegnet wird. Hierbei wird der Staat nicht als homogene Einheit beziehungsweise Akteur verstanden, sondern im Sinne des Staatstheoretikers Nicos Poulantzas (2002) als soziales Verhältnis, welches Konflikten nicht gegenübergestellt ist, sondern sich aus den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen als „materielle Verdichtung“ (ebd.: 159) formt und diese zugleich beeinflusst (vgl. Karakayalı 2008: 39-41; Bojadžijev 2008: 40). Auf dieses Verständnis von Staat als Verdichtung von Kräfteverhältnissen komme ich im folgenden Unterkapitel noch einmal zurück. Mit dem Regimebegriff greift die Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION den Aspekt des Zusammenspiels unterschiedlicher Akteur:innen auf, betont dabei aber insbesondere die Handlungsmacht der Migrierenden. Um diese zu unterstreichen, spricht die Forschungsgruppe in Anlehnung an die Arbeiten von Yann Moulier Boutang (1993) von einer „Autonomie der Migration“²⁸ (Karakayalı & Tsianos 2005; Bojadžijev & Karakayalı 2007). Aus feministischer Perspektive wurde der Autonomie-Begriff dafür kritisiert, dass er „den tatsächlich komplexeren Positioniertheiten“ von Subjekten nicht gerecht werde und somit die Bedeutung sozialer Beziehungen

²⁷ Diese Definition erinnert stark an Foucaults Begriff des Dispositivs (Foucault 1978: 119-120). Vertreter:innen der ethnographischen Regimeanalyse haben allerdings ein ambivalentes Verhältnis zu Foucault. Während immer wieder auf Foucaultsche Konzepte zurückgegriffen wird (siehe z.B. Karakayalı 2008: 45; Bojadžijev 2008: 260), wird betont, dass der Regime-Ansatz über eine Foucaultsche Perspektive insofern hinausgehe, als er Kämpfe zentral setze und stärker auf Aushandlungen und Exzesse als auf Programmatiken und programmatische Subjektivierungen abziele (Hess et al. 2018: 271).

²⁸ Dieser Begriff wurde seither viel diskutiert. Für Kritik an dem Konzept siehe unter anderem Pieper 2004 und Adebayo Alabi et al. 2005, für die Weiterentwicklung des Konzepts unter Berücksichtigung der Kritiken siehe unter anderem Mezzadra 2010 und Scheel 2015.

vernachlässige (Benz & Schwenken 2005: 370). Martina Benz und Helen Schwenken (2005) haben vorgeschlagen, stattdessen von der „Eigensinnigkeit von Migration“ zu sprechen. Der Begriff der Eigensinnigkeit erlaube es, ermöglichende und beschränkende strukturelle Bedingungen ebenso wie das unter diesen Bedingungen eigensinnige Handeln in den Blick zu nehmen und dabei einer Romantisierung vorzubeugen (ebd.: 375). Eine entsprechende Auslegung ist im Regimebegriff angelegt, wie ich weiter unten aufzeige werde.

Das Charakteristische des von der Forschungsgruppe TRANSIT MIGRATION geprägten Verständnisses von Migrations- und Grenzregimen – und zugleich die besondere epistemologische Herausforderung – besteht darin, Grenze und Migration nicht als voneinander separate Forschungsgestände zu betrachten, sondern diese als sich wechselseitig konstituierend zusammenzudenken. Im Folgenden verwende ich die Begriffe ‚Migrationsregime‘ und ‚Grenzregime‘ synonym, da eine Trennung für meine Zwecke analytisch wenig aussagekräftig und aufgrund ihrer Verwobenheit schwierig ist. Das beinhaltet zum einen Kategorisierungen und Differenzierungen, mit denen „z.B. zwischen Arbeits-, Flüchtlings- und Hochqualifizierten-Migration unterschieden wird“, als Teil des Regierens von Migration beziehungsweise als „Produkt der Grenze“²⁹ zu verstehen (Hess et al. 2018: 266). Aus einer solchen Perspektive geht die Grenze nicht in der Abwehr von Bewegungen auf, sondern funktioniert gerade aufgrund ihrer selektiven Durchlässigkeit als Filter (Bojadžijev 2008: 81) beziehungsweise als Form (Anderson et al. 2009: 6): Die Grenze unterscheidet nicht nur zwischen ‚Staatsbürger:innen‘, ‚Asylsuchenden‘, ‚Arbeitsmigrant:innen‘, oder ‚illegale:n Migrant:innen‘ und erleichtert deren Mobilität in unterschiedlichem Ausmaß, sondern bringt entsprechende Subjektpositionen erst hervor (Buckel & Wissel 2009: 399). Das Ensemble der hieraus entstehenden Positionen ist „ein Ensemble gesellschaftlich hervorgebrachter und hierarchisierter Differenzen“ (Buckel 2007: 217). Diese Hierarchisierung drückt sich in einem unterschiedlichen Zugang zu Rechten aus (siehe auch Hess et al. 2014: 16) und prägt den Zugang zu „bezahlter Arbeit, Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Arbeitsschutz, Bildung, [...] und Recht“ (Anderson et al. 2009: 6, Übersetzung M.K.). In diesem Sinne umfassen (national-)staatliche Grenzen Territorien nicht nur, sondern durchziehen sie (Balibar 2002: 81). Zum anderen steht ‚die Grenze‘ gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und der Bewegung der Migration nicht als etwas Äußerliches entgegen,

²⁹ Anstatt den vermeintlichen Abbau von Grenzen innerhalb der EU oder die exkludierenden Effekte der Außengrenzen in den Blick zu nehmen, spüren Vertreter:innen der ethnographischen Regimeanalyse der Vervielfältigung der Grenze im Kontext der Europäisierung von Migrationspolitik nach und weisen – auch hier finden sich Reminiszenzen an die foucaultsche Machtanalytik – auf die Produktivität der Grenze hin (Hess et al. 2018: 271).

welches nur auf sie einwirkt, sondern wird aus einer regimetheoretischen Perspektive selbst als Produkt von Auseinandersetzungen sichtbar und somit „de-naturalisiert“ (Walters 2002b). Statt einer territorial bestimmbaren Grenzlinie beziehungsweise einem monolithischen Grenzapparat werden Grenzen als umkämpfte soziale Räume wahrgenommen, „die von Spannungen, Konflikten und Aushandlungen zwischen multiplen Akteur_innen um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind und durch ständige performative Akte (wieder)hergestellt, repariert, herausgefordert, verschoben, umgedeutet oder neu eingeschrieben werden“ (Hess et al. 2014: 18). Migration und Grenzen derart zu konzipieren, bedeutet, „binäre Modelle, die Struktur in einem einfachen Gegensatz zu Handlungsmacht verorten“ (Hess & Karakayalı 2017: 33), zu verwerfen.

Indem ich in den verschiedenen Artikeln des vorliegenden Kumulus eine solche Perspektive einnehme, vermeide ich die vom Migrations- und Grenzregime geprägten sozialen Kategorien zu essentialisieren und unhinterfragt zu reproduzieren. Der staatliche Vollzug von Abschiebungen setzt Grenzen nicht nur durch, sondern konstituiert sie mit. Dabei wirken sich nicht nur durchgeführte Abschiebungen auf das Leben der Betroffenen aus. Gerade durch die Möglichkeit, jederzeit abgeschoben werden zu können, wird migrantische Illegalität als eine tief verinnerlichte Lebensweise etabliert und aufrechterhalten. De Genova (2002) hat in diesem Zusammenhang den Begriff der „deportability“, also der Abschiebbarkeit, eingeführt und auf die umfassende gesellschaftliche, insbesondere politisch-ökonomische Bedeutung von Abschiebungen im neoliberalen globalen Kapitalismus und die damit verbundenen Disziplinierungseffekte gegenüber prekarierten Migrant:innen hingewiesen (vgl. auch Kanstroom 2007; Golash-Boza 2015). Abschiebungen sind in diesem erweiterten Verständnis nicht einfach Instrumente zum Ausschluss von Migrant:innen aus nationalen Territorien, sondern eine zentrale Komponente dessen, was Sandro Mezzadra und Brett Neilson (2008) als „differentielle Inklusion“ bezeichnet haben. Das Scheitern von Abschiebungen ist aus einer solchen Perspektive nicht lediglich als Ausdruck eingeschränkter nationaler Souveränität zu verstehen, sondern als integraler Bestandteil eines „System[s] stratifizierter Rechte“ (Morris 2002: 7, Übersetzung M.K.), welches abgestufte Rechtsansprüche generiert (Buckel & Wissel 2009: 392). Auseinandersetzungen um Abschiebungen werden sichtbar als Kämpfe nicht nur im, sondern um das Migrations- und Grenzregime. Ich verstehe Auseinandersetzungen um Abschiebungen als „border struggles“ (Mezzadra & Neilson 2013: 13), also als Kämpfe um Grenzen, die in differentieller Inklusion münden. Diese Kämpfe sind häufig auch Auseinandersetzungen um Rechte beziehungsweise Rechtspositionen im System stratifizierter Rechte. Sie umfassen Kämpfe auf dem politisch-institutionellen Terrain, denn migrantische Illegalität und Abschiebbarkeit wird gerade durch

historisch kontingente politische Prozesse hergestellt (De Genova 2002: 440; Peutz & De Genova 2010: 6). Dabei ist die Antwort auf die Frage, wem das Recht zugesprochen wird, nicht abgeschoben zu werden, nicht abschließend durch Gesetze bestimmt, sondern wiederum Gegenstand beziehungsweise Ergebnis alltäglicher Auseinandersetzungen auf dem Terrain der Zivilgesellschaft und des Rechts. Diese stehen den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen ebenfalls nicht äußerlich gegenüber, sondern sind von ihnen geprägt. Diese Verwobenheit von Auseinandersetzungen um Abschiebungen mit Herrschaftsverhältnissen im Migrations- und Grenzregime lässt sich analytisch greifbar machen, indem das Regimekonzept um hegemonietheoretische Überlegungen ergänzt wird.

2.2 Hegemonietheorie und Grenzregimeanalyse

Für eine Erweiterung des Regimekonzepts baue ich zum einen die bereits im Regimekonzept enthaltenen staatstheoretischen Verweise aus und stützte mich zum anderen auf Arbeiten der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa. Damit trage ich zur Weiterentwicklung einer „materialistischen Grenzregimeanalyse“ bei, wie sie von Fabian Georgi (2016a und b) vorgeschlagen wurde. Georgi unterstreicht die Vorzüge des oben dargelegten Regimebegriffs, kritisiert jedoch dessen praxeologische Prägung. Im Gegensatz zu Vertreter:innen der ethnographischen Regimeanalyse, die betonen, „[v]on einem Migrationsregime zu sprechen“ lege nahe, „den systemischen Aspekt eines solchen Verhältnisses eher gering einzuschätzen“ (Karakayalı & Tsianos 2007: 14), setzt Georgi den systemischen Gehalt von Migrations- und Grenzregimen zentral. Sie beruhen demnach auf dem Prinzip kapitalistisch organisierter Territorialität, welches tief in eine Vielzahl gesellschaftlicher Strukturen eingeschrieben ist³⁰. Ich halte die Betonung, dass Migrations- und Grenzregime nicht losgelöst von kapitalistischer – aber auch rassistischer und patriarchaler – Vergesellschaftung verstanden werden können, für wichtig, nehme jedoch eine stärker akteurszentrierte beziehungsweise handlungstheoretische materialistische Perspektive als Georgi ein.

Das Potential einer materialistischen Migrations- und Grenzregimeanalyse liegt m.E. genau darin, Struktur und Handlung nicht als von einander trennbar zu denken, sondern als verschiedene

³⁰ Aus der Art und Weise „wie Menschen unter kapitalistischen Bedingungen vergesellschaftet werden“ (Georgi 2016b: 186) gehen laut Georgi einige „Strukturwidersprüche“ hervor, welche Praktiken, Konfliktmuster und Regulationsprobleme zwar nicht determinierten, aber entscheidend prägten. Dies führe dazu, dass es auch über relativ lange Zeiträume zu strukturell ähnlichen Konflikten komme, an denen sich die antagonistischen Praktiken entzündeten, etwa Konflikte um Arbeitskraft.

Aggregatzustände zu konzipieren (Buckel et al. 2014: 33). Auch von Vertreter:innen der ethnographischen Grenzregimeanalyse werden „Strukturen [...] als unterschiedliche Aggregatzustände von Handeln“ und insofern als „einander nicht entgegengesetzt“ (Karakayalı & Tsianos 2007: 15-16) begriffen. Der entscheidende Unterschied eines materialistischen Ansatzes liegt diesbezüglich darin, dass davon ausgegangen wird, dass die Verdichtung bestimmter Praktiken zu Strukturen spezifische Effekte herbeiführt (Georgi 2019: 68). Gesellschaften sind durch unterschiedlich stark verfestigte beziehungsweise sedimentierte Strukturen geprägt. Während manche Strukturen relativ leicht hinterfragt werden können, sind andere tiefer verwurzelt (Wullweber 2012: 38). Hierauf gehe ich im folgenden Abschnitt mit dem Begriff der Hegemonie (der Grenze) noch einmal ausführlicher ein. Strukturen sind in diesem Sinne das Ergebnis von Praktiken und realisieren sich in diesen; Handlungen werden wiederum als strukturiert und strukturierend erfasst³¹ (Jessop 2001: 56). Eine materialistische Perspektive zeichnet sich dadurch aus, die ungleichen Machtpotentiale zu berücksichtigen, über die Akteur:innen hierbei verfügen. Bob Jessop (1990: 309) hat in Anschluss an Poulantzas vorgeschlagen, Struktur als strategisch zu verstehen: Strukturen sind demnach zum einen „materielle Verdichtung vergangener Strategien“ (Jessop 1985: 345, Übersetzung M.K.). Sie wirken zum anderen im Sinne einer „strategischen Selektivität“, d.h. Strukturen sind nicht gleichermaßen restriktiv oder unterstützend, sondern privilegieren bestimmte Akteur:innen, Strategien und Handlungen gegenüber anderen. Feministische Theoretiker:innen of Color und Schwarze feministische Theoretiker:innen wie Kimberlé Crenshaw (2019) haben zudem hervorgehoben, dass Gesellschaften entlang verschiedener Achsen strukturiert sind. Diese intersektionalen Achsen verstärken Momente der (De-)Privilegierung. Akteur:innen sind der Selektivität dieser Strukturen jedoch nicht hilflos ausgeliefert, sondern berücksichtigen die „unterschiedlichen Privilegierungen unter Umständen bei der Wahl ihrer Vorgehensweise im Rahmen von *strategischen Kontextanalysen*“ (Jessop 2001: 56, Hervorhebung im Original). Eine entsprechende materialistische staats-theoretische Perspektive auf Migrations- und Grenzregime einzunehmen bedeutet also, Asymmetrien in Machtpotentialen anzuerkennen ohne zu behaupten, dass sich relativ machtvollen Akteur:innen darin zwangsläufig durchsetzen. So lassen sich Stabilität und Instabilität zugleich in den Blick nehmen.

Um Kämpfe um Migrationspolitik aus einer Perspektive materialistischer Staatstheorie empirisch untersuchbar zu machen, hat die Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ die historisch-

³¹ Struktur und Handlung nicht als Dualismus zu verstehen ist kein Alleinstellungsmerkmal materialistischer Ansätze. Anthony Giddens hat mit seiner Strukturationstheorie etwa den Begriff der Dualität von Struktur geprägt (Giddens 1992: 77).

materialistische Politikanalyse (HMPA) entwickelt (siehe Buckel et al. 2014: 43-59). Dabei stützen sie sich neben staatstheoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas auf die Hegemonietheorie Antonio Gramscis³². Gramsci sah – ähnlich wie Foucault – Herrschaft in bürgerlichen kapitalistischen Staaten nicht ausschließlich im Staat im engeren Sinn verortet, sondern im „integralen Staat“. Dieser umfasst sowohl die „politische Gesellschaft“, d.h. den Staat im engeren Sinn, als auch die „Zivilgesellschaft“ (GH 6, §88: 783). Macht und Herrschaftsverhältnisse können hierbei die Form von Hegemonie im Sinne einer „politische[n] und moralische[n] Führung“ (GH 10, Teil 2, §7, 1239) annehmen. Diese zeichnet „sich durch eine Kombination von Zwang und Konsens aus“ (GH 13, §37: 1610). Um Hegemonie herzustellen, müssen herrschende Gruppen ihre Interessen auf eine solche Weise zu verfolgen, dass sie den beherrschten Gruppen als allgemeines beziehungsweise gemeinsames Interesse erscheinen (Brand 2004: §2). Hegemonie ist insofern „konsensbasiert und kompromissvermittelt“ (Opratko 2018: 195). Dabei ist Hegemonie nicht als Manipulation der Regierten durch die Regierenden misszuverstehen (vgl. GH 10, Teil II, § 41: 1325), sondern primär als Ergebnis ideeller und materieller Zugeständnisse (Brand 2008: 177). Historisch lässt sich diese Einbindung an der wechselseitigen Herausbildung von Nationalstaatlichkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit nachvollziehen. Nationale Zugehörigkeit entwickelte sich so zur Grundlage für den Zugang zu sozialen Rechten, im Sinne institutionalisierter Solidarität (siehe Kapitel 3.6), was Étienne Balibar (2010: 25) als „national-sozialen Staat“ bezeichnet³³. Hierdurch wurde der nationale Rahmen zum primären Bezugsrahmen einer Vielzahl sozialer Kämpfe (Georgi 2016a: 199). Diese Einbindung beruht zugleich auf der Ausgrenzung derer, die nicht als Teil des national-sozialen Staates definiert werden. Personen, die staatlich als ‚Ausländer:innen‘ kategorisiert werden, stellen eben diese Ausgrenzung durch eigensinnige, transnationale Migration immer wieder implizit infrage und akzeptieren die ihnen zugeschriebene Position in diesem historisch verfestigten Konsens nicht. Dies festzustellen bedeutet nicht, dass es unangebracht wäre von Hegemonie zu sprechen. Denn

³² Antonio Gramsci befand sich zwischen 1927 und 1935 als Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens in faschistischer Gefangenschaft. In dieser Zeit verfasste er eine Reihe von Aufzeichnungen, die als Gefängnishefte bezeichnet werden (Gramsci 1991ff.). Im Folgenden zitiere ich aus den Heften mit dem Kürzel „GH“, mit Angabe des jeweiligen Bandes, Paragraphen und Seitenzahl.

³³ Balibar zeigt auf, dass Sozialpolitik und die Einführung institutioneller Sicherungssysteme im Wohlfahrtsstaat im Globalen Norden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts der Regulierung von Klassenkämpfen dienten. Ohne sie wäre die „Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit seiner Hegemonie“ (ebd.: 25), welche aufgrund interner und externer Krisen und Widersprüche anfangs stark in ihrer Existenz bedroht war, undenkbar gewesen, so Balibar. Die Gleichsetzung zwischen (Staats-)Bürgerschaft und Nationalität, welche den Nationalstaaten seit ihrer Gründung tendenziell eingeschrieben war, wurde durch die Konstitution des „national-sozialen Staates“ verfestigt (ebd.).

Hegemonie erschöpft sich nach Gramsci nicht in der Herstellung von Konsens, sondern ist „gepanzert mit Zwang“ (GH 6, §88: 783). Um Teil hegemonialer Verhältnisse zu sein, muss sich die Anwendung des Zwangs Gramsci zufolge wiederum „auf den Konsens der Mehrheit“ (GH 13, §37: 1610) stützen. Entsprechend ist die alltägliche physische und strukturelle Gewalt, die bei Abschiebungen oder an der europäischen Außengrenze angewendet wird, Bestandteil von Hegemonie, „wenn ihre Ausübung im Alltagsverstand breiter Teile der Bevölkerung abgesichert ist“ (Opratko 2018: 192). Konsens und Zwang sind insofern als analytisch zu unterscheidende, aber in Wirklichkeit immer miteinander verwobene Praktiken von Machtausübung zu verstehen (ebd.: 43), die gegenüber verschiedenen Akteur:innen in „je unterschiedlichem Ausmaß ausgeübt werden“ (Simon 2019: 53). Der so erzeugte Konsens kann sowohl eine aktive Zustimmung als auch die passive Hinnahme der sozialen und politischen Ordnung unter Einsatz von Zwang umfassen. Die Frage, „inwieweit Konsens mit Zwang durchgesetzt wird und Zwangsmechanismen konsensual vermittelt sind“ (Martin & Wissel 2018: 22), ist nur empirisch zu beantworten.

Während Hegemonie, wie diskutiert, durch relativ verfestigte Strukturen stabilisiert wird, muss sie gleichzeitig immer durch konkrete Praktiken reproduziert werden. Hierfür müssen auf Hegemonie zielende Akteur:innen an den konkreten und alltäglichen Erfahrungen derjenigen anknüpfen, die in den hegemonialen Konsens einbezogen werden sollen, und ihnen „eine individuelle Bearbeitungsform real erlebter Widersprüche anbieten“ (Opratko 2018: 192). Diese Organisationsleistung schreibt Gramsci sogenannten Intellektuellen³⁴ zu (GH 12: §3: 1531). Darunter lassen sich Politiker:innen, aber auch „kleine Intellektuelle“ (Buckel 2013: 18) wie Journalist:innen, Lehrer:innen oder Jurist:innen fassen. „[I]ndem sie Begriffe, Denkweisen und Weltauffassungen ausarbeiten, die als universal, sinnvoll und vertrauenswürdig gelten“ (Ludwig 2011: 67), tragen sie zur Etablierung und Aufrechterhaltung hegemonialer Wahrnehmungsweisen bei. Die derart ausgearbeiteten Normen, Werte und Moralvorstellungen werden in den „Alltagsverstand“³⁵ und die Lebensweisen von Subjekten integriert. Hegemonie ist in diesem Sinne „kein den Subjekten äußerliches Verhältnis“ (Hajek & Opratko 2013: 47); vielmehr konstituieren Subjekte sich und ihre Interessen innerhalb hegemonialer Verhältnisse (siehe hierzu

³⁴ Gramsci bezieht sich dabei nicht auf eine bestimmte gesellschaftliche Stellung, sondern auf die gesellschaftliche Funktion.

³⁵ Neben seiner zentralen Bedeutung für Hegemonie bildet der in sich widersprüchliche und inkohärente Alltagsverstand für Gramsci auch die Quelle für widerständiges Handeln (GH 11, §12: 1393).

ausführlich: Ludwig 2011: 68-81)³⁶. Zu argumentieren, dass die Hegemonie in den Subjekten selbst verankert ist, bedeutet jedoch nicht, sie deshalb als stabil zu begreifen. Aufgrund ihrer Verankerung in alltäglichen Handlungen ist Hegemonie grundlegend prekär und muss immer wieder neu hervorgebracht werden. Da diese Handlungen Teil gesellschaftlich antagonistischer Verhältnisse sind, werden Strukturen in Auseinandersetzungen zugleich reproduziert und verschoben (Buckel et al. 2014: 33).

Ob Momente der Reproduktion oder der Transformation überwiegen, ist eine Frage der konkreten Situation, also der jeweils spezifischen Kontexte, Kräfteverhältnisse und Akteur:innenstrategien und insofern immer nur in Bezug auf den spezifischen Analysegegenstand zu beantworten. Eine hegemoniethoretische Perspektive ermöglicht es, der Ambivalenz von Migrations- und Grenzregimen Rechnung zu tragen. Dabei stellt die Berücksichtigung eigensinniger Migration als transformative Kraft eine besondere analytische Herausforderung dar. Auf diesen Aspekt werde ich in der abschließenden Diskussion weiter eingehen.

2.3 Auseinandersetzungen um Abschiebungen und die tief verankerte Hegemonie der Grenze

An diese Überlegungen lässt sich mit dem Begriff der „tief verankerten Hegemonie“ (Buckel et al. 2014: 40; siehe auch Buckel 2018a: 54)³⁷ anknüpfen, der von Mitgliedern der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa entwickelt wurde. Sie verweisen darauf, dass ‚Grenzen‘ – ebenso wie ‚der Staat‘ – zumeist nicht als gesellschaftlich geschaffen wahrgenommen werden, sondern im „Alltagsbewusstsein der Menschen im globalen Norden als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung der eigenen Existenz“ (Georgi 2015) erscheinen. Durch Prozesse der permanenten Wiederholung werden Grenzen von der oben dargestellten sozialen Praxis zu stark sedimentierten gesellschaftlichen Strukturen, die zu großen Teilen de-politisiert werden. Da sie „tief in das soziale Gefüge, in Wissensformen und alltägliche Handlungen eingeschrieben sind“ (Wullweber 2012: 38), wirken sie quasi-natürlich. Grenzen stellen aus dieser Sicht gleicherma-

³⁶ Benjamin Opratko (2018: 193-194) hat überzeugend dargelegt, dass einige Erkenntnisse einer diskurstheoretischen Hegemoniethorie – konkret der Begriff der Artikulation sowie die Rolle von Subjektivierung für Hegemonie – auch für solche hegemoniethoretische Ansätze fruchtbar sind, die andere poststrukturalistische Prämissen von Laclau und Mouffe (1991) beziehungsweise ihr Anliegen einer „Dekonstruktion des Marxismus“ (ebd.) nicht teilen.

³⁷ Im Folgenden verwende ich ausschließlich den Begriff der „tief verankerten Hegemonie der Grenze“, beziehe mich inhaltlich aber ebenso auf Fabian Georgis Schilderungen zur „tiefen Hegemonie der Grenze“ (Georgi 2015).

ßen das Ergebnis historisch gewachsener Herrschaftsverhältnisse wie auch eine Herrschaftstechnik dar, mit der gesellschaftliche Zusammenhänge aus der Wahrnehmung verdrängt und die ungleichen Verhältnisse stabilisiert werden³⁸: „Innen und Außen werden [...] als politisch distinkte Einheiten konstruiert, die scheinbar in keinem tieferen Zusammenhang stehen“ (Buckel 2013: 59). Dadurch werde das Schicksal von Staaten ausschließlich auf deren „innere Entwicklungen und nicht auf die Stellung in der globalen Vergesellschaftung zurückgeführt. Migrationskontrollen und Grenzen (re)produzieren so die Vorstellung einer Unzuständigkeit für das Schicksal der Nicht-Bevölkerung“ (Buckel et al. 2014: 39). Diese Unzuständigkeit wird strukturell durch zahlreiche Regelungen abgesichert, durch die als Migrant:innen markierte Personen rechtlich sowie politisch und sozial marginalisiert werden. Dies reicht etwa an der Europäischen Außengrenze im Mittelmeer so weit, dass migrantische Leben nicht zählen³⁹ (De Genova 2018: 1767). Grenzen sind dabei ein nicht beliebig auflösbares Strukturmerkmal kapitalistischer – und, so muss hinzugefügt werden, rassifizierter – Vergesellschaftung (Georgi 2016b: 471). Hierin besteht die strukturelle Dimension der „tief verankerten Hegemonie der Grenze“. Projekte und Strategien, die auf dieser Hegemonie aufbauen, werden im Sinne einer strategischen Selektivität strukturell privilegiert (Buckel et al. 2014: 34). Dadurch sind sowohl der Anreiz als auch der Druck, sich möglichst konform zu verhalten, sehr stark, wie ich in der abschließenden Diskussion zeige.

Hegemonie lässt sich, wie oben dargelegt, jedoch nicht allein im Sinne hegemonialer Strukturen begreifen, durch die bestimmte Praktiken ermöglicht oder erschwert werden. Sie ist auch Ergebnis alltäglicher Praktiken und Auseinandersetzungen. Das impliziert, dass Hegemonie nicht abstrakt existiert, sondern immer als „konkrete historische und geographische Formation staatlicher Macht“ (Ludwig 2011: 65) gedacht werden muss.

Ich will kurz die theoretische Ebene verlassen und skizzieren, was das für die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 heißt. Historisch wurde das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes nicht nur durch die Verfestigung der national-staatlichen Ordnung und national-sozialer Wohlfahrtsstaatssysteme, sondern unter anderem durch verschiedene Flüchtlingskonventionen und Asylgesetze auf internationaler wie nationaler Ebene geprägt, deren Inhalt selbst

³⁸ Besonders eklatant ist dies in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Staaten des Globalen Nordens und des Globalen Südens. Die an den europäischen oder an der US-Amerikanischen Grenze sehr sichtbaren Abschottungstechniken, die mit De Genova (2013) als „Grenzspektakel“ (border spectacle) bezeichnet werden können, tragen so dazu bei, dass die Kontingenz dieser Grenzen verunsichtbart wird (Buckel 2013: 59).

³⁹ Nicholas De Genova (2018) hat darauf verwiesen, dass es sich bei den Toten im Mittelmeer fast ausschließlich um „Black Lives“ handelt. Indem dies ausgeblendet wird, werden rassistische Grenzziehungen stabilisiert und postkoloniale Kontinuitäten in der Konstituierung Europas und der Konstruktion von „European Whiteness“ verunsichtbart (ebd.: 1778).

umkämpft war⁴⁰ und weiterhin ist (zur Umstrittenheit der bundesdeutschen Asylgesetze seit den 1980ern siehe Kapitel 3.1). Aus diesen Regelungen resultiert unter anderem, dass Staaten Nicht-Staatsangehörige, die sich auf ihrem Territorium befinden, nicht beliebig abschieben können, sondern an gewisse Verpflichtungen gebunden sind (unter anderem das Refoulement-Verbot, Art. 33 (1) GFK). Dies kann als der Versuch interpretiert werden, die im Zweiten Weltkrieg offensichtlich gewordene, aus national-staatlichen Grenzziehungen resultierende, faktische Entrechtung von Geflüchteten als Staatenlose (Arendt 1951: 267-302) abzufedern. Zu diesem Zeitpunkt, also Ende der 1940/ Anfang der 1950er, war Mobilität in die Bundesrepublik Deutschland ansonsten noch wenig reguliert. Wie Serhat Karakayalı (2008) gezeigt hat, kam es erst ab Mitte der 1960er Jahre in Reaktion auf die eigensinnige Migration zahlreicher sogenannter Gastarbeiter:innen und vor dem Hintergrund einer beginnenden wirtschaftlichen Rezession zu einer umfassenden Regulierung von Mobilität. In diesem spezifischen Kontext entstand die Wahrnehmung, dass sich Menschen illegal in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten können – mit entscheidenden Auswirkungen für die Akzeptanz von Abschiebungen: Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Abschiebungen auch in Regierungskreisen als außen- und innenpolitisch unerwünscht eingestuft (ebd.: 117). Erst in den 1970er und 1980er Jahren konnten konservative Akteur:innen den politischen Diskurs zugunsten migrationspolitischer Verschärfungen verschieben. Abschiebungen gewannen sowohl unter Politiker:innen als auch in der Zivilgesellschaft an Akzeptanz und wurden als staatliches Zwangsinstrument zur Durchsetzung nationalstaatlicher Grenzen normalisiert (Oulios 2013: 215-217). Die oben genannten Gesetze und Abkommen zum Schutz von Asylsuchenden und Geflüchteten wurden vor dem Hintergrund dieser Veränderungen quasi zu Schlupflöchern im hegemonialen Gefüge des Migrations- und Grenzregimes und erhielten so eine bis heute andauernde Bedeutung für Auseinandersetzungen um Abschiebungen.

Auch das im Zuge der Europäische Integration ab den 1980ern durchgesetzte neoliberale Projekt des ‚Migrationsmanagements‘ (Geiger & Pécout 2010) prägte die konkrete historische und geographische Ausgestaltung des europäischen Migrations- und Grenzregimes (siehe hierzu

⁴⁰ Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 stellt die wichtigste dieser internationalen Regelungen dar. Ulrike Krause (2021) hat auf die kolonialen Ursprünge der GFK verwiesen und herausgearbeitet, dass im Verhandlungsprozess die Positionen von Vertreter:innen kolonialisierter Staaten strategisch ignoriert wurden, um europäische und westliche Interessen durchzusetzen. Mit entscheidenden Konsequenzen: So erweist sich die Flüchtlingsdefinition als unpassend für zahlreiche nicht europäische Kontexte und schließt Flüchtlinge aus (de)kolonialisierten Staaten zu großen Teilen aus (ebd.: 5). Für eine weiter Analyse der historischen Entstehung der GFK und den inhaltlichen Unterschieden zur Afrikanische Flüchtlingskonvention und der in Lateinamerika verbreiteten Erklärung von Cartagena siehe auch Schmalz (2018: IV 2-3).

Buckel et al. 2014: 80-83; Ratfisch 2015). Die Idee eines effizienten Managements von Migration, welches in der BRD Anfang der 2000er schließlich den seit den 1970er Jahren vorherrschenden Leitsatz einer strikten Abschottung und Verhinderung von Migration ablöste (Kannankulam 2014; Kapitel 3.1), schrieb sich zunehmend in den Diskurs um Migration ein und wurde in verschiedenen aufenthaltsrechtlichen Gesetzesänderungen verankert. Diese sind stark von einem Integrationsparadigma geprägt, welches insbesondere auf der Idee wirtschaftlicher Integration(sfähigkeit) fußt (Oulios 2013: 244-245).

Diese sich auf unterschiedlichen Ebenen vollziehenden Entwicklungen verdichteten sich zu relativ verfestigten historischen Strukturen, die teils implizit, teils explizit zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen beeinflussen: Abschiebungen werden von großen Teilen der Bevölkerung in der Bundesrepublik grundsätzlich als legitim erachtet. Ausnahmen werden hierbei häufig unter Verweis auf individuelle Schutzbedürftigkeit oder Integration gefordert⁴¹. Dies lässt sich einerseits als Effekt hegemonialer Diskurse, die sich in Problemanalysen einschreiben, andererseits als Resultat der strategischen Bezugnahme von Akteur:innen verstehen, um individuelle Projekte der Aufenthaltssicherung durchzusetzen. Hierauf komme ich in der abschließenden Analyse zurück.

Die oben dargestellte hegemonietheoretische Perspektive auf Auseinandersetzungen um Abschiebungen zu übertragen impliziert, sie nicht nur als von hegemonialen Strukturen beeinflusst zu begreifen, sondern in diesen Auseinandersetzungen auch Praktiken nachzuspüren, die das bestehende hegemoniale Gefüge teilweise oder umfassend infrage stellen. Ob das hegemoniale Gefüge in und durch diese Kämpfe weitgehend reproduziert wird beziehungsweise inwiefern sich kleine oder größere Verschiebungen und Transformationen ergeben, steht nicht vorab fest, sondern ist immer das Ergebnis konkreter Handlungen unter spezifischen Kontextbedingungen. Die Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa hat zur Analyse von Auseinandersetzungen um Hegemonie vorgeschlagen, verschiedene empirisch beobachtete Handlungen unterschiedlichster Akteur:innen analytisch zu „politischen Projekten“⁴² und „Hegemonieprojekten“ zusammen zu fassen (Buckel et al. 2014: 44- 51). Die beteiligten Akteur:innen können, müssen sich aber nicht notwendigerweise als Teil eines gemeinsamen Projektes verstehen (ebd.). Dabei lag

⁴¹ Diese Tendenz spitzte sich nach 2015 weiter zu: So wurden Abschiebungen diskursiv zunehmend offensiv dadurch legitimiert, dass nur so genug Platz für ‚wahre Flüchtlinge‘ sei (Schwenken et al 2018; zum Begriff siehe Schmalz 2018).

⁴² In Anlehnung an Bieling und Steinhilper (2000) verwenden Buckel et al. (2014: 48) den Begriff „politische Projekte“ für sehr konkrete und begrenzte Aktionen zur Durchsetzung politischer Vorhaben. Um hegemonial zu werden, müssen Hegemonieprojekte auf einer Reihe solcher konkreter politischer Projekte aufbauen.

der Fokus der Forschungsgruppe vorwiegend auf Auseinandersetzungen auf dem politisch-institutionellen Terrain. Politiken und Apparate der europäischen Migrationskontrolle als „gesellschaftlich umkämpfte Institutionen“ sichtbar zu machen – darin sehen die Forscher:innen den möglichen Beitrag für die Migrations- und Grenzregimeforschung: „Gerade weil ihre vielfältigen Formen, und letztlich ihre Existenz, das Resultat grundlegender gesellschaftlicher Widersprüche und der mit ihnen verbundenen Kämpfe sind, stellen sie keine objektive Notwendigkeit dar, sondern sind grundsätzlich veränderbar“ (Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014: 256).

Darüber hinaus liegt das Potential einer hegemonietheoretischen Perspektive für eine materialistische Migrations- und Grenzregimeanalyse darin, gesellschaftliche Auseinandersetzungen *umfassend* als Auseinandersetzungen um Hegemonie zu denken und analysierbar zu machen, insofern sie hegemoniale Strukturen angreifen. Hierdurch lassen sich diese Kämpfe als ein Aufeinandertreffen einer Vielzahl unterschiedlicher Strategien und Logiken erfassen, wobei nicht unabhängig von der konkreten Auseinandersetzung bestimmt werden kann, welche Positionen sich in welchem Ausmaß und mit welchen Kosten beziehungsweise Zugeständnissen durchsetzen (Georgi 2019: 573). Das Terrain der institutionalisierten Politik stellt hierbei nur das sichtbarste Terrain solcher Auseinandersetzungen um Hegemonie dar, nicht aber das einzige oder wichtigste. Um hegemonial zu bleiben, müssen sich Herrschaftsverhältnisse ebenso auf dem Terrain der Zivilgesellschaft und des Rechts reproduzieren⁴³ (Buckel 2013: 51).

Auch das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes muss auf den verschiedenen Terrains immer wieder reproduziert werden. Dabei werden alltägliche und zum Teil kaum merkliche Risse durch kontinuierliche Reparaturarbeit (Sciortino 2004: 32) behoben. Zwar werden hierbei aufgrund der strategischen Selektivität jene Praktiken privilegiert, welche die nationalstaatliche Ordnung reproduzieren – etwa indem auf dem politisch-institutionellen Terrain Migrant:innen durch Staatsangehörigkeits- und Wahlrechtsregelungen strukturell vom hegemonialen Konsens ausgeschlossen werden und ihre Interessen nur vermittelt Eingang finden können. Dennoch besteht immer auch die Möglichkeit für Veränderung (Buckel 2018b: 442). In Auseinandersetzungen um Abschiebungen gilt es aus hegemonietheoretischer Perspektive daher, diese kontinuierliche „Organisationsleistung“ (Buckel 2013: 18) in den Blick zu nehmen. Abschiebungen und der damit verbundene Status der Abschiebbarkeit, der im Sinne einer Passivierung der Betroffenen herrschaftsstabilisierend wirkt (Adolphs & Karakayalı 2007: 126),

⁴³ Die Terrains sind nicht losgelöst voneinander zu verstehen, sie werden aber durch bestimmte Eigenlogiken geprägt.

stellen insofern ein Zwangsmittel dar, um die tief verankerte Hegemonie der Grenze gegen diejenigen abzusichern, deren massenhafte eigensinnige Anwesenheit sie implizit infrage stellen könnte⁴⁴. Gerade die Notwendigkeit von Zwang verweist auf die Umkämpftheit von Hegemonie (Simon 2019: 54). Dabei ist ein Effekt der tiefen Hegemonie der Grenze, dass Abschiebungen als zwangsläufiger Bestandteil der Migrationskontrolle erscheinen, die die quasi-natürliche Grenzziehung wieder herstellen, und nicht als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse, die auch anders als in Form von Nationalstaaten organisiert sein könnten. Der angewendete Zwang erscheint somit als alternativlos und unter anderem deshalb als legitim. Dort, wo Abschiebungen umstritten sind, öffnet sich die Möglichkeit einer Re-Politisierung der Grenze, wengleich dies nicht automatisch gegeben ist. Insofern lässt sich nur in Bezug auf konkrete empirische Fälle beantworten, inwiefern in diesen Auseinandersetzungen zum einen das hegemoniale Gefüge im Migrations- und Grenzregime und gegebenenfalls auch die tief verankerte Hegemonie der Grenze berührt wird und zum anderen herausfordernde Positionen in einen neu zusammengesetzten hegemonialen Konsens integriert oder durch Zwang etwa in Form von Kriminalisierung⁴⁵ prekarisiert werden. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie sich durch diese Kämpfe die Grundlage für darauf folgende Auseinandersetzungen verändert. Diese Änderungen können in Gesetzesreformen, veränderter Rechtsprechung oder Verschiebungen im öffentlich Diskurs bestehen, aber auch in verändertem strategischem Wissen, welches als Teil solidarischer Infrastrukturen (Schilliger 2020: 536) wirksam werden kann. Durch eine solche Betrachtung lässt sich nachvollziehen, inwiefern die tief verankerte Hegemonie der Grenze auch innerhalb von Auseinandersetzungen reproduziert wird beziehungsweise inwiefern hegemoniale Strukturen durch das Zusammenspiel von Infragestellungen und Reproduktionsversuchen im Sinne einer Verdichtung von Kräfteverhältnissen transformiert werden. Somit wird es möglich, auch jenseits umfassender Brüche Verschiebungen im hegemonialen Gesamtgefüge (Simon 2019: 89) des Migrations- und Grenzregimes sichtbar zu machen. Die Ausgestaltung und Transformation hegemonialer Verhältnisse kann dabei von Auseinandersetzungen auf dem politisch-institutionellen, dem rechtlichen oder dem zivilgesellschaftlichen Terrain ausgehen (Brand 2007: 66).

Wenn ich Auseinandersetzungen um Abschiebungen nun als Auseinandersetzungen um Hegemonie auf den genannten Terrains verstehe, bedeutet dies nicht, dass alle relevanten Praktiken

⁴⁴ Zu Politiken der Anwesenheit und der Bedeutung körperlicher Präsenz wird in der kumulativen Dissertation von Sophie Hinger zu lesen sein.

⁴⁵ In den letzten Jahren wurde Migration einerseits und Praktiken der Solidarität andererseits zunehmend kriminalisiert (siehe hierzu Fekete 2009: 86; Tazzioli 2018: 9).

explizit auf die Reproduktion oder Transformation der Hegemonie der Grenze gerichtet sein müssen. Tatsächlich finden sich gerade im Kontext des Migrations- und Grenzregimes „vielfältige, alltägliche Praktiken, die sich einer hegemonialen Ordnung, ihren Regeln und Zwängen [...] verweigern, sie umgehen, vermeiden, austricksen oder untergraben, ohne jedoch die Verallgemeinerung dieser Praktiken gezielt politisch anzustreben“ (Buckel et al. 2014: 52). Im Ringen um gesellschaftliche Führung müssen gesellschaftliche Kräfte auch auf solche Praktiken reagieren (ebd.). Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive müssen daher auch Mikropolitiken eigensinniger Migration (Köster-Eisenfunke et al. 2014: 191-192; Ataç et al. 2016: 538) als eine wirkmächtige Kraft innerhalb von Migrations- und Grenzregimen mitgedacht werden (Buckel 2018b: 442), da sie immer wieder neue Reparaturarbeiten provozieren und dabei mitunter auch beeinflussen, welche Problemlösungen als angemessen erscheinen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich das Migrations- und Grenzregime aus Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse also als Ergebnis zahlreicher widersprüchlicher beziehungsweise widerstrebender Praktiken – der *border works* und *border struggles* – begreifen lässt. Die Strukturen, zu denen sich diese Praktiken verdichten, sowie in anderen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entstandenen Strukturen verfestigen sich durch zum Teil permanente Wiederholungen im Laufe der Zeit unterschiedlich stark. Besonders tief verankerte Strukturen sind späteren Auseinandersetzungen mitunter entzogen. In Form von Diskursen, Gesetzen, internationalen Abkommen, aber eben auch in Form der national-staatlichen Ordnung und Subjektivierungen, beeinflussen sie wiederum spätere Praktiken – nicht indem sie sie determinieren, sondern indem sie einige Praktiken erleichtern und andere erschweren. Dabei provozieren auch die in den Strukturen verdichteten Widersprüche immer wieder neue Auseinandersetzungen, die innerhalb des Migrations- und Grenzregimes beständig reguliert werden. Durch eine Stärkung der hegemonietheoretischen Komponente einer materialistischen Grenzregimeanalyse lässt sich greifbar machen, warum in diesen Auseinandersetzungen jene Positionen strukturell privilegiert werden, die mit der Reproduktion des hegemonialen Gefüges kompatibel sind. Zugleich berücksichtigt eine hegemonietheoretische Perspektive die grundlegende Möglichkeit für Veränderungen, die aus Auseinandersetzungen um Hegemonie auf dem politisch-institutionellen, dem zivilgesellschaftlichen und dem rechtlichen Terrain resultieren können.

3 Artikel des Kumulus

Die nun folgenden Artikel sind in unterschiedlichen wissenschaftlichen, teils kooperativen Kontexten entstanden und nicht immer explizit aus der im vorigen Kapitel entwickelten theoretischen Perspektive verfasst worden. Ungeachtet dessen zieht sich diese Perspektive implizit oder in Ansätzen durch alle Teile dieser Arbeit.

3.1 Between Illegalization, Toleration and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany

Kirchhoff, Maren & David Lorenz 2018: Between illegalization, toleration, and recognition: Contested asylum and deportation policies in Germany, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 49–68

https://doi.org/10.1007/978-3-319-74696-8_3

Chapter 3

Between Illegalization, Toleration, and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany



Maren Kirchhoff and David Lorenz

3.1 Introduction

Despite the late acknowledgment of Germany being an “immigration country”, migration has been a heated topic throughout the last few decades, with peaks in the late 1980s, the early 1990s and the mid-2010s. This time has been marked by an increasing Europeanization of policies concerning asylum and deportation. Policy developments in this field are thus influenced by political debates and struggles both on the national as well as the supranational level. These controversies and multilevel politics have resulted in a contradictory mixture of restrictive regulations regarding the admission of migrants, as well as increased possibilities for residence. Regulations regarding deportations show a similar ambivalence.

The aim of this article is to contextualize contentions over asylum and migration in Germany during the last few decades. We first review literature as well as (policy) documents, campaign materials, and statistics, in order to describe the development of Germany’s asylum and deportation policies. After this general context, which is central to understanding the protests analyzed in this book, we illustrate the decision-making authority over asylum, deportation, and stay as specific points of reference for protests. Finally, we sketch the broader protest culture in order to further contextualize contention around asylum and deportations.

M. Kirchhoff (✉)
Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS),
University of Osnabrück, Osnabrück, Germany
e-mail: maren.kirchhoff@uni-osnabrueck.de

D. Lorenz
Kassel University & Institute for Social Research, Frankfurt am Main, Germany

3.2 Contentions Over Asylum and Deportation in Germany

In order to illustrate developments in the field of asylum and deportation in the Federal Republic of Germany,¹ we must go back to the early 1970s. This was a time, when, following the economic crisis, Germany's "guest worker regime" came to an end. Debates around migration were put on the political agenda in Germany, including specific demands regarding the return of "guest workers" whose stay had been initially conceptualized as temporary (Karakayalı 2008, 169–173). Furthermore, in the late 1970s, several states (*Länder*) governed by conservative parties (*Christlich Demokratische Union Deutschlands*, CDU/*Christlich Soziale Union*, CSU) had started a campaign against the "abuse of asylum," which became a central motif in debates on asylum for the following decades.

Migration was seen as an important policy field in the 1980s, and the public discourse on asylum and deportation became more and more polarized: On the one hand, right-wing actors organized campaigns to stop the admission of foreigners in the context of local and federal election campaigns (Der Spiegel 1982). On the other hand, a marginalized, but nonetheless considerable fraction of the population was in favor of liberal asylum and migration policies and the pro-migrant and anti-racist movement of the 1980s succeeded in establishing long-term influential actors: In the early 1980s—a time of massive anti-deportation protests²—Refugee Councils (*Flüchtlingsräte*) were established on the state level. In the run-up to the 1987 federal elections, a nationwide lobbying group, *Pro Asyl* was founded, consisting of refugee councils, church representatives, unions, and human rights organizations. These groups attempt(ed) to constitute a voice countering the anti-migrant discourse, and to influence parliamentary decisions. At the same time, they directly support(ed) asylum seekers and migrants with precarious legal status, often via legal means (Müller 2010, 148–149), and continue to be major non-parliamentarian actors in migration politics in Germany (see also below in the part on protest culture).

In 1982 diverging positions regarding security, social and economic policy led to the collapse of the social-liberal coalition (composed of the *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, SPD & the *Freie Demokratische Partei*, FDP). Following the anti-migrant focus of the 1980 federal election campaign, the new conservative-liberal government (CDU/CSU & FDP) put important policy changes into place in the early and mid 1980s, including the maintenance of the recruitment ban, a restriction on family reunification and the promotion of assisted "voluntary" return. Even though the government continued to deny that Germany was an "immigration

¹When talking about the era before the 1990s, we refer to the Federal Republic of Germany, as the scope of the West German Asylum and Foreigners Acts was extended to East Germany with reunification in October 1990 (Herbert 2003, 297).

²In 1983, Kemal Altun, an asylum seeker from Turkey, committed suicide during his court process in order to escape his likely deportation. Subsequently, mass protests against the deportation of political activists with more than 10,000 people took place; this was a decisive moment of politicization for many migrant initiatives and anti-racist groups (Seibert 2008, 187).

country,” incentives for return were combined with the concept of “integration” for the first time. This mix was characteristic of the following decades and led to a particular discursive connection between deportation and integration still valid today: deportations of undesired migrants are presented as a way to make room for those considered desirable (Oulios 2013, 220). Furthermore, asylum procedures, residence requirements and collective accommodation were restructured, and work permits for asylum seekers were restricted in the early 1980s. These changes also served as the roots of regulations regarding “safe third countries” and “safe countries of origin” and initial restrictions on asylum: applications referring to a general emergency or war could from now on be swiftly rejected (Müller 2010, 159).

The breakdown of the socialist states in 1989–1990 fundamentally changed the background of the debate on asylum. The context of the Cold War had led to a highly ambivalent position among conservative groups regarding asylum seekers from socialist states, as they were seen as evidence of success in the global competition between capitalism and socialism (Bade and Oltmer 2004, 106). Furthermore, asylum seekers, now increasingly coming from the Global South, were considered potentially problematic migration. As a consequence, the discourse on “bogus asylum seekers” who “abused” the “generosity” of the German asylum system grew in the early 1990s, with increasing discussions on limited capacities and the costs of reception (Müller 2010, 159–161). “Overforeignization” (*Überfremdung*) became one of the dominant topoi. As a response, restrictive asylum policies found increasing public and parliamentary support (Der Spiegel 1990). Yet, in 1990 this was still far from being a (parliamentarian) majority position.

In the following years, laws restricting asylum gained support, resulting from political developments both on the national and supranational level. In the early 1990s, more and more people sought protection from the wars in former Yugoslavia. The rising numbers of asylum applications were accompanied by an escalation of the discussions of further policy changes. Increasing hostility to “foreigners” contributed to the electoral success of right-wing parties in several state-level parliaments, as well as attacks on migrants in the street and arson attacks on their homes and accommodation (Bade and Oltmer 2004, 108–110). Following one of the most contentious political debates in post-war Germany—as well as strategic negotiations on the European level (Kannankulam 2014, 110), the conservative-liberal government finally agreed with the Social-Democratic opposition on the so-called Asylum Compromise (*Asylkompromiss*) in December 1992. The majority of the German population backed this (Oulios 2013, 226). Nevertheless, a strong opposition made its dissent public: In 1992, hundreds of thousands of people took part in demonstrations against the asylum reform; in May 1993 10,000 people blocked the government quarter in Bonn (Die Zeit 2012), but could not prevent the law from entering into force.

In order to demarcate itself from its national-socialist past, the right to asylum in Germany had not only been grounded on the basis of international obligations emerging from the Geneva Refugee Convention of 1951, but also had constitutional status since 1949, stating: “Persons persecuted on political grounds shall have the right of asylum.” (Basic Law, *Grundgesetz*, GG). The amendment of the Basic Law

and the Asylum Procedure Act fundamentally restricted the right to asylum. The physical route asylum seekers took to Germany became one of the key points in their asylum applications: asylum would not be granted if an asylum seeker either came from a “safe country of origin” or if s/he had entered Germany through “safe third countries,” which by definition Germany is surrounded. The recognition of refugee status according to the Refugee Convention thus became the most common form of refugee protection, far outnumbering positive decisions regarding asylum on the ground of §16a GG (for an overview on the different status of protection, see Table 3.1). An additional result from the Asylum Compromise was the adoption of the Social Welfare Law for Asylum Seekers (*Asylbewerberleistungsgesetz*, AsylbLG), which excluded asylum seekers from the standard welfare system.³ This law allowed mainly for in-kind payment and imposed the primary provision of housing in shared accommodation, forcing the social isolation of persons in pending asylum procedures (Classen and Kanalan 2010, 243).

Following the Asylum Compromise, an overwhelming number of asylum applications were rejected (see Fig. 3.1); their claims of being in danger of persecution were declared unfounded, or were rejected for formal reasons. Consequently, the rejected asylum seekers were obligated to leave the country (Bade and Oltmer 2004, 113). This development was reflected in the German deportation statistics, with a peak of nearly 100,000 deportations from Germany in 1993 (see Fig. 3.2).

In the mid-1990s, the focus of public debates in the field of migration shifted away from trying to close the channels of legal immigration to the return of those migrants who had either entered Germany without permission, had overstayed their visa or had had their asylum claims rejected. While other European countries had granted residence and working permits to migrants fleeing from Bosnia because of civil war, Germany had only provided so called *Duldung*, which literally means toleration. The status as a temporary suspension of deportation is a characteristic feature of Germany’s migration regime even today. Following the Dayton Peace Agreement in December 1996, migrants from Bosnia were supposed to return to that country. While it was not possible to deport all of these people, the combination of high numbers of deportations, the strict and uncompromising enforcement in representative cases, and financial incentives for return led to the removal of more than half of the Bosnian migrants in Germany (Oulios 2013, 231–234; *Ausländerbeauftragte* 2001, 81).

Assisted returns were increasingly used, and were presented as a humane alternative to deportations. Correspondingly, 4 years after the deportation peak in 1993, in 1997 a sharp rise in assisted returns is to be observed (see Fig. 3.2). In the following 4 years, more than 330,000 people left Germany with support of state-funded return programs, many to Bosnia and Kosovo (Kreienbrink 2007, 26). While most governmental actors highlighted the need for resolute return policies, the enforcement of deportations was highly contested, with a growing number of church

³The system was extended from asylum seekers to tolerated migrants (in 1997) and in the context of new residence types introduced in the Immigration Act to further groups in 2005 (see Classen and Kanalan 2010, 243).

Table 3.1 Selected status and respective residence permits according to German legislation, prior to changes in 2015/2016

	Status	Residence Permit		
	Pending asylum application	Permission to remain in the federal territory while the asylum procedure is pending (§ 55 AsylG)	Asylum procedure	
	Inadmissibility of application (e.g. due to Dublin Procedure)	Permission to remain in the federal territory expires Requirement to leave the territory (§50 AufenthG) [Possibility to appeal]		
Form of protection	Entitlement to asylum	Residence permit for three years, permanent residence permit possible after three years (§25 & §26 AufenthG)		
	Refugee protection			
	Subsidiary protection	Residence permit for one year, with possible two-year extension per filing; permanent residence possible after five years [including the duration of the asylum procedure] if other preconditions are met (§25 & §26 AufenthG)		
	National ban on deportation	Residence permit for at least one year, repeated extensions possible; settlement permit possible after five years [including the duration of the asylum procedure] if other preconditions are met (§25 & §26 AufenthG)		
	Application judged as manifestly unfounded	No residence permit Requirement to leave the territory (§50 AufenthG) [Possibility to appeal]		
	Application rejected			
	Temporary suspension of deportation (<i>Duldung</i>)	No residence permit Suspension for as long as deportation is impossible in fact or in law and no temporary residence permit is granted, this does not effect the obligation to leave the territory (§ 60a AufenthG)		
	Case of hardship	Residence permit may be granted if a Hardship Commission decides to file a hardship petition after establishing that urgent humanitarian or personal grounds justify the foreigner's continued presence in the federal territory (§23a AufenthG)		
	Granting of residence due to "sustainable integration"	Residence permits can be granted to juvenile or adolescent as well as adult foreigners whose deportation has been suspended if certain preconditions are met (§ 25 a & b AufenthG)		

Source: Compilation by the authors based on AsylVfG, version: 12/1/2013 and AufenthG, version: 12/2/2013)

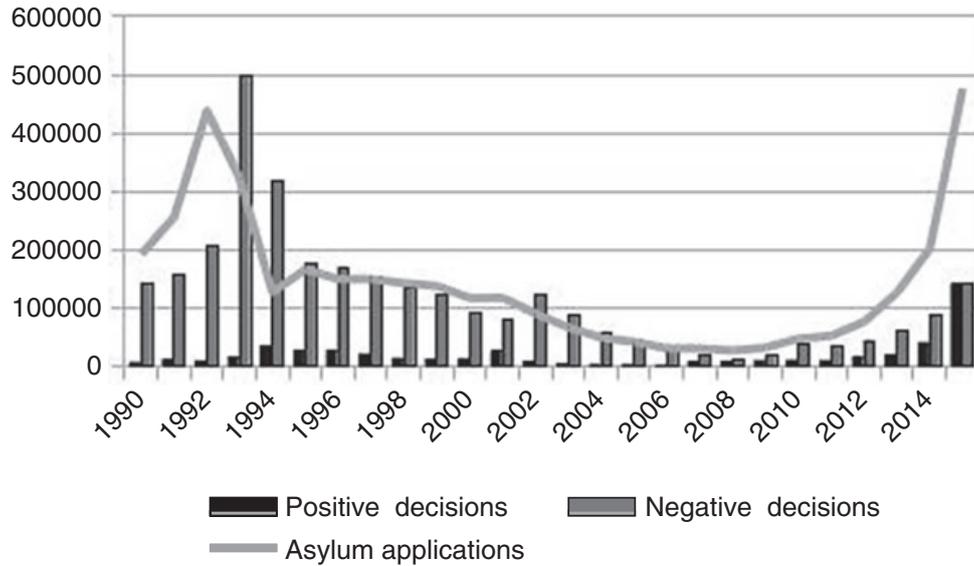


Fig. 3.1 Asylum applications and decisions in Germany, 1990–2015. Based on BAMF 2013, 2014, 2016a; Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration 2003 (Positive decisions include entitlement to asylum, refugee status and subsidiary protection as well as national bans of deportation, negative decisions refer to rejected applications and applications declined for procedural reasons.)

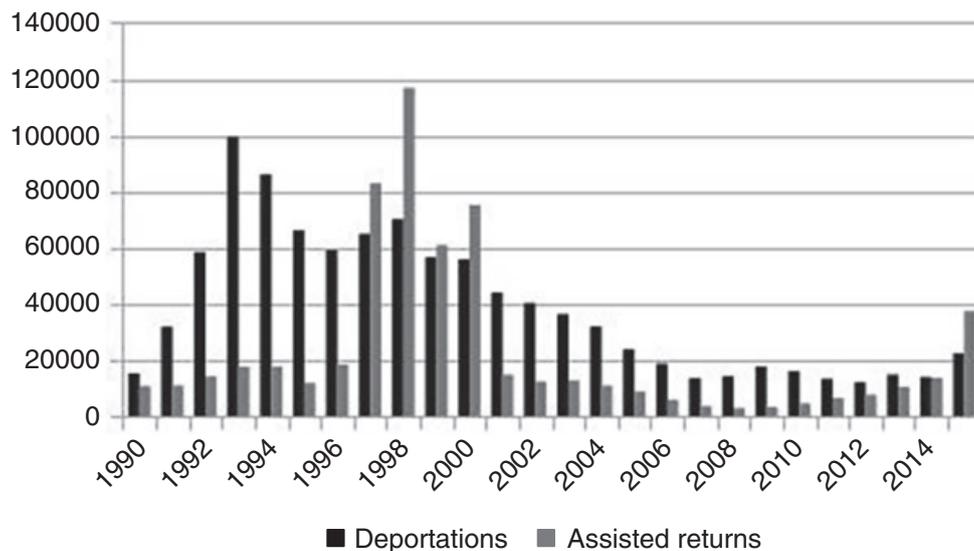


Fig. 3.2 Deportations and assisted returns from Germany, 1990–2015. Based on BAMF 2016b; Deutscher Bundestag 2016; IOM Deutschland 2014; Kreienbrink 2007. (The number of deportations in this Figure is the sum of the official numbers of deportations (*Abschiebungen*) and rejections (*Zurückschiebungen*) for each year.)

sanctuaries and public protests. In these, but also the following years, deportation moratoria were frequently put in place during the winter (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 2013).

Furthermore, discussions began around what to do with those who could not be returned (Müller 2010, 168–169). Many migrants could not be deported: some avoided or hid from government enforcement, and others managed to prove that

their deportation was prohibited. Some rejected asylum seekers were tolerated “as long as deportation is impossible in fact or in law” (§60a (2) AufenthG) due to different reasons such as the unavailability of identification papers or internal conflicts in the home country. Many people remained without legal regularization, trapped by the toleration of their unlawful presence on German territory. Consequently, there was a considerable population of tolerated people who lacked access to the most fundamental social rights: more than 250,000 tolerated migrants were registered on 12/31/2000 (Ausländerbeauftragte 2001, 81). In an effort to end again and again recurring temporary suspensions of deportation, several backlog regulations have been passed since 1996. However, only a small number of those eligible have actually received a residence permit based on these regulations because of strict criteria. These backlog regulations were supposed to be accompanied by an increase in deportations of rejected asylum seekers (Müller 2010, 168–171).

In October 1997, the Amsterdam Treaty transferred migration and asylum policies into the first pillar of the European Union. The aim was to create a common asylum system based on the comprehensive application of the Geneva Refugee Convention. This entailed an integration of the Schengen Acquis as well as the Dublin Convention into the common laws. The subsequent externalization of the European “Border Regime” (see Hess and Kasperek 2010) and the implementation of the Dublin System—together with the end of the Balkan civil wars—contributed to a significant decrease of asylum applications in Germany (see Fig. 3.1). Furthermore, several EU directives were passed in order to harmonize national laws.⁴

The end of the conservative-liberal coalition and the inauguration of a Social-Democratic-Green government in 1998 led to a shift towards more liberal migration policies. Examples included new naturalization regulations (1999), the announcement of the Green Card Initiative (2000) and the acknowledgement of Germany as an “immigration country” (Kannankulam 2014). However, conservative actors remained influential, and managed to succeed in making their mark on legislation under the new government.⁵ The focus on labor migration was also reflected on the European level with discussions on a European Blue Card. In the years, migration debates most often referred to the mobility of highly educated workers (Geiger and Hanewinkel 2014). Furthermore, migration was framed in a securitized way following the attacks of 9/11/2001 (Gibney and Hansen 2005, xxi). Considerations of employability and security have remained influential in asylum and migration discourses up to today.

⁴E.g. the Directive on minimum standards on procedures in Member States for granting and withdrawing refugee status (Council Regulation 2005/85/EC) or the Directive on minimum standards for the qualification and status of third country nationals or stateless persons as refugees or as persons who otherwise need international protection and the content of the protection granted (2004/83/EC).

⁵This is partly connected to the federalist structure of the political system. To be passed, some laws need the support not only of a majority of the German lower house (Bundestag), but also of the upper house (Bundesrat). After 2000, the Social Democratic-Green government had a majority in the Bundestag, but not in the Bundesrat.

On 1/1/2005, the Immigration Act (AufenthG) entered into force; it included liberalizations such as the introduction of non-state reasons for persecution as grounds for asylum (for example, gender-related persecution) and residency permits due to serious humanitarian or personal reasons. However, these were discretionary provisions that entailed several restrictions. Moreover, the Act introduced stricter requirements for the asylum procedure, and led to the equal treatment of people who had been granted asylum and refugees according to the Geneva Convention, with both now receiving temporary residence permits (Müller 2010, 178–180). Whereas many (pro-)migrant groups had hoped for a general regulation on hardship, the Act (only) provided for the regional possibility of installing *hardship commissions* (*Härtefallkommissionen*). These commissions can, but do not have to, take up a specific case. Finally, the decision of a hardship commission is only a recommendation—the final decision lies with the respective Ministries of the Interior—and there is no possibility to appeal their decision (BMI 2016, 180). The hardship regulation thus does not confer subjective rights, but provides for a “power of pardon” in exceptional cases. Despite some improvements entailed by the Immigration Act, the positive expectations of many migrant and refugee (support) organizations resulted in frustration (Schuster 2003, 218). The anti-migrant consensus created in the debates on asylum in the 1980s and 1990s remained influential. The passing of the Immigration Act signaled a shift away from a highly repressive migration policy towards neoliberal migration management underpinned by utilitarian considerations. Yet this shift took several years of negotiations, as it was strongly contested, and only possible against the background of demographic change and a skills shortage in German society (Kannankulam 2014, 93).

Since the 2000s, the “integration” of migrants became critical in discussions on migration policy and in the policies themselves (Oulios 2013, 242). In November 2006, the Conference of the Ministers of the Interior (*Innenministerkonferenz*, IMK) decided to legalize the stay of those tolerated people who had lived in Germany for more than 6 years on the day of the IMK decision if they were able to prove they had become “economically and socially integrated”. All together 20,000 people (out of around 147,000 applicants) received a residency permit until September 2007 because of these changes.

Following public pressure, the IMK implemented another backlog regulation that was integrated into an amendment of the Immigration Act in 2007 (Müller 2010, 180). This stated that migrants could apply for a residence permit if they had lived in Germany for 8 years (or 6 years for those with children). It was again limited by several exclusionary mechanisms.⁶ Due to these changes to the statutory backlog regulation, another 38,000 people received a residence permit. Still, the number of migrants whose deportations were suspended continued to increase⁷ due to the temporary character of this regulation (Oulios 2013, 238).

⁶E.g. applicants have to prove that they have enough living space and income to support themselves without access to government funds (§104a & b AufenthG).

⁷On 1/1/2010, more than 100,000 people in Germany were tolerated, 60,000 of them for more than six years (GGUA 2010, 5).

The first regulation granting residence to young, long-term tolerated migrants without a time limit was introduced in 2011: A residence permit was to be granted to “well integrated young people and adolescents” if they had lived in Germany for 6 years⁸ (AufenthG, version: 7/1/2011). Based on the applicant’s education performance and living conditions, administrative staff would have to forecast if “he or she will be able to integrate into the way of life which prevails in the Federal Republic of Germany” (ibid.). Moreover, non-cooperation in one’s own deportation is considered a reason for denying residence permits. Interestingly, this option is detached from the residence status of the youth’s parents, who are, however, able to be granted a subsequent residence permit under certain conditions. While the regulation was considered an important step, it has been criticized as being geared towards economic rather than humanitarian interests. Pro Asyl thus underlined the need for an unconditional right to residence as well as to expand the regulations to *sans papiers* (Pro Asyl 2010, 4–6).

Parallel to this development on the national level, the European integration process increasingly influenced asylum and migration politics and policies in Germany. In March 2003, the Dublin Convention was replaced by the Dublin II regulation. The biometric fingerprint database EURODAC, introduced with Dublin II, was particularly influential, enabling administration in all member states to reconstruct travel routes of asylum seekers into the European Union. In the following years, many Dublin transfers were based on this powerful tool. In 2004, the EU was enlarged, which relocated the common European external border further east. The Hague Program (2005–2010) sought to create a common asylum procedure and a consistent legal status for people in need of international protection. However, many member states, including Germany, insisted on retaining strong national control over migration regulation. Despite this, the Council passed several asylum and migration-related directives during these years. Furthermore, the Agency for the Management of Operational Cooperation at the External Borders of the Member States of the European Union (*Frontex*) was created in 2004 (Council regulation 2007/2004/EC). Since then, the EU states have frequently conducted collective deportations on charter flights through this agency (Oulios 2013, 346). In 2007, the governing Grand Coalition reassessed the Immigration Act, in order to implement 11 EU directives into national law. The amendment also included some further limitations regarding family reunions not connected to the EU directives (Müller 2010, 182). Moreover, border control was assigned the task of refusing entry to asylum seekers coming from “safe third countries” or a country responsible for their application according to the Dublin II regulation (§18 (2) AsylG).

In 2008, the European Return Directive (Council regulation 2008/115/EC) was passed. Among other aspects, it included possibilities to bring people into custody, to secure deportation and a re-entry ban up to 5 years. While the passing of the Directive led to protests in several European countries—especially in France against the “*directive de la honte*” (directive of disgrace)—in Germany, mobilization stayed away, presumably because of the little deterioration compared to the already-existing

⁸In 2015 this was reduced to four years (§25a AufenthG).

return regulations and practices. In the following years, Germany's Residence Act was amended several times to transpose the Directive into national law. However, the few pro-migrant changes the Directive entails, such as an effective monitoring system for deportations or alternatives to deportation detention, have hardly been considered. Accordingly, in 2014, Germany was criticized harshly by EU Commissioner for the Interior (Keßler 2014, 416). In the same year, following a complaint of several detainees pending deportation supported by Pro Asyl and the *Jesuiten Flüchtlingsdienst*, the European Court of Justice (ECJ) decided that a reform of custody policies in Germany would be necessary to comply with the Return Directive. Both the ECJ and the German Federal Court found a violation of the "separation rule" of the Return Directive, according to which deportation prisoners were to be accommodated exclusively in special facilities. This was especially relevant for persons in Dublin cases who had to be released (Pro Asyl 2014).

At this point in time, the European/German border regime came under pressure from several developments that were partly connected to each other. In late 2010/early 2011, a number of states in Northern Africa that had previously acted as externalized gatekeepers to the European Union ceased to stop migrants on their way to Europe due to strong political upheavals. This was paired with increasing arrivals through the Balkan corridor. As such, the numbers of asylum applications started to rise again, in particular after 2012 (see Fig. 3.1). After several years of being low on the political radar, asylum and migration became a publicly contested issue once again, coinciding with the widespread media attention of the refugee protests in 2012 (see Odugbesan and Schwiertz 2018). Despite broad public support, official reactions were either repressive or non-existent (Steinhilper 2016).

Simultaneously, the discourse around the "abuse of asylum" was reactivated by conservative politicians. In 2013, the ruling Grand Coalition agreed to classify the West Balkan states of Bosnia and Herzegovina, Serbia, and Macedonia as safe countries of origin (CDU/CSU & SPD 2013, 76). Despite these restrictions, asylum applications continued to rise. The temporary collapse of border controls and the broader crisis of the Dublin Regime, as well as the escalating wars in Syria, Iraq, and Afghanistan, resulted in the number of asylum applications in 2015 reaching nearly 480,000⁹ (BAMF 2016a, 10).

At this time, broader parts of society became engaged with the topic of asylum and migration. On the one hand, there was an increase in anti-migrant discourse and actions: The new right-wing populist party Alternative for Germany (*Alternative für Deutschland*, AfD), founded in 2013, gained considerable support in state elections in 2014–2015 (see Rucht 2018). In the same time frame, the numbers of racist attacks against refugee accommodation centers and people perceived as foreigners rose sharply. This led to an escalation of the public discourse comparable to the anti-migrant discourses in the early 1990s. On the other hand, and in contrast to the 1990s, the increased pro-migrant mobilization now included a broader spectrum

⁹The actual number of entries is significantly higher. Due to a lack of capacity, the process has been characterized by delays (BAMF 2016a, 10).

of society. Particularly in the summer of 2015, uncountable volunteers supported refugees, providing services the state failed to provide.

In September 2015, some European member states opened a humanitarian corridor for people arriving in Greece to travel to Germany. In contrast to the peak in applications in 1992, a significant share of applications was accepted: In 2015, more than half of the asylum decisions led to international protection of the applicants (see Fig. 3.1). This moment of openness was soon accompanied by another increase in legislative restrictions: On 8/1/2015, the new Residence Act (*Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung*, AufenthG) entered into force. It entailed changes to facilitate and accelerate the enforcement of deportations, including the reinstallation of custody procedures (Pro Asyl 2015). It also contained some key liberalizing elements, though, as for the first time there was a legal option for those who had been tolerated for a long period of time to apply for a residence permit independent of length of stay or age restrictions (§25b AufenthG).

In reaction to the large numbers of asylum seekers that had reached Europe and Germany in August and September 2015, the Asylum Procedure Acceleration Act (*Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz*, Asylum Act) was passed in October 2015. This act entailed several changes to existing laws, such as the prohibition of announcing a date for deportation once the limit for assisted return had expired and the classification of Albania, Kosovo, and Montenegro as “safe countries of origin”. Asylum seekers arriving from these countries would now have to stay in initial reception centers until the end of their asylum application process or until their departure in the case that their claim was rejected. These changes also reduced the time for complaints or appeals against asylum decisions.¹⁰ All in all, these changes in asylum laws can be seen as the most encompassing restrictions since the early 1990s.

This overview shows that migration (policy) has been highly contested throughout the last decades. This led (and still leads) to ambivalent legislation, combining liberalizations with restrictions, which influence the scope of contestation over asylum and deportation. In order to understand the specific context for such struggles, we will now focus on the (political and) administrative decision-making authority in this field.

3.3 Administrative Decision-Making Authority

The main laws regulating asylum, deportation, and stay/residence are the Asylum (Procedure) Act (*Asyl(verfahrens)gesetz*, Asyl(Vf)G),¹¹ and the Residence Act (AufenthG). In general, administrative authorities on the municipal, state, and federal level are responsible for the majority of decisions regarding asylum, depor-

¹⁰ Ultimately, it included changes in the AsylbLG, most importantly the return to payment in-kind (§3 (1) AsylbLG) and a restriction on access to benefits (§1a AsylbLG).

¹¹ In Oktober 2015, the new Asylum Act replaced the former Asylum Procedure Act.

tation, and stay. However, the Asylum Act and the Residence Act allow for temporary political decisions to be made by political governmental agencies, mostly on the state level, but also on the federal level. Administrative decision-making authority is highly complex due to the multiple levels involved. Competences may also differ between the different states and have been shifted between levels. In the following, we describe administrative authorities for decision-making prior to the changes of 2015/2016,¹² and do not go into regional details or changes over time.

Decisions over asylum applications are made by the federal administration: the Federal Office for Migration and Refugees (*Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, BAMF), which is affiliated with the Federal Ministry of the Interior as the higher federal authority. Prior to the examination of an asylum application, the BAMF checks responsibility for the asylum application according to the Dublin regulation. In case an asylum procedure is processed or completed in another member state, the BAMF files a transfer request.¹³ In case Germany is responsible for the asylum application, the BAMF examines different forms of protection in an individual procedure: first, it checks entitlement to asylum, refugee protection and subsidiary protection when none of the former forms of protection is granted, a national ban on deportation (§60 (5) + (7) AufenthaltG) can be issued if specific grounds apply (see Table 3.1). Asylum applicants have the permission to reside for the length of the pending asylum procedure. When the procedure is terminated, the four different protection statuses result in different entitlements with regards to residence permits. This decision is binding and cannot be revoked.

In the case of a negative decision, the BAMF serves a deportation warning in combination with the rejected claim (§34 AsylG). Asylum seekers whose application has been judged as inadmissible or been rejected can file court cases against the BAMF decision within a short time frame. They may not be deported or transferred until the ruling has been handed down.

According to the Residence Act, state-level Immigration Authorities acting as higher state-level authorities are in charge of decisions surrounding the specific enforcement of deportations. However, in the case of rejected asylum seekers, the BAMF, as a federal agency, decides on whether a person should be deported. Nevertheless, it is still up to the state Immigration Authority to decide upon the actual enforcement of the deportation. The Immigration Authority organizes the deportation, but its physical enforcement is carried out both by state and federal police. If conflicts arise, the Immigration Authority is dependent on the local police, subordinated to the state Ministry of the Interior, to enforce the deportation order. This divided authority may open up the scope for direct action against deportation (see Hinger et al. 2018).

¹²The German cases analyzed in the remainder of the book (see Hinger et al. 2018; Kirchhoff et al. 2018) occurred before 2015/2016. For an overview on policy changes in 2015/2016 see Pichl 2017.

¹³If the transfer is not carried out within 6 months (extended in case of detention or if a person is not traceable), responsibility for the asylum procedure is transferred to the German authorities.

The Immigration Authority can assign a temporary suspension of deportation to people whose deportation is impossible in fact or in law. Even though the state Immigration Authorities are legally responsible, most states delegate this responsibility to the municipal Immigration Authorities (Bogumil and Jann 2009, 104). Whereas general decision-making authority lies at the state and federal level, the scope for decision-making on the municipal level should not be underestimated, as the Residence Act includes several discretionary clauses. Finally, and adding another layer of complexity, most of the deportations from Germany are carried out by passenger flights on private airlines. Once the doors of an airplane close, the pilot has the legal authority and can decide whether or not to carry out a deportation. This extra-state decision-making power has been a leverage point for protests against deportations at airports (Seidlmayer 2012).

As mentioned above, the law confers political decision-making power on the state Ministers of the Interior and the federal Minister of the Interior as the highest federal and state authorities responsible for this policy field. Examples of this include the collective deportation moratoria in winter or hardship decisions. In the latter case, hardship commissions on the state level¹⁴ decide if a residence permit should be granted on humanitarian grounds. The responsibility for final decisions in hardship cases lies with the respective Ministry of the Interior of the state. Furthermore, the state and federal Ministries of Interior can take charge of deportation proceedings “if a special interest on part of the Federation applies” (§58a AufenthaltG). The most frequent political decisions regarding the implementation of the Residence Act are taken by the Conference of the Ministers of the Interior. In their semi-annual meetings, resolutions have to be approved by consensus (IMK 2016).

Courts also play an important decision-making role. In general, appeals of administrative procedures or decisions are directed to state-level administrative courts.¹⁵ They decide, for example, whether the rejection of an asylum claim is valid, whether a Dublin transfer is in accordance with human rights, or on detention. In the last years a great share of BAMF decisions has been revised through administrative court decisions. The regional administrative courts handle everyday decisions. Furthermore, some appeals can be lodged at the Federal Constitutional Court (*Bundesverfassungsgericht*, BVerfG), the highest legal authority in Germany. If constitutional rights are at risk, the BVerfG can declare provisional legal protection, e.g. against deportations. The enforcement of the deportation order is then stopped until a final court decision has been made. This happened, for example, in the case of a Dublin transfer to Greece in 2009; in the following court proceedings, the BVerfG suggested the government to stop all Dublin transfers to Greece. In order to

¹⁴ States have autonomy over how the commission is formed and proceeds. The hardship commission in Hamburg is, for instance, formed by representatives of every party elected to the state parliament and all decisions had to be unanimous until a change in regulations in 2015 (HFKG §1 & §5). In contrast, the hardship commission in Lower Saxony is composed of a variety of actors, including state representatives, a medical practitioner, representatives of the church, and the Refugee Council and decides by majority vote (NHärteKVO §2 & §6).

¹⁵ In the case of social welfare, pleas can also be directed to social courts (Classen 2008, 229–239).

avoid a decision before the BVerfG, the Ministry of Interior declared that they would not carry out any further deportations to Greece until the situation of the asylum system and the living conditions in Greece had improved (Meyerhöfer et al. 2014, 161).

On the European level, it is the European Court of Human Rights (ECtHR) and the European Court of Justice (ECJ) that are involved in decisions concerning deportations. The ECtHR judgements are based on the European Convention on Human Rights (ECHR); however, decisions are only legally binding in the specific states involved in the court case. In January 2011, the ECtHR declared that a Dublin transfer of one person from Belgium to Greece violated Article 3 (torture and inhuman or degrading treatment or punishment) and Article 13 (effective remedy) of the ECHR. Following this decision, most of the member states of the European Union stopped Dublin transfers to Greece (ibid., 163). The ECJ is the highest legal authority in matters of European Union law. Its decisions are legally binding for all member states and their courts. National or federal courts can submit cases to the ECJ if the case concerns European law. In the field of deportation, it is the enforcement of Dublin transfers that is a regular matter for the ECJ.

As we have shown, administrative and political decision-making authority is highly complex due to the multiple levels involved. This is complemented through a strong judiciary. While this complexity may be confusing for those confronted with state decisions concerning asylum and deportation, it provides different entry points and scope for contestation of such decisions. We will now sketch the protest culture in the Federal Republic of Germany in order to further contextualize protests in this field.

3.4 Protest Culture

The Federal Republic of Germany has been characterized as a “movement society.” Participation in social movements, political campaigns, citizens’ initiatives, and protest groups all form part of the political repertoire, as does membership to political parties, associations, and other institutionalized organizations (Roth and Rucht 2008, 10). Between 1950 and 1994, the average number of protests and the number of protest participants increased (Hutter and Teune 2012, 11–12). Protests as a means to express one’s political opinion were increasingly accepted and spread from big organizations such as unions to smaller, more local, and partly informal groups (Neidhardt and Rucht 2001, 36). Local and regional mobilization greatly exceeds national protest mobilization. Protest forms such as demonstrations, but also direct actions like blockades and occupations, have increased disproportionately. While judicial forms of protests have comparatively been small in number, they may have nevertheless had a significant impact on the outcome of several conflicts (ibid., 51–55). Even though protest mobilization at the end of the 1990s and the 2000s was more moderate than in the 1980s and early 1990s, protests remain “a standard repertoire of politically active persons” (Hutter and Teune 2012, 12).

The relevance of protest participation has to be seen, in part, against the background of the political system in Germany. This system provides few access points for challengers despite its federalist structure and strong judiciary; policy decisions are based on representative democracy, with very few direct-democratic elements (Kriesi et al. 1992, 222–224).

In the late 1980s and early 1990s, migration became one of the most contested issues in the reunified Germany. As described above, at that time the government was in the hands of a conservative-liberal government. Still, the pro-migrant protest movement succeeded in consolidating its interests, with the establishment of influential organizations such as Pro Asyl and the Refugee Councils, thereby exerting its influence far beyond the protest cycle of the 1980s. Since then, both institutionalized structures have had a relatively high proximity to protest movements compared to NGOs in other countries. These institutions continue to be important resources in the political struggle for asylum and against deportations in Germany. In contrast, protest movements against asylum seekers have no equivalent institutionalized counterpart (see Rucht 2018).

In the first half of the 1990s, one-third of all protests were related to migration (Neidhardt and Rucht 2001, 40–42). Up until this point, protests had mainly been composed of actors from the liberal or radical left, but from the 1990s onwards, the radical right gained in importance (Hutter and Teune 2012, 15). The increase in the number of militant radical right-wing protests against migrants, though, was outnumbered by pro-migrant protests which mobilized a broad spectrum, from left anti-fascist groups to the middle classes (Roth and Rucht 2008, 34). Since the new wave of anti-migrant protest by PEGIDA and related groups that began in 2013 anti-migrant protests have started to catch up with numbers of pro-migrant protests (see Rucht 2018, 246).

The number of migrants participating in protests on the issue of migration especially increased in the early 1990s (Neidhardt and Rucht 2001, 49). At this time, several pro-migrant initiatives were founded. The focus of these initiatives was less to influence policy processes, but to counteract the consequences of these policies. In contrast to mass demonstrations, forms of direct action and disruption gained importance. In 1994, five African asylum seekers founded The Voice Refugee Forum to protest against isolation prescribed by the new asylum laws. In the same year, the federal working group on church sanctuary *BAG Asyl in der Kirche* was founded to ensure further examination of rejected asylum cases (Kirchhoff 2017, 51). This also underlines the importance churches have played in contention over asylum and deportations since the early 1980s.

In order to highlight the highly precarious status of illegalized migrants and to connect anti-racist and church groups in their support of such persons, the German-wide initiative *no one is illegal* (*kein mensch ist illegal*, kmii) was founded during the *documenta* international art exhibition in 1997. kmii appealed for direct support of migrants, “the provision of work and identity papers [...], the supply of medical care, education and training, accommodation, and material survival” (kmii 2017). Still, the aim to influence public opinion was hardly abandoned; kmii directly attacked the image of Lufthansa by pointing to their involvements in deportation

enforcement, applying new forms of “communication guerrilla warfare” with the deportation.class campaign (Kirchhoff 2017, 51).

Furthermore, protests continued to address policymakers. In the run-up to the German federal elections in 1998, the Caravan for the Rights of Refugees and Migrants, an organization of migrants with various residency statuses as well as German citizens, mobilized a country-wide tour to gain visibility and call for “socio-political justice, equality and respect for the fundamental human rights of everyone” (The Caravan Berlin 2013). In 2005, Youth without Borders (*Jugendliche ohne Grenzen*) was founded, demanding a right to stay for all. The group regularly protests during the conference of the state Ministers of the Interior, which repeatedly decides on provisions regarding deportations, but also on possibilities to stay (see Odugbesan and Schwiertz 2018).

The refugee protests of 2012 relied on this strong tradition of self-organization of migrants and asylum seekers as well as pro-migrant organizations. They succeeded in becoming visible and raising public awareness of their demands (Jakob 2016, 8–18). In addition, in 2014 and 2015, the numbers of people volunteering to support the newly arrived persons peaked. Several authors (Kanalán 2015; Jakob 2016) have argued that this increase needs to be understood against the background of the visibility that refugees and migrants gained through the refugee protests since 2012. It might be worth further analysis about how far voluntarism has become established as a new form of political activism, as this potentially depicts a further shift in the changing protest culture of the Federal Republic of Germany.

3.5 Conclusion

The discussion about asylum and migration has been one of the fiercest societal debates in the history of (Western) Germany since the 1980s and continues to be so today. In the context of racist mobilizations and “moral panic” about the “abuse of the asylum system” (Kannankulam 2014, 102), conservative political actors succeeded in setting the agenda of a restrictive migration and asylum policy, which culminated in the Asylum Compromise of the newly reunified Germany. This was countered by (pro-)migrant mobilizations, the foundation of several self-organized initiatives of (rejected) asylum seekers, and support from German citizens, pro-migrant NGOs, and churches. While this broad network of (pro-)migrant mobilization could hardly influence policy making in the field during the late 1980s/ early 1990s, it can be seen as a structural basis for protests challenging the implementation of restrictive asylum (and migration) policies including protests against deportation until today.

Since the early 2000s, at a time of rather low numbers of asylum applications, Germany started to be officially acknowledged as an “immigration country.” This has been reflected by an increasing amount of regulations that grants residence to migrants who have stayed in Germany for a long time, often under extremely insecure conditions. This shift can be understood as a reaction to the strong organization

by and for migrants, as well as a general shift away from conservative migration policy agendas and towards a new economic logic of migration management. However, as a concession to conservative positions, the restrictive character of asylum and residence laws remains strong. As such, German migration and asylum policy has a highly ambivalent character.

Since the late 1990s and early 2000s, policies in the field of asylum and residency have, contradictorily, been both restricted and liberalized: Possibilities to be granted residence have increased, so did attempts to increase state capacity to deport unwanted migrants as delinquents or “bogus asylum seekers”. The actual number of deportations has been relatively limited, due to legal revisions of BAMF decisions or the application of alternative regulations in the Residence Act. In June 2015, 84% of the formerly rejected asylum seekers possessed either a limited or an unlimited residence permit (Deutscher Bundestag 2015, 29). This may also be interpreted as the result of careful legal support in individual cases. Still, the large number of migrants with a precarious legal status remains one of the characteristic features of the migration regime in Germany.

With the rising numbers of asylum seekers in 2014 and 2015, protests against and for migration increased again. In September 2015, the journalist Sebastian Friedrich stated: “We are in the midst of an open social conflict” (Friedrich 2015, translation by the authors). Again, this open conflict was answered by further restrictions of the asylum laws and the intention to divide between “good” and “bad” asylum seekers, to find a compromise between politics of welcome and of barriers. More than two years later, an end of this social conflict is not in sight. It remains to be seen how the revitalized anti-migrant discourse and violence against migrants as well as the constant (pro-)migrant mobilization will develop and affect both policies and contentions around asylum and deportation in Germany in the long run.

Acknowledgements This paper emerged from the project Taking Sides, which analyzes anti-deportation protests in Austria, Switzerland and Germany. The project has been funded under the DACH scheme of FWF, SNF and DFG (SCHW1389/5-1). We also thank Marlene Becker, Helen Schwenken, Ricarda Wiese, Helge Schwiertz, Tatjana Ulshöfer, Sophie Hinger, and the editors and anonymous reviewers for their comments, as well as Madelaine Moore and Matt Rees for linguistic revision.

References

- Ausländerbeauftragte. (2001). *Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten*. http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/149602/publicationFile/15184/migrationsbericht_2001.pdf. Accessed 18 June 2016.
- Bade, K. J., & Oltmer, J. (2004). *Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Baden-Württemberg, F. (2013). “Winterabschiebestopp” in Baden-Württemberg: *Humanität hat Vorrang?* <http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/winterabschiebestopp-jetzt-auch-in-baden-wuerttemberg.html>. Accessed 1 Aug 2016.
- BAMF. (2014). *Das Bundesamt in Zahlen 2013*. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2013.html>. Accessed 12 Oct 2014.

- BAMF. (2016a). *Das Bundesamt in Zahlen 2015*. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.html>. Accessed 12 July 2016.
- BAMF. (2016b). *Migrationsbericht 2014*. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile. Accessed 26 Feb 2016.
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2013). *Das Bundesamt in Zahlen 2012*. https://fragdenstaat.de/files/foi/14716/2013_bundesamt-in-zahlen-2012.pdf. Accessed 18 July 2016.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. (2003). *Migrationsbericht 2003*. http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/149604/publication-File/15185/migrationsbericht_2003.pdf. Accessed 12 July 2016.
- BMI, Bundesministerium des Inneren. (2016). *Häufig gestellte Fragen zum Thema: Ausländerrecht*. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Themen/Migration/Auslaenderrecht/20.html>. Accessed 15 July 2016.
- Bogumil, J., & Jann, W. (2009). *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. VS: Wiesbaden.
- CDU, CSU, SPD. (2013). *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag*. <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>. Accessed 28 Oct 2016.
- Classen, G. (2008). *Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge. Handbuch für die Praxis*. Karlsruhe: Von Loeper.
- Classen, G., & Kanalan, I. (2010). Verfassungsmäßigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes. *Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht*, 6(2010), 243–249.
- Der Spiegel (1982, May 3). Ausländer: “Das Volk hat es satt”. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14348246.html>. Accessed 7 Sept 2016.
- Der Spiegel (1990, August 20). Asyl. Letztes Paradies. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501091.html>. Accessed 14 Sept 2016.
- Deutscher Bundestag (2015). *Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zu Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge. Drucksache 18/5862*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/058/1805862.pdf>. Accessed 16 Oct 2016.
- Deutscher Bundestag (2016). *Antwort der Bundesregierung. Abschiebungen im Jahr 2015. Drucksache 18/7588*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807588.pdf>. Accessed 26 Feb 2016.
- Die Zeit (2012, November 29). Asylkompromiss von 1992. <http://www.zeit.de/2012/49/Debatte-Grundrecht-Asyl-1992/komplettansicht>. Accessed 14 Nov 2016.
- Friedrich, S. (2015). *Konflikt statt Konsens: Gegen einen Kompromiss zwischen Rassismus und “Willkommenskultur”*. <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=362>. Accessed 21 July 2016.
- Geiger, M., & Hanewinkel, V. (2014). Politik der Arbeitsmigration. In P. Gans (Ed.), *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration* (pp. 162–179). Hannover: ARL. http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/fb/fb_003/fb_003_09.pdf. Accessed 11 Oct 2016.
- GGUA, Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender. (2010). *Arbeitshilfe: Zur Umsetzung des § 25a AufenthG-Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende*. http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/redaktion/Dokumente/GGUA25a.pdf. Accessed 19 July 2016.
- Gibney, M., & Hansen, R. (Eds.). (2005). *Immigration and asylum from 1900 to the present. Volume 1: Entries A to I*. Santa Barbara et al.: ABC Clío.
- Herbert, U. (2003). *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hess, S., & Kasperek, B. (2010). *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*. Hamburg: Assoziation A.
- HFKG, Hamburgisches Gesetz über die Härtefallkommission nach § 23 a des Aufenthaltsgesetzes. (2005, May 4). <http://www.landesrecht-hamburg.de/jportal/portal/page/bshaprod.psm1?showdoccase=1&doc.id=jlr-HFKGHArahmen&doc.part=X&doc.origin=bs&st=lr>. Accessed 15 July 2016.
- Hinger, S., Kirchhoff, M., & Wiese, R. (2018). “We belong together!” collective anti-deportation protests in Osnabrück. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 171–194). New York: Springer.

- Hutter, S., & Teune, S. (2012). Deutschlands Protestprofil im Wandel. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62(25–26), 9–17.
- IMK, Innenministerkonferenz. (2016). *Ständige Konferenz der Innenminister und-senatoren der Länder. Aufgaben und Arbeitsweise*. <http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/aufgaben/aufgaben-node.html>. Accessed 12 Oct 2016.
- IOM Deutschland. (2014). *Bericht über die Programme zur Unterstützung freiwilliger Rückkehr der Internationalen Organisation für Migration Deutschland 2013*. http://germany.iom.int/sites/default/files/REAG/AVR_Report_2013.pdf. Accessed 29 Mar 2016.
- Jakob, C. (2016). *Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*. Berlin: Ch. Links.
- Kanalan, I. (2015). Jugendliche ohne Grenzen. Zehn Jahre Proteste und Kämpfe von Geflüchteten Jugendlichen – Creating Utopia? movements. *Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1(2). <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/10.kanalan-jugendliche-ohne-grenzen.html>. Accessed 3 Aug 2016.
- Kannankulam, J. (2014). Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. Die Asyldebatte als Schlüsselereignis des schwerfälligen Wandels vom Gastarbeitsregime hin zu Managed Migration. In Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Ed.), *Kämpfe um Migrationspolitik* (pp. 93–112). Bielefeld: Transcript.
- Karakayalı, S. (2008). *Gespenster der Migration: Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld: Transcript.
- Keßler, S. (2014). Erreichen des Klassenziels gefährdet. Zur (Nicht-)Umsetzung der Rückführungsrichtlinie in Deutschland. *Asylmagazin*, 12(2014), 416–420.
- Kirchhoff, M. (2017). Vor und nach dem Willkommen. Zur Geschichte und Aktualität von Protesten gegen Abschiebungen. In BdWi et al. (Eds.): *Krise der EU. Kontroversen – Perspektiven – Linke Alternativen* (pp. 50–52). Studienheft 11.
- Kirchhoff, M., Probst, J., Schwenken, H., & Stern, V. (2018). Worth the effort: Protesting successfully against deportations. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 126–148). New York: Springer.
- kmii, no one is illegal. (2017). *Manifesto*. <https://noii2017.wordpress.com/portfolio/manifesto-english/>. Accessed 26 June 2017.
- Kreienbrink, A. (2007). *Voluntary and forced return of third country nationals from Germany*. Research study 2006 in the framework of the European Migration Network. http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/reports/docs/emn-studies/return-migration/4a._de_emn_ncp_return_country_study_final_may2007en_version_en.pdf. Accessed 3 Aug 2016.
- Kriesi, H., Koopmans, R., Duyvendak, J. W., & Guigni, M. G. (1992). New social movements and political opportunities in Western Europe. *European Journal of Political Research*, 22(2), 219–244.
- Meyerhöfer, A., Hartl, U., Lorenz, D., Neumann, S., & Oeser, A. (2014). “Dublin II kippen!” Kämpfe um selbstbestimmte Migration in Europa. In Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Ed.), *Kämpfe um Migrationspolitik* (pp. 151–167). Bielefeld: Transcript.
- Müller, D. (2010). Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, *Deutschlands und Polens*. Göttingen: Göttinger Universitätsverlag.
- Neidhardt, F., & Rucht, D. (2001). Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure. In D. Rucht (Ed.), *Protest in der Bundesrepublik* (pp. 27–70). Frankfurt am Main: Campus.
- NhärteKVO, Verordnung über die Härtefallkommission in Niedersachsen nach dem Aufenthaltsgesetz. (2006, August 8). http://www.mi.niedersachsen.de/download/103919/Niedersaechsische_Haertefallkommissionsverordnung.pdf. Accessed 15 July 2016.
- Odugbesan, A., & Schwiertz, H. (2018). “We are here to stay” – Refugee struggles in Germany between unity and division. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 195–214). New York: Springer.

- Oulios, M. (2013). *Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären*. Berlin: Suhrkamp.
- Pichl, M. (2017). Die Asylpakete I und II: Der politische und rechtliche Kampf um die Asylverschärfungen. In S. Hess et al. (Eds.), *Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III* (pp. 163–175). Berlin: Hamburg Assoziation A.
- Pro Asyl. (2010). *Hier geblieben! Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung*. http://archiv.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/a_Startseite_und_Aktionsseiten/Startseite/2011/Anforderungen_neue_Bleiberechtsregelung_2011.pdf. Accessed 18 July 2016.
- Pro Asyl. (2014). *Nach EuGH und BGH-Urteil: Ende der Abschiebungshaft oder neues Inhaftierungsprogramm?* <https://www.proasyl.de/news/nach-eugh-und-bgh-urteil-ende-der-abschiebungshaft-oder-neues-inhaftierungsprogramm/>. Accessed 26 June 2017.
- Pro Asyl. (2015). *Bundestag beschließt Ausweitung der Abschiebehaft und Bleiberechtsregelung*. <https://www.proasyl.de/news/bundestag-beschliesst-ausweitung-der-abschiebungshaft-und-bleiberechtsregelung/>. Accessed 1 Aug 2016.
- Roth, R., & Rucht, D. (Eds.). (2008). *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*. Frankfurt/New York: Campus.
- Rucht, D. (2018). Mobilization against refugees and asylum seekers in Germany: A social movement perspective. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 234–255). New York: Springer.
- Schuster, L. (2003). *The use and abuse of political asylum in Britain and Germany*. London: Routledge.
- Seibert, N. (2008). *Vergessene Proteste: Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*. Münster: Unrast.
- Seidlmayer, E.-L. (2012). Last Minute Protest. *Hinterland*, 19, 34–37.
- Steinhilper, E. (2016). Selbstbewusst und Laut – Politische Proteste von Geflüchteten. In *Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)* (Ed.). Kurzdossiers. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/227542/politische-proteste-von-gefluechteten>. Accessed 18 July 2016.
- The Caravan Berlin. (2013). *About the Caravan*. <http://karawane-berlin.org/about-the-caravan/>. Accessed 18 July 2016.

Open Access This chapter is licensed under the terms of the Creative Commons Attribution 4.0 International License (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>), which permits use, sharing, adaptation, distribution and reproduction in any medium or format, as long as you give appropriate credit to the original author(s) and the source, provide a link to the Creative Commons license and indicate if changes were made.

The images or other third party material in this chapter are included in the chapter's Creative Commons license, unless indicated otherwise in a credit line to the material. If material is not included in the chapter's Creative Commons license and your intended use is not permitted by statutory regulation or exceeds the permitted use, you will need to obtain permission directly from the copyright holder.



3.2 Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013

Rosenberger, Sieglinde, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff & Nina Merhaut 2017: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften*, 45 (Special Issue 33), 257–283.

<https://doi.org/10.5771/9783845288413-254>

<https://www.leviathan.nomos.de/>

Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013¹

1. Einleitung

Als Reaktion auf den *deportation turn*², der seit den 1990er Jahre in einigen europäischen Ländern beobachtet wird, formierte sich auf Straßen und Plätzen, auf Flughäfen, vor und in Unterkünften von Asylsuchenden sowie in Abschiebe(haft)zentren zivilgesellschaftlicher Protest und individueller Widerstand. Die politikwissenschaftliche und soziologische Bewegungsforschung zeigten für diese neuen politisch hoch sensiblen Proteste vorerst wenig Interesse. Diese Ignoranz mag teils überraschen, da es sich bei der Asylpolitik um ein Feld mit besonderer politischer Aufmerksamkeit, Zuspitzung und Polarisierung handelt;³ sie mag teils nicht überraschen, da die zwangsweisen Außerlandesbringungen als wesentliche Komponente restriktiver Migrations- und Asylpolitik lange Zeit öffentlich unbeobachtet durchgeführt wurden.⁴ Erst nach Antje Ellermanns vergleichender Pionierpublikation »States against Migrants«⁵ aus dem Jahr 2009 widmete sich die Protest- und Bewegungsforschung zunehmend auch diesem politischen Bereich.⁶ Die nun entstandenen, meist länderspezifischen Untersuchungen behandelten Fragen, wie unter welchen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen Proteste organisiert, welche Anliegen verfolgt werden und welche Auswirkungen diese auf die jeweiligen Abschieberegelungen zeitigen.

Die MigrationsforscherInnen Nathalie Peutz und Nicholas De Genova charakterisieren Abschiebungen als eine der härtesten Maßnahmen der Migrationskontrolle, heben ihren disziplinierenden Charakter hervor und diagnostizieren ein

1 Der Beitrag basiert auf dem D-A-CH-Projekt »Taking Sides: Protests Against the Deportation of Asylum Seekers« (siehe: <http://inex.univie.ac.at/research/taking-sides/>, Zugriff vom 2.6.2017), gefördert durch FWF, DFG und SNF (FWF-Projekt I 1294; DFG-Fördernummer SCH 1389/5-1). Wir danken dem Schweizer Projektteam mit Gianni D'Amato, Dina Bader, Johanna Probst und Didier Ruedin sowie Sarah Mayer, David Lorenz, Sarah Nimführ, Verena Stern und den studentischen ProjektmitarbeiterInnen für empirische Erhebungen und die Mitarbeit am Gesamtprojekt sowie den anonymen GutachterInnen und HerausgeberInnen für die anregenden und sorgfältigen Kommentierungen.

2 Gibney 2008, S. 146.

3 Gruber 2010.

4 Castañeda 2010.

5 Ellermann 2009.

6 Bspw. Freedman 2009; Nyers 2010; Tazreiter 2010; McGregor 2011; Rygiel 2011; Rosenberger, Winkler 2014; Gill 2014.

globales *deportation regime*.⁷ Tom Wong erkennt kein globales Abschieberegime, sondern spricht von *deportation nations* als denjenigen Staaten, in denen Abschiebungen im Kontext nationalstaatlicher Souveränität besonders stark ausgeprägt sind.⁸

Dieser Form der Migrationskontrolle widersprechen Teile der Bevölkerung. Sie machen durch ihren Protest »von unten« Abschiebungen zum gesellschaftlichen und politischen Konflikt. Gruppen, Organisationen und Einzelne solidarisieren sich mit Abzuschiebenden, organisieren vielfältige Protestaktivitäten und fordern das Abschieberegime heraus.⁹ Dieses kollektive Engagement, das sich sowohl gegen Entscheidungen der politischen als auch der administrativen Arena richtet, hat eine starke ethische Komponente – es unterstützt in solidarischer Weise Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus, geringen materiellen Ressourcen und kaum faktischen Rechten. Neben diesen ethischen und menschenrechtlichen Aspekten betonen Peutz und De Genova¹⁰ die hohe politische Relevanz von Anti-Abschiebungsprotesten. Sie sehen in ihnen eine weltweit präsente, umstrittene Beziehung zwischen »sovereignty, space, and the freedom of movement«. ¹¹ Protesthandeln stellt, so auch Anderson, Gibney und Paoletti, fundamentale staatliche Konzepte wie Mitgliedschaft, Souveränität und Grenze einerseits und universelle Grund- und Menschenrechte wie individuelle Bewegungsfreiheit andererseits zur Debatte.¹² Diese Verknüpfung mit nationalstaatlichen und internationalen Konzepten und Rechten unterstreicht den immanent politischen, auf Veränderung sozialer Verhältnisse abzielenden Anspruch dieser Auseinandersetzungen.

Die Literatur über Kämpfe gegen Abschiebungen spricht des Weiteren von ihnen als Momentum einer globalen »generalisierbaren und universellen Menschenrechtsbewegung«. ¹³ Mit anderen Worten: Einem explizit nationalstaatlichen politischen Instrument, das die Souveränitätsidee wie kaum ein anderes symbolisiert, wird mit analytischen Perspektiven der Transnationalisierung beziehungsweise Globalisierung begegnet.

Der folgende Beitrag schätzt einige der hier skizzierten Befunde vorsichtiger ein. Er präsentiert hierzu Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung von Protestereignissen, die sich gegen Abschiebungen von abgelehnten AsylbewerberInnen in Deutschland und in Österreich richten. Die Evidenz zur Frequenz, den AkteurInnen, den Mitteln und Forderungen basiert auf einer Langzeitanalyse von medial berichteten Protestereignisdaten (1993-2013). Die zentrale Fragestellung, die dieser Analyse zugrunde liegt, lautet: Welche Rolle spielen politische und diskursive

7 Peutz, De Genova 2010, S. 6.

8 Wong 2015, S. 65.

9 Ellermann 2009; Freedman 2009; Tazreiter 2010; Freedman 2011; Rosenberger, Winkler 2014; Ataç et al. 2015; Mokre 2015; Patler, Gonzales 2015.

10 Peutz, De Genova 2010, S. 2.

11 Op. cit., S. 2; siehe auch Tazreiter 2010.

12 Anderson, Gibney, Paoletti 2011.

13 Tazreiter 2010, S. 201, Übersetzung durch die Autorinnen.

nationale Kontextfaktoren sowie protest-immanente Komponenten für unterschiedliche Protestcharakteristika in den beiden untersuchten Ländern?

Bei der Erhebung und Analyse der Daten stützen wir uns auf Zugänge, Perspektiven und Werkzeuge der sozialen Protest- und Bewegungsforschung, und hier insbesondere auf Untersuchungen zu solidarischen Protesten.¹⁴ Ziel ist es, Charakteristika der Proteste gegen Abschiebungen zu identifizieren und diese vor dem Hintergrund institutioneller und diskursiver Kontextstrukturen zu reflektieren. Zur Untersuchung der Kontextbedingungen, die diese Merkmale beeinflussen, greifen wir auf den Ansatz der politischen Gelegenheits- beziehungsweise Kontextstrukturen der sozialen Bewegungsforschung zurück.¹⁵ Dieser Ansatz hält ein Spektrum an endogenen und exogenen Erklärungsfaktoren für das Auftreten, die Form, den Verlauf und Erfolg von Bewegungen bereit. Wir werden argumentieren, dass unterschiedliche Kanäle des Einspruchs und der Kritik an staatlichen Entscheidungen sowie unterschiedliche Politisierungsintensitäten von Asyl und Flucht sowohl die Eigenheiten von Anti-Abschiebe-Protesten als auch die länderspezifisch unterschiedlichen Ausprägungen verstehbar machen. *Issue*-spezifische Faktoren, wie die Asylgesetzgebung oder die Entwicklung von Abschiebezahlen, hingegen spielen eine geringere Rolle.

Im Folgenden blicken wir zunächst auf den Forschungsstand zu Anti-Abschiebe-Protesten und stellen dann die Länderauswahl sowie das methodische Vorgehen der Datenerhebung und -analyse dar. Anschließend werden Charakteristika der Anti-Abschiebe-Proteste in Deutschland und Österreich vergleichend präsentiert und Erklärungen für die Unterschiede der Proteste gegeben. In einem Ausblick formulieren wir, aus den Ergebnissen unserer Analyse folgernd, Einschätzungen bezüglich Protestentwicklungen nach dem Sommer 2015.

2. Proteste gegen Abschiebungen als Forschungsgegenstand

Der Ausschluss von Menschen aus einem staatlichen Territorium, einem Rechtsbereich, einer Gemeinschaft und aus sozialen Beziehungen gilt als das ultimative Zwangsinstrument der *post-entry*-Migrationskontrolle. In kaum einem anderen Politikbereich ist die konfrontative Konstellation »States against Migrants«¹⁶ sowie, im Falle von Protestsituationen, von staatlichen Institutionen wie Polizei gegen (pro-)migrantische Personen derart profiliert. Proteste gegen Regelungen sowie gegen die Durchführung von Abschiebungen sind eine »von unten« initiierte Form der Aushandlung darüber, wer sich auf dem nationalstaatlichen Territorium befinden darf und berühren somit direkt den Kern der imaginierten nationalstaatlichen Souveränität, über Grenzen und die Aufnahme von Menschen zu entscheiden¹⁷

14 Guigni, Passy 2001.

15 Rucht 1994; Johnston 2011; Valocchi 2009.

16 Ellermann 2009.

17 Anderson, Gibney, Paoletti 2011.

Studien zu Widerstandshandeln und Protesten gegen Abschiebungen unterscheiden zwischen solidarischen/unterstützenden Protesten und selbstorganisierten Protesten von Geflüchteten und MigrantInnen. Die Art der Betroffenheit sowie die Art des Interesses der Teilnehmenden sind die Kriterien für die Differenzierung zwischen diesen beiden Typen. Bei solidarischen Protesten engagieren sich BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen, informelle und meist sich spontan bildende Protestnetzwerke für den Schutz von Rechten von MigrantInnen und Geflüchteten, also für die Rechte anderer. Basierend auf moralischen und ethischen Überzeugungen treten diese Netzwerke gegen politische Entscheidungen oder behördliche Maßnahmen auf.¹⁸ Bei den selbstorganisierten Protesten hingegen leisten (potenziell) Betroffene selbst Widerstand gegen eine behördliche Entscheidung. Sie treten für ihr Bleiberecht oder das grundlegende Recht auf Aufenthalt und Bewegungsfreiheit über nationalstaatliche Grenzen hinweg ein.¹⁹

Neben eher deskriptiven Herangehensweisen zur Identifizierung und Charakterisierung der Protestbewegungen versuchen diese Studien auch das Entstehen, die Mobilisierung und den Verlauf zu erklären. Sowohl bewegungsexogene als auch bewegungsendogene Faktoren werden hierfür herangezogen. Letztere umfassen soziale Beziehungen zwischen Betroffenen und Protestierenden sowie Beziehungen zwischen unterstützenden Netzwerken. So erklärt Jane Freedman²⁰ das Entstehen der französischen *Réseau Education Sans Frontières-Bewegung* (RESF) mit alltäglichen Interaktionen zwischen AktivistInnen und Betroffenen. Politisch oder administrativ herbeigeführte brisante Situationen lösten *moral shocks* aus, die in der Folge BürgerInnen mobilisierten und an Protesten teilnehmen ließen. Freedman zieht aber auch protestexogene Faktoren heran, wie die Verabschiedung von politischen Maßnahmen, die als Katalysatoren der Mobilisierung dienen können. Rosenberger und Winkler²¹ erklären das Aufkommen solidarischer Proteste gegen Abschiebungen im asylpolitisch restriktiv ausgerichteten österreichischen Umfeld ebenfalls mit protestendogenen Dimensionen. Soziale Bindungen der ProtestakteurInnen mit Abzuschiebenden sowie Emotionen (Empathie, Mitleid, Ärger, Zorn) mobilisieren Menschen, die die Situation von Anderen mit prekären Ressourcen verbessern wollen. Das *framing*, also die Rahmung von Problemursachen und deren Lösungen, spielt für den Erfolg der Proteste eine wesentliche Rolle. Der viel strapazierte Integrations-*Frame*, der als protestendogener Faktor gilt, setzt institutionelle Gelegenheitsstrukturen, wie den Zugang zu Bildungseinrichtungen oder zum Arbeitsmarkt voraus. Die vorliegende Analyse zeigt, wie protestendogene Faktoren mit protestexogenen in dynamischer Weise verknüpft sind.

Weshalb die Öffentlichkeit beim Thema der Abschiebungen eine restriktive Gesetzgebung unterstützt, gleichzeitig aber die Implementierung ablehnt, erklärt

18 Guigni, Passy 2001; Tazreiter 2010; Freedman 2011.

19 Ataç et al. 2015; Ataç 2016; Schwenken 2006, S. 143-172; Schwiertz 2015.

20 Freedman 2011, S. 621.

21 Rosenberger, Winkler 2014.

Antje Ellermann²² mit monetären und emotionalen Kosten. Nicht bei der Verabschiedung von Gesetzen, sondern erst in der Implementierungsphase würden die hohen Kosten von Abschiebungen sichtbar und von manchen BürgerInnen nicht akzeptiert. Die Verwaltung reagiere auf Protesthandeln, indem sie Entscheidungen auf übergeordnete Dienststellen verlagere, also faktisch verzögere. Mit diesen Überlegungen erlaubt Ellermann wesentliche Einblicke in Mechanismen des Auftretens fallbezogener Proteste und rückt auch einen anderen Protesttypus in das akademische Licht. Anliegen dieser unterstützenden Gruppen ist es, weniger auf sozialen und politischen Wandel abzielende Forderungen zu vertreten, sondern es handelt sich dabei um Gruppen, die *unmittelbar* eine individuelle Situation verbessern möchten.²³

Heide Castañeda²⁴ weist im Jahr 2010 darauf hin, dass in Deutschland Abschiebungen keine populäre breit unterstützte Maßnahme gewesen seien und u.a. deshalb nicht konsequent implementiert worden wären. Um die Nicht-Implementierung staatlicherseits zu rechtfertigen, werde auf Ausnahmen verwiesen oder eine besondere Integrationsbereitschaft beziehungsweise Schutzbedürftigkeit betont. Diese Aspekte würden in der Folge beeinflussen, ob und welche Proteste eine Abschiebung erfolgreich stoppen könnten, das heißt, wer bleiben dürfe und wer nicht. Claudia Tazreiter²⁵ untersucht die Bewegungsorganisationen für Rechte von Asylsuchenden im Einwanderungsland Australien und kommt zum Schluss, dass die neoliberale ökonomische und politische Ausrichtung die Bedingungen für solidarisches Handeln beeinträchtigt. In einem durch individuelle freiheits- und nutzenorientierten Werten strukturierten Umfeld werde es für Menschen schwieriger, sich für Schwächere und weitgehend Rechtlose öffentlich zu engagieren, Zeit und Loyalität aufzubringen.

Diese hier skizzierten Forschungen zeigen, dass der Wissensstand zu Protesten gegen Abschiebungen überwiegend aus situativen und in nationalen Kontexten angesiedelten Untersuchungen resultiert. Trotzdem suggerieren diese Untersuchungen eine länderübergreifende, wenn auch nicht koordinierte, soziale Protestbewegung, in der sich zivilgesellschaftliche AkteurInnen mit ähnlichen Mitteln für ähnliche Forderungen einsetzen.²⁶ Es fehlen zeit- und ländervergleichende Analysen, die über einen längeren Zeitraum und über nationale Kontexte hinweg Protestdimensionen untersuchen, um den aus der Literatur entstehenden Eindruck großer Ähnlichkeiten zu überprüfen und systematisch Erklärungen für Spezifika zu finden. Mit diesem Artikel möchten wir dieses Defizit bearbeiten, indem wir Protestereignisse gegen Abschiebungen in zwei bislang zu diesen Themen kaum beforschten Ländern, Deutschland und Österreich, über einen längeren Zeitver-

22 Ellermann 2009.

23 Rosenberger, Winkler 2014.

24 Castañeda 2010.

25 Tazreiter 2010, S. 203.

26 U.a. Peutz, De Genova 2010; Tazreiter 2010.

lauf untersuchen und daraus Erkenntnisse zu Protestcharakteristika und deren institutionellen wie diskursiven Bedingungen gewinnen.

3. Deutschland und Österreich – (k)eine Bewegungsgesellschaft

Warum sind Deutschland und Österreich aufschlussreich, wenn es um die Frage geht Charakteristika von Protesten gegen Abschiebungen zu erkennen und diese an bestimmte Einflussfaktoren rückzubinden? Wir gehen davon aus, dass ein Vergleich aufschlussreich ist, weil beide Länder eine Reihe von ähnlichen *issue*-bezogenen und politischen Kontextfaktoren aufweisen, aber gleichzeitig in Hinblick auf die nationalen Protestkulturen deutlich divergieren. Somit erlauben sie uns, erstens Charakteristika der Anti-Abschiebe-Proteste zu erkennen und zweitens die Relevanz nationaler Kontextfaktoren für das Aufkommen und die unterschiedliche Ausprägung von Protesten zu identifizieren.

Zu den Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern zählen hohe Asylantragszahlen pro EinwohnerInnen, eine große Zahl geduldeter Personen, das heißt Personen ohne Aufenthaltserlaubnis, die aus verschiedenen Gründen nicht abgeschoben werden können, und eine im Zeitverlauf restriktiver werdende Asylgesetzgebung. In Österreich wurde 1991 die Asylgesetzgebung entwickelt und im Zuge dessen auch das Ausweisungsregime institutionalisiert. In Deutschland wurde 1993 durch den sogenannten Asylkompromiss das Grundrecht auf Asyl beschränkt. Seit Beginn der 1990er Jahre wird in beiden Ländern AsylbewerberInnen dann kein Asyl gewährt, wenn sie entweder durch einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind oder sie aus einem Herkunftsstaat kommen, der als frei von politischer Verfolgung eingestuft wird. Vor diesem Hintergrund zählen, spätestens seit den 1990er Jahren, sowohl in Deutschland als auch in Österreich mit Zwang vollstreckte Abschiebungen zum Standardrepertoire des Umgangs mit staatlich unerwünschter Migration. Zu bestimmten Zeiten wurde das Instrument intensiver angewandt, zu anderen Zeiten zurückhaltender.²⁷ Beide Staaten lassen sich somit mit Tom Wong als »deportation nations«²⁸ fassen. Trotzdem greift die Maßnahme der Abschiebung in beiden Ländern häufig nicht so, wie es sich Innenbehörden wünschen, sondern werden durch individuellen Widerstand oder den

27 In Deutschland stiegen Anfang der 1990er Jahre die Abschiebezahlen, wobei 1993 ein Höchstwert (99.349) erreicht wird. Zwischen 1995 und 1999 pendelt sich die Zahl bei 60.000 ein. Nach dem Ende des Bosnienkriegs 1996 werden sogenannte freiwillige Rückführungen praktiziert, deren Anzahl die Zahl an Abschiebungen zwischen 1997 und 2000 sogar übertrifft. Ab den 2000er Jahren sinkt die Zahl der Abschiebungen und pendelt sich relativ stabil zwischen 15-20.000 pro Jahr ein (siehe Kreienbrink 2007, S. 26; BAMF 2016). In Österreich erfolgten zwischen 1991 und 1999 jährlich rund 9.500 Abschiebungen. Ab 2003 werden Abschiebungen vermehrt durch Rückkehrförderungen ersetzt. Im Jahr 2010 liegt die Zahl geförderter Rückkehr mit über 4.500 sogar über den rund 4.000 Abschiebungen (siehe Rosenberger, Trauner 2014, S. 142).

28 Wong 2015.

zuletzt in der öffentlichen Debatte hervorgehobenen mangelnden Kooperationswillen bei der Ausstellung von Ausweispapieren der vermeintlichen Herkunftsstaaten vor allem aber durch rechtliche Regelungen und Rechtsprechungen beschränkt.²⁹

Neben diesen themenspezifischen Ähnlichkeiten unterscheiden sich die zwei Länder hinsichtlich der politischen Kultur, das heißt konkret der Bedeutsamkeit von außerinstitutionellen Partizipationsformen wie Protesten, Demonstrationen und Widerstand gegen staatliche Einrichtungen.³⁰ Zu diesen allgemeinen Unterschieden kommen Unterschiede der politischen Kultur in Bezug auf die Themen Migration und Asyl. In Österreich mischt seit Jahrzehnten eine rechtspopulistische und gegen Einwanderung gerichtete Partei die politische Landschaft auf. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) polarisiert und politisiert, gemeinsam mit den jeweiligen Regierungen, das Feld der Migration.³¹ Die Proteste gegen Abschiebungen ereignen sich hier also in einem Kontext negativer Politisierung³² und einer überwiegend ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen, insbesondere gegenüber Asylsuchenden.³³ In Deutschland fand die Integration asylkritischer Positionen lange in den Volksparteien, vor allem in der CDU, statt; rechtspopulistische Parteien hatten wenig langlebige Erfolge. Erst mit der Gründung der Alternative für Deutschland 2013 schafft es eine rechtspopulistische Partei beträchtliche Wahlerfolge zu erzielen. Allerdings ist in Deutschland Anfang der 1990er das Ausmaß rechtsradikaler gewalttätiger Übergriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte hoch.³⁴ Solchen Angriffen begegneten immer wieder größere Demonstrationen.³⁵ In Österreich fehlt, mit wenigen Ausnahmen einiger Großdemonstrationen,³⁶ die außerparlamentarische Opposition gegen restriktive Fremdengesetze. Dieser Befund hinsichtlich zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Feld Migration und Asyl geht konform mit der im Unterschied zu Deutschland generell geringen Neigung zu außerparlamentarischen Partizipationsformen. Die österreichische Politik ist konsensdemokratisch ausgerichtet und durch eine Parteiendemokratie charakterisiert, in der Konflikte innerhalb der repräsentativ-demokratischen Kanäle thematisiert und verhandelt werden und weniger durch so-

29 In Österreich liegt die »deportation gap« (Gibney 2008, S. 149) – d.h. die Differenz zwischen Personen, die theoretisch abschiebbar wären, und Menschen, die tatsächlich abgeschoben werden – seit den 2002er Jahren zwischen 60 und 70% (Rosenberger, Trauner 2014, S. 143). Für Deutschland liegen keine entsprechenden Berechnungen vor.

30 Siehe Dolezal, Hutter 2007; Hutter, Teune 2012.

31 Meyer, Rosenberger 2015.

32 Gruber 2010.

33 Rosenberger, Seeber 2011.

34 Koopmans 1997.

35 Roth, Rucht 2008, S. 34.

36 Lichtermeer 1993 mit 200.000 bis 300.000 Beteiligten in Wien; Genug ist genug-Demonstration im Jahre 2010.

ziale Bewegungen und Proteste von unten.³⁷ In Deutschland hingegen gab es nach 1945 deutliche Verschiebungen in den Mustern politischer Orientierung und Partizipation: Es sind »in breiten Bevölkerungsschichten – wenn auch in generations- und schichtspezifischer Akzentuierung – partizipative Orientierungs- und Handlungsmuster« entstanden,³⁸ zu denen die neuen sozialen Bewegungen gehören. Roth und Rucht bezeichnen die BRD vor dem Hintergrund dieser Entwicklung als Bewegungsgesellschaft.³⁹

4. Methoden der Datenerhebung und Datenanalyse

Das *Taking Sides*-Projekt, auf dem dieser Beitrag beruht, führte auf der Grundlage von Medienberichten eine Protestereignisanalyse (PEA) von Mobilisierungen gegen Abschiebungen durch.⁴⁰ Als Protestereignis verstehen wir mit Rucht et al.⁴¹ eine »kollektive, öffentliche Aktion nicht-staatlicher Träger, die Kritik oder Widerspruch zum Ausdruck bringt und mit der Formulierung eines gesellschaftlichen und politischen Anliegens verbunden ist«. Neben kollektiven Aktionen inkludieren wir in die Analyse auch an die Öffentlichkeit gerichtete Handlungen von Einzelpersonen, wie beispielsweise Hungerstreiks.⁴² Eine PEA über einen längeren Zeitraum erlaubt – anders als situative Einzelfallstudien – einen systematischen Überblick über die Entwicklung von Protesthandeln zu bekommen.⁴³

Es handelt sich bei den unten präsentierten Daten um Protestereignisse, über die Medien berichtet haben. Das heißt, damit geht eine Selektivität einher. Wie Neidhardt und Rucht⁴⁴ mit Blick auf die Protestereignisanalyse im PRODAT-Projekt darlegen, ist diese Selektivität insofern aber analytisch vertretbar als dass Proteste via Medien öffentlich sichtbar gemacht und somit für politische EntscheidungsträgerInnen relevant werden.

Wir haben pro Land zwei Qualitätstageszeitungen ausgewählt: *Der Standard* und *Die Presse* für Österreich, *die tageszeitung* und *Süddeutsche Zeitung* für Deutschland. Diese Auswahl erlaubt es, die Analyse auf Medien zu stützen, die sowohl eine bundesweite Berichterstattung verfolgen als auch ausführliche Reportagen und Berichte zu Protesten beinhalten. Mit einem automatisierten Suchstring erfassten wir für den Zeitraum 1993-2013 für Österreich 6.684 und für Deutschland 22.666 Artikel zu Abschiebungen. Mit auf Proteste verweisenden Schlüssel-

37 Dolezal, Hutter 2007.

38 Brand 1987, S. 331.

39 Roth, Rucht 2008, S. 10.

40 Koopmans, Rucht 2002, S. 231.

41 Rucht, Hocke, Ohlemacher 1992, S. 4.

42 Unterstützungs- und Widerstandspraktiken ohne mediale Aufmerksamkeit sind mit einer auf Medienberichten basierten Protestereignisanalyse nicht zu erheben (siehe dazu Oulios 2013; Ataç et al. 2015).

43 Rucht 2001, S. 15.

44 Neidhardt, Rucht 2001, S. 32.

wörtern identifizierten wir anschließend 1.756 Artikel in Österreich und 2.270 Artikel zu Protestereignissen in Deutschland. Aus diesem Pool erhoben wir insgesamt 534 Protestereignisse für Deutschland und 311 Protestereignisse für Österreich.⁴⁵ Die Medienberichte zu diesen Protestereignissen wurden mit einem für alle Länder identischen Codebuch kodiert, das Protestakteure, Protestziele, Protestformen, *Frames*, Emotionen etc. umfasste.

Der gewählte Zeitraum 1993-2013 ergibt sich daraus, dass sich in beiden Ländern die asyl- und abschieberechtliche Gesetzgebung veränderte. Der gesamte Untersuchungszeitraum ist zudem von einer Europäisierung des Asyl- und Abschiebesystems gekennzeichnet. Neben gemeinschaftlichen Abkommen wie Schengen und der Dublin-Regulierung kam es während dieser Zeit auch zu einer schrittweisen Annäherung der nationalen Gesetzgebungen.

Um Entwicklungsverläufe erkennen zu können sowie auf spezifische Bedingungen und Ereignisse, die hinter dem Protestaufkommen stehen, aufmerksam zu werden, ist die Auswertung in zwei Perioden gegliedert (1993-2003 und 2004-2013)⁴⁶. Diese beiden Phasen unterscheiden sich hinsichtlich der Entwicklung der Anzahl von Abschiebungen. Während die Abschiebezahlen in den 1990er Jahren in beiden Ländern hoch waren, gingen diese in den 2000er Jahren wieder zurück. Wie wir unten ausführen werden, ist es diese Rahmenbedingung sowie die analytische Herangehensweise der zwei konstruierten Phasen, die es uns erlauben, zwei Ansätze der sozialen Bewegungsforschung für das unterschiedliche Protestaufkommen zu prüfen: Den Ansatz der Missstände (*grievances*)⁴⁷ und jenen, wonach Proteste selbst eine Gelegenheitsstruktur beziehungsweise eine Ressource für weitere Proteste schaffen.⁴⁸

Der 2013 endende Untersuchungszeitraum bezieht folglich die seit 2012 auftretenden *Refugee*-Proteste für Bleibemöglichkeiten und bessere Lebensbedingungen für Geflüchtete in ihren Anfängen noch mit ein. Die außerordentlichen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der Fluchtmigration von 2015 sind hingegen nicht mehr Bestandteil des Analysezeitraums. Mit anderen Worten: Der Beitrag untersucht die mit Geflüchteten solidarischen Proteste im Vorfeld des pro-migrantischen Engagements im Jahr 2015, das sich in freiwilligen Unterstützungsaktionen und sich in beiden Ländern in der vielzitierten »Willkommenskultur« ausdrückt.⁴⁹ Wir hoffen, insofern mit diesem Beitrag auch zum besseren Verständnis der Bedingungen für die Herausbildung der »Willkommenskultur« 2015 beizutragen.

45 Protestereignisse ohne direkten Bezug zu Abschiebung und Protestereignisse über die mehrfach berichtet wurde, blieben unberücksichtigt.

46 Aufgrund der geringen Fallzahl erfolgte keine weitere zeitliche Unterteilung.

47 Opp 2009.

48 McAdam, Tarrow, Tilly 2001.

49 Daphi 2016 b.

5. Das Profil der Anti-Abschiebe-Proteste auf der Grundlage von Zeit- und Länderentwicklungen

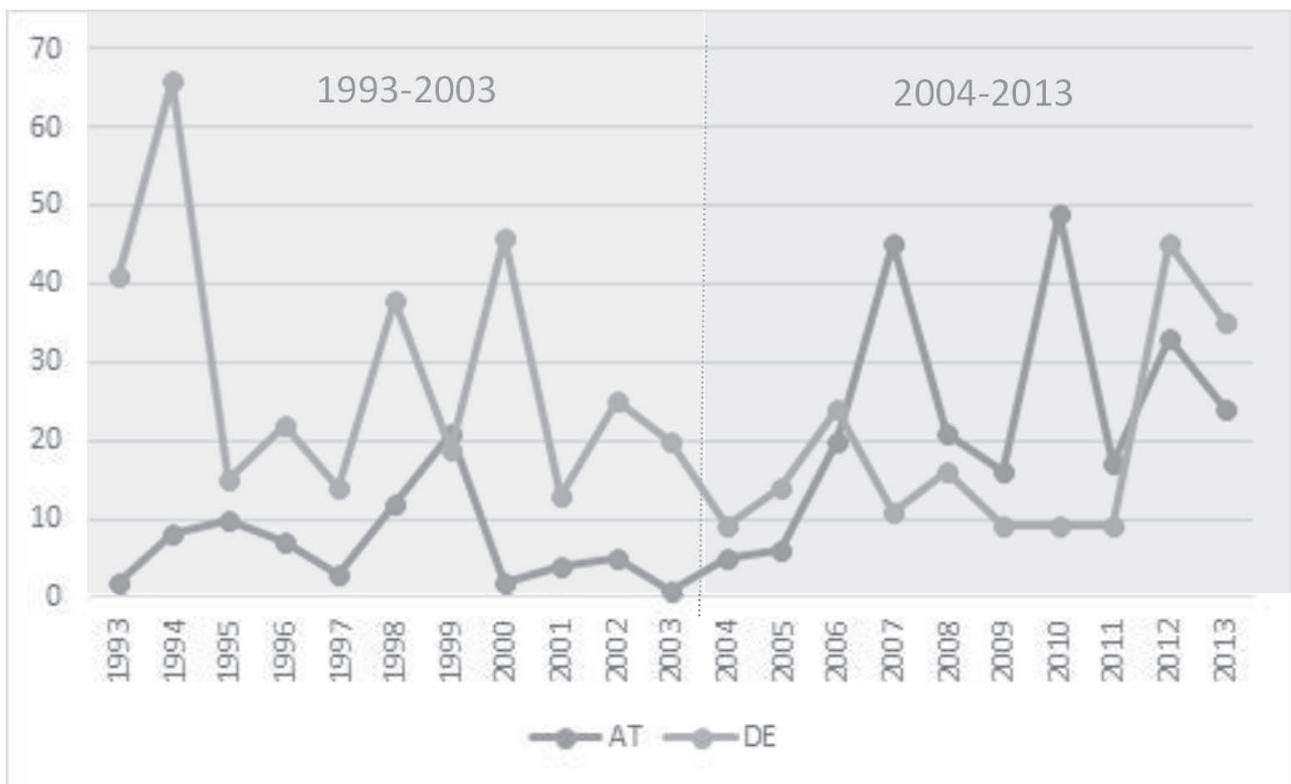
Im Folgenden präsentieren wir die Ergebnisse der PEA mit dem Ziel, Antworten auf die Frage zu geben, wodurch Anti-Abschiebe-Proteste charakterisiert sind.

5.1 Protestaufkommen

Die mit der PEA erhobenen Daten lassen hinsichtlich des Protestaufkommens zwei wesentliche Befunde erkennen: Erstens nimmt die Häufigkeit von Protestereignissen im Zeitverlauf zu, jedoch nicht kontinuierlich sondern mit Schwankungen; zweitens divergiert die zeitliche Verteilung des Protestaufkommens in den beiden Ländern: Während in Deutschland bereits Anfang der 1990er Jahre die Medien vermehrt über Protestereignisse gegen Abschiebungen berichteten, treten diese in Österreich erst verstärkt in den 2000er Jahren auf (siehe Abbildung 1).

Während sich die berichteten Protestereignisse in Österreich in den 1990ern auf einem niedrigen Niveau bewegen, gewinnen sie in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums an Bedeutung (76% der Protestereignisse liegen in diesem Zeitraum). In Deutschland liegt die Zahl der Protestereignisse in der ersten Phase mit 64% aller Protestereignisse leicht über der zweiten. Am Ende des Untersuchungszeitraums steigt die Anzahl der Protestereignisse durch die *Refugee*-Proteste wieder an.

Abb. 1: Protestaufkommen in Österreich und Deutschland (1993-2013)



Anmerkung: Anzahl der berichteten Protestereignisse $n=311$ in Österreich 1993-2013, $n=534$ in Deutschland 1993-2013. Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

Mit einer räumlichen Beobachtungsperspektive werden Länderunterschiede besonders deutlich: Anti-Abschiebe-Proteste sind in Deutschland ein eher städtisches, in Österreich ein eher ländliches Phänomen. Dies verdeutlicht die Bestandsaufnahme von Protesten, die wir über die Methode des *mapping* vorgenommen haben.⁵⁰ Diese unterschiedliche räumliche Verortung mag mit den jeweiligen formellen beziehungsweise informellen Protestnetzwerken zusammen hängen: Wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden wird, ist in Österreich der Anteil von nicht-organisierten BürgerInnen an den Protesten größer als in Deutschland, in Deutschland hingegen ist die Artikulation durch politische AktivistInnen und menschenrechtlich agierende Gruppen (NGOs) stärker ausgeprägt.

5.2 ProtestakteurInnen

In beiden Ländern handelt es sich überwiegend um solidarische beziehungsweise unterstützende Proteste. Diese Klassifikation beruht auf dem Kriterium der Betroffenheit beziehungsweise der Stellvertretung, das heißt, dass nicht die Betroffenen die stärkste AkteurInnengruppe sind, sondern Menschen, die sich stellvertretend für andere engagieren (siehe Tab. 1). In der PEA unterscheiden wir innerhalb der Gruppe der stellvertretenden solidarischen AkteurInnen zwischen Individuen/*grassroots*-Gruppen mit beziehungsweise ohne persönliche Bindungen zu den von Abschiebung Betroffenen sowie zwischen NGOs, Kirchen, politischen FunktionsträgerInnen und anderen.

Während in beiden Ländern solidarische beziehungsweise unterstützende Proteste gegenüber selbstorganisierten *Refugee*-Protesten dominieren, ist der Anteil der Betroffenen, die sich gegen Abschiebungen wehren, in Deutschland größer als in Österreich (in Deutschland über den gesamten Untersuchungszeitraum 24,9%, in Österreich 16,9%; besonders groß ist der Unterschied in der 2. Phase mit 30% in Deutschland und 12,5% in Österreich).

Im zeitlichen Verlauf zeigt sich in Deutschland eine relativ konstante Zusammensetzung der Protestgruppen, und zwar trotz zeitlicher Schwankungen im Protestaufkommen. In Deutschland sind konstant Individuen/*grassroots* ohne soziale Beziehungen und Betroffene die häufigsten TeilnehmerInnen von Protesten, gefolgt von Individuen/*grassroots* mit Beziehungen und Angehörigen von Kirchen. In Österreich hingegen wandelt sich die Protestzusammensetzung im Zeitverlauf. In der ersten weniger intensiven Phase stellen Betroffene (überwiegend in Abschiebehaft) ein Drittel der ProtestakteurInnen. In der zweiten Phase hingegen sinkt der Anteil der Betroffenen, während der Anteil von Einzelpersonen/*grassroots*-Gruppen mit und ohne soziale Bindungen in den 2000er Jahren steigt.⁵¹ Die Zunahme von Protestereignissen gegen Abschiebungen in Österreich geht mit einer wachsenden Bedeutung des Engagements von Unterstützenden einher.

50 Vgl. zu Österreich: <http://derstandard.at/1371169837621/Virtuelle-Landkarte-ueber-alle-Proteste-gegen-Abschiebungen-in-Oesterreich> (Zugriff vom 2.6.2017) und zu Deutschland: <https://abschiebeprotest.crowdmap.com/> (Zugriff vom 2.6.2017).

51 Da Medien nicht unbedingt über das Verhältnis der Protestierenden zu Abzuschiebenden berichten, dürfte der Anteil derjenigen mit sozialen Beziehungen höher liegen.

Tab. 1: *ProtestakteurInnen in Österreich und Deutschland (1993-2013)*

	AT 93-13	AT 93-03	AT 04-13	D 93-13	D 93-03	D 04-13
Betroffene	16,9%	32,6%	12,5%	24,9%	22,2%	30,0%
Individuen/ <i>grassroots</i> mit sozialen Beziehungen	18,2%	10,1%	20,4%	15,6%	15,7%	15,4%
Individuen/ <i>grassroots</i> ohne soziale Beziehungen	23,1%	15,7%	25,2%	30,8%	30,6%	31,2%
NGO	13,9%	18,0%	12,8%	10,5%	10,2%	11,2%
Kirchen	5,5%	5,6%	5,4%	8,3%	11,4%	2,3%
Politische AkteurInnen	10,9%	10,1%	11,2%	4,4%	4,5%	4,2%
Andere	11,4%	7,9%	12,5%	5,5%	5,3%	5,8%

Anmerkung: in Prozent, gerundet; n=402 (AT 1993-2013), n=89 (AT 1993-2003), n=313 (AT 2004-2013), n=750 (D 1993-2013), n=490 (D 1993-2003), n=260 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

ProtestakteurInnen mit sozialen Beziehungen zu den Betroffenen sind in beiden Ländern stark vertreten. Hier dürfte sich die Relevanz des bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen widerspiegeln.⁵² So setzen sich nicht nur und nicht in erster Linie (pro-)migrantische Organisationen gegen Abschiebungen ein, sondern vor allem lokale Fußball- oder Musikvereine oder religiöse Gruppierungen, in denen betroffene Personen Mitglieder sind. Hinzu kommen informelle nachbarschaftliche und soziale Netzwerke sowie MitschülerInnen. Die Bedeutung von sozialen Netzwerken und Beziehungen dürfte für die Erklärung von Mobilisierungen relevant sein.⁵³ So lässt sich die große Anzahl an Protestereignissen gegen Abschiebungen in Österreich erklären, obgleich soziale Bewegungen eine geringere Relevanz als in Deutschland haben.

Seit dem Auftreten der *Refugee*-Proteste 2012 verändern sich die Proteste beziehungsweise einzelne Protestdimensionen. Den Ausgangspunkt dieses selbstorganisierten Protestzyklus stellte der Suizid eines iranischen Asylsuchenden in einer Würzburger Unterkunft dar. Es schlossen sich Protestaktivitäten, wie lange Fußmärsche, Platzbesetzungen, Hunger- und Durststreiks an. Gerade am Anfang in Würzburg und für die Durchführung des Protestmarsches nach Berlin im September und Oktober 2012 war entscheidend, dass die Initiative von Geflüchteten aus dem Iran ausging, die bereits vor ihrer Ankunft in Deutschland politisiert und bereit zu riskanten Protestaktionen waren. Die neue Ära von Flüchtlingsprotesten ab 2012 steht somit in einem Zusammenhang mit den 2011 entstehenden Demo-

52 Happes 2014; Simsa, Schober 2012.

53 McAdam, Paulsen 1993.

kratiebewegungen und Aufständen wie dem Arabischen Frühling, aber auch der 15M-Bewegung in Spanien sowie den *Occupy*- und Gezi Park-Protesten, und den in diesem Zuge entstandenen neuen Protest- und Organisationsformen.⁵⁴ Sie sind ebenfalls verknüpft mit den erstarkenden Fluchtbewegungen nach Deutschland und Österreich, welche durch die Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten und die daraus entstehenden Fluchtgründe sowie die zeitweise relative Durchlässigkeit der Grenzen verschärft wurden.⁵⁵ In Deutschland können die *Refugee*-Proteste zudem an eine Tradition selbstorganisierter Proteste anschließen.⁵⁶

Es kommt dabei zu einer Zunahme der Aktivitäten und medialen Präsenz von Selbstorganisationen von Geflüchteten. Deren Aktionsformen unterscheiden sich von solidarischen beziehungsweise unterstützenden Protesten, etwa durch ein höheres Ausmaß an regelverletzenden Aktivitäten. Auch sind die Forderungen weniger auf Implementation abgestellt, sondern sie umfassen deutlicher generelle Anliegen. In Österreich ist die Situation anders. Die *Refugee*-Proteste von 2012 stellen kaum Bezüge zu früheren Protestaktionen her. Mehr noch, zwischen der Selbstorganisation von Geflüchteten und solidarischen Protesten sind kaum Kooperationen festzustellen. Die beiden Protestartikulationen existieren nebeneinander, ohne zu kooperieren. Durch die *Refugee*-Proteste entstehen neue und veränderte Protestkonstellationen, die die Politik anders herausfordern als die solidarischen Proteste. Letztere bleiben dadurch aber weitgehend unbeeinflusst.⁵⁷

Die Proteste gegen Abschiebungen werden also insgesamt von einem breiten Spektrum an BürgerInnen mit und ohne Beziehungen zu den Betroffenen sowie von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen getragen. In Deutschland sind Betroffene und Kirchen stärker als in Österreich präsent, in Österreich hingegen sind PolitikerInnen häufiger involviert.

5.3 Aktionsformen

Die Aktionsformen der Anti-Abschiebe-Proteste sind wenig konfrontativ, sie sind vielmehr demonstrativ und appellativ.⁵⁸ Die PEA zeigt, dass sowohl in Deutschland als auch in Österreich demonstrative Mittel wie Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen sowie appellative Formen wie Unterschriftenlisten und Petitionen gegenüber PolitikerInnen dominieren. Dabei wird in Deutschland wesentlich häufiger über Demonstrationen bei Abschiebungen berichtet als in Österreich. Dieser Einzelbefund deckt sich mit den Aktionsformen in anderen thematischen Feldern: So sind in Deutschland Straßendemonstrationen die »zweithäufigs-

54 Plöger 2014; wir danken Helge Schwiertz für Hinweise zu den *Refugee*-Protesten.

55 Ataç et al. 2015.

56 Jakob 2016; Schwenken 2006.

57 Ataç 2016; Mokre 2015.

58 Zur Klassifizierung der Aktionsmittel siehe Hutter, Teune 2012, S. 15.

te Standardform politischer Artikulation« (nach Wählen),⁵⁹ in Österreich hingegen haben Demonstrationen insgesamt einen geringeren Stellenwert.⁶⁰

Der Vergleich der Protestmittel in den beiden Ländern zeigt für Deutschland ein höheres Maß an konfrontativen Protestformen (Besetzungen oder Blockaden und Sachbeschädigung). Zwischen 2004 und 2013 machen Blockaden 13,1% der Protestereignisse⁶¹ aus, im Gegensatz zu 6,6% in Österreich (siehe Tab. 2). Für Österreich stimmt die moderate Protestartikulation mit Untersuchungen in anderen Feldern überein. Das vergleichsweise höhere Maß an konfrontativen Protesten in Deutschland lässt sich mit Hutter und Teune darüber erklären, dass konfrontative Proteste wahrscheinlicher werden, wenn moderate Proteste etabliert sind.⁶²

Den Betroffenen stehen in beiden Ländern nur geringe Ressourcen für Proteste zur Verfügung. Damit bestätigt sich auch für Deutschland und Österreich die Beobachtung von Freedman, dass die Mobilisierung einer Gruppe mit wenigen Ressourcen in einer prekären rechtlichen Situation und in gesellschaftlicher Isolierung eine unerwartete Mobilisierung darstellt.⁶³ Diese soziale und rechtliche Position zeigt sich in unseren Daten mit einer relativ hohen Zahl an berichteten Selbstverletzungen, Suizid(versuch)en und Hungerstreiks (12% in Österreich beziehungsweise 13% in Deutschland), um gegen Abschiebungen zu protestieren.

Kirchenasyl zur Verhinderung beziehungsweise Aufschub von Abschiebungen spielt in Österreich, anders als in Deutschland, vor allem in der ersten Phase, kaum eine Rolle. Unterstützungsaktionen (das heißt Solidaritätsveranstaltungen, Gründung von Unterstützungskomitees) sind wiederum in Österreich stärker als in Deutschland und nehmen im Zeitverlauf zu. Letzteres verweist wiederum auf die in Österreich stärkere Bedeutung von Einzelfallprotesten.

Eine wachsende Bedeutung von Online-Netzwerken, von Kampagnenarbeit sowie von Online-Protesten können wir in den erhobenen Protestereignissen nicht beobachten. Online-Proteste haben zwar über das Mittel der Online-Petitionen an Gewicht gewonnen, sind aber gegenüber anderen Aktionsformen nach wie vor wenig bedeutsam.

59 Roth, Rucht 2008, S. 27.

60 Rosenberger, Seeber 2011.

61 Siehe hierzu Hinger, Kirchhoff, Wiese i.E..

62 Hutter, Teune 2012, S. 16.

63 Freedman 2009, S. 347.

Tab. 2:

	AT 93-13	AT 93-03	AT 04-13	D 93-13	D 93-03	D 04-13
Protestmaterial, Online-Aktionen	22,3%	15,9%	24,3%	15%	16,4%	12,7%
Presse	2,9%	0%	3,9%	2,4%	2,2%	2,8%
Demonstrationen, Versammlungen	17%	14,6%	17,8%	38%	36,7%	40,4%
Besetzung, Blockaden	6,5%	6,1%	6,6%	8,6%	5,8%	13,1%
Sachbeschädigung	0%	0%	0%	3%	2,5%	3,8%
Personenschädigung	0,3%	0%	0,4%	0,3%	0%	0,9%
Selbstverletzung	12,3%	25,6%	8,1%	12,7%	13,1%	12,2%
Kirchenasyl	1,5%	2,4%	1,2%	4,5%	6,4%	1,4%
Unterstützungsaktionen	10,6%	4,9%	12,4%	4,9%	5%	4,7%
Sonstige	26,7% ⁶⁴	30,5%	25,5%	10,5%	11,9%	8%

Anmerkung: in Prozent, n=341 (AT 1993-2013), n=82 (AT 1993-2003), n=259 (AT 2004-2013), n=573 (D 1993-2013), n=360 (D 1993-2003), n=213 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

5.4 Protestforderungen

Recht eindeutig ist in beiden Ländern die Hauptforderung, eine Abschiebung im Einzelfall zu verhindern. Der Protest richtet sich also gegen eine behördliche Durchführungsentscheidung und weniger gegen Asyl- und Migrationsgesetze. Mit anderen Worten: Eine generelle Infragestellung des Ausschlusses von Mitgliedschaft im Staatsgefüge ist häufig nicht das Ziel von Anti-Abschiebeprotesten, sondern eher eine Ausnahme von Gesetzesbestimmungen.⁶⁵

Länderspezifisch unterschiedlich ist die Weite der politischen Aktion. In Deutschland sind generelle Forderungen wie die Aussetzung von Abschiebungen (beispielsweise im Winter, von Abzuschiebenden einer Nationalität oder allgemein), die Änderung von Asylgesetzen oder die Abschaffung der Dublin-Regulierung häufiger als in Österreich. ProtestakteurInnen in Deutschland artikulieren häufiger generelle Bleiberechtsforderungen, kritisieren Asylgesetze und nutzen *No Border*-Slogans zur Zurückweisung des »globalen Lager- und Abschiebesystems«.

64 Für Österreich ist der Anteil »Sonstige« vergleichsweise hoch. Meistens handelt es sich um »Widerstand« bei Abschiebungen mit dem Flugzeug (sowohl durch Betroffene als auch PilotInnen). In einigen Fällen wurde versucht, Abschiebungen durch Interventionen bei Fremdenpolizei, Landespolitik oder Landeshauptmann zu verhindern; in einem Fall adoptierte eine Familie einen asylsuchenden Mann; auch künstlerische Interventionen sind hier erfasst.

65 Hasselberg 2014, S. 3.

In Österreich betrifft hingegen die Verhinderung in über der Hälfte der Ereignisse die Verhinderung einer individuellen Abschiebung. AkteurInnen unterstützen in erster Linie Bekannte, ihr Protest richtet sich gegen einzelne behördliche Entscheidungen. Allerdings wird ausgehend vom Einzelfall auch das Asylsystem unter anderem als unmenschlich, unwürdig und ungerecht kritisiert. Forderungen, Slogans und Kampagnen, die eine grundlegende Kritik des Abschieberegimes enthalten (wie Forderungen nach genereller Bewegungsfreiheit oder eines nicht konditionalen Aufenthalts- und Bleiberechts) fehlen in Österreich für den untersuchten Zeitraum nahezu völlig.

Tab. 3: Protestforderungen in Österreich und Deutschland (1993-2013)

	AT 93-13	AT 93-03	AT 04-13	D 93-13	D 93-03	D 04-13
Für Abschiebung	3,5%	5,1%	3%	1,4%	2,2%	0%
Abschiebung im Anlassfall verhindern	55,5%	50%	56,6%	25,6%	26,9%	23,3%
Gegen Abschiebung generell	0%	0%	0%	12,6%	9,2%	18,8%
Reform Abschiebep Praxis-/politik	21%	25,6%	19,1%	22,8%	24,1%	20,5%
Reform/Abschaffung Dublin	0,3%	0%	0,4%	1%	0%	2,8%
Bleiberecht generell	4,2%	1,3%	5,5%	5,3%	2,5%	10,2%
Bleiberecht für bestimmte Personen/-gruppen	7,1%	2,6%	9,4%	26,4%	30,7%	18,8%
Rückkehr der Betroffenen	3,2%	7,7%	1,7%	3%	2,2%	4,5%
Andere	5,2%	7,7%	4,3%	1,8%	2,2%	1,1%

Anmerkung: in Prozent, gerundet; n=310 (AT 1993-2013), n=78 (AT 1993-2003), n=235 (AT 2004-2013), n=492 (D 1993-2013), n=316 (D 1993-2003), n=176 (D 2004-2013). Daten: Taking-Sides-Projekt, eigene Darstellung.

5.5 Zusammenfassung: Implementierungsfokus und lokale Proteste

Zusammenfassend halten wir fest, dass die PEA für beide Länder, wenn auch in spezifischer Weise, zwei Merkmale der Anti-Abschiebe-Proteste zeigt: (1) Anti-Abschiebe-Proteste sind Implementierungsproteste und (2) Anti-Abschiebe-Proteste sind überwiegend lokal.

(1) Anti-Abschiebe-Proteste sind Implementierungsproteste: Der Protest betrifft die Implementierung einer Abschiebung, weniger werden Forderungen gegen gesetzliche Bestimmungen gestellt beziehungsweise wird verlangt, diese in Richtung globaler Bewegungsfreiheit oder zumindest großzügigerer Aufenthaltsrechte zu

verändern. Adressierte sind weniger gewählte PolitikerInnen, die in der parlamentarischen Arena agieren, sondern Behörden und Bürokratien. Diese Fokussierung auf die Durchführungsebene schwächt die von Peutz und De Genova angesprochene hohe politische Bedeutsamkeit ab. Auf der einen Seite sind Anti-Abschiebe-Proteste zwar direkt gegen den nationalstaatlichen Kernbereich, nämlich die Souveränität über Grenzen und Mitgliedschaft (*citizenship*), gerichtet. Auf der anderen Seite stellen sie gerade mehrheitlich nicht die Forderung nach Beseitigung dieses Rechts, sondern sie artikulieren Forderungen, die bestimmten Einzelfällen helfen sollen. Dieser Fokus auf eine Entscheidung, die sich auf einen Einzelfall bezieht und nicht auf eine Entscheidung, die den Kern der nationalstaatlichen Souveränität betrifft kann die politische Radikalität der Proteste einschränken, kann aber auch die Form zivilen Ungehorsams und eines radikalen Humanismus annehmen.⁶⁶

(2) Anti-Abschiebe-Proteste qualifizieren sich nicht als transnationale Gerechtigkeits-Bewegung. Sie weisen vielmehr eine ausgeprägte lokale Bindung auf: das heißt sie finden dort statt, wo die abzuschiebenden Personen untergebracht sind⁶⁷ beziehungsweise von wo aus sie polizeilich begleitet abgeschoben werden sollen. Ein transnationaler Raum, in dem AkteurInnen miteinander in Beziehung stehen, um für das Bleiben sowie für internationale Bewegungsfreiheit zu protestieren, wird durch diese Proteste nicht hergestellt. Transnationale Slogans werden lediglich vereinzelt verwendet. Die Ausnahme bilden die selbstorganisierten *Refugee*-Proteste, die vor allem ab 2012 auftreten und sich in ihren Begründungen aufeinander beziehen und ähnliche Slogans verwenden – nämlich Bewegungsfreiheit und Bleiberechte im EU-Territorium. Diese empirisch fundierten Beobachtungen zu wesentlichen Indikatoren wie AkteurInnen, Slogans und Umfang der Forderungen unterstützten nicht die in der sozialen Bewegungsforschung verbreitete Tendenz, von ähnlichen (lokalen) Bewegungen, die an mehreren Orten auftreten, auf eine transnationale oder gar globale Bewegung rückzuschließen.⁶⁸ Sie verlangen nach einer neuen empirisch fundierten Diskussion über die Transnationalität pro-migrantischer Proteste.

Diese Charakteristika sind in den beiden untersuchten Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Im nächsten Abschnitt werden wir die Unterschiede zwischen den Ländern sowie die Spezifika diskutieren.

6. Interpretationen und Erklärungen: Proteste gegen Abschiebungen – ein besonderer Fall?

Wie sind zum einen die länderübergreifenden Spezifika der Anti-Abschiebe-Proteste sowie zum anderen die zu beobachtenden nationalen Unterschiede der Proteste zu verstehen? Erstens werden wir die im *Taking Sides*-Projekt identifizierten

66 D'Amato, Schwenken i.E.

67 Siehe hierzu auch Daphi 2016 a.

68 Tyler, Marciniak, 2013, S. 144; Peutz, De Genova 2010.

nationalen Unterschiede bezüglich der ProtestakteurInnen und -forderungen auf die jeweilige nationale politische Kultur zurückführen. Zweitens ist der, gemessen an den *claims*, große Anteil von Implementierungsforderungen – im Vergleich zu Forderungen, die auf eine Infragestellung des Abschieberegimes an sich hinauslaufen – mit protestimmanenten Komponenten zu verstehen.

6.1 *Proteste als Spiegelung der politischen Kultur*

Die PEA hat verdeutlicht, dass AkteurInnen sowie Forderungen der Proteste gegen Abschiebungen in Österreich von jenen in Deutschland divergieren. Diese Unterschiede interpretieren wir mit Unterschieden in der politischen Kultur. Nach Dieter Rucht gilt die politische Kultur als ein wichtiger Erklärungsfaktor für kollektive Aktivitäten »von unten«. Rucht definiert politische Kultur als »ein Syndrom von grundlegenden Werten und deren Repräsentationsformen [...], die politische Institutionen und Prozesse legitimieren und ihnen eine spezifische Prägung verleihen«. ⁶⁹ Die politische Kultur eines Landes beeinflusst das Entstehen und den Umgang mit Konflikten, den Politikstil der Aushandlung von Interessen und wirkt sich auf die Attraktivität einzelner politischer Partizipationsformen aus. Kurzum, die Einstellung zu und Nutzung von sowohl Eliten geregelter als auch Eliten herausfordernder Partizipationsinstrumente prägen die Protestkultur eines Landes.

In Österreich, bis zum Ende der 1990er Jahre von einer konsensdemokratischen Tradition geprägt, liegt die Orientierung zivilgesellschaftlicher Herausforderer nach wie vor eher auf institutionalisierten Partizipationsformen. ⁷⁰ Demgegenüber existieren für Deutschland auch radikale und teils regelverletzende Interessenartikulationsformen. ⁷¹ Die Anti-Abschiebe-Proteste entsprechen der Deutung Deutschlands als »Bewegungsgesellschaft«. Österreich hingegen ist nach wie vor weit von einer »demonstration democracy« ⁷² entfernt. Der Befund zu den Anti-Abschiebe-Protesten, wonach Demonstrationen nur eine bescheidene Rolle spielen, geht mit einer generell geringen Protestkultur, mit einem niedrigen außerparteilichen Mobilisierungsgrad und mit gemäßigten Aktionsrepertoires konform. ⁷³ Die Zurückhaltung gilt auch im Feld der Migrations- und Asylpolitik. Proteste und Mobilisierung fehlen weitgehend, Unterstützungsorganisationen wählen eher den Weg der Kampagnen und Petitionen als den der großen Kundgebungen. Mit diesen Ausprägungen der politischen Kultur gehen eine stärkere Involvierung von politisch-administrativen AkteurInnen (politische Parteien, BürgermeisterInnen) in Österreich als in Deutschland sowie mehr regelverletzende Protestformen in Deutschland als in Österreich einher. Die Einzelfallorientierung der Anti-Abschiebe-Proteste ebenso wie das Solidaritäts-Motiv in Österreich scheinen eher mit der politischen Kultur – geringe Mobilisierung durch konfrontative Partizipationsmit-

69 Rucht 1994, S. 310.

70 Dolezal, Hutter 2007.

71 Roth, Rucht 2008.

72 Etzioni 1970.

73 Dolezal, Hutter 2007, S. 338.

tel – sowie mit der großen Zustimmung zur restriktiven Migrations- und Asylpolitik vereinbar zu sein als liberale asylpolitische Forderungen.

Neben der politischen Kultur spielen für unterschiedlich ausgeprägte Protestmerkmale, insbesondere für die Implementierungsfokussierung, auch diskursive Gelegenheitsstrukturen eine Bedeutung. So dürfte in Österreich der im Vergleich zu Deutschland geringere Anteil von Forderungen, mit denen das Abschieberegime in Frage gestellt wird (siehe Tabelle 3), auch durch die jahrelange negative Mobilisierung gegen Asyl und Migration mitbedingt sein. Ein kollektives Engagement für einen Einzelfall wird als weniger politisch und damit konfliktbeladen wahrgenommen als ein kollektives Engagement gegen bestehende Gesetze oder für globale Bewegungsfreiheit und WeltbürgerInnenschaft.

6.2 *Protest-immanente Faktoren*

Des Weiteren hat die PEA gezeigt, dass sich entgegen den Feststellungen von Peutz und De Genova⁷⁴ Anti-Abschiebe-Proteste stärker gegen die Implementierung in Einzelfällen als gegen gesetzliche Grundlagen richten. Es handelt sich um Implementierungsproteste, die zum Großteil nicht explizit verlangen auch das Asyl- und Abschieberegime zu ändern.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass Proteste gegen Abschiebungen nur bedingt durch *policy*-Entwicklungen ausgelöst werden. Jane Freedman zieht zur Erklärung der französischen Bewegung gegen die Abschiebung von SchülerInnen die These heran, wonach Mobilisierung des *Réseau Education Sans Frontière* (RESF) sowohl mit Emotionen und persönlichen Kontakten zusammenhänge als auch mit *policy*-Entwicklungen einhergehe⁷⁵. Freedman sieht in Änderungen der Migrations- und Asylgesetzgebung einen »Katalysator« für die politische Mobilisierung gegen die Abschiebung von Schulkindern. Diese Beobachtung trifft für Anti-Abschiebe-Proteste in den beiden hier untersuchten Ländern nur teilweise zu. Das solidarische Protestaufkommen hingegen ist von gesetzlichen Änderungen, die im Beobachtungszeitraum kontinuierlich restriktiver gestaltet wurden, weitgehend entkoppelt. Politikwandel scheint kein Katalysator für solidarische Proteste zu sein. Lediglich ist zu beobachten, dass sich in Österreich nach der Asylrechtsreform 2005, mit der die tatsächliche Durchführung von Abschiebungen forciert werden sollte, die solidarischen Proteste häuften. Auch für Deutschland lässt sich eine Verbindung zwischen Protesten gegen Abschiebungen und *policy*-Entwicklungen nur teilweise feststellen. Zwar kam es Anfang der 1990er zu massiven Protesten gegen die Asylgesetzverschärfungen, doch reagieren solidarische oder unterstützende Proteste in erster Linie auf die bevorstehende Abschiebung von bestimmten Personen oder Gruppen. Dass es sich bei dieser Orientierung auf die Verhinderung der Implementation der Ausreisepflicht in Einzelfällen auch um einen strategischen Akt handeln kann, weil damit eine breite Mobilisierung

74 Peutz, De Genova 2010.

75 Freedman 2011, S. 616-618.

sierung eher zu bewerkstelligen ist als etwa gegen einen Gesetzesbeschluss, haben qualitative Fallstudien zu Protestfällen gegen Abschiebungen gezeigt.⁷⁶

Während sich *policy*-Veränderungen kaum auf die Häufigkeit von Protesten auswirken, beeinflussen sie aber durchaus Inhalte der Forderungen sowie Argumentationslinien. Ein Beispiel dafür ist, dass sich in Österreich Forderungen merklich auf das im Jahre 1997 geschaffene Instrument des sogenannten humanitären Bleiberechts beziehen, wonach in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden kann.⁷⁷ Dies gilt in ähnlicher Weise auch für die Einführung der Härtefallkommissionen in Deutschland ab 2005. Diese rechtlich verankerten individuellen Bleiberechtsmöglichkeiten beziehungsweise die Bedingungen, die für ein Bleiberecht zu erfüllen sind (wie etwa Integrationsleistungen), finden sich in Protestforderungen nach dem Bleiben einer bestimmten meist besonders integrierten Person oder Familie wieder.

Die Zahl der durchgeführten Abschiebungen scheint nur bedingt einen Effekt auf das Protestgeschehen zu haben. So nahmen die Protestevents in Deutschland mit der Zahl der Abschiebungen und in Zeiten asyl- und migrationspolitischer Kontroversen zwar zu, nahmen jedoch bei sinkenden Abschiebezahlen nicht wieder ab.⁷⁸ In Österreich zeigt sich noch weniger ein Zusammenhang zwischen Protest und Abschiebezahlen. So nimmt die Anzahl an Protestereignissen im Laufe des Untersuchungszeitraums zu, während die Zahl an Abschiebungen sinkt.⁷⁹ Das Auseinanderfallen von Abschiebezahlen und Protesthäufigkeit trifft für Österreich somit besonders deutlich zu. Die Anwendung der restriktiven Gesetzgebung, die sich in beiden Ländern an steigenden Abschiebezahlen in den 1990er Jahren zeigt, löst bei Teilen der Bevölkerung den Eindruck eines Missstandes beziehungsweise einer Ungerechtigkeit aus.⁸⁰ Dieses kann die Entstehung von Protesten mit erklären. Was aber geht vor, wenn Proteste zunehmen, die Anzahl der Abschiebungen jedoch rückläufig ist?

Eine erste plausible Erklärung für dieses Phänomen ist die lokale beziehungsweise personale Gebundenheit der Protestereignisse. Der hohe Anteil von Protestierenden mit sozialen Beziehungen zu Betroffenen⁸¹ kann erklären, warum das Protestaufkommen nicht mit der Entwicklung der Abschiebezahlen einhergeht. Die Mobilisierung erfolgt auf der Mikroebene, über Näheverhältnisse, Beziehungen und Emotionen. Hier geht es um bestimmte Personen, die die Protestgruppen kennen, mit denen sie persönlich in Kontakt stehen, für die sie positive Emotionen empfinden. Die persönliche Nähe als Auslöser und mobilisierende Kraft wirkt un-

76 Kirchhoff et al. i.E.

77 Oswald 2012.

78 Siehe Fußnote 27.

79 Siehe Fußnote 27.

80 Opp 2009.

81 Siehe Tabelle 1, Fußnote 51 sowie <https://medienportal.univie.ac.at/uniview/forschung/detailansicht/artikel/abschiebungen-mit-gefuehl-dagegen/> (Zugriff vom 19.9.2016).

abhängig von Zahlen und Statistiken. Anders als etwa Tazreiter⁸² die These vertritt konnten wir – mit einigen Ausnahmen in Deutschland sowie die *refugee*-Proteste – nicht feststellen, dass es sich um transnational verbundene lokale Proteste oder gar eine globale Bewegung handelt.

Ein zweiter protestimmanenter Erklärungsfaktor liegt in der Dynamik der Proteste. Um Wirkungen von Protestmechanismen auf die Spur zu kommen, werden in der sozialen Bewegungsforschung dynamische Elemente in den POS-Ansatz integriert.⁸³ Damit korrespondiert unter anderem die These, wonach Proteste nicht nur von institutionellen und diskursiven Faktoren abhängen, sondern dass Proteste selbst ein Umfeld für weitere Proteste aufbereiten.⁸⁴ In unserer Studie stellen wir fest, dass Anti-Abschiebe-Proteste im Zeitverlauf gehäuft stattfinden und insbesondere paradigmatische Fälle eine Vorbildfunktion für weitere Protestfälle übernehmen. Durch die Zunahme von Protesten wird das Protesthandeln normalisiert, der Ausnahmecharakter nimmt ab. Je häufiger Proteste auftreten, desto wahrscheinlicher wird die Beteiligung aber auch die Kritik am Instrument Abschiebung, auch über die Implementierung im Einzelfall hinaus. Die Teilnahme an Protesten politisiert auf einer biographischen ebenso wie auf einer politischen Ebene. Im Falle von Abschiebungen werden diese zum Konflikt gemacht und in der Öffentlichkeit verhandelt. Protestieren bedeutet aber auch eine intensive Information der BürgerInnen über politische Maßnahmen und Zusammenhänge. So beobachtet Jane Freedman⁸⁵ am Beispiel des RESF, dass sich sukzessive »normale« Franzosen und Französinen dem Protest angeschlossen hätten, die vorher noch niemals protestiert hatten, und zwar, weil Öffentlichkeit über ein »Unrecht« hergestellt worden sei.

Die Charakteristika der analysierten Proteste gegen Abschiebungen und die Erklärungen zu ihrem Auftreten entsprechen somit zum einen dem, was aufgrund der politischen Kultur in Deutschland beziehungsweise Österreich zu erwarten ist. Zum anderen sind sie besondere Fälle, die sich aus der Einzelfallorientierung und somit großen Bedeutung von Lokalität und sozialen Netzwerken heraus ergeben. So lassen sich sowohl die Protestausrichtung als auch die vergleichsweise überraschende Protestintensität in Österreich erklären. Die herausgearbeiteten Befunde für Proteste gegen Abschiebungen in Deutschland und Österreich sind somit nicht deckungsgleich mit früheren Befunden, auf die in der Einleitung Bezug genommen wurde.

7. Ausblick auf aktuelle abschiebungsbezogene Entwicklungen

Als Antwort auf die gestiegene Fluchteinwanderung seit 2015 fordern PolitikerInnen in Deutschland ebenso wie in Österreich Abschiebungen als Maßnahme der

82 Tazreiter 2010.

83 McAdam, Tarrow, Tilly 2001.

84 Karapin 2011.

85 Freedman 2011, S. 619.

Migrationskontrolle verstärkt durchzuführen.⁸⁶ Regierungen argumentieren, dass Geflüchtete nur dann aufgenommen und auch integriert werden könnten, wenn Nicht-Schutzberechtigte konsequent abgeschoben würden.⁸⁷ In Deutschland verschärfen sich seither die rechtlichen Bestimmungen zur Durchführung von Abschiebungen und zur Abschiebehafte und der Kreis der als sicher deklarierten Herkunftsstaaten wurde erweitert. Auch in Österreich wird gefordert, mehr Abschiebungen durchzuführen vor dem Hintergrund der Erhöhung der Zahl der als sicher deklarierten Herkunftsstaaten und bilateraler Rücknahmeabkommen. Erstmals macht die österreichische Regierung Abschiebungen zu einer politischen Zielvorgabe, in der Vergangenheit scheute sie diesbezüglich die (mediale) Öffentlichkeit.

Steht zu erwarten, dass vor diesen neuen politischen Hintergründen Proteste gegen Abschiebungen weiterhin stattfinden und eine Störung des Abschieberegimes bewirken können? Auf der Grundlage unserer Forschungsergebnisse gehen wir davon aus, dass es auf der Einzelfallebene weiterhin Störungen des Abschieberegimes geben wird und Abschiebungen ein Konfliktfeld bleiben, das aus der Zivilgesellschaft heraus beeinflusst wird. Diese These basiert auf den Befunden der oben dargelegten Protestereignisanalyse, die nur einen geringen Zusammenhang zwischen *policy*-Entwicklungen im Bereich von Abschiebungen und Asyl und Protestaufkommen erkennbar machten. Des Weiteren trifft Ellermanns Beobachtung zu, wonach erst in der Implementationsphase Abschiebungen kontrovers werden, weil erst dann die Betroffenen Gesicht und Namen bekommen und nicht der Abstraktheit der Gesetzgebungsphase ausgeliefert sind.⁸⁸ Insofern ist weiterhin mit Protest zu rechnen. Offen ist, ob sich die viel zitierte »Willkommenskultur« auf eine Zunahme von Protesten auswirken wird, sie also ein neues Gelegenheitsfenster für Proteste darstellt.

Auf die Protesttätigkeit bremsend wirken könnte die Abwesenheit von Strukturen, Gruppen und Netzwerken über den Einzelfall hinaus. Diese Abwesenheit haben wir insbesondere für Österreich festgestellt, wo sich die Proteste nicht als Bewegung verankern konnten, sondern meist singuläre Ereignisse in Gemeinden, in denen Asylsuchende untergebracht sind, bleiben. Die Proteste waren im Einzelfall oft erfolgreich, die Gruppen haben von Protesten gelernt (ablesbar an der Ähnlichkeit der *frames*, der Ähnlichkeit der Protestorte wie Schulen und Kindergärten), allerdings blieb die nachhaltige Bildung von verbindenden Netzwerken aus. Die Situation ist in Deutschland anders gelagert: Hier werden die Anti-Abschiebe-Proteste nicht ausschließlich, aber stärker als in Österreich von Bewegungsaktivis-

86 Exemplarisch für Deutschland: Der Spiegel 2016. *Flüchtlingskrise: CDU-Generalsekretär fordert 1000 Abschiebungen täglich* <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-cdu-politiker-tauber-fordert-1000-abschiebungen-taeglich-a-1071743.html> (Zugriff vom 19.9.2016); für Österreich: Die Welt 2016. *Massenausweisung: Österreich plant 50.000 Abschiebungen bis 2019* <https://www.welt.de/politik/ausland/article151675970/Oesterreich-plant-50-000-Abschiebungen-bis-2019.html> (Zugriff vom 19.9.2016).

87 Neue Osnabrücker Zeitung 12.2.2016.

88 Ellermann 2009, S. 16.

tInnen und deren organisationalen Netzwerken sowie von Betroffenen getragen. Diese etablierten Strukturen stehen auch zukünftigen Protesten zur Verfügung.

Die zivilgesellschaftliche Intervention gegen die Implementierung von Abschiebungen mag zukünftig auf eine harte Probe gestellt werden. In den letzten zwei Jahren befürworteten PolitikerInnen bis hinein ins linksliberale Spektrum Abschiebungen und nichtregistrierte beziehungsweise abgelehnte Asylsuchende werden in der öffentlichen Diskussion als Belastung oder zunehmend Sicherheitsrisiko dargestellt. Claudia Tazreiter's Untersuchung der Schutzbewegung für Asylsuchende in Australien, die durch den neoliberalen Trend Barrieren und Rückschläge erfahren musste, unterstreicht diese Bedenken.⁸⁹ Die »coercive state capacity«⁹⁰ gewinnt politische Priorität und die Durchsetzung von Abschiebungen gilt als Ausweis der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Da es sich bei Protesten gegen Abschiebungen zumeist um Implementierungskämpfe handelt, erwarten wir, dass sich diese weiterhin entlang der sie prägenden politischen Kulturen *ad hoc*, im lokalen Raum und getragen von empörten BürgerInnen entfalten und aufgrund der protestinternen Dynamiken darüber hinaus auch verstärkt politische Forderungen artikulieren werden.

Literatur

- Anderson, Bridget; Gibney, Matthew J.; Paoletti, Emanuela 2011. »Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 543–545.
- Ataç, Ilker et al. 2015. »Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe«, in *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1, 2, <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/index.html> (Zugriff vom 16.2.2017).
- Ataç, Ilker 2016. »Refugee Protest Camp Vienna?: making citizens through locations of the protest movement«, in *Citizenship Studies*, 20, 5, S. 629–646.
- BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016. *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (Migrationsbericht 2014)*. Berlin: BAMF.
- Brand, Karl-Werner 1987. »Zur politischen Kultur der neuen sozialen Bewegungen«, in *Politische Kultur in Deutschland*, hrsg. v. Berg-Schlosser, Dirk; Schissler, Jakob, S. 331–343. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castañeda, Heide 2010. »Deportation Deferred. »Illegality«, Visibility, and Recognition in Contemporary Germany«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. v. Peutz, Nathalie; De Genova, Nicholas, S. 245–261. Durham, London: Duke University Press.
- D'Amato; Gianni; Schwenken, Helen i.E. »Protests Revisited: Political Configurations, Political Culture and Protest Impacts«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Daphi, Priska 2016 a. »Reaktionen auf Asylsuchende: Grenzen der Erklärungskraft von Wohlstand und Gruppengröße«, in *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28, 2, S. 79–83.
- Daphi, Priska 2016 b. »Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale »Willkommenskultur««, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 66(14–15), S. 35–39.
- Dolezal, Martin; Hutter, Swen 2007. »Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005«, in *Austrian Journal of Political Science* 36, 3, S. 337–352.

89 Tazreiter 2010.

90 Op. Cit., S. 8.

- Ellermann, Antje 2009. *States against Migrants: Deportation in Germany and the United States*. Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Etzioni, Amitai 1970. *Demonstration Democracy*. New York et al.: Gordon & Breach.
- Freedman, Jane 2009. »Mobilising against detention and deportation: Collective actions against the detention and deportation of 'failed' asylum seekers in France«, in *French Politics* 7, 3, S. 342–358.
- Freedman, Jane 2011. »The Réseau Education Sans Frontières: reframing the campaign against the deportation of migrants«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 613–626.
- Gibney, Matthew J. 2008. »Asylum and the Expansion of Deportation in the United Kingdom«, in *Government and Opposition* 43, 2, S. 146–167.
- Gill, Nick 2014. *Nothing Personal? Geographies of Governing and Activism in the British Asylum System*. Chichester, UK ; Malden, MA: Wiley-Blackwell.
- Gruber, Oliver 2010. »Politisierte Zuflucht. Asyl im Brennpunkt politischer Öffentlichkeitsarbeit«, in *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde, S. 62–82. Wien: Facultas.
- Guigni, Marco; Passy, Florence 2001. *Political Altruism? Solidarity Movements in International Perspective*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Happes, Wolfgang. *Vereinsstatistik 2014* <http://www.npo-manager.de/vereinsstatistik/2014/> (Zugriff vom 25.2.2016).
- Hasselberg, Ines 2014. »Balancing Legitimacy, Exceptionality and Accountability: On Foreign-national Offender's Reluctance to Engage in Anti-deportation Campaigns in UK«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, 4, S. 1-17.
- Hinger, Sophie; Kirchhoff, Maren; Wiese, Ricarda i.E. »We Belong Together! Collective Anti-Deportation Protests in Osnabrück«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Hutter, Swen; Teune, Simon 2012. *Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel*. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/apuz/138276/deutschlands-protestprofil-im-wandel?p=all> (Zugriff vom 16.2.2017).
- Jakob, Christian 2016. *Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*. Berlin: Christoph Links Verlag.
- Jasper, James M. 1998. »The Emotions of Protest: Affective and Reactive Emotions in and around Social Movements«, in *Sociological Forum* 13, 3, S. 397-424
- Johnston, Hank 2011. *States and Social Movements*. New York: John Wiley & Sons.
- Karapin, Roger 2011. »Opportunity/Threat Spirals in the U.S. Women's Suffrage and German Anti-Immigration Movements«, in *Mobilization: An International Quarterly* 16, 1, S. 65–80.
- Kirchhoff, Maren et al. i.E. »Worth the Effort: Protesting Successfully against Deportations«, in *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, hrsg. v. Rosenberger, Sieglinde; Merhaut, Nina; Stern, Verena. Berlin: Springer.
- Klandermans, Bert 2015. »Motivations to Action«, in *The Oxford Handbook of Social Movements*, hrsg. v. della Porta, Donnatella; Diani, Mario, S. 219-230. Oxford: Oxford University Press
- Koopmans, Ruud 1997. »Dynamics of Repression and Mobilization: The German Extreme Right in the 1990s«, in *Mobilization: An International Quarterly* 2, 2, S. 149–164.
- Koopmans, Ruud et al. 2005. *Contested Citizenship: Immigration and Cultural Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Koopmans, Ruud; Rucht, Dieter 2002. »Protest Event Analysis«, in *Methods of Social Movement Research*, hrsg. v. Staggenborg, Suzanne; Klandermans, Bert, S. 231–259. Minneapolis, London: University of Minnesota Press.
- Kreienbrink, Axel 2007. *Voluntary and Forced Return of Third Country Nationals from Germany. Research Study 2006 in the framework of the European Migration Network*. Nürnberg: BAMF.
- McAdam, Doug; Paulsen, Ronelle 1993. »Specifying the Relationship Between Social Ties and Activism«, in *The American Journal of Sociology* 99, 3, S. 640–667.
- McAdam, Doug; Tarrow, Sidney; Tilly, Charles 2001. *Dynamics of Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.

- McGregor, Joann 2011. »Contestations and consequences of deportability: hunger strikes and the political agency of non-citizens«, in *Citizenship Studies* 15, 5, S. 597–611.
- Meyer, Sarah; Rosenberger, Sieglinde 2015. »Just a Shadow? The Role of Radical Right Parties in the Politization of Immigration«, in *Politics & Governance* 3, 2, S. 1–17.
- Mokre, Monika 2015. *Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna*. Wien: transversal.
- Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter 2001. »Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure«, in *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, hrsg. v. Rucht, Dieter, S. 27–70. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Neue Osnabrücker Zeitung 2016. »Abgewiesene Asylbewerber bleiben: Ohne Abschiebungen schaffen wir das nicht«, 12. Februar 2016. <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/669739/ohne-abschiebungen-schaffen-wir-das-nicht-1> (Zugriff vom 20.9.2016).
- Nyers, Peter 2010. »Abject Cosmopolitanism: The politics of protection in the anti-deportation movement«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. von De Genova, Nicholas; Peutz, Nathalie, S. 413-441. Durham, London: Duke University Press.
- Oswald, Melina 2012. *Das Bleiberecht: das Grundrecht auf Privat- und Familienleben als Schranke für Aufenthaltsbeendigungen*. Wien: Verl. Österreich.
- Opp, Karl-Dieter 2009. *Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary Introduction, Critique, and Synthesis*. London, New York: Routledge.
- Oulios, Miltiadis 2013. *Blackbox Abschiebung: Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären*. Berlin: Suhrkamp.
- Patler, Caitlin; Gonzales, Roberto G. 2015. »Framing Citizenship: Media Coverage of Anti-deportation Cases Led by Undocumented Immigrant Youth Organisations«, in *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41, 9, S. 1453–1474.
- Peutz, Nathalie; De Genova, Nicholas 2010. »Introduction«, in *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, hrsg. v. De Genova, Nicholas; Peutz, Nathalie, S. 1-32. Durham, London: Duke University Press.
- Plöger, Andrea 2014. »Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas«, in *PROKLA* 177, S. 585–600.
- Rosenberger, Sieglinde; Seeber, Gilg 2011. »Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration«, in *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich*, hrsg. v. Polak, Regina, S. 165–186. Wien: Böhlau.
- Rosenberger, Sieglinde; Winkler, Jakob 2014. »Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers«, in *Mobilization: An International Quarterly* 19, 2, S. 165–184.
- Rosenberger, Sieglinde, Florian Trauner 2014. »Abschiebungen – eine sozialwissenschaftliche Annäherung«. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 43, 2, S. 141–150.
- Roth, Roland; Rucht, Dieter 2008. »Einleitung«, in *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*, hrsg. v. Roth, Roland; Rucht, Dieter, S. 9–36. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter 1994. *Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter 2001. »Protest und Protestereignisanalyse: Einleitende Bemerkungen«, in *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, hrsg. v. Rucht, Dieter, S. 7–25. Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter; Hocke, Peter; Ohlemacher, Thomas 1992. *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat) Codebuch. Discussion Paper FS III 92-103*. Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB).
- Rygiel, Kim 2011. »Bordering solidarities: migrant activism and the politics of movement and camps at Calais«, in *Citizenship Studies* 15, 1, S. 1-19.
- Schwenken, Helen 2006. *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld: transcript.
- Schwartz, Helge 2015. »Für uns existiert kein Blatt im Gesetzbuch«. Migrantische Kämpfe und der Einsatz der radikalen Demokratie«, in *Migration und Demokratie – Studien zu einem neuen Forschungsfeld*, hrsg. v. Hunger, Uwe; Pioch, Roswitha; Rother, Stefan, S. 229-254. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Simsa, Ruth; Schober, Doris 2012. *Nonprofit Organisationen in Österreich*. Wirtschaftsuniversität Wien.
- Tazreiter, Claudia 2010. »Local to Global Activism: The Movement to Protect the Rights of Refugees and Asylum Seekers«, in *Social Movement Studies* 9, 2, S. 201–214.
- Tyler, Imogen; Marciniak, Katarzyna 2013. »Immigrant protest: an introduction«, in *Citizenship Studies* 17, 2, S. 143–156.
- Valocchi, Stephen 2009. *Social Movements and Activism in the USA*. London: Routledge.
- Wong, Tom 2015. *Rights, Deportation, and Detention in the Age of Immigration Control*. Stanford, California: Stanford University Press.

Zusammenfassung: Der Beitrag identifiziert Charakteristika von Protesten gegen Abschiebungen in Deutschland und Österreich durch eine Ereignisanalyse (1993-2013). In Österreich sind die Einzelfall- und Implementierungsorientierung sowie nicht-organisierte BürgerInnen als Akteure bestimmend; in Deutschland sind Kritik am Abschieberegime und AktivistInnen als Akteure relevanter. Politische Kontextfaktoren wie Protestkulturen, diskursive Gelegenheitsstrukturen und protest-immanente Faktoren erklären die Protestmerkmale.

Stichworte: Soziale Bewegungsforschung, Abschiebungen, Protestkulturen, Protestereignisanalyse, Ländervergleich

Deportation Protest Cultures: Deportations as a field of conflict in Austria and Germany between 1993 and 2013

Summary: The analysis of protest events against deportations in Austria and Germany (1993–2013) reveals significant differences regarding the actors, means, and claims of protests. In Austria, protests are characterized by non-organized citizens and a focus on specific deportation cases. Protests in Germany to a larger extent aim at policy changes and include more experienced activists. These differences can be explained by political cultures, discursive opportunity structures and internal protest characteristics.

Keywords: Social movement studies, deportations, protest cultures, protest event analysis, comparison

Autorinnenangaben:

Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien, sieglinde.rosenberger@univie.ac.at

Prof. Dr. Helen Schwenken, Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Neuer Graben 19/21, 49074 Osnabrück, hschwenken@uos.de

Maren Kirchhoff, M.A., Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Neuer Graben 19/21, 49074 Osnabrück, mkirchhoff@uos.de

Nina Maria Merhaut, Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft, Universitätsstraße 7/2, A-1010 Wien, nina.merhaut@univie.ac.at

3.3 “We belong together!” Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück

Hinger, Sophie, Maren Kirchhoff & Ricarda Wiese 2018: “We Belong Together!” Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück, in: Rosenberger, Sieglinde, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*. IMISCOE Research Series. Cham: Springer, 163-184.

https://doi.org/10.1007/978-3-319-74696-8_8

Chapter 8

“We Belong Together!” Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück



Sophie Hinger, Maren Kirchhoff, and Ricarda Wiese

8.1 Introduction: Deportability and Anti-deportation Protests

Deportation [...] continues, through its routinized practice, to obscure the historically particular and administrative processes by which deportability is produced and imposed. (Peutz and De Genova 2010, 6)

In recent years, there has been an increasing academic engagement with deportations (see Rosenberger 2018). One important theoretical contribution to these debates has been the concept of “deportability” (De Genova 2002; Paoletti 2010), which refers to the omnipresent possibility of being deported. As De Genova (2002) and Hasselberg (2016) have argued, migrants’ deportability is “embedded in their daily lives, social relations and sense of the self” (ibid., 96). Studies on protests against deportation have tended to focus on protests by citizens against the deportation of individuals (e.g. Rosenberger and Winkler 2014) or on those that are part of broader refugee protests (e.g. Ataç 2016). These studies discuss such protests in the context of contestations over belonging (Anderson et al. 2011), or as forms of activist (Nyers 2003; Isin 2008) and radical egalitarian citizenship (Schwiertz 2016). Few of these works, however, have explicitly applied the analytical concept of deportability to anti-deportation protests. The exceptions being for example, McGregor (2011) who has analyzed the consequences of deportability for political agency, arguing that detained and designated deportees, lacking other possibilities for political action, tend to use radical forms of protests such as hunger strikes. And Schwiertz (2016), who notes that the undocumented youth movement in the US does not only challenge concrete deportations, but “directly protests subordination and the fear of the permanent threat of deportation” (ibid., 616).

S. Hinger · M. Kirchhoff (✉) · R. Wiese
Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS), University of Osnabrück,
Osnabrück, Germany
e-mail: maren.kirchhoff@uni-osnabrueck.de

We argue that taking the analytical insights of deportability into consideration when analyzing anti-deportation protests may be revealing. This is because such an approach can shed light on dimensions of the protests that might be overlooked if we only focus on the efforts to prevent the act of removal. The framework of deportability may therefore provide a broader understanding of the struggles that anti-deportation protests encapsulate and their possible consequences.

We will lay out this argument by discussing the anti-deportation protests in Osnabrück, a mid-sized city in the German state of Lower Saxony. Between March 2014 and July 2015 the *Osnabrück Alliance against Deportations* (henceforth referred to as the *Alliance*) prevented 36 Dublin deportations through collective actions held in front of accommodation centers for asylum-seeking persons. As we will show, the practices connected to these protests were not restricted to the moment of deportation, but confronted deportability more broadly. We therefore believe that this case study can contribute to the ongoing debate on deportability and anti-deportation protests.

One of the reasons why we chose this case for a closer investigation was the composition of its participants. The *Alliance* brought together a wide range of actors with different legal and social statuses. To define our terms, we understand these protests as collective actions¹ in the sense of “contentious politics” (Ataç et al. 2016). Originally coined by McAdam et al. (2001) in a different way, contentious politics has been defined by Leitner et al. (2008, 157) as “concerted, counter-hegemonic social and political action, in which differently positioned participants come together to challenge dominant systems of authority, in order to promote and enact alternative imaginaries”. We were particularly interested in the role that collectivity played in the struggles of the *Alliance*.

What also makes the case of Osnabrück interesting is that; unlike in other deportation protests, the main aim was not to prevent the deportation of one or several well-known and particularly “deserving” persons. Instead, in this case, some of the beneficiaries of the deportation preventions were not known among the protest participants.

To explore how the collective anti-deportation protests in Osnabrück effect and were affected by deportability, we consider three dimensions that are crucial for the understanding of deportability: isolation, in/visibility and uncertainty. Peutz and De Genova (2010, 23) have pointed out that deportation “tends to operate as a radically individualizing and thus also [...] isolating event.” Unlike citizens, people in a state of deportability suffer from what Arendt has described as public invisibility, that is, they are denied access to the “space of appearances” (Arendt 1958, 198–199) where individuals speak and are also seen and heard (Borren 2008). At the same time, bereft of their legal personality, people threatened by deportation become privately visible (ibid.). Lacking the social and legal security of citizenship, they can be

¹ Despite a slightly different use, this conforms to Ataç’s (2016) definition of collective action. With reference to Isin (2008) and Nyers (2010), Ataç defines collective actions as “performative acts and as moments of rupture that challenge power relations and open up new political possibilities” (Ataç 2016, 632).

apprehended by the police at any time. This insecurity, or private visibility, is closely tied to potentially the most critical characteristic of deportability: The uncertainty over whether the affected persons will be able to stay (De Genova 2002, 427, Hasselberg 2016, 96–97).

How people are legally categorized is at the heart of struggles against deportations. Thus, for scholars who (co-)produce categorizations, there is a need to be highly sensitive to the terms employed. We refer to all persons who actively contribute to the prevention of deportations either as members of the *Alliance* or activists, instead of distinguishing between “asylum seekers” and “citizens” or “refugees”² and “supporters”. Our choice is also connected to the above-mentioned conceptualization of the anti-deportation protests in Osnabrück as collective protests. However, given that the social position assigned by legal status decisively influences the scope of possible action, we distinguish between activists with and activists without secure residence status. In the case of designated deportees we recognize their particular and precarious legal position. However, mostly we refer to the protesters as the *Alliance*. We chose this general terminology despite these differences between participating groups and individuals (Stockmann 2015; Doppler 2015), because we are, above all, interested in the collective acts of the people involved. Where necessary, we give more detailed information and differentiate e.g. between activists with a background in a local anti-racist initiative and members of a neighborhood welcome initiative.

The chapter is divided into seven sections: Following this introduction and a short overview of the data and methodology we will briefly present the *Alliance against Deportations* in Osnabrück. Subsequently, we will focus on the aforementioned aspects of deportability – isolation, in/visibility, and uncertainty – in the context of the collective struggles of the *Alliance*. We conclude by summarizing how these aspects are negotiated and the consequences of this, before finally discussing the benefits of a broader deportability perspective.

8.2 Data and Methods

This article is based on qualitative fieldwork. We draw on 11 interviews³ that we conducted in person with protest participants in the summer of 2015 (for a complete list of interviews see [Appendix](#) below). The semi-structured interviews were partly based on interview guidelines developed in the context of the project Taking Sides:

²The term “refugee” is frequently used as a self-identification of persons seeking asylum, whereas the term “supporters” commonly denotes activists with a secure residence status supporting those without such status (Tsianos and Kasperek 2013; Ataç 2016). The people we interviewed often used these terms.

³All interviews were conducted in German except for the interviews D5_9 + 10 and D5_11 + 12, in which Urdu, English, and Somali were spoken as well as German. In the following citations all translations into English are by the authors.

Protests against Deportations in Austria, Germany and Switzerland. The questions were adapted for each interview, depending on the interviewee's legal position and role in the protests. The interview D5_11 + 12 with two interviewees was made available to us by the theatre group *Bühne für Menschenrechte* who conducted it for the documentary theatre play *Asyldialoge*. Even though this interview was not based on the same interview guidelines, it covered relevant topics, and thus could be used to complement our data set alongside local newspaper reports and official documents.

Based on our engagement with the material – especially the interview transcripts—and theoretical discussion on deportability and anti-deportation protests, we developed five codes (in/visibility, framing, voice, political subjectivities and social ties) that helped to structure the analysis. In our analysis we also drew on our personal experience as participants in several of the protest events and group meetings. Through this participation we have been able to follow the developments of the protests since March 2014. Accompanying the *Alliance* over this extended period gave us access to background and insider information, which proved vital in the analysis and interpretation of the interviews.

8.3 The Alliance Against Deportations in Osnabrück

The protests against deportations in Osnabrück began when residents of a recently-opened municipal accommodation center received letters announcing their deportations to Italy (and other first-entry countries according to the Dublin III regulation) and showed them to other people they knew in the city (see Fig. 8.1). These contacts had mainly developed through the activities of two groups: The antiracist initiative *No Lager Osnabrück* (henceforth referred to as *No Lager*) and the neighborhood welcome initiative *AG Flüchtlingshilfe*.⁴ Following the assumption that the newly arrived asylum seekers would be allowed to stay, many of the supporting activities (such as German classes) provided by members of the *AG Flüchtlingshilfe* were aimed at facilitating “a good start to life in Osnabrück” (Interview D5_13). Yet, the deportation letters confronted those involved in these groups with a different reality. Nina,⁵ who intended to give German classes, remembered:

Until then I had always thought that people flee to Germany and ask for asylum, and then it takes two months and the people know that they can stay. [T]hen I heard about a Dublin regulation for the first time, and that [for] so many people, once they have come through [...] the Mediterranean Sea [...], the actual forced migration begins from one European country to another. (Interview D5_6)

Learning about the Dublin regulation caused a “moral shock” for Nina. According to Jasper (1997) “‘moral shocks’ are often the first step toward recruitment into

⁴The informal working group *AG Flüchtlingshilfe* became the association *Flüchtlingshilfe Rosenplatz e.V.* in February 2016.

⁵For anonymity, pseudonyms have been used for all interviewees.

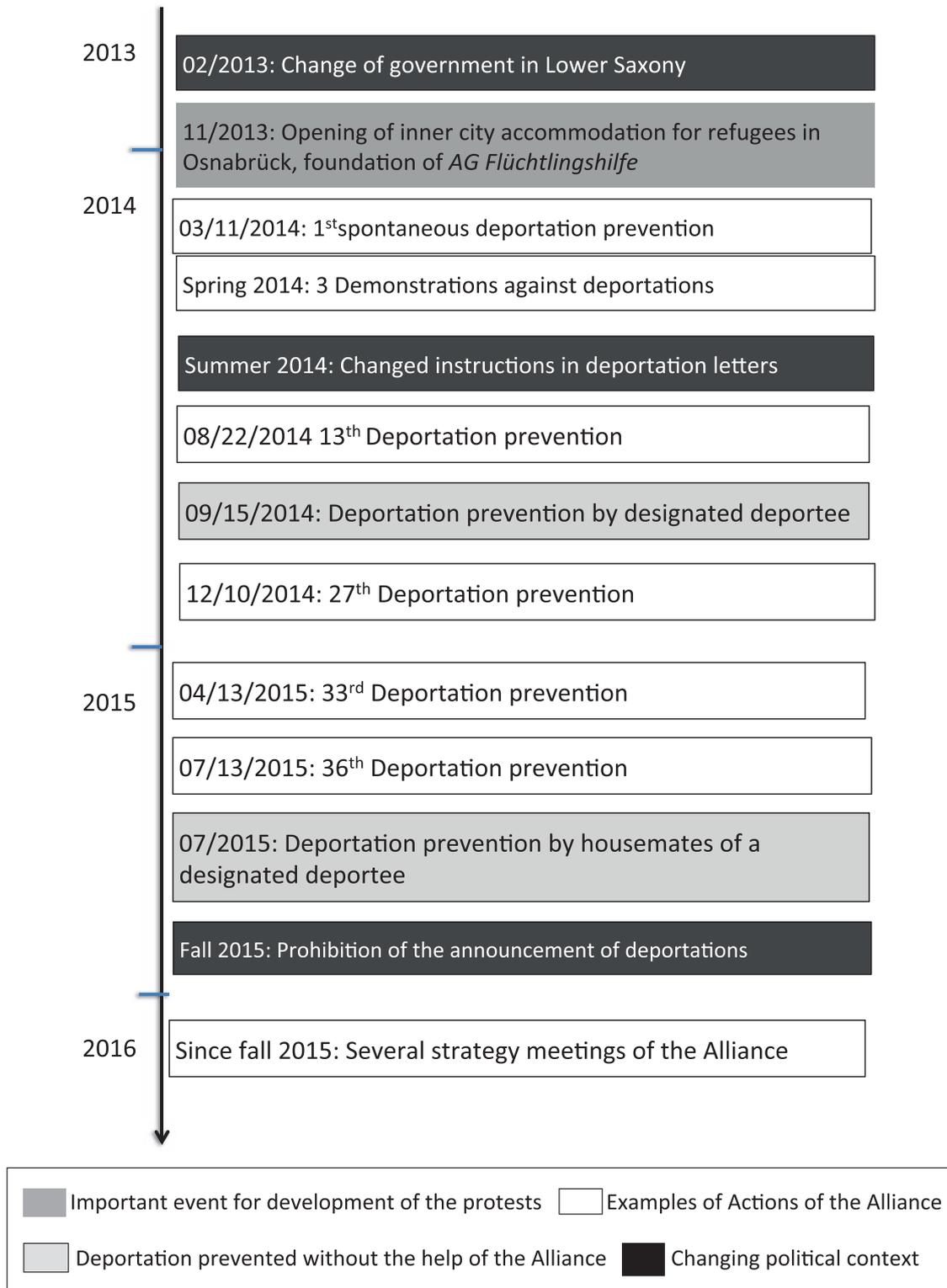


Fig. 8.1 Timeline of the anti-deportation protests in Osnabrück

Own illustration. In addition to the disruption of deportations three general demonstrations against deportations were organized in the spring of 2014. In two cases deportations were prevented in Osnabrück without the help of the *Alliance*

social movements: when an unexpected event or piece of information raises such a sense of outrage in a person that she becomes inclined toward political action.” (ibid., 106) After the first spontaneous assembly⁶ (which included about 40 participants) at the scene of an announced deportation resulted in the police officers and representatives of the Immigration Authority (*Ausländerbehörde*) leaving without the designated deportee (see Fig. 8.1), members of No Lager and AG Flüchtlingshilfe got together to evaluate the situation. They had the information that around 80 other people in the city fell under the Dublin regulation and thus risked deportation. After researching the legal framework of Dublin deportations, the activists came up with a strategy; their idea was to prevent the removal of the designated deportees until the end of the six-month period in which Dublin transfers had to take place. If deportations took longer than 6 months, the asylum request would eventually be taken over by the German authorities (Interviews D5_6, D5_1).

Activists decided to connect via a telephone list (which was later transformed into a web-based texting and emailing list) so that they could quickly organize assemblies whenever a deportation was supposed to take place. This community was later given the name *Alliance against Deportations*.⁷ At the time of our interviews, more than 300 people had signed up for the list, including antiracist activists, church representatives, members of different political parties, students, pensioners, and people with and without secure residence status. As Brigitte, a protest participant with secure residence status described: “These are people from the age of 18 to 80 [...], many groups of society are represented [...]. And I think, that’s the strength” (Interview D5_2). What united these diverse actors⁸ was their shared disagreement with the practice of deportations. The focus on Dublin deportations was not only a strategic choice because of the six-month timeframe described above (see also Kirchoff et al. 2018), but also because it became a common target, uniting protest participants in the course of the protests. No Lager activist Bruno remembered that, “even [...] the Catholic Church [representatives] [...] bluntly said: ‘Dublin needs to stop!’” (Interview D5_1). There was also a focus on the Dublin deportations in the official framing of the protests, as the call for the second demonstration organized by the *Alliance* on April 26, 2014 illustrates:

⁶The question, which terms (not) to use – an issue already discussed in the introduction–must also be posed with regards to the protest repertoire. Whereas the gatherings in front of the accommodation centers are frequently called ‘blockades’ by activists, media and others, some of our interviewees insisted that ‘blockade’ was not an adequate way to describe the collective “breakfasts” and also made them more vulnerable to attempts at designating their actions illegal (Interview D5_1). We have thus chosen the more neutral terms gathering and assembly.

⁷This name had already been used by a different union of initiatives in Osnabrück that had been active against deportations between 1997 and 2005 (Avanti! 2005).

⁸The question, how broad alliances come together is beyond the scope of this paper. However, it seems fruitful to explore this question further both to elucidate the dynamics of the *Alliance* and to contribute to social movements literature more broadly. Especially Gould’s work on the emergence of alliances across chasms of perceived differences and the role of emotions would provide a good starting point for such an undertaking (Gould 2015).

Here we want to voice our demands to end all deportations according to the EU-DUBLIN agreement, both in Osnabrück and in the whole of Germany. (No Lager Osnabrück 2014a, original in English)

The political demands to end Dublin deportations were supported by humanitarian arguments against the severe conditions in countries of first residence, which included homelessness and detention (see Bündnis gegen Abschiebungen 2014). The *Alliance* also emphasized the peaceful nature of the protests (ibid.). That the actions remained non-violent were not only important to a majority of the participants (Interviews D5_2, D5_6), but also resonated with the broader conception of Osnabrück as the City of Peace.⁹ Although the *Alliance* used arguments that focused on the bad humanitarian conditions in some Dublin countries as cited above, Paul, another activist with secure residence status explained that no distinction was made between people facing deportation to a supposedly problematic country like Hungary, or to a country like Norway, “about which you only hear good things” (Interview D5_3). In discussions over such differentiations, it was agreed within the *Alliance* that what mattered most was where a person wanted to live (ibid.). Nina underlined this point stating:

If a person [...] says ‘I am supposed to be deported to Italy but I rather want to stay here in Osnabrück’, then this is reason enough for me to become active on that person’s behalf. (Interview D5_6)

In contrast to what has been described for other cases of anti-deportation protests (e.g. Rosenberger and Winkler 2014, 181), the protests did not rely on deservingness frames. This absence can be partly explained by the composition of the beneficiaries of the protests. The designated deportees in the Osnabrück case were not individuals or families who had been living in Osnabrück for a long time, most were single men and many of the protest participants came to the assemblies without knowing them beforehand. Deservingness thus would not have worked as a strategic frame and consequently did not play a role in the protests. The absence of deservingness as a frame also resonated with the primary form of protest utilized in the struggle: The disruption of deportations. In contrast to, for example, negotiations with politicians, disruption did not require deservingness claims in order to positively influence the protest outcome.

None of the 36 assemblies were dissolved by force, irrespective of whether 100 people or, as in one case, “only very, very few [...] maybe 25” (Interview D5_6) had followed the protest call via the SMS list. In each case the immigration officers left without the designated deportees and physical force was never employed.¹⁰ This can partially be understood as resulting from the fact that the *Alliance* was confronted

⁹Osnabrück is commonly referred to as the *City of Peace*, a name that commemorates the signing of the *Treaty of Westphalia* in the city in 1648.

¹⁰Despite this, several measures were taken by the authorities to discourage the protesters: When confronting the gatherings, the immigration officers threatened the protesters several times that their action would have negative consequences. Furthermore, No Lager received an e-mail by the provincial *State Protection Office* concerning their involvement with the deportation preventions (Interviews D5_1, D5_6; personal communication with the interviewee of D5_6 on 09/24/2016).

with different (local) state agencies with somewhat diverging interests or instructions (Stockmann 2015, 42–43): The Federal Ministry for Migration and Refugees (BAMF) issues deportation orders to the local Immigration Authority. If conflict develops, the Immigration Authority is dependent on the local police to enforce the deportation order, who are subordinated to the State Ministry of the Interior. In November 2014, the Minister of the Interior of Lower Saxony and former Mayor of Osnabrück, Boris Pistorius, said that he saw no reason to change police strategy in dealing with the protest actions, nor did he condemn anyone participating in the protests (Fisser 2014). In contrast, the local Immigration Authority reacted to the protests by exerting more pressure on the designated deportees to cooperate in the deportation enforcement, which will be discussed in more detail below. However, without police enforcement the immigration officers were not able to challenge the protest strategies of the *Alliance* and carry out the deportation. This points to the importance of the specific political context in which the protests took place.

The collective actions against deportations in Osnabrück can only be understood within the context of the change of government in Lower Saxony in 2013. The new government coalition of the Social Democrats and the Green Party introduced several changes concerning the accommodation of asylum seekers and deportation procedures. The new policies were presented as “more humanitarian” (Lower Saxony Ministry of the Interior and Sports 2014), possibly as a reaction to the harsh critique against the strict enforcement of deportations promoted by the former conservative Minister of the Interior. The new approach entailed the announcement of deportation dates so that the designated deportees could “prepare themselves” (*ibid.*). Also new was the transfer of asylum seekers, including those affected by the Dublin regulation, from first reception centers (*Erstaufnahmeeinrichtung*) run by the State to municipal accommodation centers, which in the case of Osnabrück are partly located in inner-city residential neighborhoods.¹¹ Both the announcement of the deportations and the inner-city residency of designated deportees played a decisive role in the emergence and development of the anti-deportation protests in Osnabrück. However, the political context changed drastically in late 2015 (see also Kirchhoff and Lorenz 2018). The “summer of migration” (Kasperek and Sperr 2015, translation by the authors) was followed by an “autumn of reaction” (Schwiertz and Ratfisch 2015, 19, translation by the authors). In September 2015, with only few exceptions, the government of Lower Saxony decided to no longer announce deportations. In October 2015, a general prohibition on announcing deportations was integrated into the Residence Act (§59 (1) Residence Act of October 24, 2015). Since July 13, 2015 no further deportation preventions have taken place. However, members of the *Alliance* have met several times to discuss the changing legal and

¹¹In Lower Saxony, before the change of government, state-run reception centers did not only serve as a place of “first reception”. It was common practice to keep asylum seekers supposedly “without a perspective to stay” in the centers for months in order to hinder their integration into local communities and to facilitate their deportation (Pieper 2008, 205–266). The Asylum Procedures Acceleration Act (*Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz*), passed in October 2015, generally foresees that persons from so-called safe countries of origin and others without a perspective to stay, have to stay in first reception centers until the end of their asylum procedure.

political context and to think of anti-deportation strategies in the absence of deportation announcements.

In the following section, we analyze the collective protests against deportations in Osnabrück between March 2014 and July 2015. By focusing on the three dimensions of deportability – isolation, in/visibility and uncertainty – it becomes apparent how the *Alliance* not only prevented deportations, but confronted deportability more broadly.

8.4 Breaking Isolation

[...] in the end we said, the least we can do is to accompany this person to his accommodation, to stand by him before his deportation [...] and to not leave him alone with this [...].
(Interview D5_1)

This is how No Lager activist and member of the *Alliance*, Bruno, described the decision reached in the No Lager group the night before the first deportation prevention in Osnabrück. Confronted with a scenario they had not experienced before, the group members had little time to think about how best to react. They agreed to literally take sides with the affected person. Thus what was at first a spontaneous reaction would later become a core feature of the deportation preventions of the *Alliance*. Through confronting the officers arriving at an accommodation center to carry out a deportation with the presence of a group instead of an isolated individual, the *Alliance* acted against the logic of individualization and isolation inherent in the deportation practice (Peutz and De Genova 2010, 23).

As the letters announcing the upcoming deportations in Osnabrück during this period show, the practice of deportation was supposed to be a confrontation between the designated deportees with the immigration and police officers. Initially, the recipients of the deportation letters were asked to await their deportation inside their rooms. However, the demands of the letters changed after several deportations had been prevented by the *Alliance* through assemblies in front of bedroom and building doors. Isolation, which aimed to simplify face-to-face communication and physical contact between the officers and the targeted individual, was then stipulated more directly. The recipients of the letters were asked to present themselves in front of the accommodation centers and later, following another change in the letters, to also “stay away from a demonstration that could possibly take place.” (Interview D5_6). Despite this, the protesters continued to prevent the physical isolation of the designated deportee; now they either stood side-by-side with, or in front of, the designated deportees outside of the accommodation. Besides being a strategic reaction to the authorities’ instructions, this can be understood as an expression of collectivity: Protesters and designated deportees formed a group as they were physically and symbolically standing together. The centrality of this collective bodily practice in the protest of the *Alliance* underlines the centrality of the bodily dimension of contentious politics that has been observed elsewhere (see Häberlen and Spinney 2014).

Furthermore, our analysis shows that participating in collective action at the moment of the attempted deportation, allowed protest participants to question isola-

tion more broadly. For example, Paul, a member of the *No Lager* group, expressed that for him “one of the most important forms [of protest] is the getting to know each other,” the mixing of people with and without secure residence status. He explains his argument by pointing to structures that are put into place to prevent such contact and experiences of solidarity: Persons whose deportations are prevented by the *Alliance* have to live in designated accommodation centers for asylum seekers, and are neither allowed to work, nor to attend school, university or state-sponsored language courses (Interview D5_3). These conditions, linked to the state of deportability, are indeed likely to produce isolation from the local community. Furthermore, they are experienced as a barrier to political self-organization (Schwenken 2006, 144–145). Naife, an activist living in an asylum seeker accommodation center, remembers the situation before joining the No Lager group:

We made up our own refugee group in one of the Heime [accommodation centers] to find a way to handle the situation. But we did not know anything about the laws of Refugees in Lower Saxony and we did not have the resources (money, people, knowledge, etc.) to organize our own protests. (Cit. in: No Lager Osnabrück 2014b)

However, our interviewees described numerous and diverse practices through which structurally conditioned isolation could be disrupted: Visits to the accommodation centers by No Lager activists and members of the neighborhood initiative AG Flüchtlingshilfe, political and festive get-togethers in the autonomous social center as well as encounters through German classes, bike rental offers and other forms of voluntary support. Notably, some of these practices preceded the first deportation preventions and had the explicit aim of questioning the social marginalization of asylum seekers.

The described encounters challenge deportability not only through acts of support and collective protest, but also by making the danger of deportation “sometimes simply irrelevant” (Interview D5_3). While the logic inherent to deportability tends to make a person’s legal status the all-dominating frame of their daily life and social ties, the interviewees described how friendship created spaces and experiences beyond deportability (Doppler 2015, 7–8; see also Mokre 2018). In a group interview with her friend Wazir, Linda, an activist with secure residence status recalled:

We really became friends between the demonstrations and your [attempted] deportation [...] I remember this one night, [...] we simply stayed longer after plenum, turned on some music, got drunk, and talked so much [...] and yes, then we realized that we like each other a lot. (Interview D5_11 + 12)

Besides breaking down the isolation in Osnabrück, the social ties formed in the context of the collective protests also enabled the members of the *Alliance* to make connections to activists in other cities and to the transnational refugee movement. Wazir described how his involvement in the *No Lager* group encouraged him to participate in the Refugee March for Freedom 2014 from Strasbourg to Brussels:

I went with [the other members of the *Alliance* participating in the March], because I thought, the people fight for themselves, the refugees, and why don’t we, too? Most fighting takes place in Osnabrück at the moment, and I also belong to this group, and that’s why I went with them [...] After all, we also belong to them! (Interview D5_11 + 12)

When Wazir joined the March for Freedom, he had to violate the obligation for rejected asylum seekers to stay within a restricted district (*Residenzpflicht*). His participation in the local activist group led him to challenge the state-imposed isolation through connecting with a refugee movement and attending events happening outside of Osnabrück.

Against this background, we argue that social ties and friendship, which are a precondition for anti-deportation protests (Rosenberger and Winkler 2014) as well as an outcome of protest movements (Ataç 2016), should also be understood as constituting their own form of protest or resistance. In the case of Osnabrück, the activists of the *Alliance* questioned the isolating logic of deportability in various ways—both in the moment of an (attempted) deportation and in the daily lives and relations of the people involved.

8.5 Reversing In/Visibility

While “getting to know each other” (Interview D5_3) is indeed vital in the struggle against deportations, it does not automatically lead to trust or actions of resistance. As Susanne, a member of the AG Flüchtlingshilfe made clear: “[...] many refugees, I realized, are rather reserved when it comes to talking about problems [...]” (Interview D5_13). Instead, trust and ultimately resistance depends on the agency of the designated deportees to share their problem with others. It requires hope¹² that the deportation decision can be revised as well as courage to ask for support. In the interview with the close friends Linda and Wazir, Linda made clear that she was very surprised when and how Wazir announced his upcoming deportation to the No Lager group:

What I found so impressive was that you came to the Plenum and said yourself that you had received a deportation date. Before it was mostly the friends of people who were supposed to be deported [who came to the plenary and] sometimes the persons were not even there themselves. They took a back seat for understandable reasons. But you just came and said: Hey guys, it’s my turn. Here is my letter. I want a blockade. (Interview D5_12)

Wazir- an active member of the No Lager group who speaks English and has already experienced the success of earlier deportation preventions - chose this rather public way to speak about his deportation. Other designated deportees lacking these skills and experience had to find people who could translate, and whom they trusted enough to speak on their behalf.

In this section, we argue that the difficulty for people with an insecure residence status to reveal their status and to talk about an upcoming deportation can be better understood if we consider deportability in the sense of in/visibility. From an Arendtian perspective, being a citizen means having the right to be publicly visible,

¹²The centrality of emotions for (collective) political (in)action, such as hope and fear in our case, has also been highlighted by various social movement scholars (see Goodwin et al. 2001; Goodwin and Jasper 2004).

that is, to have a voice and to appear in public, as well as the right to be privately invisible; to retreat into a private realm of protection and security (Borren 2008). The reverse is true for people in the state of deportability: They often have to stay in assigned accommodation centers with little or no privacy. Moreover, even those who live in a private room or flat know that their home can be inspected and their life interrupted at any moment. This can be framed as a condition of harmful private visibility (ibid.). At the same time, people with an insecure residence status lack political rights, or in the words of Arendt, they are denied access to the “space of appearances” (Arendt 1958, 199). For Arendt, such public invisibility means not to be recognized as a human being and to forego the chance to lead a meaningful life: “Whatever lacks this [public] appearance comes and passes away like a dream” (ibid.). The state of deportability and enforcement of deportations are indeed, often invisible to the public eye. However, based on the case of Wazir and others, and in line with studies on “acts of citizenship” (Isin 2008; Nyers 2010; Darling 2014) or put differently, the political agency of non-citizens (McGregor 2011), we argue that people threatened with deportation and those acting in solidarity with them, can reverse harmful public invisibility and private visibility by engaging in contentious politics.

One way for people with an insecure residence status to reverse public invisibility is to reveal their condition to others as Wazir and others did. In US-American social movement and broader academic debates, revealing one’s insecure residence status to others has been described as “coming out of the closet” or as “coming out of the shadows” in accordance with the practices of “coming out” in the LGBTQ movement (Nicholls 2013; Schwiertz 2016). The practice of coming out about a pending deportation turns what is otherwise experienced as an individual problem into a public or collective issue. It opens up possibilities for the creation of new political subjectivities, relationships, and ultimately new ways of thinking citizenship.

In Osnabrück, following the first act of coming out—through the public statement of deportation—a further step toward public visibility and political claim making was taken through organizing the first assembly. Those who took part in the first assembly underlined that they wanted “to get this [issue] out of the shadows and to show us and our protest” (Interview D5_1). The action was directed at the authorities (“we [...] show the deportation authorities that we don’t agree”, ibid.), but also to a wider public. Nina, an activist, stressed that she preferred the assemblies that took place in front of one of the inner-city asylum seeker accommodation centers, because people who passed by noticed the protests (Interview D5_6).

The *Alliance* also organized demonstrations to raise more awareness of the issue and to make the protest more visible. One week after the first deportation was successfully prevented, about 600 people – with and without secure residence status – walked through the city to demonstrate against the deportations. Public marches can be a powerful means to transform the presence, or recognition, of people with an insecure residence status in public spaces; another step in challenging their in/visibility (Monforte and Dufour 2013, 87). Such public manifestations can work as

“acts of emancipation” (ibid.) and as a platform for people without secure residence status to present themselves, their stories, and claims, in public and to the media. Even during the first demonstration in Osnabrück, some people – under the threat of deportation – seized the chance to talk about their situation:

We didn’t have any speeches prepared [...]. We just handed around a loudspeaker. Speeches were held spontaneously with spontaneous translations. (Interview D5_12 + 13)

Two interviewees (Interviews D5_1, D5_3) explained how difficult it was to create a platform for the voices of people dealing with both insecure residence status and an imperfect command of the German language. This was not only because of exclusionary policies, but also because of other actors and practices that enabled the public visibility of some, while contributing to the public invisibility of others:

Often the press says: ‘No, that’s not possible [to do interviews in English]. We have to do it in German.’ That’s really stupid, because it is such a misrepresentation of the people in the group, because almost half of us have experienced forced migration and they can represent themselves very well. (Interview D5_3)

One time, a local television group wanted to film an interview with an activist in one of the accommodation centers. Bruno, an activist with secure residence status and the only German native speaker present, was asked to give the interview. When he suggested conducting it together with one of the activists without secure residence status, the journalist told him that he had no time and if he did not do the interview they would leave right away. In the end, Bruno told us, he gave a “shitty interview”, and the journalists ended up doing another one with Sam – one of the activists without secure residence status – in English, and in the final clip only Sam was included. Bruno concluded that this was the first time “a refugee was given a chance to talk [in front of a camera] but only because we always systematically include them and say: ‘Here, they are with us too [...].’” (Interview D5_1). The above situation highlights that it is possible to reverse the public invisibility of people with insecure residence status. At the same time, it also points to the difficulties within collective protests to challenge power asymmetries and the dominant differentiations e.g. between activists with and without secure residence status (Mokre 2015).

As Bruno remarked, reversing the public invisibility of people without a secure residence status often depends on those with a secure residence status to act as a mediator. This became obvious in a self-organized deportation prevention by the residents of an accommodation center. The incident took place in the summer of 2015 in an accommodation center for women and families. Unlike the previous deportation preventions most of the people involved were women. The deportation was unannounced because Maria, the designated deportee, had not been present at the first announced deportation date. Her roommate, Semira, called the downstairs neighbor when the immigration officers, accompanied by the police, entered the house early in the morning. Soon, several residents, some accompanied by their children, stood in the staircase of the house and screamed. In contrast to the other cases in Osnabrück, the officers tried to force the designated deportee out of the building. According to Semira, the officers tried to pull Maria by her arm, but her

housemates also held on to her so that the officers eventually left without her. While the media had covered most other deportation preventions in Osnabrück this attempted deportation – including the physical violence exerted – was not reported. This was to some degree, due to the fact that the people involved did not want any media coverage. Their hesitation must be understood in context, as political action of non-citizens can be criminalized.¹³ Maria’s housemates eventually chose another way to share their experience with others: Sometime after the event, Ahmed, one of Maria’s neighbors and a friend decided to go to a plenum of the No Lager group to talk about the incident (Interview D5_9 + 10).

The *Alliance* attempted, through multiple ways, to create a sphere of private invisibility and thus protection for the designated deportees. During the first anti-deportation actions, this was simply done by assembling in large numbers in front of the person in question in order “to block the view of the officers” (Interview D5_3). As one of the activists described: “the idea was that the person [supposed to be deported] stays in the back area of the protest and is ready for the departure [...]” (ibid.). When the letters changed and the authorities asked the designated deportees to make themselves visible by verbally identifying themselves, the protesters’ counter-strategy was a collective identification with, or as, the deportee: “We then decided when they [the authorities] come [asking]: ‘who is the one?’ We will all say: ‘It’s me! It’s me!’” (Interview D5_11 + 12).

While collective protests like those of the *Alliance* cannot fully restore the private invisibility and public visibility of people in a condition of deportability, they can create (temporary) spaces where the harmful politics of in/visibility are reversed. In the interview with Linda and Wazir, they explained that Wazir, on the day of his own deportation, did not stay in the back of the crowd that had gathered to prevent it. “You just bopped around outside and you made breakfast and distributed tea”, recounted Linda. Underlining this (temporary) reversal of in/visibility, Wazir added that after the authorities had left, he made a speech and he stressed: “I was the first [of the refugees] who held a speech.” (Ibid.)

8.6 Lessening Uncertainty

Linda:

When we dissolved the blockade and Wazir went away with a good friend, I relaxed. When not even a police car stops, this shows that nothing serious will happen, if you do a blockade. Even if we always wonder ‘what will they come up with next?’ this somehow give us security.

¹³ Semira, Maria and some of the other housemates had to report to the local authorities after the incident. They were told that their behavior was “completely unacceptable”, that it could count as a criminal offense, and that they would have to leave the accommodation center if they got involved in this kind of action again (Personal communication with interviewee of D5_7, 09/07/2015).

Wazir:

Until my interview, it can take six or eight months. And after this, I don't know. [...] I think I have a 60 to 70% chance that I may stay, thus 30% that I cannot stay. (Interview D5_11 + 12)

As the above quote indicates, insecurity and uncertainty pervade anti-deportation protests in Osnabrück in different ways. In the short-term and especially at the beginning of the protests, insecurity and uncertainty dominate the moments of deportation prevention, whereas in the long-term it shifts to the likelihood of being allowed to stay. Hasselberg (2016) has shown that deportability affects “the everyday lives of migrants facing deportation” (ibid., 97) as they internalize and embody an acute uncertainty “as to whether or not they will be able to remain” (ibid., 96).¹⁴ We argue that even though insecurity cannot be (fully) dissolved, the different practices of the Alliance show that the feeling of uncertainty inherent to deportability can be lessened through collective actions.

As described above, the first deportation prevention was organized spontaneously out of the conviction that the designated deportee should not face his deportation alone. Although unexpected by protest participants, the assembly in front of the accommodation managed to prevent the enforcement of the deportation. Despite this initial success one of the policemen told them that this might have negative consequences for the affected person. As members of the *Alliance* were unsure whether, and how, the authorities would try to enforce the deportation a second time, some tried to reduce uncertainty by organizing a church sanctuary. As Bruno remembers, “this was a reaction to the fear that we could not cope with [another removal attempt] and that he would be deported by force.” (Interview D5_1). Although it turned out that this case – as well as several following cases – was successful in the long run, the initial insecurity remained for some time. As Nina, one of the activists with secure residence status, told us:

For the first times [...] the designated deportees packed their whole properties as they didn't know if the police would cross the blockade [...]. And we always wanted to make sure that they are ready for their deportation like the authorities demand in order to avoid negative consequences. (Interview D5_6)

To reduce uncertainty with regards to possible negative consequences, members of the *Alliance* were in constant contact with lawyers. They carefully developed their protest strategy to fit within the small space available for possible action that would not harm those facing deportation. Furthermore, the (gradual) predictability and reliability of the behavior of both protesters, and immigration and police officers, contributed to lessening uncertainty: With more and more deportation preventions, a certain routine developed, which partly consisted of a breakfast ritual with protest participants bringing their picnic blankets and refugees preparing tea (Interview D5_7).

¹⁴Hasselberg (2016) analyzes different modes of coping with uncertainty. Some of these coping mechanisms are also reflected in our interviews. However, we will not concentrate on these rather individual mechanisms, but on how uncertainty is dealt with collectively.

The procedure was clear for all involved. Firstly, the officers arrive and the designated deportee is in the house. Later, as requested, the deportee moves outside where the participants are assembled in front of the accommodation; when asked it is the participants who identify themselves as the designated deportee, at which time the officers leave. In some cases the officers did not show up or even get out of their vans. This collective protest routine reduced the insecurity for all participants. As *Alliance* member Brigitte, when referring to the sanctuaries that were organized to handle the initial insecurity of the situation, concluded: “By now we do not need a church sanctuary anymore!” (Interview D5_2).

However, the impact of these routines is moderate given that uncertainty remains for the affected people, because of their insecure residential status. Besides the need to conform to the orders of the Immigration Authorities in order to avoid negative consequences, the designated deportees packed their belongings so as to be ready for their deportation as they could not be sure that it would be prevented. Furthermore, they had to rely on other activists, people they frequently did not know. The intensity of insecurity is thus incomparable to what is felt by activists with secure residence status. As Bruno reflected: “I have no clue how stressful this is for the refugees who have to trust that it will function outside” (Interview D5_1). Additionally, the success of the protests was dependent on other factors outside the participants’ control. As described previously, Ahmed and a friend went to the plenum of No Lager to speak about the self-organized deportation prevention of Maria. The participants of the plenum told Ahmed to call them if the police showed up again. Still, this did not alleviate Maria’s security concerns who, after the incident, was too afraid to stay in her own house at night. While Ahmed appreciated the offer, he remained somewhat skeptical about the prospect of such deportation preventions: “You might call without answer, or [people] sleep. When there’s a fixed day it’s super, but without it...” (Interview D5_9). Ahmed’s comment points to an important limitation of direct interventions in preventing deportation enforcement: The announcement via letter of a concrete date of the deportation had been one of the requirements for the success of the protest (see also Kirchhoff et al. 2018).

Furthermore, uncertainty is not restricted to the moment of direct intervention against deportation enforcement but lingers long after the assemblies, as the following example of Amir shows. After Amir’s deportation was prevented through an assembly of the *Alliance*, he had to get his passport renewed at the local office of the Immigration Authority:

[...] he really didn’t dare to go there [as he] thought that if he appeared there, they would immediately call the police and they would arrest him to deport him and for a couple of nights, he also didn’t sleep at his place, because we thought that the police would come again a few hours later or the next day. (Interview D5_6)

Amir no longer felt secure in his own home, as he feared that the authorities could deport him at anytime and anywhere. As we have illustrated above with reference to isolation and in/visibility, protests also took place beyond the moment of attempted deportation through non-public processes. With regards to lessening insecurity and uncertainty, sleepovers became a regular action in the post-protest reper-

toire of the *Alliance*. Many people who were concerned about future deportation attempts stayed over at other people’s houses in order to avoid the authorities.

In addition, Nina started what we call ‘follow ups’ to ensure “that people are better off afterwards” (ibid.); that the blockades actually improved the situation of those whose deportation attempts had been prevented by the *Alliance*. In the beginning, the activists assumed that the responsible authorities would automatically proceed with asylum applications once the timeframe for transfers had expired. However, it turned out that the first person whose deportation was prevented did not receive any information from the Federal Agency for Migration and Refugees (BAMF) for many months (ibid.). Nina invited people with pending asylum procedures for such “status meetings” (ibid.) in order to discuss what information they wanted from the authorities. She took care of these requests and constantly checked if there were any updates, to confront and counteract uncertainty resulting from the long waiting period:

Someone is invited to the hearing, gives the interview and then absolutely nothing happens for one and a half years. Nothing! This is really [...] demoralizing. (Interview D5_6)

This follow-up work turned out to be crucial in those cases where the authorities had noted that the designated deportees had “absconded”, as absconding resulted in the transfer time frame being extended from six to 18 months. In most of the cases, in which Nina spoke to the BAMF officers, the prolongation of the time frame was eventually withdrawn. However, this was only possible because of the involvement of lawyers and a member of a local charity organization who had personal contacts within the authorities. Even though insecurity cannot (fully) be dissolved by collective action, the described practices arguably lessen some of the demoralizing effects of deportability (Hasselberg 2016, 99).

8.7 Conclusion

Peutz and De Genova have pointed out how deportation “through its routinized practice” obscures how “deportability is produced and imposed” (2010, 6). The case of the *Alliance against Deportations* shows that employing the broader meaning of deportability can lead to a deeper understanding of anti-deportation protests. This framework makes visible the struggles and consequences of the protests that go beyond the moment of a deportation or prevention. For our analysis, we have looked at isolation, private visibility/ public invisibility, and uncertainty as crucial dimensions of deportability. Through applying these concepts, we asked how the collective protests in Osnabrück, which brought together a wide range of participants with and without secure residence status, confronted these dimensions.

We found that the collectivity of the protests in Osnabrück was, in itself, part of how the participants questioned deportability. Namely, by getting to know each other and in some cases also building relationships of trust, people with different positionalities were challenging the isolation produced by the exclusionary policies

and practices of the deportation regime. We therefore argue that encounters and friendships between people with, and people without, a secure residence status may not only be a precondition for – or result of – protest actions, but can also be considered as part of the protest. Such relations can furthermore facilitate the difficult process of coming out about one's own deportability and a pending deportation. By revealing their status to others, people without secure residence status are engaging in a dissonant speech act, which opens up possibilities for formal political claim-making, the emergence of new political subjectivities and thus the reversal of public invisibility. While it is beyond the scope of collective action to dissolve the insecurity, or what we have described as private visibility, of people threatened by deportation, collective acts can create (temporary) spaces of security and protection. In the case of the *Alliance*, this was done, for example: through shielding the designated deportee during the attempted act of removal, through church sanctuaries, and sleepovers after a prevented deportation. Finally, our research suggests that contentious politics can lessen the uncertainty tied to the state of deportability. In our case, this was supported through establishing a certain routine around deportation preventions, as well as through follow-up work to inform people after the prevention of their deportations about the status of their case. Although some of those whose deportations were successfully prevented still face uncertainty about the outcome of their asylum applications, the possibility of a Dublin deportation could at least now be ruled out.¹⁵

The case of Osnabrück suggests that collective protests against deportation might be better understood as struggles against deportability than merely trying to prevent the act of removal or deportation. In how far this is true for other forms of anti-deportation protests remains an open question. The ongoing debate on anti-deportation protests would thus profit from further case studies applying the concept of deportability.

The actions of the *Alliance* also raise questions regarding the meaning of deservingness frames in anti-deportation protests. As we have illustrated in the case of Osnabrück, it was the general disagreement with the Dublin regulation as well as a concern for those threatened by deportation, rather than a focus on individual cases that was conducive for collective action against deportability. Perceiving or claiming certain designated deportees as especially deserving is thus neither a necessary precondition for people to become engaged in protests, nor a characteristic feature of such anti-deportation protests. We propose that the employment of deservingness frames in anti-deportation protests represents a strategy that is connected to protest forms that heavily depend on public or political support. In contrast, disruptions of deportations, as in the case of the *Alliance*, can be successful without this framing.

¹⁵At the time of the interviews, German authorities declared themselves responsible for processing asylum claims of those people whose Dublin deportations had been prevented (Interview D5_6). While some people are still waiting for their decision, between 10/2015 and 03/2016, four men came to the No Lager meetings to celebrate the fact that they had been granted a residence permit for 3 years (Personal communication during No Lager plenum on 10/22/2015 and 3/3/2016).

Another point brought up by this case study – one that is closely connected to current debates within the *Alliance* – regards the meaning of success in anti-deportation protests. Success in preventing the actual act of removal is both the motivation for, and goal of, collective actions against deportation. However, from a deportability perspective, practices that break isolation, reverse public invisibility, and (to a lesser extent) reduce private visibility go beyond a narrow understanding of success: Rendering deportations, persons in a state of deportability, and anti-deportation protests visible, can be a powerful means of contentious politics when changes in the (political) opportunity structures make it more difficult to prevent the enforcement of deportations.

Finally, the deportability perspective that we have developed in this article brings to the fore the importance of questions of citizenship that are negotiated in contestations over deportation. Despite the lack of a formal status or recognition, people without secure residence status become “(activist) citizens” (Isin 2008) through dissonant speech acts. They thus call “into question the givenness of [the] body politic and open its boundaries wide” (Isin 2009, 384), or, in the words of Sandro Mezzadra (2004), they bring citizenship “into motion”. In Osnabrück these dissonant speech acts were part of a process in which people with different legal status, and from different groups of society became active as a community, thus creating new political subjectivities and understandings of belonging. This dynamic is captured in Wazir’s speech after the successful prevention of his deportation, in which he not only thanked the members of the *Alliance*, but made clear that he saw the action most of all as part of a common struggle for a society where everybody enjoys the right to have rights:

Good morning! Thank you all so much for coming here today. We belong together. There’s our fight for residence, our rights and the life of the human beings. I hope we will have more peaceful fights in future. Thank you all again my friends! – and the *بس ہم* *ہم سب* means: We all belong together in Urdu. (Interview D5_11 + 12)

Acknowledgements The interviews were conducted for the project “Taking Sides: Protests against the Deportation of Asylum Seekers” in Austria, Germany and Switzerland, funded by FWF, SNSF, and DFG (SCHW1389/5-1), as well as the project “The Local Production of Asylum,” partly funded by a Marie-Curie INTEGRIM fellowship. We would like to thank our interviewees for sharing their precious time and self-critical reflections with us, and to Michael Ruf (*Bühne für Menschenrechte*) for making interviews D5_11 + 12 available to us. Finally, we would like to thank Kathrin Heinen, Lucie Ohlemann, Davide Gnes, and the editors for constructive feedback and to Madelaine Moore for linguistic revision.

Appendix: Interviews

All interviews were conducted in person by the authors, except for interview D5_11 + 12, which was conducted by Michael Ruf for the documentary theatre play *Asyldialoge*. All interviews took place in Osnabrück (Germany) in German except for the interviews D5_9 + 10 and D5_11 + 12, in which Urdu, English, and Somali as well as German were spoken.

Abbrev.	Interviewee(s)	Date	Comments
D5_1	“Bruno”, activist with secure residence status, <i>No Lager</i>	07/06/2015	
D5_2	“Brigitte”, activist with secure residence status, <i>AG Flüchtlingshilfe</i>	07/08/2015	
D5_3	“Paul”, activist with secure residence status, <i>No Lager</i>	07/16/2015	
D5_4	Lawyer	07/20/2015	Not cited
D5_5	Neighbor, accommodation center	07/20/2015	Not cited
D5_6	“Nina”, activist with secure residence status	07/21/2015	
D5_7	“Heiko”, activist with secure residence status	07/22/2015	
D5_8	Church representative, <i>AG Flüchtlingshilfe</i>	07/22/2015	Not cited in this article
D5_9 + 10	“Maria” & “Ahmed”, participants of spontaneous protest, insecure residence status	09/15/2015	
D5_11 + 12	“Wazir”, activist with insecure residence status, <i>No Lager</i> & “Linda”, activist with secure residence status, <i>No Lager</i>	12/10/2014 & 12/14/2014	Provided by <i>Bühne für Menschenrechte</i>
D5_13	“Susanne”, activist with secure residence status, <i>AG Flüchtlingshilfe</i>	09/17/2015	

References

- Anderson, B., Gibney, M. J., & Paoletti, E. (2011). Citizenship, deportation and the boundaries of belonging. *Citizenship Studies*, 15(5), 547–563.
- Arendt, H. (1958). *The human condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ataç, I. (2016). ‘Refugee protest Camp Vienna’: Making citizens through locations of the protest movement. *Citizenship Studies*, 20(5), 629–646.
- Ataç, I., Rygiel, K., & Stierl, K. (2016). Introduction: The contentious politics of refugee and migrant protests and solidarity movements: Remaking citizenship from the margins. *Citizenship Studies*, 20(5), 527–544.
- Avanti! e. V. (2005). *Bündnis gegen Abschiebung* (1997–2005). Online presentation of a former initiative against deportations in Osnabrück. http://www.avantios.de/buendnis_gegen_abschiebung.htm. Accessed 30 Sept 2016.
- Borren, M. (2008). Towards an Arendtian politics of in/visibility: On stateless refugees and undocumented aliens. *Ethical Perspectives. Journal of the European Ethics Network*, 15(2), 213–237.
- Bündnis gegen Abschiebungen. (2014). *SMS-Verteiler gegen Abschiebungen*. <http://nolageros.blogspot.eu/telefonkette-gegen-abschiebungen/>. Accessed 27 Sept 2016.
- Darling, J. (2014). Asylum and the post-political: Domopolitics, depoliticisation and acts of citizenship. *Antipode*, 46(1), 72–91.
- De Genova, N. P. (2002). Migrant “illegality” and deportability in everyday life. *Annual Review of Anthropology*, 31, 419–447.
- Doppler, L. (2015). “A feeling of doing the right thing”. Forming a successful alliance against dublin-deportations. *Movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*, 1(2). <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/12.doppler--successful-alliance-against-dublin-deportations.html>. Accessed 28 July 2016.

- Fisser, D. (2014, November 22). Die Lager sind voll. Neue Osnabrücker Zeitung. https://www.wiso-net.de/document/NOZ__2058943. Accessed 1 Aug 2016.
- Goodwin, J., & Jasper, J. M. (2004). *Rethinking social movements. Structure, meaning and emotion*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Goodwin, J., Jasper, J. M., & Poletta, F. (2001). *Passionate politics: Emotions and social movements*. Chicago: University of Chicago Press.
- Gould, D. (2015). *Becoming coalitional: Motion, emotion, and the political*. Keynote address for “the politics of emotion” symposium of the Institute for Humanities Research at Arizona State University in Tempe. <https://vimeo.com/129596160>. Accessed 18 May 2017.
- Häberlen, J. C., & Spinney, R. A. (2014). Introduction. *Contemporary European History, Special Issue*, 23(4), 489–503.
- Hasselberg, I. (2016). *Enduring uncertainty. Deportation, punishment and everyday life*. New York/Oxford: Berghahn.
- Isin, E. F. (2008). Theorizing acts of citizenship. In E. F. Isin & G. M. Nielsen (Eds.), *Acts of citizenship* (pp. 15–43). London: Zed Books.
- Isin, E. F. (2009). Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity*, 29(1), 367–388.
- Jasper, J. M. (1997). *The art of moral protest. Culture, biography, and creativity in social movements*. Chicago/London: University of Chicago Press.
- Kasperek, B., & Sperr, M. (2015). *Of hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration*. <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>. Accessed 28 July 2016.
- Kirchhoff, M., & Lorenz, D. (2018). Between illegalization, toleration, and recognition: Contested asylum and deportation policies in Germany. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 54–75). New York: Springer.
- Kirchhoff, M., Probst, J., Schwenken, H., & Stern, V. (2018). Worth the effort: Protesting successfully against deportations. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 126–148). New York: Springer.
- Leitner, H., Sheppard, E., & Sziarto, K. M. (2008). The spatialities of contentious politics. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 33(2), 157–172.
- Lower Saxony Ministry of the Interior and Sports (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport). (2014, September 23). Pistorius: „Rückführungserlass ist wichtiger Schritt für mehr Menschlichkeit in der Niedersächsischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik“. http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=127958&psmand=33. Accessed 1 Aug 2016.
- McAdam, D., Tarrow, S., & Tilly, C. (2001). *Dynamics of contention*. Cambridge: Cambridge University Press.
- McGregor, J. (2011). Contestations and consequences of deportability: Hunger strikes and the political agency of non-citizens. *Citizenship Studies*, 15(5), 597–611.
- Mezzadra, S. (2004). *Citizenship in motion* (A. Bove, Trans.). Makeworld 4. <http://www.generation-online.org/tmezzadra.htm>. Accessed 28 July 2016.
- Mokre, M. (2015). *Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna* (Wien et al., Transversal Texts). <http://transversal.at/books/solidaritaetsuebersetzung>. Accessed 1 Aug 2016.
- Mokre, M. (2018). “We demand our rights!” The refugee protest camp Vienna. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 215–232). New York: Springer.
- Monforte, P., & Dufour, P. (2013). Comparing the protests of undocumented migrants beyond contexts: Collective actions as acts of emancipation. *European Political Science Review*, 5(1), 83–104.
- Nicholls, W. J. (2013). *The DREAMers. How the undocumented youth movement transformed the immigrant rights debate*. Stanford: Stanford University Press.
- No Lager Osnabrück. (2014a). Rally against deportations. Call for demonstration. <http://www.nds-fluerat.org/13298/veranstaltungen/sa-26-04-2014-demonstration-gegen-abschiebungen-in-osnabrueck/>. Accessed 28 July 2016.

- No Lager Osnabrück. (2014b). Refugee Protests in Osnabrück – Deportations and Demonstrations. We are all human beings! Online statement. <http://nolageros.blogspot.eu/files/2014/09/we-are-all-human-beings.pdf>. Accessed 28 July 2016.
- Nyers, P. (2003). Abject cosmopolitanism: The politics of protection in the anti-deportation movement. *Third World Quarterly*, 24(6), 1069–1093.
- Nyers, P. (2010). No one is illegal between city and nation. *Studies in Social Justice*, 4(2), 127–143.
- Paoletti, E. (2010). *Deportation, Non-Deportability and Ideas of Membership*. Refugee studies center working paper series no. 65. <https://www.rsc.ox.ac.uk/files/publications/working-paper-series/wp65-deportation-non-deportability-ideas-membership-2010.pdf>. Accessed 28 July 2016.
- Peutz, N., & De Genova, N. (2010). Introduction. In N. De Genova & N. Peutz (Eds.), *The deportation regime. Sovereignty, space, and the freedom of movement* (pp. 1–29). Durham/London: Duke University Press.
- Pieper, T. (2008). *Die Gegenwart der Lager: zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rosenberger, S. (2018). Political protest in asylum and deportation. An introduction. In S. Rosenberger, V. Stern, & N. Merhaut (Eds.), *Protest movements in asylum and deportation* (pp. 8–31). New York: Springer.
- Rosenberger, S., & Winkler, J. (2014). Com/passionate protests: Fighting the deportation of asylum seekers. *Mobilization: An International Quarterly*, 19(2), 165–184.
- Schwenken, H. (2006). *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme Politische Mobilisierung um irreguläre Migration in die Europäische Union*. Bielefeld: Transcript.
- Schwartz, H. (2016). Transformations of the undocumented youth movement and radical egalitarian citizenship. *Citizenship Studies*, 20(5), 610–628.
- Schwartz, H., & Ratfisch, P. (2015). *Antimigrantische Politik und der “Sommer der Migration”*. Analysen Nr. 25. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen25_Antimigrantische_Politik.pdf. Accessed 21 July 2016.
- Stockmann, S. (2015). “We all belong together” – Proteste gegen Abschiebungen. Eine Fallstudie zum “Bündnis gegen Abschiebungen” *Osnabrück*. Unpublished master thesis, Universität Bielefeld, Bielefeld.
- Tsianos, V., & Kasperek, B. (2013, July 25). Too much love: Von »Non-Citizens« und Ihren »Supportern«. Über Problematische Neue Begriffe im Deutschen Antirassistischen Diskurs. *Jungle World*, 30. <http://jungle-world.com/artikel/2013/30/48137.html>. Accessed 28 July 2016.

Open Access This chapter is licensed under the terms of the Creative Commons Attribution 4.0 International License (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>), which permits use, sharing, adaptation, distribution and reproduction in any medium or format, as long as you give appropriate credit to the original author(s) and the source, provide a link to the Creative Commons license and indicate if changes were made.

The images or other third party material in this chapter are included in the chapter’s Creative Commons license, unless indicated otherwise in a credit line to the material. If material is not included in the chapter’s Creative Commons license and your intended use is not permitted by statutory regulation or exceeds the permitted use, you will need to obtain permission directly from the copyright holder.



3.4 Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück (2014-2017)

Hinger, Sophie & Maren Kirchhoff 2019: Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück (2014–2017), in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB)*, 32(3), 350–363.

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0042>

<https://forschungsjournal.de/>

Themenschwerpunkt

Sophie Hinger*, Maren Kirchhoff

Andauerndes Ringen um Teilhabe

Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebung in Osnabrück (2014–2017)

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0042>

Zusammenfassung: Dieser Beitrag widmet sich der Frage, welche Auswirkungen das 2015 eingeführte Verbot Abschiebungen anzukündigen auf lokale kollektive Mobilisierungen gegen Abschiebungen und damit verbundene gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für die Betroffenen hatte. Anhand zweier qualitativer Fallstudien von Protesten gegen Dublin-Abschiebungen in der niedersächsischen Stadt Osnabrück, wo 2014/15 sowie 2017 zahlreiche Abschiebungen durch Versammlungen vor Unterkünften verhindert wurden, zeigen wir, dass Proteste gegen Abschiebungen als ein permanentes Ringen um Teilhabe zu verstehen sind, welches nicht nur durch nationale Gesetzgebung, sondern durch multi-skalare Möglichkeitsstrukturen geprägt ist.

Abstract: This article inquires the effects of the ban on announcing deportations (introduced in 2015) on local collective mobilizations against deportations and associated opportunities for social participation. On the basis of two qualitative case studies of protests against Dublin deportations in the city of Osnabrück in Lower Saxony, where in 2014/15 and 2017 numerous deportations were prevented by meetings in front of asylum shelters, we show that protests against deportations are to be understood as continuous struggles for participation, which are characterised not only by national legislation, but also by multi-scalar opportunity structures.

***Kontakt: Sophie Hinger**, Institut für Migrationsforschung (IMIS) der Universität Osnabrück, Geographie, Deutschland, E-Mail: sophie.hinger@uos.de;

Maren Kirchhoff, Institut für Migrationsforschung (IMIS) der Universität Osnabrück, Deutschland, E-Mail: mkirchhoff@uos.de

1 Einleitung¹

Abschiebungen sowie bereits der Zustand der „Abschiebbarkeit“ (De Genova 2002) stellen fundamentale Beschränkungen der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten betroffener Personen dar. Vor diesem Hintergrund untersuchen wir in unserem Beitrag kollektive Verhinderungen von Dublin-Abschiebungen² in Osnabrück als Interventionen für Teilhabe. In der niedersächsischen Stadt wurden 2014/15 sowie 2017 zahlreiche Abschiebungen durch Versammlungen vor Unterkünften verhindert. Wir analysieren die Entstehung sowie die Dynamiken beider Protestfälle und skizzieren Kontinuitäten und Unterschiede. Die beiden Fälle unterscheiden sich unter anderem dadurch, dass in der Zeit dazwischen mit den beiden „Asylpaketen“ Maßnahmen eingeführt wurden, um Abschiebungen effektiver durchzusetzen. Das darin enthaltene Ankündigungsverbot für Abschiebetermine soll einen umfassenderen Zugriff auf Abzuschiebende ermöglichen und Widerstand gegen Abschiebungen in Form von „Untertauchen“ verhindern (Deutscher Bundestag 2015). Darüber hinaus wirkt sich das Verbot auf kollektive Proteste von Betroffenen und Unterstützer*innen aus, wie wir im Folgenden deutlich machen werden.

Wir verstehen die Proteste in Osnabrück nicht als repräsentative Fälle von Protesten gegen (Dublin-)Abschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). Vielmehr betrachten wir sie als außergewöhnliche, besonders erfolgreiche, „kritische Fälle“ (Snow/Trom 2002: 157), die sich in ihrer Kombination – ein lokaler Kontext zu zwei unterschiedlichen Zeitpunkten – besonders eignen, um Veränderungen und Kontinuitäten von Anti-Abschiebeprotesten und damit verbundene Teilhabemöglichkeiten zu untersuchen. Unser Beitrag basiert auf teilnehmender Beobachtung und qualitativen Interviews, die wir zwischen 2014 und 2018 erhoben haben. Im Folgenden werden wir, erstens, Anti-Abschiebeproteste als Kämpfe um Teilhabe beschreiben; zweitens, die Mobilisierungen in Osnabrück skizzieren und drittens, ihre jeweiligen Dynamiken und Effekte diskutieren. Wir werden zeigen, dass Proteste gegen Abschiebungen als ein permanentes Ringen um Teilhabe zu verstehen sind, welches nicht nur durch nationale Gesetzgebung, sondern durch multi-skalare Möglichkeitsstrukturen – von der lokalen hin zur europäischen Ebene – und den damit verbundenen Kräfteverhältnisse geprägt ist.

1 Unser Dank gilt unseren Interviewpartner*innen, die sich Zeit für uns genommen haben, sowie den Mitgliedern der Forschungswerkstatt Migration und Gesellschaft und den Herausgebenden für die äußerst hilfreichen Kommentare.

2 Die Dublin-Verordnung regelt die Zuständigkeit für Asylverfahren. Danach ist der Mitgliedstaat zuständig, in dem die Antragssteller*in das erste Mal die Grenzen der EU übertreten hat. Aktuell wird in jedem dritten Asylverfahren ein Dublin-Verfahren eingeleitet.

2 Abschiebung und Teilhabe

Unsere Überlegungen zu Auseinandersetzungen um Dublin-Abschiebungen in Osnabrück sind stark von unserem theoretischen Zugang zum Feld geprägt. Wir betrachten Abschiebungen aus der Perspektive einer kritischen Migrations- und Grenzregimeforschung. Grenzen existieren demnach nicht an sich, etwa durch territoriale Markierungen oder formale Gesetze, sondern werden in konkreten alltäglichen Situationen reproduziert und infrage gestellt. Grenzen kategorisieren Menschen und beeinflussen über diese Kategorisierung ihren Zugang zu „bezahlter Arbeit, Sozialleistungen, Gesundheit, Arbeitsschutz, Bildung, Bürgervereinigungen und Gerechtigkeit“ (Anderson et al. 2009: 6, eigene Übersetzung).

Abschiebungen stellen aus dieser Sicht einen Mechanismus dar, durch den die Reproduktion nationalstaatlicher Grenzen unter Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols gegen Migrant*innen, die sie durch ihre Anwesenheit herausfordern, abgesichert wird. Diese Gewaltanwendung stützt sich auf einen gewissen Grad gesellschaftlicher Zustimmung, dennoch kommt es immer wieder zu Konflikten um Abschiebungen (Anderson et al. 2011; Rosenberger et al. 2018). Dabei geht es einerseits um die physische Präsenz von Individuen auf einem Territorium und andererseits um Bedingungen für gesellschaftliche Teilhabe, die durch die Möglichkeit, jederzeit abgeschoben zu werden, beeinflusst werden. Nicholas de



Genova (2002) führte das Konzept der „deportability“, also der Abschiebbarkeit ein, um dies zu betonen. Abschiebungen und damit zusammenhängende rechtliche Regelungen wirken sich demnach nicht nur darauf aus, *ob* ein*e Migrant*in sich innerhalb eines bestimmten Territoriums aufhält, sondern sie beeinflussen vor allem *unter welchen Bedingungen* sie dies tut.

Aus einer solchen Perspektive sind Auseinandersetzungen um Abschiebungen ganz unmittelbar Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe und Rechte: „Abschiebepolitik ist das Feld, auf dem das Tauziehen zwischen dem Kontrollanspruch des Staates und dem Freiheitswillen der irregulären Migrantinnen und Migranten kulminiert. Gerungen wird um die Rechte (auf Flucht, auf Einwanderung, auf Bewegungsfreiheit usw.), die sich „nicht-privilegierte“ bzw. „unerwünschte“ Menschen genommen haben und die ihnen durch die Abschiebung wieder abgesprochen werden sollen“ (Oulios 2015, IV).

Neben diesen (umstrittenen) Rechten auf Mobilität beeinflusst der rechtliche Status auch, welchen Zugang Personen zu Bildung, Gesundheitsversorgung, oder polizeilicher und rechtlicher Unterstützung in Fällen von Übergriffen oder Verletzungen ihrer Arbeitsrechte haben³. Dementsprechend sind nicht nur vollzogene Abschiebungen, sondern der Status der Abschiebbarkeit als integraler Bestandteil der Hierarchisierung des Zugangs zu sozialen Rechten zu verstehen. Die Verhinderungen von Abschiebungen und der damit verbundene Verbleib auf einem Territorium kann von staatlicher Seite entweder durch eine temporäre Aufenthaltsgestattung bzw. -genehmigung oder aber durch Illegalisierung beantwortet werden. Trotz einer verhinderten Abschiebung kann die Abschiebbarkeit der betroffenen Person bestehen bleiben, so dass die Teilhabemöglichkeiten in diesem Bereich beschränkt bleiben bzw. teilweise weiter beschnitten werden. Erst mit der (temporären) Aussetzung der Abschiebbarkeit geht ein Zugewinn von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe einher.

Darüber hinaus geht es bei (Kämpfen um) Abschiebungen und Abschiebbarkeit auch um die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren und zu artikulieren. Personen, die von Abschiebbarkeit betroffen sind, befinden sich zumeist in sehr prekären Verhältnissen, in denen eine politische Organisation und die Geltendmachung politischer Rechte nur schwer zu realisieren sind. Mit Hannah Arendt

³ Welche Rechte mit welchem Aufenthaltsstatus verbunden sind, unterliegt ständigen Veränderungen und variiert z. T. zwischen Bundesländern und Kommunen. So wurde bspw. die Frage ob bzw. ab wann es Asylbewerber*innen in der BRD erlaubt ist eine Arbeit aufzunehmen, rechtlich immer wieder anders geregelt (Oulios 2015: 220 ff). Aktuell wird beispielsweise über das Recht auf Schulbildung gestritten: Flüchtlingsräte und andere Gruppen kritisieren, dass ein regulärer Schulbesuch asylsuchenden Kindern und Jugendlichen in vielen Bundesländern verwehrt werde, solange sie in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind (siehe: <https://kampagne-schule-fuer-alle.de/>).

(1958) gesprochen, sind sie zur „politischen Unsichtbarkeit“ verdammt und somit vom „Recht, Rechte zu haben“ ausgeschlossen. Wenn Betroffene sich gemeinsam und sichtbar gegen Abschiebungen wehren, treten sie damit ‚in Erscheinung‘. Diese kollektive Handlung geht über einen individuellen und unsichtbaren Entzug vor Abschiebungen hinaus und macht Abschiebungen zum Gegenstand der öffentlichen, politischen Auseinandersetzung. Solche Praktiken können auch als „acts of citizenship“ (Isin 2008) gedacht werden. Diese von Engin Isin und Kolleg*innen entwickelte Denkfigur erlaubt es, Momente und Praktiken in den Blick zu nehmen, durch die „sich Subjekte unabhängig von Status und Inhalt als Bürger*innen oder, besser noch, als diejenigen konstituieren, denen das Recht auf Rechte zusteht“ (Isin/Nielsen 2008: 18, eigene Übersetzung).

Kollektive Proteste gegen Abschiebungen, an denen sich Personen, die von Abschiebung bedroht sind, beteiligen, fordern politische Rechte nicht nur ein, sondern setzen sie zugleich für den Moment präzedenzhaft durch. Der Bezug auf Recht richtet sich dabei nicht nur auf die Realisierung vorhandener Rechte, sondern zielt auch auf nicht kodifizierte Rechte ab (Lewicki 2016: 6). Mit Ilker Ataç verstehen wir diese Proteste als „performative Handlungen und als Momente des Bruchs, die Machtverhältnisse herausfordern und neue politische Möglichkeiten eröffnen“ (2016: 632; eigene Übersetzung). Im Gegensatz hierzu findet individueller Widerstand gegen Abschiebungen häufig im Verborgenen statt, beispielsweise wenn Personen untertauchen, um sich ihrer Abschiebung zu entziehen. Im Sinne „unmerklicher Politiken“ (Papadoulos et al. 2008, eigene Übersetzung) stellt individueller Widerstand zwar ebenfalls einen Bruch mit der staatlich vorgesehenen (An-)Ordnung dar, indem sich Migrant*innen das Recht zu Bleiben aneignen. Nicht selten und zumindest im Fall eines Untertauchens in die Illegalität führt dies aber zusätzlich zu einer weiteren Prekarisierung der Betroffenen.

Vor dem Hintergrund dieser theoretischen Überlegungen diskutieren wir im Folgenden anhand der Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück, welche kollektiven Strategien gegen Abschiebungen in den Jahren 2014/15 entwickelt wurden und welche Teilhabemöglichkeiten sich hieraus für die an den Protesten beteiligten Geflüchteten ergaben. Des Weiteren analysieren wir, wie sich 2017 unter veränderten Bedingungen erneut Proteste entwickeln konnten und inwiefern hierdurch die Grundlagen für das Ringen um Teilhabe neu strukturiert wurden.

3 Die Proteste von 2014/15

Zwischen März 2014 und Juli 2015 verhinderte das breit getragene „Osnabrücker Bündnis gegen Abschiebungen“ (BgA) 36 Dublin-Abschiebungen (ausführlich

Hinger et al. 2018). Eine erste Abschiebeverhinderung fand im März 2014 statt, nachdem im Plenum einer antirassistischen Gruppe bekannt geworden war, dass ein Teilnehmer nach Italien abgeschoben werden sollte. Über die antirassistische Gruppe und eine nachbarschaftliche Willkommensinitiative wurden spontan ca. 40 Personen telefonisch mobilisiert, die sich vor der Unterkunft des Betroffenen versammelten und – zur Überraschung aller Beteiligten – durch ihre Versammlung die Abschiebung verhindern konnten.

Kurz nach dieser ersten spontanen Aktion wurde in den Räumlichkeiten der Willkommensinitiative ein „Notfalltreffen“ einberufen, an dem auch Vertreter*innen der antirassistischen Gruppe teilnahmen. Mit der Information, dass in Osnabrück rund 80 Geflüchtete im Rahmen des Dublin-Verfahrens in Ersteinreiseland abgeschoben werden sollten, entwickelten die Aktivist*innen durch die Analyse der Dublin-Verordnung eine Strategie zur Verhinderung von Dublin-Abschiebungen. Durch Blockaden vor den Unterkünften sollten diese solange verzögert werden, bis Deutschland nach Ablauf der sechsmonatigen Überstellungsfrist die Zuständigkeit für die Asylverfahren übernehmen würde. Der Hintergrund ist der folgende: Stellt ein Mitgliedstaat fest, dass nach der Dublin-Verordnung ein anderer Mitgliedstaat für den Antrag zuständig ist, so hat er sechs Monate Zeit, die Person in den entsprechenden Staat zu überstellen. Wird diese Frist überschritten, geht die Zuständigkeit auf den Mitgliedstaat über, der die Überstellung versäumt hat. Dies stellt einen entscheidenden Unterschied zu anderen Abschiebungen dar und bedeutet, dass durch eine Verhinderung der Abschiebung unmittelbar Rechte erstritten werden können.

Beim nächsten Treffen der Initiativen erstellten die Anwesenden eine Telefonliste zur Vernetzung, um spontan Versammlungen organisieren zu können, wann immer eine Abschiebung anstand. Bald hatten sich mehr als 300 Personen für die BgA-Liste angemeldet, darunter antirassistische Aktivist*innen, Kirchenvertreter*innen, Mitglieder verschiedener politischer Parteien, Studierende, Rentner*innen und andere Personen mit und ohne sicheren Aufenthaltsstatus. Was die verschiedenen Akteur*innen vereinte, war die gemeinsame Ablehnung der (Dublin-)Abschiebep Praxis. Neben den konkreten Abschiebeverhinderungen wurde eine Reihe von Demonstrationen organisiert, die ein Ende aller Abschiebungen und ein Aussetzen der Dublin-Verordnung forderten.

Im Rahmen dieser Mobilisierungswelle wurden 36 Abschiebungen verhindert, wobei es bei keinem der Fälle zu einem Durchgreifen seitens der Beamt*innen kam. Die Ausländerbehörde reagierte jedoch mit einer Änderung in den Abschiebe-Briefen auf die ersten Blockaden. So wurden die Betroffenen nun aufgefordert, sich fortan vor der Unterkunft bereitzuhalten und sich den Beamt*innen zu erkennen zu geben. Die Unterstützer*innen reagierten darauf mit der Integration der Betroffenen in die Versammlung. Als die Beamt*innen nun

den Namen verlasen und die betroffenen Personen aufforderten, sich zu erkennen zu geben, riefen alle Versammelten „Ich bin’s! Hier!“ (Interview 12.10.2014). Obwohl Kontroversen über die Abschiebeblockaden nicht ausblieben, war das Echo auf die Mobilisierungen zunächst positiv. In der lokalen Presse und in öffentlichen Debatten wurden die Aktionen des BgA als Teil bürgerlichen Engagements und als Zeichen der lebendigen Kultur der Friedensstadt Osnabrück gelobt. Sogar der Osnabrücker Polizeipräsident bekundete im Juli 2014 seine persönliche Sympathie für die Proteste⁴ und der niedersächsische Innenminister, ehemaliger Osnabrücker Oberbürgermeister, bekräftigte im November 2014, er sehe keinen Grund, die Polizeistrategie zu ändern⁵.

In allen Fällen erwirkte das BgA eine Übernahme der Asylverfahren durch Deutschland. In den meisten Fällen erhielten die Antragssteller*innen Aufenthaltsgenehmigungen für 3 Jahre. Die Aktionen mündeten für sie in einer temporären Sicherung des Aufenthaltsstatus und damit verbundenen Teilhabemöglichkeiten: Viele der Betroffenen konnten daraufhin eigene Wohnungen beziehen, an staatlich finanzierten Deutschkursen teilnehmen und teilweise eine Ausbildung oder Arbeit aufnehmen. In einigen Fällen wurde zwar der Zugang zum Asylverfahren erwirkt, aber keine permanente Aufenthaltssicherung. So etwa im Fall von Wazir⁶, eines der aktivsten Mitglieder des BgA, dessen Asylantrag schließlich abgelehnt wurde. Über die, wenn auch temporäre, Sicherung des Aufenthaltsstatus hinaus entstanden im und durch das BgA auch eine Reihe von Freundschaften und die Isolierung, die häufig mit Abschiebbarkeit einhergeht, wurde zumindest teilweise aufgebrochen (Hinger et al. 2018: 172 f). Aktivist*innen des BgA, darunter einige ohne sicheren Aufenthaltsstatus, vernetzten sich zudem weit über den lokalen Kontext hinaus und beteiligten sich zunehmend in einem lokalen sowie überregionalen Rahmen an politischen Kampagnen. Für Wazir, der bei seiner eigenen Abschiebeverhinderung eine Rede gehalten hatte, war klar, dass es bei den Mobilisierungen um viel mehr als ‚nur‘ die Verhinderung der unmittelbaren Abschiebungen ging: „Das ist unser Kampf um Bleiberecht, unsere Rechte, und ein menschenwürdiges Leben.“ (Interview 12.10.2014, eigene Übersetzung)

Diesem Kampf um Rechte in Form von Abschiebeverhinderungen setzten die Gesetzesveränderungen im Jahr 2015 ein vorläufiges Ende. Nachdem im September 2015 zunächst die Niedersächsische Landesregierung beschloss, Abschiebungen mit wenigen Ausnahmen nicht mehr anzukündigen, wurde schließlich im Oktober ein allgemeines Verbot der Abschiebeankündigung in das Aufenthalts-

4 Analyse & Kritik, Zeitung für linke Debatte und Praxis vom 19.08.2014.

5 Neue Osnabrücker Zeitung vom 21.11.2014.

6 Die Namen aller Interviewten wurden anonymisiert.

gesetz aufgenommen (§ 59 Abs. 1 AufenthG, Stand 24. Oktober 2015). Dies verändert die Ausgangslage für die etablierte Protestform kollektiver Abschiebeverhinderungen durch Versammlungen grundlegend.

4 Die Proteste von 2017

Ein Teil der zuvor im BgA Aktiven traf sich mehrmals, um über Anti-Abschiebe-Strategien nachzudenken, die auch ohne eine vorherige Ankündigung des Abschiebetermins funktionieren. Sie richteten erneut ein Alarmtelefon ein, welches die BgA-Liste im Notfall aktivieren sollte. In mehreren Fällen konnten Informationen über eine Abschiebung jedoch erst nach deren Durchführung weitergegeben werden. In einem Fall Anfang 2017 gelang es, spontan Unterstützung zu mobilisieren. Während sich der designierte Abzuschiebende bereits im Polizeiwagen befand, umzingelten die anwesenden Aktivist*innen den Wagen und versuchten die Beamten zu überzeugen, die Abschiebung zu stoppen. Trotz der Proteste wurde die Abschiebung unter Einsatz von Pfefferspray durchgeführt und die lokale Presse berichtete im Vergleich zu früheren Protesten ungewöhnlich negativ. Der Protest wurde jetzt als Angriff auf Rechtsstaatlichkeit gewertet⁷.

Dieses Ereignis stellte einen Wendepunkt für den weiteren Verlauf der Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück dar. Ende Mai 2017 besuchten einige Aktivist*innen der antirassistischen Gruppe eine etwas außerhalb gelegene Unterkunft, wo zu diesem Zeitpunkt etwa 280 sudanesischer Asylbewerber untergebracht waren. Etwa die Hälfte davon war akut von einer Dublin-Abschiebung bedroht. Die Aktivist*innen trafen sich mit einem der Bewohner, welcher in einem Interview mit der Lokalzeitung Kritik an der Situation in der Unterkunft geübt hatte. Sie sprachen über die Anti-Abschiebeproteste des BgA und die aktuellen Schwierigkeiten, woraufhin die Idee zu einem internen Alarmsystem entstand. Am nächsten Tag brachten sie 300 Pfeifen ins Lager und hielten eine erste gemeinsame Nachtschicht mit 20–25 Bewohnern und zehn weiteren Personen ab. Bereits in der fünften Nacht – in dieser waren keine Unterstützer*innen von außerhalb dabei – fand der erste Abschiebeversuch statt, von dem Abdi, einer unserer Interviewpartner ohne sicheren Aufenthaltsstatus, wie folgt berichtet: „Ich hatte [diesmal] keine Nachtschicht und hatte grade begonnen zu schlafen, als das Pfeifen begann. Nach dem ersten oder zweiten Pfeifen waren es mindestens zweihundert Pfeifen gleichzeitig. Es war nach vier Uhr, alle sprangen aus

⁷ Neue Osnabrücker Zeitung vom 06.01.2017.

ihren Betten, es war Sommer, halbnackt, barfuß, [...] mehr als zweihundertfünfzig [Personen], aus Fenstern, Türen, von überall her.” (Interview 29.9.2018, eigene Ergänzung und Übersetzung)

Die Beamt*innen der Ausländerbehörde und ihre polizeiliche Unterstützung verließen fluchtartig das Gelände. Eine ähnliche Verhinderung gelang zwei weitere Male. In den folgenden Monaten fanden keine weiteren Abschiebungsversuche aus der Unterkunft statt. Durch die erfolgreichen Verhinderungen wurde insbesondere die Angst verringert, die mit der allgegenwärtigen Abschiebebedrohung infolge des allgemeinen Verbots der Ankündigung von Abschiebungen verbunden war. Während zahlreiche Personen aus Angst vor Abschiebungen zuvor häufig außerhalb der Unterkunft schliefen, änderte sich dies mit der ersten Abschiebeverhinderung und „niemand wollte mehr draußen schlafen“, wie Abdi betont (Interview 29.9.2018). Als im September 100 Tage ohne Abschiebung aus der Unterkunft gefeiert wurden, hatten 26 Personen die sechsmonatige Überstellungsfrist überschritten. Neben den kollektiven Verhinderungen der Überstellung war hierfür ein weiterer Aspekt zentral: die Dokumentation aller Dublin-Fälle der Unterkunft inklusive Fristen und die Unterstützung durch Anwält*innen zur Sicherstellung einer Übernahme der Asylverfahren durch die BRD.

Wie 2014/15 reagierten die Behörden schnell auf die Proteste und boten einigen der (aktivsten) Bewohner*innen Privatwohnungen an, um diese zu einem Auszug zu bewegen. Außerdem wurden keine weiteren Sudanese*innen in die Unterkunft vermittelt. Dies führte aufgrund unterschiedlicher Sprachen zu zunehmenden Verständigungsbarrieren zwischen Bewohner*innen, was Probleme für die gemeinsame Organisation mit sich brachte. Die kollektiven Verhinderungen wurden letztlich auch in dieser Unterkunft letztlich nicht weiter fortgesetzt. Einige der Aktivist*innen aus der Unterkunft engagierten sich jedoch in weiteren lokalen und überregionalen Vernetzungen und Mobilisierungen.

5 Analyse der Dynamiken und Effekte

Um die oben geschilderten Dynamiken der Proteste gegen Abschiebungen verstehen zu können, ist es wichtig, sie in einem multi-skalaren Kontext zu begreifen, der sich ermöglichend oder einschränkend auf die Handlungsmöglichkeiten verschiedener Akteur*innen auswirkt (Buckel 2007: 215). Im Folgenden diskutieren wir zunächst die Entstehung und den Verlauf der Proteste und sodann deren Effekte für die Betroffenen in Bezug auf ihre gesellschaftlichen Teilhabmöglichkeiten.

Für die Entstehung der Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück waren nicht nur Entwicklungen auf Bundes-, sondern auch auf Landes- und lokaler Ebene relevant. Eine wichtige Ausgangsbedingung für die Proteste 2014/15 war der Beschluss im Jahr 2013 der neuen rot-grünen niedersächsischen Landesregierung, Abschiebetermine anzukündigen, sodass die Betroffenen sich „vorbereiten“ konnten⁸. Hierdurch erklärt sich auch, warum die Osnabrücker Blockadestrategie 2014/15 trotz ihrer weitreichenden Ausstrahlungskraft nur teilweise auf andere Städte außerhalb Niedersachsens übertragen werden konnte.

Für die erfolgreiche Mobilisierung zu kollektiven Verhinderungen und die zumindest zeitweise Aufrechterhaltung der Protestpraxis waren in beiden Fällen des Weiteren eine Reihe lokaler Faktoren zentral: Erstens fußten die Proteste auf der bestehenden aktivistischen Infrastruktur in Form der antirassistischen Gruppe und der Willkommens-Initiative und deren gezielte Kontaktaufnahme mit Bewohner*innen verschiedener Unterkünfte. Zweitens beruhte die erfolgreiche Mobilisierung auf der jeweils spezifischen Unterbringungskonstellation: 2014 hatte die innerstädtische Unterbringung ermöglicht, dass breite Bevölkerungsteile in Kontakt mit Geflüchteten gekommen waren und sich den Abschiebeverhinderungen niedrigschwellig anschließen konnten. Die besagte Unterkunft, in der die Verhinderungspraxis 2017 fortgesetzt wurde, war im Gegensatz dazu erst kurz zuvor am Osnabrücker Stadtrand eröffnet worden. In der sehr großen Unterkunft wurden bis zu 300 sudanesischen Männern untergebracht, von denen die Hälfte akut von einer Dublin-Abschiebung bedroht war. Einige von ihnen waren bereits im Sudan gemeinsam politisch aktiv gewesen. Die gemeinsame Sprache, die politische Vorerfahrung einiger Bewohner sowie ihre große Anzahl ermöglichte die bewährte Verhinderung von Abschiebungen in modifizierter Form durchzusetzen. Dabei konnten die Bewohner*innen auch den zuvor kritisierten Aspekt, dass das Gelände vollständig umzäunt ist und es lediglich einen Zufahrtsweg gibt, für sich nutzen. Drittens war für den Verlauf der Proteste zentral, dass die Mehrheit der Osnabrücker Öffentlichkeit den Protesten wohlgesonnen war und eine explizit deeskalative Polizeistrategie in Bezug auf Proteste gegen Abschiebungen existierte. Mit Ausnahme der Abschiebung im Februar 2017 verzichtete die Polizei anders als in zahlreichen anderen deutschen Städten darauf, Gewalt zur Durchsetzung von Abschiebungen anzuwenden.

Trotz dieser Kontinuitäten auf lokaler Ebene unterscheiden sich die Bedingungen der beiden Protestphasen. Als im September 2015 auf Landesebene und im Oktober 2015 auf Bundesebene das Verbot von Abschiebeankündigungen

⁸ http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=127958&psmand=33 [13.06.2019]

erlassen wurde, erschwerte dies die Möglichkeiten kollektiver Mobilisierung massiv. Zum einen können durch das Ankündigungsverbot Personen, die nicht in einer Unterkunft wohnen, nur schwer bzw. nicht rechtzeitig für eine Protestaktion mobilisiert werden. Das bedeutet, dass die Proteste vornehmlich von Personen ohne sicheren Aufenthaltsstatus bzw. Bewohner*innen von Asylunterkünften selbst organisiert und durchgeführt werden müssen. Die Mobilisierung in Asylunterkünften ist schwierig, weil für Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus eine Teilnahme an Protesten mit einem höheren Risiko verbunden ist, d. h. sie stärkeren Repressionen ausgesetzt sind. Ein Zustandekommen von Protest ist insbesondere bei hoher Fluktuation in Unterkünften und wenn die Bewohner*innen nicht viel außer ihrer aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit gemeinsam haben, organisatorisch herausfordernd. In Osnabrück zeigte sich beispielsweise, dass das Modell der kollektiven Verhinderungen 2017 selbst innerhalb der Stadt nicht auf weitere Unterkünfte übertragen werden konnte. Und auch innerhalb der Unterkunft konnte die bestehende Protestinfrastruktur nicht aufrechterhalten werden, als die Behörden eine andere Belegung forcierten.

Das Zusammenspiel verschiedener Faktoren von der lokalen hin zur nationalen Ebene führte also dazu, dass es 2014 zur Entstehung der BgA kam und dass 2017 – wenn auch in veränderter Form und nur über eine gewisse Zeit – die Blockadestrategie erneut angewandt wurde. Ausschlaggebend für den Erfolg der etablierten Proteststrategie war die Kontinuität der rechtlichen Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene. Trotz Reformdiskussionen infolge des Sommers 2015⁹ blieb die in der Dublin III-Verordnung enthaltene Überstellungsfrist – die der Schlüssel für die unmittelbare Verbesserung der Situation der Betroffenen durch Verhinderungen ist – bis heute ein verlässlicher Handlungsrahmen für Aktionen gegen Dublin-Abschiebungen. Dass hierdurch für den Betroffenen subjektive Rechte auf eine Übernahme ihrer Asylverfahren bestehen, wurde durch ein Urteil des EuGH vom 25.10.2017¹⁰ unterstrichen.

In Bezug auf die durch die Proteste errungenen Teilhabemöglichkeiten lässt sich feststellen, dass die kollektiven Verhinderungen von 2017 ähnlich erfolgreich waren wie die Blockaden von 2014/15: Zum einen führten die Proteste in beiden Phasen zur Übernahme der Asylverfahren durch Deutschland, wodurch den Betroffenen die legale Teilhabe an verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht wurde, die ihnen im Fall einer Abschiebung oder Illegalisierung

⁹ Im Mai 2016 legte die Europäische Kommission das erste Reformpaket für Dublin IV vor, das u. a. die Streichung der Überstellungsfrist vorsah. Die Reformbemühungen waren insgesamt jedoch hochgradig umstritten und es kam zu keiner Einigung der Mitgliedstaaten.

¹⁰ <http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&num=C-201/16> [11.06.2019].

verwehrt worden wäre. Zum anderen wurde die mit der Abschiebbarkeit verbundene permanente Angst bzw. Unsicherheit vermindert. So konnten sich Personen ohne sicheren Aufenthaltsstatus im Rahmen der Proteste lokal und überregional vernetzen, politisch artikulieren und auch weitergehende Forderungen stark machen, beispielsweise für bessere Lebensbedingungen in den Unterkünften oder Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für Personen, denen keine gute Bleibeperspektive zugesprochen wird.

Trotz dieser positiven Einschätzung der in und durch die Proteste erwirkten Teilhabemöglichkeiten ist festzustellen, dass die Aussicht, Rechte durch kollektive Abschiebeverhinderungen zu erstreiten durch das Anknüdigungsverbot stark eingeschränkt wurde. Wie oben geschildert sind hierdurch die Ausgangsbedingungen für Blockaden erschwert worden. Nach unserer Einschätzung kann davon ausgegangen werden, dass dort, wo kollektiver Protest verunmöglicht wird oder nicht erfolgreich verläuft, es umso öfter zu Formen des individuellen Widerstandes kommt und die Betroffenen untertauchen. Entgegen der offiziellen Zielsetzung des Anknüdigungsverbot wird das Untertauchen und damit ein illegalisiertes Leben für viele Betroffene eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten einer Abschiebung zu entgehen, was wiederum die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe massiv einschränkt.

6 Fazit

In diesem Beitrag haben wir die Dynamiken und Effekte von Protesten gegen Abschiebung in zwei Fällen von Anti-Abschiebe-Blockaden in Osnabrück zwischen 2014 und 2017 untersucht. Wir haben diese als Kämpfe um Teilhabe konzipiert und analysiert, welche Auswirkungen das Verbot Abschiebungen anzukündigen auf die Proteste und damit verbundene gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten der Betroffenen hat. Dabei wurde deutlich, dass kollektive Verhinderungen von Dublin-Abschiebungen auch unter den verschärften gesetzlichen Rahmenbedingungen weiter stattfinden und dadurch einen Zugang zu Rechten zumindest temporär erwirken können.

Wie wir gezeigt haben, konnte in diesen Auseinandersetzungen Teilhabe erstritten werden. Die Betroffenen konnten sich politisch artikulieren und ihr Etappen-Ziel, die Übernahme ihrer Asylverfahren durch die Bundesrepublik Deutschland, erreichen. In den meisten Fällen resultierte dies zuerst in der Verminderung von Angst vor Abschiebungen und schließlich in der Gewährung 3-jähriger Aufenthaltsstatus, wodurch für die Betroffenen der Zugang zu grundlegenden gesellschaftlichen Bereichen gewährleistet wurde, der ihnen im Fall einer

Abschiebung oder Illegalisierung verwehrt geblieben wäre. Allerdings blieben die Teilhabemöglichkeiten teilweise temporär und prekär, wie das Beispiel von Wazir verdeutlicht. Nachdem seine Abschiebung 2014 durch eine der Blockaden verhindert worden war, war für Wazir phasenweise eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich: er begann sich ein Leben in Osnabrück aufzubauen, zog in eine WG und besuchte selbst finanzierte Deutschkurse. Im Frühjahr 2018 wurde sein Asylantrag jedoch abgelehnt, woraufhin er nach Pakistan abgeschoben werden sollte. Dass er inzwischen verlobt war und einen Ausbildungsplatz hatte, bewog die Behörden nicht dazu, die Abschiebeanordnung zurückzunehmen. Als die Abschiebung erfolgen sollte, war Wazir untergetaucht und seine Mitbewohner*innen blockierten beim Eintreffen der Polizei symbolisch die Tür. Im Gegensatz zur ersten Blockade resultierte daraus für Wazir keine unmittelbare Verbesserung seiner Situation. Er hielt sich einige Zeit illegal in Osnabrück auf, bevor er sich zur eigenständigen Ausreise nach Pakistan entschloss, um eine Abschiebung und die damit verbundene Wiedereinreisesperre zu umgehen. Seit März 2019 ist Wazir zurück in Osnabrück. Aufgrund der bestehenden Ausbildungsvereinbarung war sein Visumsantrag nach mehreren Monaten Wartezeit bewilligt worden. Er setzt nun seine Ausbildung fort.

Dieser Fall verweist zum einen auf die Beschränktheit der Protestform Blockade: Während sie vor dem Hintergrund der Dublin-Überstellungsfrist den Zugang zu Asylverfahren ermöglichen kann, ist sie in Fällen einer Abschiebung, die nicht nach der Dublin-Verordnung erfolgt, wenig aussichtsreich. Im Fall abgelehnter Asylverfahren sind andere Mittel, insbesondere rechtlicher Widerspruch, wesentlich erfolgsversprechender¹¹. Zum anderen verweist der Fall darauf, dass sich Widerstand und Proteste gegen Abschiebungen nicht allein durch gesetzliche Änderungen verhindern lassen, sondern diese ihre Strategien und Taktiken an die veränderten Regelungen anpassen. Entsprechend verstehen wir Auseinandersetzungen um Abschiebungen mit und über Oulios (2015) hinaus als ein permanentes Ringen um Rechte – das Recht zu bleiben, das Recht auf Selbstbestimmung über das eigene Leben und das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe unabhängig vom Aufenthaltsstatus.

Sophie Hinger ist Sozialwissenschaftlerin, arbeitet und promoviert am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung (IMIS) der Universität Osnabrück. Kontakt: sophie.hinger@uos.de.

Maren Kirchhoff ist Sozialwissenschaftlerin und promoviert mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung ebenfalls am IMIS. Kontakt: mkirchhoff@uos.de.

¹¹ 2018 wurde ein Drittel aller negativen Asylbescheide nach einer inhaltlichen Überprüfung durch Gerichte revidiert.

Literatur

- Anderson, Bridget/Gibney, Matthew/Paoletti, Emanuela* 2011: Boundaries of belonging: Deportation and the Constitution and Contestation of Citizenship. In: *Citizenship Studies*, Jg. 15, Heft 5, 543–545.
- Anderson, Bridget/Sharma, Nandita/Wright, Cyntia* 2010: Editorial: Why No Borders?, In: *Refuge*, Jg. 26, Heft 2, 5–18.
- Arendt, Hannah* 1958: *The Human Condition*. Chicago: University of Chicago Press.
- Ataç, Ilker* 2016: ‘Refugee Protest Camp Vienna’: Making Citizens through Locations of the Protest Movement. In: *Citizenship Studies*, Jg. 20, Heft 5, 629–646.
- Buckel, Sonja* 2007: *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*, Weilerswist: Velbrück.
- De Genova, Nicolas* 2002: Migrant „Illegality” and Deportability in Everyday Life. In: *Annual Revue of Anthropology*, Jg. 31, 419–447.
- Deutscher Bundestag* 2015: Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Bundestagsdrucksache 18/6815. <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/061/1806185.pdf> [24.05.2019].
- Hinger, Sophie/Kirchhoff, Maren/Wiese, Ricarda* 2018: We belong together! Collective Anti-Deportation Protests in Osnabrück. In: *Rosenberger, Sieglinde/Merhaut, Nina/Stern, Verena* (Hg.): *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, IMISCOE Research Series. Berlin: Springer, 163–184.
- Isin, Engin F.* 2008: Theorizing Acts of Citizenship. In: *Isin, Engin F./Nielsen, Greg M.* (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Zed Books, 15–43.
- Isin, Engin F./Nielsen, Greg M.* 2008 (Hg.): *Acts of Citizenship*. London: Zed Books.
- Lewicki, Aleksandra* 2016: Bürgerschaft in Europa. Grenzziehungen und soziale Bewegungen in der Einwanderungsgesellschaft. Editorial. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 29, Heft 2, 3–12.
- Oulios, Miltiadis* 2015: *Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären*. Berlin: Suhrkamp.
- Papadopoulos, Dimitris/Stephenson, Niamh/Tsianos, Vassilis* 2008: *Escape Routes: Control and Subversion in the Twenty-First Century*. London: Pluto Press.
- Rosenberger, Sieglinde/Merhaut, Nina/Stern, Verena* 2018 (Hg.): *Comparative Analysis of Protest Movements in Refugee, Asylum and Deportation Policies*, IMISCOE Research Series. Berlin: Springer.
- Snow, David A./Trom, Danny* 2002: The Case Study and the Study of Social Movements. In: *Klandermans, Bert/Staggenborg, Suzanne* (Hg.): *Methods of Social Movement Research, Social Movements, Protest, and Contention*, Volume 16. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 146–172.

3.5 Umkämpfte Grenze im Inneren Europas – Juridische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach der Dublin-Verordnung

Kirchhoff, Maren 2021: Umkämpfte Grenze im Inneren Europas – Juridische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach der Dublin-Verordnung, in: *Kritische Justiz*, Heft 2 (2021), 190-202.

<https://doi.org/10.5771/0023-4834-2021-2-190>

<https://www.kj.nomos.de>

[S. 136 bis 148 wurden für die digitale Fassung der kumulativen Dissertation aus lizenzrechtlichen Gründen entfernt.]

Vorbemerkung

Dieser Artikel ist in der juristischen Fachzeitschrift „Kritische Justiz“ (KJ) erschienen, was mich als Sozialwissenschaftlerin im Publikationsprozess vor einige Herausforderungen stellte. Ich hielt die KJ dennoch für den richtigen Publikationsort für den Artikel, um zu einem Dialog zwischen Rechts- und Sozialwissenschaften beizutragen (siehe auch Kapitel 5.1). Infolge der wiederholten Aufforderung der KJ-Redaktion musste ich auf einen Großteil der grundlegenden rechtstheoretischen Ausführungen verzichten. Die Lektüre des nun sehr komprimierten Artikels von 40.000 Zeichen dürfte für Personen, die sich bisher kaum mit Recht auseinandergesetzt haben, nicht ganz so leicht zugänglich sein. Eine kurze Erläuterung juristischer Verfahren soll rechtswissenschaftlich weniger versierten Leser:innen das Verständnis erleichtern, „wie gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ins Recht übersetzt werden und wie sie die rechtlichen Entscheidungen prägen“ (Buckel & Fischer-Lescano 2007: 86).

Jurist:innen folgen in der Auslegung von Gesetzen bestimmten Kriterien, die in der Regel in einer bestimmten Reihenfolge geprüft werden. Ist eine Auslegung nach Wortsinn (1) nicht möglich, erfolgt die Auslegung unter Berücksichtigung des Bedeutungszusammenhangs innerhalb des Gesetzes (2) beziehungsweise unter Bezugnahme auf die Vorstellungen der Gesetzgebenden (3). Diese Vorstellungen werden rekonstruiert, indem auf Protokolle von Gesetzgebungsdebatten oder Begründungstexte zurückgegriffen wird. Somit erhalten beispielsweise in Präambeln festgehaltene Ziele eine gewichtigere Bedeutung, als es manchen am Gesetzgebungsprozess Beteiligten bewusst sein dürfte. Schließlich kann auch eine teleologische Auslegung erfolgen (4), d.h. eine Auslegung unter Einbezug der Frage, welchem Zweck das Gesetz beziehungsweise der jeweilige Artikel dienen soll (Wesel 1984: 180). Durch die Bezugnahme auf die herrschende Rechtsauffassung werden Lösungen vergangener rechtlicher Auseinandersetzungen fixiert und Rechtsfiguren etabliert, die sich strategisch-selektiv auf spätere Verfahren auswirken: „Eine Argumentation, die diese einfach ignorierte oder sich ohne Begründungsaufwand davon distanzierte offenbarte sich als willkürliche. Sie muss sie vielmehr aufnehmen und dadurch zugleich reproduzieren und verschieben“ (Buckel & Fischer-Lescano 2007: 94). In jeder juristischen Auseinandersetzungen geht es insofern nicht nur um den jeweiligen Einzelfall, sondern auch „um die Durchsetzung einer hegemonialen Weltanschauung in Form gelebter Praxis“ (ebd.: 99).

Im folgenden Artikel untersuche ich, wie die Auffassung, dass die Dublin-Verordnung subjektive Rechte umfasst, durchgesetzt und hegemonial werden konnte.

3.6 Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship

Kirchhoff, Maren 2020: Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship, in: *Citizenship Studies*, 24(4), 568–586.

<https://doi.org/10.1080/13621025.2020.1755178>

www.tandfonline.com/journals/ccst20



Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship

Maren Kirchhoff

Institute for Migration and Intercultural Studies, Osnabrück University, Osnabrück, Germany

ABSTRACT

Historically, solidarity has been institutionalized in the nation-state in the form of exclusive solidarity among citizens. Deportations enforce exclusive solidarity and are liable to create conflicts. Analysing two case studies from a materialist border regime perspective, I suggest conceptualizing struggles over deportations as disputes about solidarity and citizenship structured by legislation, practices, and discourses that enable certain practices and restrict other. I show how solidarity and citizenship are not only contested through acts of solidarity against deportations, but also within these acts. This results in what I call ‘differential solidarity’, which describes the ambivalent interaction of exclusive and inclusive aspects of solidarity practices. My analysis is based on interviews (with designated deportees, protest participants, and other supporters), protest materials, and newspaper articles, and takes into account the specific background of these struggles.

ARTICLE HISTORY

Received 15 October 2019
Accepted 16 March 2020

KEYWORDS

Deportation; protests;
differential solidarity;
strategic selectivity;
Germany

Introduction

In social theory, the term ‘solidarity’ has been defined in a wide variety of ways (Bayertz 1999). Defined more generally, solidarity ‘describes an – in principle, albeit not always factual – reciprocal support between individuals and collectives in material, political or social respects’ (Karakayalı 2014, 112, translation by the author). This support is meant to counter ‘the isolation or atomization of individuals’ (ibid.). This analytical rather than normative definition builds on the tradition of Durkheim, which seeks to explain the cohesion of society. Such an understanding of solidarity provokes questions of its scope: who belongs to society, and to whom is solidarity due? In social and political discourses, the concept of ‘solidarity’ reveals some ambiguity, which can be interpreted as an expression of a tension that lies in the heart of modern society (ibid.): It results from a disagreement between different societal groups about the question of who belongs. It thus is a tension between different conceptions of solidarity, ranging on a continuum between ‘exclusive’ and ‘inclusive’ solidarity, which itself is connected to fundamental contradictions with regards to equality and rights (Balibar 2014; Schwiertz and Schwenken 2020). Historically, solidarity has been primarily institutionalized in national welfare states to compensate for internal differences and to resolve conflicts. Thereby, social rights have become intertwined with national citizenship, creating a bounded

solidarity that is exclusive for those considered non-citizens (Balibar 2014, 3; Oosterlynck et al. 2015). This article addresses these tensions of solidarity with regard to clashes over deportation.

Deportations¹ enforce the boundaries of exclusive solidarity and make abstract civic rights come alive as both symbolic and material privileges. They have therefore been described as ‘constitutive of citizenship’ (Walters 2002, 288). While deportations tend ‘to operate as a radically individualizing and thus also ... isolating event’ (Peutz and De Genova 2010, 23), at the same time, they are liable to generate social conflicts, because their unambiguous manifestation of exclusion and implied use of physical violence triggers public criticism. Disputes concerning deportations therefore not only take place through ‘invisible politics’ (Atac et al. 2015, 7), but are often expressed in collective action and public protests (Rosenberger et al. 2017). This article seeks to understand to what extent such protests against deportations challenge forms of exclusive solidarity institutionalized in the nation-state. How do these protests negotiate solidarity, and what does this entail for questions about citizenship? By answering these questions, this article attempts to contribute to discussions on solidarity and citizenship as well as on border struggles, and the ambivalent modes of inclusion and exclusion these concepts deal with.

I argue that acts of solidarity against deportations should not be considered a normative other to exclusive solidarity, but that they are themselves interwoven with power relations in society. To make these entanglements tangible, I suggest conceptualizing struggles over deportations as phenomena that are structured by legislation, practices, and discourses, as well as by more sedimented, i.e. deeply ingrained and consolidated social structures. Struggling for inclusive solidarity is therefore a very demanding endeavour. I develop this argument by referring to two case studies from Germany, a country known for its broad variety of anti-deportation protests, including radical challenges of deportations. I first discuss a campaign in Hamburg that supported a high school student and her family facing deportation. The protesters emphasized the deportees’ outstanding ‘deservingness’ or ‘merit’ to strengthen their claims, which barely challenged exclusive solidarity as such. I then discuss the protests of the Alliance against Deportation in another German city, Osnabrück, which successfully prevented several Dublin deportations. These protests were founded on strong criticism of the Dublin system and tried to create an inclusive strategy to be able to act in solidarity with all designated deportees housed in local collective accommodations. My theoretical perspective, materialist border regime analysis (Georgi 2016, 2019), leads me to discuss these two cases not as oppositional, fixed representatives of a relatively exclusive and a relatively inclusive solidarity, but with regards to what I call *differential solidarity*. The concept allows me to grasp how solidarity practices are themselves subject to permanent contestation inextricably linked to the border regime, which is marked not by total exclusion, but by a ‘differential inclusion’ (Mezzadra and Neilson 2008) of migrants characterized by uneven access to rights. Because they are influenced by hegemonic discourses or legal acts, acts of solidarity against deportations partially reproduce differential inclusion, e.g. when they refer to ideas like migrant ‘deservingness’ or ‘vulnerability’, and draw on existing legislation defining exceptions to deportations. In this regard, Jessop’s concept, the ‘strategic selectivity of the state’ (Jessop 1999), is insightful. Strategic selectivity enables and restricts particular forms of relatively exclusive or relatively inclusive solidarity against deportations; actors have to relate to such selectivity to successfully

challenge deportations, even if they are trying to oppose deportations and the border regime more broadly. Accordingly, any analysis of the forms of solidarity that are manifest in anti-deportation protests must be discussed against the backdrop of the specific contexts within which they take place.

The article is divided into five sections. First, I examine the literature on anti-deportation protest, and consider what it contributes to the special issue's discussion of non-essentialist concepts of solidarity. Second, I introduce my theoretical framework and the concept of differential solidarity. Third, I discuss the case selection and methods before I present my empirical case studies in the fourth part: a 2012 campaign against the deportation of Adriana, a high school student Adriana in Hamburg, and a series of attempted deportations that were successfully prevented by the Alliance against Deportations in Osnabrück in 2014–2015. Finally, I summarize my findings on anti-deportation protests and differential solidarities, reflecting on their implications for struggles over and discussions on citizenship.

Protests against deportations between exclusive and inclusive solidarity

As explained above, solidarity has been institutionalized first and foremost in the nation-state. Deportations reaffirm the boundaries of membership in 'national-social states' (Balibar 2014, 3) by constantly enforcing and reinforcing exclusive solidarity between citizens. In numerous countries, including Germany, institutional solidarity has furthermore been extended beyond citizens to persons acknowledged as asylum seekers or refugees as well as to those who qualify for residence permits, reacting both to economic developments and struggles for inclusion (Kirchhoff and Lorenz 2018). In light of the above-described disputes about the question of who belongs to society and to whom solidarity is due, acting in solidarity is contentious in a double sense. First, persons who act in solidarity react to and contest existing modes of exclusion to a certain degree (Agustìn and Bak Jørgensen 2018, 26). Second, 'solidarity is itself a battlefield, concerning which type of solidarity should prevail and how, constituting the possibility of articulating and imagining alternatives' (ibid., 28). This finding is valid in the case of anti-deportation protest, too. Protests against deportations obviously harness solidarity into action against exclusion, most often against particular cases of exclusion. Yet, to what extent do protests against deportations fundamentally challenge exclusive solidarity anchored in national citizenship? Existing studies on anti-deportation protests have implicitly given various answers to this question.

In order to classify the different answers and to ground my own analysis, it is necessary to clarify what I understand as exclusive and inclusive solidarity, and how I define challenges of the exclusive solidarity institutionalized in the nation-state. On an abstract level, I understand exclusive solidarity to be solidarity that refers to a bounded group of members based on certain exclusive preconditions. Despite its questioning of exclusion based on formal citizenship, solidarity against deportations that is based on concepts like merit still reproduces exclusive aspects of solidarity. In contrast, approaches that postulate and attempt to establish equal rights for all represent inclusive solidarity; in accordance with a rights-based understanding of solidarity (Bayertz 1998, 49) such as this, solidarity is in principle due to everyone, regardless both of nationality or individual merit. Since solidarity is always relational (Agustìn and Bak Jørgensen 2018, 25), inclusive solidarity does not

appear in a pure form, but tends to (re-)produce moments of exclusion and vice versa. Inclusive and exclusive solidarity are thus best understood as endpoints on a continuum (Ataç and Rosenberger 2013, 10).

Bader and Probst (2018) comparison of five anti-deportation cases in Switzerland identified two ideal types of protests: The authors argued that ‘personifying protests’ exclusively try to prevent deportations of individuals ‘seen as “deserving” to stay’ (ibid., 155). In contrast, ‘exemplifying protests’ deal with cases in order to illustrate ‘the outcomes of a policy they perceive as unfair and the reform of which they defend’ (ibid.). This proposal of ideal types suggests that we can clearly distinguish between anti-deportation protests that promote relatively exclusive solidarity and those seeking inclusive solidarity. In contrast to this rather essentialist reading of protests, other works have elaborated more nuanced answers with regards to the opposition as well as reproduction of (relatively) exclusive solidarity.

Schwartz (2016) has shown how the movement of undocumented migrant youth in the United States ‘radically questions hegemonic concepts of formal, national-cultural, and meritocratic citizenship.’ By empowering its participants to directly prevent deportations and struggling for their rights on a community level, the movement rejects the national form of citizenship, ‘revealing the possibility of a post-national formation of the social’ (ibid., 624) and thus of an inclusive solidarity beyond the nation. Another example of struggles for relatively inclusive solidarity are the struggles against Dublin deportations to Greece. Meyerhöfer et al. (2014) analysed the European campaign of various pro-migrant NGO’s, political legal-aid associations, potential deportees, and liberal politicians, which led to a stop of such transfers in 2011. The case illustrates how struggles for inclusive solidarity successfully used strategic litigation. Apart from these few works, which have concentrated on relatively inclusive modes of solidarity, research has largely focused on anti-deportation protests that have tended to reproduce a relatively exclusive solidarity.

Anderson, Gibney, and Paoletti (2011) argued that protests against deportations challenge the exclusion of persons based on ideas of formal, national citizenship. With reference to Great Britain, they pointed out that various anti-deportation campaigns did not challenge deportations in general, but simply suggested different reasons for determining who should be allowed to belong (ibid., 559). Similarly, Rosenberger and Winkler (2014) used the case of Austria to show that anti-deportation campaigns often supported particular individuals who were defined as ‘deserving’ membership due to their high level of integration. Such protests tend to reproduce the logic of exclusive solidarity, as they portray an individual right to reside in a place as an exception to the general rule (ibid., 180). Likewise, Kalir and Wissink (2016) argued for the existence of a ‘deportation continuum’ rather than a sharp opposition of proponents (state agents) and opponents (NGOs) of deportations in the Netherlands. More radical stances demanding freedom of movement and equal rights for all are excluded from public discourses. The authors explained this through ‘a dominant logic, common categories, shared political subjectivities and pre-agreed lines of political actions’ (ibid., 35) shared by state agents and civil-society actors alike. Hadj Abdou and Rosenberger (2019) have offered a slightly different explanation for the prevalence of positions based on relatively exclusive solidarity against deportations. In contrast to previous research, they found that while appearing conformist, protesters often develop reformist ambitions that remain covert for tactical reasons

(*ibid.*, 112–115). For the purpose of this article, these findings could be translated as follows: Anti-deportation protests tend to reproduce relatively exclusive solidarity against a background of anti-migrant contexts. This reproduction is not derived from shared views, but results from tactical choice.

To expand on these thoughts, I argue that struggles over deportations need to be understood as contestations over citizenship that are influenced by state structures. They contain explicit or implicit struggles over the scope of solidarity that cannot be understood without taking into consideration the broader societal context within which these struggles take place. In the following section, I propose an understanding of solidarity in anti-deportation protests that takes the interrelation between structure and solidarity practices into account.

Differential solidarity against deportations as the result of structured contestation

I address protests against deportations in their broader social context by applying a materialist border regime analysis. Following Karakayalı and Tsianos (2007), I understand a regime as ‘an ensemble of social practices and structures – discourses, subjects, state practices – whose arrangement is not given from the outset, but which consists precisely in generating answers to the questions and problems raised by dynamic elements and processes’ (14, translation by the author). A materialist border regime perspective sheds light on the interplay of multiple actors involved in struggles over deportation, and, importantly, takes into account the structural aspects that influence these contestations (Georgi 2016, 2019). From such a perspective, deportations not only have an effect by actually removing migrants from national territory. They have effects even when they are not enforced. Through ‘deportability’, i.e. the permanent threat of being deported, migrant illegality is established and maintained (De Genova 2002, 422). I suggest that deportability furthermore produces incentives for individuals to adapt to ideal conceptions of migrant subjectivity in order to qualify for exemptions from deportation. Deportations are a central component of what Mezzadra and Neilson (2008) have called ‘differential inclusion’, i.e. inclusion in a national community characterized by uneven access to rights. These asymmetries are, however, not a one-sided product of a calculated process by state actors, but result precisely from the interaction of different forces within the border regime. Likewise, struggles over deportations cannot simply be understood in opposition to differential inclusion; instead of conceiving of protests against deportations as either exclusive or inclusive solidarity, it might be more adequate to perceive them in relation to what I call ‘differential solidarity’,² in order to better grasp the ambivalent interaction of exclusive and inclusive aspects in solidarity practices. This interaction is decisively influenced by discourses, legal regulations and social practices that need to be taken into account if we are to determine the extent to which anti-deportation protests challenge the exclusive solidarity of the nation-state and enforce more inclusive forms of solidarity.

I have built my line of argument on a materialist conceptualization of ‘the state’. Such a conceptualization allows me to understand struggles over deportations as contestations that are not independent of state structures, but are interwoven with them. Understanding the state as ‘a material condensation of a relation of forces’ (Poulantzas 1979, 308) means

conceptualizing it not as a monolithic bloc, but as a social relation. The state is thus a contradictory and fragmented ensemble which reproduces itself against the background of ongoing contradictions and struggles (Buckel et al. 2017, 10). To understand how this reproduction materializes, it is helpful to draw on the Gramscian concept of the 'integral state'. According to Gramsci, the integral state is composed of 'political and civil society, i.e. hegemony protected by the armour of coercion' (Gramsci, in: Forgacs 2000, 235). Civil society, thus, does not simply stand in opposition to the state, but forms part of the integral state, in which political decisions are negotiated and where hegemony, characterized by a combination of coercion and consensus, is anchored. The reproduction of consensus is not only ensured by the state apparatus, but takes place through daily micro-practices, including processes of subject formation, e.g. as 'citizen' and 'foreigner'. The permanent repetition and reproduction of routinized practices in infinitely dispersed processes results in relatively permanent, sedimented social structures. In this process, the contingent and contested character of these practices becomes largely invisible. However, due to the mentioned underlying conflicts and the constant need for actualization, the reproduction of social structure is never repeated in the same way, but leaves space for potential shifts (Buckel et al. 2017, 11–12)

National borders can be regarded as a manifestation of these sedimented social relations. In public debates, they are perceived as quasi-natural and barely touched on in social disputes. This is why the 'State Project Europe' research group introduced the expression the 'deeply anchored hegemony of borders' (Buckel et al. 2017, 24). Deportations violently secure the (passive) consensus on the production of exclusive solidarity through the border and vis-à-vis migrants, who question the hegemony of the border in practice through their obstinate crossing of borders and/or their persistent presence. The use of coercion is thereby based on social approval. When deportations are controversial, fissures in the hegemony of borders become apparent. Yet, as mentioned above, protests against deportations as such do not necessarily reject the hegemony of the border.

How can the tricky relationship between solidarity actions against deportations and the hegemony of borders be captured analytically and conceptually? Jessop's concept of 'strategic selectivity' (Jessop 1999) is instructive in this regard. Drawing on the work of Poulantzas, Jessop coined the term to better describe how struggles inscribe themselves into state and legal structures and how these structures, in turn, influence future struggles (ibid., 51). According to materialist state theory, the state exercises power not only through the use of force, but by offering room for manoeuvre to act. State structures are not equally restrictive or supportive, but privilege certain actors and strategies 'compatible with the recursive reproduction of the structure(s) in question' (ibid., 54) over others. Actors, e.g. protesters or political decision makers, take into account these different privileges when they choose their courses of action. Transferring these theoretical considerations to protests against deportations means looking at how specific structures privilege specific forms of solidarity and analysing to what extent acts of solidarity against deportation strategically relate to existing structures. The concept of 'strategic selectivity' thus helps me to better explain the above-mentioned tendency of anti-deportation activism to reproduce the forms of relatively exclusive solidarity that various researchers have emphasized. Anti-deportation protests are influenced by sedimented social structures, e.g. the national welfare state and the neoliberal shift towards

a workfare state. In contrast to traditional welfare systems, social policies in the workfare state are connected to labour market demands (Jessop 1993). To obtain welfare benefits, recipients need to meet certain requirements. This entails a shift from social rights to merit, which is also reflected in current residency regulations. At the same time, struggles for inclusive solidarity may benefit from other structures, such as concepts of basic human rights or the rule of law (Ellermann 2014). Furthermore, movements of migration and proponents of inclusive solidarity build on social structures resulting from previous struggles. As Tazzioli and Walters (2019) have illustrated with reference to acts of solidarity in the Italian-French border region to support migrants to cross borders, ‘sedimented knowledges of political struggles as well as acts of solidarity practices have been inscribed in spaces over time’ (ibid., 179). Such ‘infrastructures of solidarity’ (Schilliger 2020), i.e. networks of practices, protest knowledge, and care relationships all support and facilitate current and future acts of inclusive solidarity. These infrastructures include ‘rather invisible forms of sociabilities and practices of mutual care’ (ibid., 543), which have proved to be essential to successfully confronting deportations (Kirchhoff et al. 2018, 134).

Case selection and methods

I ground the argument that struggles over deportation can be analysed in terms of ‘differential solidarity’ on qualitative fieldwork conducted in 2014–2015. For this paper, I examined two cases out of my fieldwork that initially appeared to be very different with regards to the scopes of solidarity they represent. With regards to their official framing, the protests that supported Adriana, a student in Hamburg, along with her family in seeking for a right to stay could be characterized as protests that did not challenge deportations in their systematic character; in other words, they therefore reproduced the relatively exclusive solidarity institutionalized by the nation-state. In contrast, protests in Osnabrück in 2014–2015 that ultimately prevented over thirty deportations appeared at first sight as a case of relatively inclusive solidarity due to their demands to end Dublin deportations. These two cases are instructive because they display how much anti-deportation protests vary with respect to challenging exclusive modes of solidarity. This variety is characteristic for anti-deportation protests in Germany. As highlighted by an analysis of protest events that compared the German context to the Austrian context (Rosenberger et al. 2017, 269–271), protests against deportations in Germany have made demands that range from minor to profound changes. Criticism of specific legal regulations as well as and the practice of deportations in general have both been explicitly expressed in such protests. This finding resonates with a vivid protest culture and a long tradition of anti-deportation protests in Germany. This variety furthermore reflects the polarized public climate regarding migration issues and deportations in general (Kirchhoff and Lorenz 2018, 64–65). This constellation makes anti-deportation protests from the German context a particularly interesting research topic. The two cases analysed in this paper do not represent ideal types, but are ‘critical cases’ (Snow and Trom 2002, 157) characterized by ambivalence. For my analysis, they provide an entry point for a thorough engagement with the modes, by which state structures condition the forms of solidarity embodied by anti-deportation protests.

In this paper, I draw on 20 interviews³ that I conducted in person with designated deportees, protest participants, and additional supporters (including lawyers) in the summer of 2015 as well as in late 2018 to early 2019. In the Osnabrück case, most interviews were conducted in tandem with Sophie Hinger.⁴ The semi-structured interviews lasted 45 to 120 minutes; most of them were also conducted under the auspices of ‘Taking Sides: Protest against the Deportation of Asylum Seekers in Austria, Germany and Switzerland’, a more comprehensive research project. The interviews in Hamburg were conducted in retrospect; the protests had successfully lobbied for Adriana’s right to stay two-and-a-half years before. In Osnabrück, in contrast, we conducted our field research as the protests were still going on. In both cases the positioning as activist researcher(s) created trust with the interview partners. In the Osnabrück case, I furthermore draw on insights that resulted from participation – mainly Sophie’s – in several protest events and meetings. Monitoring the Alliance against Deportations over this extended period was key to the analysis and interpretation of the interviews. The interview data was complemented by local newspaper reports, protest materials, and official documents.

Struggles over solidarity in protests against deportation

In the following section, I scrutinize these two critical cases of anti-deportation activism using the theoretical lens described above. I illustrate the implicit contestations over the scope of solidarity that take place within the context of the border regime and show how these are influenced by strategic selectivity. I first discuss the campaign against the deportation of the high school student, Adriana, and then focus on the deportation prevention by the Alliance against Deportations in Osnabrück. While the first case illustrates the fact that the tendency to reproduce differential solidarity results from the interaction of relatively inclusive and relatively exclusive approaches to solidarity, legal regulations, and public discourse, the second case shows how activists were able to at least briefly harness a more inclusive solidarity despite various challenges and restrictions.

‘Adriana must stay!’

Adriana had been living in Hamburg for six years together with her two younger sisters and her mother.⁵ The family had come to Germany from a Latin American country on a tourist visa in 2006 which they overstayed, thus becoming illegalized. Nevertheless, Adriana and her sisters went to school; the two younger sisters became Scouts. As Adriana was planning to graduate, she needed to be registered in school. Her lack of a residency permit started to become an increasing problem. Together with her teacher and her classmates, as well as with the support of a lawyer, Adriana and her mother discussed how to proceed. Shortly before her 18th birthday, she applied for a regular residency permit. When the application was rejected in autumn 2012, the lawyer filed a petition, which the Petitions Committee of the Hamburg Senate referred the matter to the Hardship Commission. Hardship Commissions on the state level were introduced in all 16 states⁶ during the course of the adoption of the New Residence Act in Germany in 2005, and today provide an important avenue to challenging deportations in specific cases. They can reopen cases when all other legal avenues have been exhausted and when

‘urgent humanitarian or personal reasons require the continued presence of these people’ (Website of the Hamburg Hardship Commission, translation by the author. For more, see Endnote 6 of this text).

These Hardship Commissions are charged with guaranteeing ‘the public interest’; the regulation ‘does not constitute any rights on the part of the foreigner’ (Section 23a (1) Residence Act). This stipulation lacks a clear definition of ‘the public interest’ or ‘urgent humanitarian or personal reasons’ and leaves space for interpretation. One lawyer as well as a member of the Hardship Commission I interviewed both stated that ‘the public interest’ is closely connected to an applicant’s future employability. As the member of the Hardship Commission clearly stated, ‘If it is not foreseeable that the petitioner will be able to pay for his own livelihood in the foreseeable future, the chances are low’ (InterviewD1_7). Furthermore, it is very important to avoid arguing for broader political change during these procedures; on the contrary, it is crucial to insist on the uniqueness of each case, as Adriana’s lawyer pointed out (InterviewD1_6). The Hardship Commission thus clearly privileges forms of relatively exclusive solidarity. To emphasize the public interest in her case, Adriana’s classmates and her family decided to go public to win broader support. The headline of the first news article read as follows: ‘Family with three daughters from [Latin America] is well integrated. Now they are threatened with expulsion’.⁷ The article highlighted the extraordinary level of integration of the family and the particular hardship of their case, and thus perfectly fit the framing required for a positive decision from the Hamburg Hardship Commission. Several protest events supporting Adriana followed, including a petition that received over 10,000 signatures. The Hardship Commission ultimately decided that the three children should be granted a residency permit. The mother had to hand in a separate application to the immigration office, which was granted on the basis of her children’s residency permits.

Along the continuum between exclusive and inclusive solidarity, the acts of solidarity supporting Adriana’s right to stay reproduced relatively exclusive forms of solidarity, as they advocated for an individual solution and referred to and reproduced ‘hegemonic concepts of . . . meritocratic citizenship’ (Schwartz 2016, 611): Adriana’s classmates campaigned on the basis of her exemplary level of integration, thus making recourse to how she ‘deserved’ to stay. The strategic selectivity of the hardship regulation, which made the concession of Adriana’s right to stay an act of mercy, appeared to reflect activists’ motivations to get involved on Adriana’s behalf. Yet, the motivations of those involved in the campaign actually varied to a great extent. The interviews revealed that the framing of her ‘good integration’ resulted from a tactical reference to the requirements of the hardship regulation and its privileging of exclusive solidarity. Framing the campaign in this way was one of the few options in the attempt to achieve Adriana’s and her family’s right to stay. Furthermore, the dominant public framing resulted from benevolent and very sensational media coverage which, for instance, highlighted the fact that Adriana was a gifted dancer and that her favourite book was Goethe’s ‘The Sorrows of Young Werther’; this created an image of her ‘merit’ based on her achievements and her identification with canonical works of German culture. Adriana saw this presentation of herself as ‘the successfully integrated girl’ as problematic: ‘That’s what has always bothered me . . . Even if I didn’t graduate from high school, even if I somehow didn’t dance . . . I think everyone should have the right [to stay].’ (InterviewD1_2). Adriana herself has called for more inclusive solidarity. While some of Adriana’s closest friends in particular made this same argument (InterviewD1_2 + 3 + 4), other supporters reproduced exclusive

perspectives on solidarity. This was expressed most clearly by a conservative politician who regularly supported the stay of migrant pupils threatened by deportation when he perceived them as particularly deserving. According to him, well-integrated adolescents, whom he designated as 'Leistungsdeutsche' (InterviewD1_8) – a term which could be translated as 'Germans by merit' – have proven that they qualify for citizenship and should not be 'held responsible for the alleged misconduct of their parents' (ibid.).

These highly diverse motivations and conflicting reasons for solidarity led to significant internal discussions. Several interviewees expressed their fundamental disagreement with regard to the legitimacy of national borders and deportations. Yet, the wish to support Adriana and her family served as an umbrella for these different positions amongst the protesters. While the outcome of this specific case was positive i.e. ultimately resulting in a residency permit for the three children and her mother, this strategy also did not leave much space for inclusive solidarity beyond the particular case. As Adriana's lawyer regretfully noted, 'What is lacking in such a case, is it does not give rise to a legal claim where others can also rely on it. That's a bit of a shame. However, it is important to simply think about the individual case that we have to solve somehow.' (InterviewD1_6).

While several of those who showed solidarity with Adriana rejected the highly exclusive logic of the hardship procedure, it made perfect sense to agree on what seemed the only strategy left to reach this goal and create public support appealing to the principles of the Hardship Commission within the given circumstances. Even if this strategy added to a relatively exclusive framing of solidarity, this did not automatically imply that more inclusive modes of solidarity were absent within these protests and in public claims. The call for the above-mentioned demonstration demanded 'a right to stay for all students in Hamburg' (FlyerD1_3), and thus explicitly connected their struggle to other local struggles against deportation. An earlier case of a young high school student had already created public awareness that the activists were able to build on to create broad support for Adriana's family. Adriana and her friends met with other pupils threatened of deportation to exchange protest knowledge and support each other (InterviewD1_2). A journalist who repeatedly reported on Adriana and her family argued for a more inclusive approach to a right to stay for well-integrated adolescents in a newspaper opinion piece. She called for an amendment to draft legislation brought forward by the Hamburg Senate some months before: Following earlier protests against the deportation of pupils, the Hamburg Senate had introduced a bill on Section 25a ('granting of residence in the case of well-integrated juveniles and young adults') at the federal level, which came into force in July 2011. This section also reproduces differential moments of solidarity, as it uses the conditionality of integration, and only covers young people who are living in Germany and have a 'Duldung'⁸ status. It does not extend these provisions to those without papers. At least, however, it created a general legal entitlement that can be referred to by a larger group of people. The journalist called for an expansion of this regulation to illegalized adolescents, '[s]o that the Hardship Commission is not the only instance, and mercy before justice is not the only option.' This isolated appeal faded without consequence. Nevertheless, it illustrates the fact that possibilities to mobilize for more inclusive solidarity existed despite the strategic selectivity of the Hardship Commission, which clearly privileged a more exclusive form of solidarity. This was also reflected in a demonstration supporting the right to stay for Ariana and her family, in which more than thousand people took part. Several of the

participants carried posters saying ‘No one is illegal’ or ‘No border, no nation, stop deportation.’ (PhotographD1_1).

Even though the case did not lead to further effects either by reshaping political-institutional formations or by creating a legal precedent, it nevertheless led to changes at the micro level. These were felt not only by Adriana’s family, as one of her classmates emphasized, ‘I believe that all of us, whether political or non-political people, have simply begun to understand that it is not natural to have papers I think that has influenced all of us a lot.’ (Interview1_4). For several of the protest participants, this experience pointed to the forced construction of otherness through formal citizenship, and implicitly challenged the deeply anchored hegemony of the border. Adriana and several of her classmates started to get involved with supporting ‘Lampedusa in Hamburg’, a refugee group (see Odugbesan and Schwiertz 2018 on these protests), and also supported additional anti-deportation protests on the local level.

In sum, my analysis of Adriana’s case complements previous research on anti-deportation cases to highlight how the interaction between inclusive and exclusive acts of solidarity takes place against the background of ‘merit’ and public discourses of it, resulting in what I call differential solidarity. However, this has also been called into question by some of the participants who advocated more inclusive solidarity beyond this particular case. The following case of the Alliance against Deportations in Osnabrück shows that practices of relatively inclusive solidarity against deportation are possible when strategic action rewards activists breaking out of the state’s predefined exceptions for deportations. Nevertheless, inclusive solidarity also must be generated by taking into account the particular conditions under which struggles over deportation take place – and which affect corresponding acts.

The alliance against deportations in Osnabrück

Between March 2014 and July 2015, the Alliance against Deportations (hereafter referred to as the Alliance) prevented several Dublin deportations⁹ in the mid-sized city of Osnabrück, Germany, by holding demonstrations in front of accommodation centres for asylum-seeking people. The first prevented deportation took place spontaneously in March 2014; after an anti-racism group’s discussion session one of the participants announced his Dublin deportation to Italy scheduled for the next day and several other participants decided to give him moral support at that moment. To the surprise of all of them, they were able to prevent the deportation, simply by being present in front of the accommodation centre. The officers left the site after a very short conversation with the protesters. Shortly after, the activists learned that about 80 refugees in Osnabrück were designated to be deported to the countries of their first entry to the European Union within the framework of the Dublin Regulation. Following a legal analysis of the Dublin Regulation, the activists developed a particular strategy: The Dublin deportations could be prevented by setting up blockades in front of the accommodation centres; this would trigger a transfer of the responsibility for the asylum procedure to German authorities. This strategy referred to the transfer period as defined in the Dublin Regulation: If a Member State determines that another Member State is responsible for the application under the Dublin Regulation, it must transfer the asylum seeker to that state within six months. Once this time limit is exceeded, the Member State which did not transfer the

person is responsible for the asylum procedure. (REGULATION (EU) No. 604/2013, Art. 29). The upshot of this stipulation is that Dublin deportations differ significantly from other deportations: A delay of a Dublin deportation beyond the six-month time frame leads to a transfer of liability and thus – this was the expectation of the protesters – to further examination of asylum applications. This particular nature of Dublin deportations opened up an unexpected scope for inclusive solidarity in Osnabrück, which for some time effectively questioned the system of Dublin deportations on the local level: A total of 36 Dublin deportations were prevented by forcing the timeframe of six months to be exceeded. In nearly all cases, the Federal Office for Migration and Refugees government ultimately took over the asylum procedures of the persons, who, with the support of the Alliance, successfully resisted their deportations (for a more detailed analysis, see Hinger, Kirchhoff, and Wiese 2018). In October 2015, the Residence Act was amended to include a general prohibition of deportation announcements. This altered the strategic selectivity that had privileged a relatively inclusive form of solidarity and – for the time being – marked the end of the Alliance against Deportations.

These protests against Dublin deportations brought together a broad spectrum of actors – anti-racism activists, church representatives, politicians, students and pensioners – with and without secure residence status, who collectively and profoundly questioned deportation as such. These diverse actors were united in their shared disagreement with the practice of (Dublin) deportations. Preventing Dublin deportations became a common goal for the growing group of protest participants over the course of the protests. One announcement for a demonstration clearly stated the aim ‘to end all deportations according to the EU-DUBLIN agreement, both in Osnabrück and in the whole of Germany’ (No Lager Osnabrück 2014). Beyond these reformist change aspirations, protesters also criticized the European Border Regime and deportations in general, and their criticism was taken up by regional media coverage.¹⁰

While the strategic selectivity of the transfer deadline left space for such inclusive conceptions of solidarity beyond borders, there was no automatic consensus amongst the protesters on the scope of solidarity. At the beginning of the protests, one participant had argued that solidarity should only be extended to those who were in danger of being deported to countries where asylum seekers did not receive (sufficient) state support (InterviewD5_3). This humanitarian view grounds solidarity on certain conditions, and reproduces widely shared notions that tie permission to stay to vulnerability in particular circumstances (Ticktin 2011), thus excluding most migrants from this right. Proponents of a No Border perspective, who argued for an inclusive solidarity, were able to convince him otherwise through extensive discussions. Finally, the protesters made no distinction between people facing deportation to a supposedly problematic country like Hungary, or to a country like Norway, ‘about which you only hear good things’ (InterviewD5_3). In the end, even those who had been sceptical at the beginning agreed that what mattered most was where a person wanted to live (ibid.). Many of the protest participants came to the gatherings without knowing beforehand who was supposed to be deported this time. ‘Deservingness’ in the sense of vulnerability, meritocratic behaviour, or national-cultural citizenship thus did not matter for the motivations of those acting in solidarity with the designated deportees, who – all of them single young men – had only been living in Osnabrück for a few months. Instead, the support expressed an unconditional, inclusive solidarity, as one of the activists noted:

If a person ... says, 'I'm supposed to be deported to Italy, but I would rather stay here in Osnabrück,' then this is enough reason for me to become active on that person's behalf. (InterviewD5_6)

Although the Dublin Regulation and the Residence Act were both harshly criticized, both were strategically used by the Osnabrück activists to exploit legal opportunities in cases where state-guaranteed rights were attainable. The collective gatherings that had received attention from all over Germany were part of a less visible and more encompassing approach that included attempts to challenge deportations by other legal means (InterviewD5_1). Only in those cases in which no other procedure seemed promising to prevent a deportation were demonstrations organized as a last resort to stop the implementation of a deportation. Against the background of general support from the local public, this mixture of individual support and collective action made it possible to harness a relatively inclusive solidarity.

Acting on inclusive solidarity, however, faced another challenge that resulted from the power asymmetries between the protest participants based on residence status as well as on German-language skills. It was particularly difficult for protest participants without secure residence status to participate in direct action against deportations on equal terms. Not only did they need to fear more severe consequences with regards to their political involvement than those with secure residence status, they were also often represented in the public exclusively as beneficiaries of the protests, rather than as participants in these protests. Their own acting in solidarity with other designated deportees was ignored (InterviewD5_1, InterviewD5_3). This implicitly reproduced dominant categorizations of individuals as either active supporters or passive victims within the border regime. Critical involvement with solidaristic activism in the 'post-migrant society' (Foroutan 2015) has highlighted the fundamental ambivalence that characterizes solidarity: It seeks to create equality against the background of a highly unequal access to power and resources (Karakayalı 2019, 229). Reflecting on these asymmetries was thus a necessary aspect of the protests with respect to building inclusive solidarity – an aspect that was taken seriously by many of the participants, but not by all.

All in all, the Alliance against Deportations in Osnabrück challenged exclusive solidarity and was able to prevent several deportations as well as maintain a practice of relatively inclusive solidarity over a year. The strategy of preventing deportation through joint gatherings made use of scope for action inside existing legislation that had not been drafted as a response to previous struggles over deportations. Without the need to refer to predefined exceptions, the actions were less prone to reproduce individualized logics like 'deservingness' and 'merit'. Instead, the protests put forward an inclusive solidarity to confront individualization through collective action *and* individual support. However, the scope of this approach was limited, too. The protests of the Alliance not only relied on very specific local constellations, but also were limited to Dublin cases, when exceeding the transfer deadline actually opened up access to asylum procedures in Germany. Furthermore, the protests came to an end with the reforms to the Residence Act in 2015. Still, building on the knowledge gained from the protests described above, another series of prevented deportations took place in Osnabrück between May and September 2017: The inhabitants of an accommodation centre installed an internal alarm system and were able to act in solidarity with each other and to stop several deportations through immediate mobilization (see Hinger and Kirchhoff 2019).

Conclusion

Deportations are constitutive of citizenship insofar as they reaffirm the exclusive solidarity institutionalized within national-social states. However, solidarity against deportations is not the normative other to exclusive solidarity. It is itself intertwined with different conceptions of citizenship – expressed in conflicting ideas on ‘who is (and should be) subject to deportation power’ (Anderson, Gibney, and Paoletti 2011, 561) and to whom solidarity against deportations is owed. From a materialist border regime perspective, different conceptions of solidarity and citizenship expressed in protests against deportation need not be mistaken as essentialist ideological positions. Instead, I see struggles against deportations as contestations over the scope of citizenship; such contestations take place within complex social relationships that structure and are structured by ambivalent practices (see also Basok and Candiz 2020). Such an understanding enables us to ‘move beyond a focus on individual gestures of solidarity’ (Tazzioli and Walters 2019, 180). Indeed, legislation and sedimented social structures have a structuring effect on these disputes in the sense of strategic selectivity. Public discourses and state laws mainly promote relatively exclusive forms of solidarity against deportations, which are compatible with the deeply anchored hegemony of nation-state borders and the grounding of social rights on meritocratic principles. In the German case, policymakers have introduced several regulations – such as the Hardship Regulation, or the possibility of granting residence to well-integrated adolescents mentioned in this article – as a response to previous disputes concerning deportations in an effort to mediate such conflicts. The increasing relevance of meritocratic citizenship reflected in the application of the Hardship Regulation mirrors the overall societal shift from welfare state to workfare state (Jessop 1993). These aspects confirm Kalir and Wissink’s analysis that emphasized ‘the ability of the political field to suffocate the potential of “radical” actors . . . to transform hegemonic ideas on rights, belongingness and justice’ (Kalir and Wissink 2016, 46).

At first sight, the practices in solidarity with Adriana and her family reinforce Kalir and Wissink (2016) findings: As a result of the defined role of the Hardship Commission and in light of previous experiences with its decision making, the protesters chose a protest strategy that emphasized the student’s particular ‘merit’. This implicitly adds to a delegitimization of claims by others who lack the cultural capital to found their claims on meritocratic and cultural citizenship. However, analysis from a material border regime perspective of these two paradigmatic case studies provides a more nuanced picture of solidarity against deportations. It shows that exclusive solidarity based on formal citizenship has been called into question to varying degrees in protests against deportations. However, instead of a strictly inclusive solidarity, this is replaced to a certain extent by differential solidarity based on ideas of meritocratic citizenship. Still, the struggle over deportation in Ariana’s case included aspects of inclusive solidarity beyond the idea of individual merit or ‘deservingness’. Some of those involved in the protests publicly expressed radical positions and calls for systemic changes, and for several of them, the incidents changed their views on belonging, citizenship and rights, and spurred their desire to take more inclusive positions. The solidarity practices against deportations in Osnabrück, in turn, exploited the scope for action, moving past the state’s predefined exceptions for deportations. This allowed them to put forward more radical positions on

citizenship and rights. The case also emphasized the challenges that inclusive solidarity against deportations is forced to address with respect to highly unequal power relations. Moreover, specific solidarity practices against deportations always contain exclusive elements due to the need to react to specific circumstances, regardless of their inclusive impetus. This dilemma is characteristic of acts of specific solidarity in general. It furthermore points to the inherent ambivalence bound up with irregular migrants' struggles for citizenship, which McNevin (2013) regarded as key to understanding the transformative character of such struggles (see also Schwiertz and Schwenken 2020). In sum, it can be said that the materialization of solidarity against the background of strategic selectivity is prone to lead to differential solidarity, which to a great extent reproduces the differential inclusion of the border regime.

This, however, does not mean that there is no scope for inclusive solidarity, as both cases have shown. While specific contexts privilege relatively inclusive or relatively differential modes of solidarity, those who act in solidarity can relate to these structures in a strategic way. As Tazzioli and Walters (2019) have argued, the fact that solidarity practices build on sedimented knowledge of former struggles does not mean that future solidarity practices are the automatic continuation of previous ones. Instead, 'they have to be laboriously and actively awakened, reactivated into the present' (ibid., 180), as the case of Osnabrück showed. This need for renewal leaves space for potential transformation. Schwiertz (2016), for example, used the undocumented youth movement in the USA to illustrate how activists were able to transform their protest strategy and to overcome national-cultural and meritocratic citizenship frames they had drawn on at the beginning of their campaign. Those struggling against deportations may consciously deal with strategic selectivity and, at best, exploit existing structures of institutionalized differential solidarity, as well as create strategies that enable inclusive solidarity, as they seek to establish unconditional citizenship and equal rights for all.

In this article, I have proposed an understanding acts of solidarity against deportations as interaction between multiple actors who challenge the exclusive solidarity of the nation-state to different extents. This interaction is structured by legislation (such as the hardship regulation), as well as dominant discourses of 'deservingness' or vulnerability, and tends to result in differential solidarity. However, when activists managed to detach their protests from hegemonic discourses and deal with legislation strategically, they were able to harness a more inclusive solidarity. To further substantiate these findings and to identify the impact of changing strategic selectivity on anti-deportation protests, additional examinations of anti-deportation protests with regards to the regional selection of cases as well as a historical contrast of protests cases would be insightful. This should be complemented by historical-materialist policy analyses (Buckel et al. 2017) of different legal regulations, to which struggles over deportations react, to work out how previous struggles over deportation and citizenship have been selectively condensed into such regulation.

Notes

1. Deportations are defined here as coercive state measures with which persons without residence status are brought out of a country's territory (Anderson, Gibney, and Paoletti 2013, 1). This definition goes beyond the narrow legal definition of 'deportation' ('Abschiebung') in German law as it includes assisted returns as well as Dublin transfers.

2. I want to thank Simon Sperling, who proposed this term in a discussion concerning an earlier version of this paper.
3. All interviews were conducted in German except for Interviews D5_9 + 10 and D5_11 + 12, in which Urdu, English, and Somali were spoken as well as German. In the following citations, all translations into English are by the author.
4. Additionally, Interview D5_11 + 12 was made available to us by the *Bühne für Menschenrechte* theatre troupe, who interviewed two activists for the documentary play *Asyldialoge*. Even though this interview was not based on the same interview guidelines, it covered relevant topics, and thus could be used to complement the data set.
5. The information in the following section has been compiled through an analysis of newspaper articles and interviews. I decided not to display any references here, in order not to jeopardize anonymization.
6. The composition of these bodies varies. In Hamburg, the Hardship Commission is composed of one member of each party represented in the Hamburg Parliament, as presented on its website <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/haertefallkommission/>.
7. See Footnote 5.
8. The peculiar status known as ‘Duldung’, which can be literally translated as ‘toleration’, is a unique feature of Germany’s migration regime and refers to a temporary suspension of deportations. Deportations are suspended for the timeframe within which they are *de facto* or *de jure* impossible e.g. due to a lack of documents or a case of severe illness. In June 2019, more than 190,000 people in Germany were ‘tolerated’ (Deutscher Bundestag 2019, 29).
9. According to the Dublin Regulation, the Member State in which an applicant first crossed the EU borders is responsible for an asylum application. This leads to transfers between the Member States. Currently, every third asylum procedure in Germany involves the initiation of a Dublin procedure.
10. See e.g. this contribution of a public news channel: <https://youtu.be/8J0nNvMDxp8>.

Acknowledgments

This work was supported by the German Research Fund DFG under Grant SCHW1389-/5-1 and by the Hans Böckler Foundation. I would like to thank all the interviewees for their time and trust. I am grateful to the participants of the “Migration and Society” workshop (Osnabrück) and the “Political Theory Colloquium” (Kassel & Frankfurt) for discussions on this article. Furthermore, I want to thank the two anonymous reviewers as well as Dimitris Parsanoglu, Fabian Georgi, Jenny Simon, and the editors of this special issue for their constructive feedback and Matt Rees for linguistic revision. Finally, my gratitude goes to Sophie Hinger and Samia Dinkelaker – this article would not be the same without our close exchange of ideas in recent years.

Disclosure statement

No potential conflict of interest was reported by the author.

Notes on contributor

Maren Kirchhoff is a PhD candidate at the University of Osnabrück, Germany. As a doctoral researcher, she was involved in the project “Taking Sides: Protests against Deportation in Austria, Germany and Switzerland” funded by the German Research Foundation at the Institute for Migration Research and Intercultural Studies (IMIS), Osnabrück. Currently, she holds a scholarship by the Hans Böckler Foundation. She is active in the Network for Critical Migration and Border Regime Studies (kritnet).

References

- Agustín, O., and M. Bak Jørgensen. 2018. *Solidarity and the Refugee Crisis in Europe*. New York: Palgrave Macmillan.
- Anderson, B., M. Gibney, and E. Paoletti. 2013. "Introduction." In *The Social, Political and Historical Contours of Deportation*, edited by B. Anderson, M. Gibney, and E. Paoletti, 1–7. New York: Springer.
- Anderson, B., M. Gibney, and E. Paoletti. 2011. "Boundaries of Belonging: Deportation and the Constitution and Contestation of Citizenship." *Citizenship Studies* 15 (5): 543–545. doi:10.1080/13621025.2011.583785.
- Atac, I., and S. Rosenberger. 2013. "Einleitung." In *Politik der Inklusion und Exklusion*, edited by I. Atac and S. Rosenberger, 9–17. Vienna: Vienna University Press.
- Atac, I., S. Kron, S. Schilliger, H. Schwiertz, and M. Stierl. 2015. "Struggles of Migration as In-/visible Politics." *Movements. Journal für Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (2): 1–18. <https://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.ata%C3%A7,kron,schilliger,schwiertz,stierl-einleitung-en.html>
- Bader, D., and J. Probst. 2018. "Saving the Deportee. Actors and Strategies of Anti-Deportation Protests in Switzerland." In *Protest Movements in Asylum and Deportation*, edited by S. Rosenberger, V. Stern, and N. Merhaut, 141–160. Cham: Springer. doi:10.1007/978-3-319-74696-8_7.
- Balibar, É. 2014. *Equaliberty: Political Essays*. Durham: Duke Press.
- Basok, T., and G. Candiz. 2020. "Containing Mobile Citizenship: Changing Geopolitics and Its Impact on Solidarity Activism in Mexico." *Citizenship Studies* 24 (4): 474–492. doi:10.1080/13621025.2020.1755160.
- Bayertz, K. 1998. *Solidarität. Begriff Und Problem*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Bayertz, K. 1999. *Solidarity*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.
- Buckel, S., F. Georgi, J. Kannankulam, and J. Wissel. 2017. *The European Border Regime in Crisis: Theory, Methods and Analysis in Critical European Studies*. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_8-17_European_Border_Regime.pdf
- De Genova, N. 2002. "Migrant 'Illegality' and Deportability in Everyday Life." *Annual Revue of Anthropology* 31 (1): 419–447. doi:10.1146/annurev.anthro.31.040402.085432.
- Deutscher Bundestag. 2019. "Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 19/11873 –: Abschiebungen und Ausreisen im ersten Halbjahr 2019." *Drucksache 19/12240*, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/122/1912240.pdf>
- Ellermann, A. 2014. "The Rule of Law and the Right to Stay: The Moral Claims of Undocumented Migrants." *Politics & Society* 42 (3): 293–308. doi:10.1177/0032329214543255.
- Forgacs, D. 2000. *A Gramsci Reader*. New York: New York University Press.
- Foroutan, N. 2015. "Unity in diversity: integration in a post-migrant society." *Policy Brief No. 28*, April. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205290/integration-in-a-post-migrant-society>
- Georgi, F. 2016. "Widersprüche im langen Sommer der Migration." *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* No. 183 46(2): 183–203. doi:10.32387/prokla.v46i183.108.
- Georgi, F. 2019. "Towards Fortress Capitalism. The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multi-Crisis." *Canadian Review of Sociology* 56 (4): 556–579. doi:10.1111/cars.12264.
- Hadj Abdou, L., and S. Rosenberger. 2019. "Contesting the Deportation State? Political Change Aspirations in Protests against Forced Returns." *Ethnic and Racial Studies* 42 (16): 102–119. doi:10.1080/01419870.2018.1562194.
- Hinger, S., M. Kirchhoff, and R. Wiese. 2018. "We Belong Together! Collective Anti-Deportation Protests in Osnabrück." In *Protest Movements in Asylum and Deportation*, edited by S. Rosenberger, V. Stern, and N. Merhaut, 163–184. Cham: Springer. doi:10.1007/978-3-319-74696-8_8.
- Hinger, S., and M. Kirchhoff. 2019. "Andauerndes Ringen um Teilhabe – Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebung in Osnabrück (2014–2017)." *FJSB* 32 (3): 350–363.

- Jessop, B. 1993. "Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy." *Studies in Political Economy* 40 (1): 7–39. doi:10.1080/19187033.1993.11675409.
- Jessop, B. 1999. "The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas." *Journal of the Hellenic Diaspora* 25 (1–2): 41–77.
- Kalir, B., and L. Wissink. 2016. "The Deportation Continuum: Convergences between State Agents and NGO Workers in the Dutch Deportation Field." *Citizenship Studies* 20 (1): 34–49. doi:10.1080/13621025.2015.1107025.
- Karakayalı, S. 2014. "Solidarität mit den Anderen." In *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage*, edited by A. Broden and P. Mecheril, 111–125. Bielefeld: transcript.
- Karakayalı, S. 2019. "The Welcomers: How Volunteers Frame Their Commitment for Refugees." In *Refugee Protection and Civil Society in Europe*, edited by M. Feischmidt, L. Pries, and C. Cantat, 221–241. New York: Palgrave Macmillan. doi:10.1007/978-3-319-92741-1_8.
- Karakayalı, S., and V. Tsianos. 2007. "Movements that Matter. Eine Einleitung." In *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, edited by Forschungsgruppe 'Transit Migration', 7–17. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Kirchhoff, M., and D. Lorenz. 2018. "Between Illegalization, Toleration, and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany." In *Protest Movements in Asylum and Deportation*, edited by S. Rosenberger, V. Stern, and N. Merhaut, 49–68. New York: Springer. doi:10.1007/978-3-319-74696-8_3.
- Kirchhoff, M., J. Probst, H. Schwenken, and V. Stern. 2018. "Worth the Effort! Protesting Successfully against Deportations." In *Protest Movements in Asylum and Deportation*, edited by S. Rosenberger, V. Stern, and N. Merhaut, 117–139. New York: Springer. doi:10.1007/978-3-319-74696-8_6.
- McNevin, A. 2013. "Ambivalence and Citizenship. Theorising the Political Claims of Irregular Migrants." *Millennium. Journal of International Studies* 41 (2): 182–200. doi:10.1177/0305829812463473.
- Meyerhöfer, A., U. Hartl, D. Lorenz, S. Neumann, and A. Oeser. 2014. "Dublin II kippen! - Kämpfe um selbstbestimmte Migration in Europa." In *Kämpfe um Migrationspolitik - Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, edited by Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa, 151–167. Bielefeld: transcript.
- Mezzadra, S., and B. Neilson 2008. "Border as method, or, the multiplication of labor". <https://transversal.at/transversal/0608/mezzadra-neilson/en>
- Odugbesan, A., and H. Schwiertz. 2018. "We are Here to Stay – Refugee Struggles in Germany between Unity and Division." In *Protest Movements in Asylum and Deportation*, edited by S. Rosenberger, V. Stern, and N. Merhaut, 185–203. Cham: Springer. doi:10.1007/978-3-319-74696-8_9.
- Oosterlynck, S., M. Loopmans, N. Schuermans, J. Vandenabeele, and S. Zemni. 2015. "Putting Flesh to the Bone: Looking for Solidarity in Diversity, Here and Now." *Ethnic and Racial Studies* 39 (5): 764–782. doi:10.1080/01419870.2015.1080380.
- Osnabrück, N. L. 2014. "Rally against deportations." *Call for Demonstration*. <http://www.nds-fluerat.org/13298/veranstaltungen/sa-26-04-2014-demonstration-gegen-abschiebungen-in-osnabrueck/>
- Peutz, N., and N. De Genova. 2010. "Introduction." In *The Deportation Regime. Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, edited by N. De Genova and N. Peutz, 1–29. Durham/London: Duke University Press.
- Poulantzas, N. 1979. "The Political Crisis and the Crisis of the State." In *The Poulantzas Reader, Marxism, Law, and the State*, edited by J. Martin, 294–322. London: Verso.
- Rosenberger, S., H. Schwenken, M. Kirchhoff, and N. Merhaut. 2017. "Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013." *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften* 45 (Special Issue 33): 257–283.
- Rosenberger, S., and J. Winkler. 2014. "Com/Passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers." In *Mobilization: An International Quarterly* 19 (2): 165–184.

- Schilliger, S. 2020. "Challenging Who Counts as a Citizen. The Infrastructure of Solidarity contesting Racial Profiling in Switzerland." *Citizenship Studies* 24 (4): 530–547. doi:10.1080/13621025.2020.1755176.
- Schwiertz, H. 2016. "Transformations of the Undocumented Youth Movement and Radical Egalitarian Citizenship." *Citizenship Studies* 20 (5): 610–628. doi:10.1080/13621025.2016.1182680.
- Schwiertz, H., and H. Schwenken. 2020. "Introduction: Inclusive solidarity and citizenship along migratory routes in Europe and the Americas." *Citizenship Studies* 24 (4): 405–423. doi:10.1080/13621025.2020.1755155.
- Snow, D., and D. Trom. 2002. "The Case Study and the Study of Social Movements." In *Methods of Social Movement Research, Social Movements, Protest, and Contention*, edited by B. Klandermans and S. Staggenborg, 146–172. Minneapolis/London: University of Minnesota Press.
- Tazzioli, M., and W. Walters. 2019. "Migration, Solidarity and the Limits of Europe." *Global Discourse* 9 (1): 175–190. doi:10.1332/204378918X15453934506030.
- Ticktin, M. 2011. *Casualties of Care: Immigration and the Politics of Humanitarianism in France*. Berkeley: University of California Press.
- Walters, W. 2002. "Deportation, Expulsion and the International Policing of Aliens." In: *Citizenship Studies* 6 (3): 265–292. doi:10.1080/1362102022000011612.

4 Zusammenführende Diskussion

Im Folgenden fasse ich die Artikel des Kumulus zusammen und verdeutliche ihren inneren Zusammenhang (4.1). Ich betrachte sie nun aus der Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse und diskutiere verschiedene Aspekte, die durch eine entsprechende Re-Lektüre der Artikel sichtbar werden (4.2).

4.1 Zusammenfassung der Artikel

In Kapitel 3.1 „Between Illegalization, Toleration and Recognition. Contested Asylum and Deportation Policies in Germany“⁴⁶ kontextualisieren David Lorenz und ich die im Forschungsprojekt „Taking Sides. Protests against Deportation of Asylum Seekers in Austria, Germany and Switzerland“ untersuchten Proteste gegen Abschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland. Implizit verstehen wir diesen Kontext selbst im Sinne einer historisch-materialistischen Politikanalyse immer schon als Ergebnis von Auseinandersetzungen um Hegemonie und materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Die für Hegemonie charakteristische Kompromisshaftigkeit für dazu, dass die entstanden Strukturen durch Widersprüchlichkeit geprägt sind. Das deutsche Asyl- und Aufenthaltsrecht kann als ambivalente Kombination aus restriktiven Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht und nachträglichen Legalisierungsmöglichkeiten beschrieben werden. Zu letzteren gehört etwa die Einrichtung von Härtefallkommissionen auf Ebene der Bundesländer im Zuge des 2005 in Kraft gesetzten Zuwanderungsgesetzes, auf deren widersprüchliche Effekte ich in der abschließenden Analyse in Kapitel 4.2 noch einmal zurückkomme. Seit den 1990er Jahren werden relevante Gesetze auf Ebene des Bundes und der Bundesländer zunehmend durch (europäische) Regelungen wie die Dublin-Verordnung und andere ergänzt und geprägt. Die gesetzlichen Regelungen auf verschiedenen Ebenen beeinflussen im Sinne strategischer Selektivitäten die in den weiteren Artikeln des Kumulus untersuchten Auseinandersetzungen um Abschiebungen.

Um die Proteste im Länder- und Zeitvergleich zu charakterisieren, haben Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Nina Merhaut und ich in dem 2017 in der politikwissenschaftlichen Zeitschrift „Leviathan“ publizierten Artikel „Abschiebe-Protest-Kulturen. Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich“ (Kapitel 3.2) die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Abschiebungen im D-A-CH-Forschungsprojekt mithilfe einer Protestereignisanalyse

⁴⁶ Der Beitrag bildet das deutsche Kontext-Kapitel des abschließenden Projektsammelbands „Protest Movements in Asylum and Deportation“ (Rosenberger et al. 2018). Aus Gründen der Einheitlichkeit der drei Länderkapitel sprechen wir im Titel von Asyl- statt von Migrationspolitik. Im Artikel selbst diskutieren wir jedoch durchaus weitere migrationspolitische Aspekte.

(PEA) über einen Zeitraum von 20 Jahren rekonstruiert. Auf dieser empirischen Grundlage zeigen wir auf, dass die Proteste zumeist anlassbezogen auftreten, sich also häufiger an der angeordneten Durchsetzung der Ausreisepflicht mittels Abschiebungen entzünden als an den geplanten Änderungen aufenthaltsrechtlicher Grundlagen. Diese Proteste sind stark lokal verankert und werden von vielfältigen Akteur:innen getragen. Neben den Betroffenen⁴⁷ selbst sind in den deutschen Fällen auch Vertreter:innen von Kirchen (vor allem in den 1990er Jahren), NGOs, Aktivist:innen sowie Akteur:innen aus dem Nahumfeld der Betroffenen aktiv, darunter Fußballtrainer:innen, Mitschüler:innen, Arbeitskolleg:innen etc. Die ländervergleichende Betrachtung verdeutlicht, dass sich die diskursive Rahmung von Anti-Abschiebe-Protesten zwischen Deutschland und Österreich stark unterscheidet: Während in über der Hälfte der berichteten Proteste in Österreich die Verhinderung von Einzelfällen im Vordergrund steht und die Forderung, Abschiebung generell zu stoppen, komplett ausbleibt, trifft ein strikter Einzelfallbezug in Deutschland über den gesamten Untersuchungszeitraum auf nur rund ein Viertel der Fälle zu. Dort wurde in fast eben so vielen Fällen eine Reform der Abschiebep Praxis/-politik (23,8%) beziehungsweise ein Bleiberecht für bestimmte Personengruppen (26,4 %) gefordert und in immerhin 17,9% ein generelles Ende von Abschiebungen beziehungsweise ein ‚Bleiberecht für alle‘. Diese Diskrepanz erklären wir im Artikel mit den verschiedenen politischen Kulturen der beiden Länder⁴⁸. Aus hegemonietheoretischer Perspektive kann die unterschiedliche diskursive Rahmung sowohl als Effekt hegemonialer Moralvorstellungen und Diskurse als auch als strategisches Andocken an ebendiese und die zur Verfügung stehenden Möglichkeitsstrukturen verstanden werden. Hierauf komme ich ebenfalls in der Analyse in Kapitel 4.2 zurück.

Während Kapitel 3.1 und 3.22 eine übergeordnete Perspektive auf den Kontext und die Charakteristika von Protesten gegen Abschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland einnehmen, werden in den weiteren Artikeln des Kumulus konkrete Auseinandersetzungen um Abschiebungen auf dem Terrain der Zivilgesellschaft (Kapitel 3.3, 3.4, 3.6) und dem Terrain des Rechts (Kapitel 3.5) in den Blick genommen.

In dem 2018 ebenfalls im Abschlussammelband „Protest Movements in Asylum and Deportation“ (Rosenberger et al. 2018) erschienenen Beitrag „We belong together! Collective Anti-Deportation Protests in Osnabrück“ (Kapitel 3.3) plädieren Sophie Hinger, Ricarda Wiese und

⁴⁷ Im Vergleich zu Österreich treten in Deutschland Betroffene über den gesamten Untersuchungszeitraum als Akteur:innen in Erscheinung. Dies lässt sich durch die besondere Tradition migrantischer Selbstorganisation in der BRD erklären, auf die wir auch im Kontext-Kapitel verwiesen haben (siehe Kirchhoff & Lorenz 2018: 63-64).

⁴⁸ Dass es in diesem Feld zu für Österreich recht untypischen zahlreichen Protesten kommt, erklären wir mit der besonderen Bedeutung sozialer Beziehungen.

ich dafür, die analytischen Erkenntnisse zu Abschiebbarkeit in der Untersuchung von Anti-Abschiebe-Protesten zu berücksichtigen. Wir analysieren diese Proteste nicht ausschließlich daraufhin, inwiefern es ihnen gelingt, die physische und territoriale Ausgrenzung zu verhindern, die durch Abschiebung vollzogen wird. Am Beispiel des Bündnisses gegen Abschiebungen Osnabrück, welches zwischen März 2014 und Oktober 2015 36 Dublin-Abschiebungen verhinderte, betrachten wir, wie sich die Abschiebbarkeit der Betroffenen auf die kollektiven Proteste gegen Abschiebungen auswirkt und inwiefern diese in den Auseinandersetzungen infrage gestellt wird. Kollektive Proteste brechen die hegemonial in die Subjekte eingeschriebene Vereinzelung auf, die sowohl für Abschiebungen charakteristisch ist, als auch für zahlreiche Möglichkeiten von Abschiebeverhinderungen, die von den bestehenden institutionellen Strukturen privilegiert werden. Während wir das kreative Potential dieser kollektiven Proteste gegen Abschiebung hervorheben, verweisen wir zugleich auf ihre Beschränkungen beziehungsweise darauf, dass ihre Erfolge mitunter nur vorläufig sind. Zum einen werden so lediglich temporäre Aufenthaltsrechte erwirkt, zum anderen zeigt sich, dass diese Proteste prekär sind und stark vom jeweiligen Kontext abhängen.

Welche Auswirkungen das im Zuge der Änderung des Asyl- und Aufenthaltsrechts im Herbst 2015 eingeführte Verbot Abschiebungen anzukündigen, auf Proteste gegen Abschiebungen hatte, untersuchen Sophie Hinger und ich im Beitrag „Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück (2014-2017)“, der 2019 in der Zeitschrift „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ erschien (Kapitel 3.4). Wir ergänzen die Betrachtung der bereits im vorherigen Artikel eingehender untersuchten Proteste gegen Dublin-Abschiebungen um die Analyse kollektiver Proteste in Osnabrück 2017 und arbeiten so Kontinuitäten und Veränderungen heraus. Hierdurch wird die besondere Rolle solidarischer Infrastrukturen (Schilliger 2020) deutlich, die für das erneute Aufkommen kollektiver Proteste unter erschwerten Bedingungen von entscheidender Bedeutung war. Zudem diskutieren wir die multiskalaren Möglichkeitsstrukturen, die Praktiken erschwerten oder erleichterten, welche die Durchsetzung der Dublin-Abschiebungen stören: Im Gegensatz zur nationalen Gesetzesänderung, die die Proteste gegen Abschiebungen erschwerte, konnte auf Grundlage verschiedener lokaler und supranationaler Strukturen die Kontinuität dieser Proteste hergestellt werden.

Im Artikel „Umkämpfte Grenzen im Inneren Europas. Juridische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach Dublin“ (Kapitel 3.5), der in Heft 2 oder 3 (2021) der Zeitschrift „Kritische Justiz“ erscheinen wird, analysiere ich Auseinandersetzungen um Dublin-Überstellungen auf dem Terrain des Rechts aus einer explizit materialistischen Perspektive. Während die Dub-

lin-Verordnung beziehungsweise die festgelegte Überstellungsfrist in den zivilgesellschaftlichen Protesten in Osnabrück im Wesentlichen als strukturelle Ressource sichtbar wurde, wende ich mich im Artikel der Umstrittenheit eben dieser Strukturen zu. Ich zeige auf, wie es verschiedenen Rechtsanwält:innen, die von Dublin-Überstellungen bedrohte Personen vertraten, in einer Reihe von Vorabentscheidungsverfahren gelang, eine Rechtsauffassung zu etablieren, die ich als minimale, aber bedeutsame Verschiebung im europäischen Grenzregime verstehe. Seit den Urteilen des EuGH von 2016/2017 ist die Dublin-Verordnung nicht mehr bloß ein Regelwerk zwischen Mitgliedsstaaten zur Verwaltung von Asylsuchenden, sondern die hierin genannten Kriterien sind auch durch die Asylsuchenden selbst einklagbar. Dies stellt eine Verbesserung ihrer Rechtsposition dar und sichert somit die Ausgangsbedingungen für die strategische Überschreitung der sechs-monatigen Überstellungsfrist ab, die in den Protesten gegen Abschiebungen in Osnabrück zentral war.

Auch im Artikel „Differential Solidarity. Protests against deportations as structured contestations over citizenship“ (Kapitel 3.6) nehme ich explizit die Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse ein. Der Artikel erschien im Special Issue “Inclusive solidarity and citizenship along migratory routes in Europe and the Americas” (2020) der Zeitschrift „Citizenship Studies“ und untersucht die Proteste in Osnabrück sowie die Aktionen gegen die Abschiebung einer Hamburger Schülerin und ihrer Familie. Ich schlage vor, Auseinandersetzungen um Abschiebungen als Kämpfe um Solidarität zu konzeptualisieren und die solidarischen Handlungen gegen Abschiebungen nicht als normatives Gegenüber von exklusiver Solidarität, sondern als selbst von Machtverhältnissen durchzogen zu verstehen. Ich untersuche die Proteste gegen Abschiebungen daraufhin, welche unterschiedlichen Projekte von Solidarität miteinander konkurrieren und inwiefern ihre Durchsetzung durch Gesetze, Praktiken und Diskurse erschwert oder erleichtert wird. Die Hegemonie der Grenze wird in diesen Protesten nicht ungebrochen reproduziert, sondern ist trotz ihrer tiefen Verankerung umkämpft. Reproduzierende ebenso wie transformative Effekte müssen dabei als Ergebnisse von Auseinandersetzungen vor dem Hintergrund strategischer Selektivität verstanden werden. Auf diesen Aspekt werde ich in Kapitel 4.2.2 ausführlicher eingehen.

4.2 Re-Lektüre aus Perspektive einer materialistischen Grenzregime-analyse

Der Überblick über die Artikel des Kumulus lässt bereits erahnen, dass eine Re-Lektüre der Beiträge aus Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse erkenntnisbringend ist.

Im Theorieteil habe ich ausführlich dargelegt, dass ich die tief verankerte Hegemonie der Grenze als zentralen Modus von Macht- und Herrschaftsverhältnissen innerhalb des Migrations- und Grenzregimes verstehe. Dabei ist die Hegemonie der Grenze nicht nur in gesellschaftlichen Tiefenstrukturen wie der nationalstaatlichen Ordnung verankert, die durch gesetzliche Regelungen, öffentliche Diskurse etc. verfestigt werden, sondern schreibt sich auch in die Subjekte selbst ein. Auseinandersetzungen um Abschiebungen werden durch diese hegemonialen Strukturen im Sinne strategischer Selektivität beeinflusst, d.h. Praktiken, die mit der Reproduktion der Hegemonie der Grenze inkompatibel sind (etwa indem sie Grenzen umfassend infrage stellen), werden strukturell erschwert beziehungsweise benachteiligt, während Praktiken, die die Reproduktion der nationalstaatlichen Ordnung und Grenzziehungen gewährleisten, privilegiert werden. Hegemonie existiert dabei nie unabhängig von diesen Praktiken, sondern wird in ihnen reproduziert – was immer Potential für Verschiebungen lässt. Denn Akteur:innen können strategisch auf dominante gesellschaftliche Strukturen wie gesetzliche Regelungen und hegemoniale Diskurse reagieren und versuchen, mithilfe dieser Strategien ihre eigenen Projekte – also die Verhinderung von Abschiebungen einer, mehrerer oder zahlreicher Personen – durchzusetzen, und so die hegemoniale Struktur in unterschiedlichem Ausmaß angreifen. Inwiefern ihnen dies gelingt, hängt davon ab, ob sie strategische Selektivitäten und weitere Ressourcen für sich nutzen können. Zudem spielen für den Ausgang dieser Auseinandersetzungen auch die Strategien ihrer jeweiligen Gegenüber eine Rolle.

Auf diese Aspekte werde ich nun unter Rückbezug auf die Erkenntnisse der Artikel des Kumulus ausführlicher eingehen. Dabei zeige ich auf, wie es trotz der tief verankerten Hegemonie der Grenze überhaupt zu Auseinandersetzungen kommt (4.2.1), diskutiere verschiedene Beispiele für strategische Selektivitäten (4.2.2) und stelle abschließend dar, inwiefern strategisch handelnde Akteur:innen das hegemoniale Gefüge in unterschiedlichem Ausmaß infrage stellen (4.2.3).

4.2.1 Dissonanz als Ausgangspunkt für Auseinandersetzungen um Abschiebungen

Angesichts des Abschiebungen inhärenten massiven Zwangs entscheiden sich viele Betroffene für ein Untertauchen in die Illegalität⁴⁹. Andere reisen weiter oder wählen die Form einer staatlich geförderten, angeordneten Ausreise⁵⁰. Die fehlende Hoffnung, einer drohenden Abschiebung zu entgehen, treibt zudem immer wieder Menschen in den Tod⁵¹. Die gewaltvolle Reproduktion des hegemonialen Migrations- und Grenzregimes durch Abschiebungen erzeugt außerdem auch offene gesellschaftliche Konflikte. Ausgangspunkt für die in dieser Arbeit untersuchten Auseinandersetzungen um Abschiebungen ist die Weigerung, den Zwang, mit dem das hegemoniale Grenzregime reproduziert werden soll, zu akzeptieren und die Entscheidung, sich der Konfrontation zu stellen, um ein besseres Leben zu erstreiten (Hess et al. 2014: 16). Dies gilt trotz der sehr unterschiedlichen Voraussetzungen der und Konsequenzen⁵² für sowohl die Menschen, die durch staatliche Akteur:innen als abschiebbar definiert werden, als auch jene, die selbst nicht der Gefahr der Abschiebbarkeit ausgesetzt sind. Kraft, sich gegen die eigene Abschiebung in langwierigen oder wiederkehrenden Prozessen zu Wehr zu setzen und damit auch die Hegemonie der Grenze in unterschiedlichem Ausmaß infrage zu stellen, finden vor allem diejenigen, die darin von anderen unterstützt werden. So beschrieb etwa Abdulaziz, dass ihm, während er in einem Abschiebegefängnis in Brandenburg inhaftiert war, das Wissen um Unterstützung von außen (eine Demonstration in Reaktion auf den Suizid eines weiteren dort Inhaftierten) Hoffnung und Energie gegeben habe, nicht zu resignieren⁵³ (Interview D4_1). Auch für weitere in Proteste gegen Abschiebungen involvierte Personen steht die Entscheidung, sich aktiv gegen Abschiebungen zu stellen, am Beginn. Für diese Entscheidung sind Emotionen

⁴⁹ Wie viele Personen sich genau ohne Aufenthaltstitel in Deutschland aufhalten lässt sich schwer schätzen. Ältere Schätzungen variieren zwischen 100.000 und einer Million Personen (Bade & Oltmer 2005). Für 2014 errechnete Dita Vogel (2016: 4) auf Grundlage von polizeilichen Statistiken eine Rahmenschätzung von 180.000 bis 520.000 Personen. Die aktuellen Zahlen dürften darüber liegen.

⁵⁰ 2016 waren es über 54.000 geförderte offiziell „freiwillig“ genannte Ausreisen im Vergleich zu 25.400 Abschiebungen. Dieses Verhältnis kehrte sich in den letzten Jahren um (Deutscher Bundestag 2017: 9; 11; 56). 2019 waren es rund 22.000 Abschiebungen und 13.000 geförderte Ausreisen (Deutscher Bundestag 2020: 5; 39). Für eine Analyse der „Politiken der freiwilligen Rückführung“ siehe Schoenes 2013.

⁵¹ Zwischen Anfang 1993 und Ende 2018 begingen in Deutschland mindestens 309 Menschen Suizid oder starben beim Versuch sich der Abschiebung zu entziehen eines unnatürlichen Todes (Dokumentationsstelle ARI 2020: 4).

⁵² Insbesondere in der politischen Arbeit gilt es, diese Unterschiede als Ausdruck von Machtverhältnissen zu reflektieren.

⁵³ Nachdem seine Abschiebung im ersten Anlauf dadurch verhindert wurde, dass er und ein weiterer Passagier sich weigerten sich zu setzen und der Pilot den Flug abbrach, wurde Abdulaziz erneut in einem Abschiebegefängnis untergebracht. Er trat in den Hungerstreik, wodurch sich sein Zustand so sehr verschlechterte, dass auch der zweite Abschiebetermin abgesagt wurde. Die Zurückschiebung nach Ungarn wurde schließlich durch einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Frankfurt (Oder) endgültig gestoppt mit dem Verweis auf Zweifel an einem rechtsstaatlichen, „unionskonformen“ Asylverfahren in Ungarn. Kurz vor dem Interviewtermin erhielt Abdulaziz die Nachricht, dass sein Asylverfahren negativ beschieden wurde. Abdulaziz' Fall stellt einen Fall der qualitativen Fallstudien des D-A-CH-Projekts dar; er wird jedoch in keinem der für den Kumulus ausgewählten Artikel diskutiert. Eine Analyse dieses Falls erfolgt in der Dissertation von David Lorenz.

wie Hoffnung, ebenso wie Enttäuschung, Ärger oder Empörung ausschlaggebend (siehe hierzu Rosenberger & Winkler 2014). In unseren Untersuchungen zeigte sich, dass solche „moral shocks“ (Jasper 1997) Initialpunkte dafür sind, dass sich Menschen gegen Abschiebungen engagieren (Kapitel 3.3 (Hinger et al. 2018: 166-168)).

Hegemonietheoretisch gesprochen lässt sich die drohende Abschiebung nicht mit den Erfahrungen, Gefühlen, Moralvorstellungen und Erwartungen der Engagierten verbinden. Die Hamburger Schülerin Adriana brachte diese Verwunderung sehr treffend auf den Punkt: „Ich dachte mir schon immer, wieso soll ich jetzt aus diesem Land gehen, nur weil ich andere Papiere habe?“ (Interview D1_2). Nicht selten sind bei nicht selbst von Abschiebung betroffenen Personen persönliche Kontakte ausschlaggebend dafür, dass es zu dieser empfundenen „Dissonanz“ (Schwenken & Schwiertz 2021: 173) kommt. In den Interviews wurde deutlich, dass Dissonanz aus sehr unterschiedlichen Gründen entstehen kann. Bei der Vorsitzenden des regionalen Pfadfinderbundes resultiert das Gefühl der Verbundenheit mit den von Abschiebung Betroffenen aus der abstrakten Gemeinschaft: „Für mich war klar [...] aus meinem Pfadfinderbund sollen zwei Leute abgeschoben werden und das geht gar nicht.“ (Interview D1_5). Ein CDU-Politiker, der sich regelmäßig gegen Abschiebungen einzelner Schüler:innen einsetzte, tat dies aufgrund seiner Auffassung, dass Kinder nicht für die Entscheidungen ihrer Eltern haften sollten und es demographisch sinnvoll ist, bestimmten Jugendliche – er schlug den Begriff „Leistungsdeutsche“ (Interview D1_8) vor – ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland zu ermöglichen. Schließlich resultiert das Engagement gegen Abschiebung immer wieder aus der Überzeugung, dass alle Menschen gleiche Rechte haben und niemand abgeschoben werden sollte. Die Tatsache, dass Abschiebungen umstritten sind, sagt also erst einmal wenig darüber aus, in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis das Migrations- und Grenzregime hinterfragt wird. Auseinandersetzungen um Abschiebungen als Auseinandersetzungen um Hegemonie zu verstehen, bedeutet für mich, die konkreten Praktiken in den Blick zu nehmen, durch die das hegemoniale Gefüge in diesen Auseinandersetzungen reproduziert und transformiert wird. Dabei wirken hegemoniale Strukturen, wie oben ausführlich erläutert, im Sinne strategischer Selektivität auf die Handlungsmöglichkeiten von Akteur:innen ein.

4.2.2 Strategische Selektivität

Wie die Medienanalyse gezeigt hat, stand in Österreich zwischen 1993-2013 in über der Hälfte aller berichteten Proteste gegen Abschiebungen ausschließlich die Verhinderung der Abschiebung im jeweiligen Anlassfall im Fokus. In den Berichten aus der SZ und der taz zu Deutsch-

land traf dies immerhin für rund ein Viertel der Proteste zu. Aus Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse ist es aufschlussreich, diese Rahmung nicht nur als Beleg der tief verankerten Hegemonie der Grenze zu interpretieren, sondern vielmehr als ein Effekt dieser: Die tief verankerte Hegemonie der Grenze wird erstens innerhalb und durch Akteur:innen in ihrer Problemanalyse reproduziert, wenn diese die oben beschriebene Dissonanz so in ihren Alltagsverstand einbetten, dass Abschiebungen nicht als allgemeines, sondern als individuelles Problem erscheinen. Nationalstaatliche Grenzen bleiben in diesen Fällen tief im Alltagsverstand der Subjekte verankert und unberührt. Hegemonie als grundlegend prekär zu verstehen bedeutet, dass eine derartige Artikulation nicht einfach vorausgesetzt werden kann, sondern Gegenstand einer Organisationsleistung ist. Auf das hierin ruhende Potential für Verschiebungen komme ich im Unterkapitel 4.2.3 zurück.

Zweitens wird die tief verankerte Hegemonie der Grenze immer wieder deshalb reproduziert, weil Akteur:innen die strategische Selektivität von Strukturen zur Durchsetzungen ihrer eigenen Mikroprojekte nutzen: Im Leviathan-Artikel (Kapitel 3.2) interpretieren Sieglings Rosenberger, Helen Schwenken, Nina Maria Merhaut und ich die Rahmung von Abschiebungen als Einzelfällen als Reaktion auf diskursive Gelegenheitsstrukturen und erklären so den beobachteten Unterschied zwischen Protesten in Deutschland und Österreich. Der Einzelfallfokus ermöglicht, Forderungen nach einer Aussetzung der Abschiebung so zu artikulieren, dass sie sich auch in restriktive migrationspolitische Diskurse integrieren lassen. Gelten die Betroffenen als besonders schutzbedürftig oder weisen breit akzeptierte Integrationsleistungen nach, die leicht mit hegemonialen Moralvorstellungen verknüpfbar sind, können sie häufig auf eine breite öffentliche Unterstützung setzen (zur äußert diversen Träger:innenschaft solcher Proteste siehe auch Bader und Probst 2018). Exemplarisch zeigte sich im Fall der drohenden Abschiebung der Hamburger Schülerin Adriana, dass die mediale Darstellung der Betroffenen weniger von ihnen selbst geprägt wird, sondern vielmehr durch die öffentliche Unterstützung für den Fall und hierbei im Wesentlichen von Journalist:innen generiert wurde (siehe hierzu ausführlich Kapitel 3.6 (Kirchhoff 2020: 9)). Als „kleine Intellektuelle“ nehmen diese entscheidenden Einfluss darauf, wie Abschiebungen öffentlich thematisiert werden. Für die Frage, welche Fälle medial skandalisiert werden, spielt neben der Nationalität beziehungsweise Ethnizität der Betroffenen auch Geschlecht eine Rolle, wie eine interviewte Journalistin auf den Punkt brachte: „Mädchen gehen besser als Jungs in solchen Fällen. Das muss man ganz klar sagen. Ist ganz schön hart, aber ist so.“ (Interview D1_1).

Neben öffentlichen Diskursen wirken sich auch institutionalisierte Verfahren, über die Abschiebungen verhindert werden können, im Sinne strategischer Selektivität auf Auseinandersetzungen um Abschiebungen aus. Eine Vielzahl der Akteur:innen, die sich in den von mir untersuchten Fällen gegen Abschiebungen einsetzten, nahm den jeweiligen Fall nicht isoliert, sondern als Ausdruck eines umfassenderen gesellschaftlichen Gesamtkonflikts wahr. Sie ließen sich jedoch auf jene von institutionellen Strukturen privilegierten Modi der Konfliktbearbeitung ein, die sie für am erfolgversprechendsten erachteten⁵⁴, um den Betroffenen ein Bleiben in Legalität und darüber den Zugriff auf soziale Rechte zu ermöglichen. In meiner Forschung waren dies Klagen vor Gericht sowie Anträge an die Hamburger Härtefallkommission, die beide durch eine stark individualisierende Logik geprägt sind. Hierdurch werden zentrale Dimensionen des Konflikts, wie ich im Folgenden zeigen werde, machtvoll ausgeschlossen.

Härtefallkommissionen können abweichend von den sonstigen im Aufenthaltsgesetz festgelegten Voraussetzungen antragstellenden Personen eine Aufenthaltserlaubnis erteilen⁵⁵, wenn dringende persönliche oder humanitäre Gründe dafür sprechen und keine andere Option der Legalisierung besteht (§ 23 a AufenthG). Die Möglichkeit, diese Kommissionen in den Bundesländern einzurichten, wurde im Rahmen des 2005 in Kraft gesetzten Zuwanderungsgesetzes von der Partei Die Grünen und Teilen der SPD gegen den Widerstand der CDU durchgesetzt (Hofmann 2007: 517). Dies kann als Reaktion auf die zahlreichen Kirchenasyle und Proteste gegen Abschiebungen Ende der 1990er Jahre verstanden werden (Berger 2007: 521) – sowohl als Zugeständnis an Abschiebegegner:innen als auch als Versuch, diese regierbar zu machen. Härtefallverfahren kennzeichnen sich dadurch, dass die Antragstellenden weder ein Recht darauf haben, dass sich die Härtefallkommission mit ihrem Fall befasst, noch die Entscheidung rechtlich überprüfen lassen können (Art. 23. (2)). Damit Anträge positiv beschieden werden, müssen Antragstellende deutlich machen, warum im speziellen Fall eine Abschiebung eine unzumutbare Härte darstellt. Dabei ist unbedingt zu vermeiden, mit vorherigen Fällen oder politischen Forderungen zu argumentieren, wie die Anwältin von Adriana und ihrer Familie betont: „Man muss im Gegenteil sogar immer wieder darauf bestehen: ‚Nein, nein, das hat jetzt damit

⁵⁴ Neben den Anreizen, sich auf institutionell vorgesehene Möglichkeiten der Abschiebeverhinderung, durch die die Hegemonie der Grenze tendenziell reproduziert wird, einzulassen, werden eigensinnige Handlungen erschwert. So kommt es in Auseinandersetzungen um Abschiebungen auf dem zivilgesellschaftlichen Terrain immer wieder zur massiven Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols. Hinzu kommen Versuche staatlicher Akteur:innen, Formen des Widerstand und der Solidarität gegen Abschiebungen, darunter auch gesellschaftlich anerkannte Formen wie Kirchenasyl, zu kriminalisieren.

⁵⁵ Formal stellt die Härtefallkommission ein Ersuchen an die oberste Landesbehörde (in den meisten Bundesländern an das Innenministerium), die diesem Ersuchen stattgeben, es aber auch ablehnen kann. In rund zwei Drittel aller Fälle, mit denen sich die Härtefallkommissionen der Länder befasst haben, kam es bundesweit zwischen 2005 und 2014 zu Ersuchen, diesen wurde in über 90% stattgegeben (https://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/HFK_Laenderuebersicht.pdf).

gar nichts zu tun, sondern es ist wirklich dieser Einzelfall.“ Eine Verallgemeinerung des partikularen Falls wird also strukturell benachteiligt; durchgesetzt wird dies durch die Entscheidungspraxis der Kommissionsmitglieder. Die Antragsstellenden werden so motiviert, ihr eigenes Anliegen nicht als allgemeine politische Forderung etwa für ein umfassendes Bleiberecht, sondern als Bitte um Ausnahme zu formulieren, auf deren Erfüllung sie keinen Anspruch haben. Mit der tief verankerten Hegemonie der Grenze konforme Logiken der Konfliktbearbeitung schreiben sich so in Strategien der Akteur:innen ein. Im Härtefallverfahren kann unter Umständen berücksichtigt werden, ob der Lebensunterhalt gesichert ist (Art. 23 (1) AufenthG). Wie meine Interviewpartner:innen darlegten, wird diese mit dem neoliberalen Projekt des Migrationsmanagements kompatible Option in Entscheidungen der Hamburger Härtefallkommission regelmäßig berücksichtigt. Zudem verwiesen einige von ihnen darauf, dass die Entscheidungspraxis der Kommission bestehende rassistische Diskriminierungen reproduziert⁵⁶. Härtefallverfahren wirken insofern individualisierend und reproduzieren die selektive Filterwirkung der Grenze. Dies erschwert eine Artikulation von Fällen im Sinne einer radikalen Infragestellung. Wie ich in Kapitel 3.6 darstelle, bedeutet das nicht notwendigerweise, dass in Auseinandersetzungen, in denen Härtefallverfahren als letztes Mittel genutzt werden, die Hegemonie der Grenze umfassend reproduziert wird. Hierauf komme ich im Unterkapitel 4.2.3 zurück.

Auch durch die Verlagerung der Auseinandersetzungen auf das Terrain des Rechts, die in einem beachtlichen Anteil der Fälle erfolgt⁵⁷, ergibt sich ein Fokus auf das rechtlich individuierte Subjekt⁵⁸. Selbst Akteur:innen, die Abschiebungen umfassend infrage stellen, greifen immer wieder auf rechtliche Maßnahmen zurück, da hierüber einzelne Erfolge erzielt werden können. Dies zeigt sich etwa, wenn ein Mitglied der Osnabrücker Gruppe No Lager das Vorgehen bei einer drohenden Abschiebung wie folgt beschreibt:

„Wir versuchen, bevor wir so einen Abschiebeprotest organisieren, zu schauen, ob irgendwie ein Eilverfahren möglich ist, ob irgendwelche anderen Gründe vorliegen, die der Abschiebung entgegenstehen. Krankheit beispielsweise, ja, oder dass irgendwelche Verhältnisse noch nicht geklärt sind zum Beispiel [...] eine Vaterschaft noch nicht anerkannt ist und quasi über das Kind ein Bleiberecht besteht, also solche Geschichten, die alle anwaltlich geklärt werden müssen. [...] Oder, gibt es vielleicht irgendwelche Gründe für die Gerichte zu entscheiden, dass die Menschen nicht in die Ersteinreisestaaten zurückgeschickt werden können, weil die Zustände da unhaltbar sind. Das waren so ein bisschen die Sachen, die wir vorher versucht haben zu checken. [...] Ob auch die Möglichkeit besteht, die Geflüchteten vor den Strapazen so eines Ab-

⁵⁶ So sei die Aussicht einer positiven Entscheidung dann besonders gering, wenn es sich bei den Antragsstellenden um Romnija handele (Interview D1_7).

⁵⁷ In den letzten Jahren kam es in Reaktion auf die restriktive Entscheidungspraxis des BAMF etwa zu zahlreichen Prozessen vor lokalen Verwaltungsgerichten. 2019 wurde gegen drei Viertel aller negativen Asylbescheide des BAMF geklagt. In 26,5 % dieser Fälle hoben die Gerichte laut Berechnungen der Fraktion DIE LINKE den Bescheid auf (Deutscher Bundestag 2020: 1;)

⁵⁸ Dieses vereinzelte Subjekt geht dem Recht nicht voraus, sondern resultiert aus der juridischen Subjektivierung. Wie Sonja Buckel (2007) gezeigt hat, liegt die besondere Wirkungsweise des Rechts in der Gleichzeitigkeit von Subjektivierung und Kohäsion.

schiebeprotests auch zu bewahren. Also, das [die Blockade] ist für uns immer schon eine große Anstrengung gewesen, ich habe keine Ahnung, wie viel Anstrengung das für die Geflüchteten ist, sich darauf verlassen zu müssen, dass das da draußen funktioniert.“ (Interview D5_1).

Wie ich anhand der materialistischen Analyse der Auseinandersetzungen um subjektive Rechte (Kapitel 3.5) aufgezeigt habe, wird durch die Verlagerung der Auseinandersetzungen vom politisch-institutionellen und zivilgesellschaftlichen Terrain auf das rechtliche Terrain ein Großteil des gesamtgesellschaftlichen Konfliktes ausgeblendet, welcher der Umstrittenheit von (Dublin-)Abschiebungen zugrunde liegt. Diese Ausblendung kann als Effekt der strategischen Selektivität des Rechts interpretiert werden. Sie erfolgt im Laufe der Übersetzung der konkreten Fallkonstellation in eine juristische Argumentation, ähnlich wie bei der Formulierung des Härtefallantrags, zum Teil bereits durch die vertretenden Rechtsanwält:innen⁵⁹. Diese artikulieren ihre Stellungnahmen so, dass sie sich bestmöglich an den bisherigen Rechtsdiskurs anschließen. Im Fall Shiri wurde die ansonsten häufig implizite Desartikulation im Verfahren selbst deutlich: Der Anwalt, der Majdi Shiri im EuGH-Verfahren vertrat, versuchte in seiner Stellungnahme, die Dublin-Verordnung umfassender infrage zu stellen, doch die Generalanwältin verwarf dies als über den Fall hinausgehende und daher nicht zu behandelnde Frage. Dies verdeutlicht exemplarisch die besondere Rolle juridischer Intellektueller für die Organisation von Hegemonie im Recht. Die strategische Selektivität rechtlicher Prozesse führt also zur Desartikulation zentraler Dimensionen des gesellschaftlichen Konflikts. Die rechtliche Dogmatik legt dabei tendenziell eine Reproduktion bestehender Strukturen nahe (zur Auslegung im Recht siehe meine Vorbemerkung zu Kapitel 3.5). Aufgrund der Eigenlogik des Rechts sind jedoch auch Verschiebungen möglich, wie ich im nächsten Abschnitt ausführen werde. Hierin liegt der entscheidende Unterschied zu Härtefallverfahren: durch eine Verlagerung von Auseinandersetzungen um Abschiebungen innerhalb des Recht können unter Umständen weitere Rechtsansprüche entstehen.

Die strategische Selektivität (national-)staatlicher Strukturen führt wie gezeigt dazu, dass Konflikte um Abschiebungen auf eine Art und Weise bearbeitet werden, durch die das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes tendenziell reproduziert wird, selbst wenn es in den Protesten teils infrage gestellt wird. Dabei ist die tief verankerte Hegemonie der Grenze diesen Auseinandersetzungen nicht immer von vorneherein entzogen, sondern dies geschieht dadurch,

⁵⁹ Diesen Übersetzungseffekt habe ich partiell im Artikel selbst reproduziert. Während ich in früheren Versionen des Artikels die jeweiligen Fallkonstellationen ausführlicher dargestellt hatte, um damit auch die Eigensinnigkeit der Betroffenen und ihren aktiven Anteil an diesen Auseinandersetzungen hervorzuheben, war der Anreiz, die vorgegebene Artikellänge nicht zu übersteigen und den Anforderungen zu entsprechen, damit mein Artikel angenommen wird, sehr hoch. Auch den diesen Auseinandersetzungen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Konflikt konnte ich nur andeuten.

dass sich Akteur:innen zur Durchsetzung ihrer eigenen Projekte auf hegemoniale Logiken einlassen: Die politische Dimension der Infragestellung von Abschiebungen wird durch verschiedene Verfahren (wie Verhandlungen vor Gericht, Härtefallverfahren und individuelle Aushandlung mit zuständigen Behörden) desartikuliert. Zudem legen die institutionalisierten Möglichkeiten, die stark von Diskursen um Integrationsleistungen und Schutzbedürftigkeit geprägt sind, nahe, dass Akteur:innen versuchen, ihre mikropolitischen Projekte des Einsatzes für legale Bleibemöglichkeiten mit diesen Diskursen zu verknüpfen, um Abschiebungen so zu verhindern. Kämpfe um Bleiberecht werden hierdurch vereinzelt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Akteur:innen notwendigerweise isoliert bleiben und das hegemoniale Gefüge immer oder umfassend reproduzieren müssen.

4.2.3 Auseinandersetzungen um Abschiebungen als Auseinandersetzungen um Hegemonie

Akteur:innen können auch strategisch auf hegemoniale Strukturen reagieren, Vereinzelung durch kollektive Organisierung überwinden und immer wieder kleinere oder größere Verschiebungen im hegemonialen Gefüge durchsetzen. Ich möchte einige Aspekte hervorheben, die in den untersuchten Fällen einer solchen gelungenen Verschiebung zuträglich waren.

In Osnabrück spielte das besondere *Organisationstalent* der Beteiligten eine große Rolle dafür, dass diese eigensinnigen Proteste immer wieder stattfanden und dabei nicht nur zahlreiche Dublin-Überstellungen verhindert, sondern auch die Hegemonie der Grenze in vielfältiger Weise infrage gestellt wurde, wie im folgenden Abschnitt ausführlicher diskutiert wird. Den Beteiligten des außergewöhnlich diversen Bündnisses gelang es, auf die verschärften Vorgaben der Osnabrücker Ausländerbehörde zu reagieren und ihr Vorgehen immer wieder anzupassen. Zudem zeigte sich in den Untersuchungen, dass (*Protest-)*Wissen sowie *Netzwerke* zentral für die erfolgreichen Strategieentwicklungen waren. Die Anwältin von Merhad Ghezelbash hatte nicht nur einen befreundeten Anwalt einer Amsterdamer Menschenrechtskanzlei (und dieser wiederum seinen Kollegen), sondern auch die Kommission für strategische Prozessführung des niederländischen Flüchtlingswerks für die Erarbeitung ihrer Stellungnahme hinzugezogen (Kapitel 3.5). Die erarbeitete Argumentation bildete die Grundlage für die erfolgreiche Verschiebung in der Rechtsprechung (hierzu mehr im Unterkapitel 4.2.3.5) Die Aktivist:innen des Bündnis gegen Abschiebungen Osnabrück luden 2014 unter anderem Engagierte aus der Umweltbewegung ein, um mehr über Blockaden und Versammlungsrecht zu erfahren. Einige Mitglieder von No Lager trugen dieses Wissen 2017 schließlich weiter in eine Unterkunft am Ickerweg, wodurch dort weitere Abschiebungen verhindert werden konnten (siehe Kapitel 3.4). Bei den

bisher genannten Aspekten handelt es sich im Sinne der Systematik der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (2014: 49-50) um organisatorische und diskursive Ressourcen. Schließlich zeigte sich, dass auch durch die *Gespalteneheit der Kontrahent:innen* beeinflusst wurde, inwiefern sich Akteur:innen mit Positionen und Praktiken, die die Hegemonie der Grenze infrage stellen, durchsetzen konnten: Im Fall der Osnabrücker Abschiebeverhinderungen verfolgten beziehungsweise befolgten verschiedene (lokale) staatliche Akteur:innen unterschiedliche Interessen oder Anweisungen (siehe Kapitel 3.3 (Hinger et al. 2018: 170)). In den Auseinandersetzungen im Fall Ghezelbash, in denen die zentrale Verschiebung in der Rechtsprechung des EuGH erzielt wurde, sprachen sich die unterschiedlichen Regierungsvertreter:innen zwar gegen die umfassende Geltung subjektiver Rechte aus, begründeten diese Ablehnung jedoch unterschiedlich und vertraten keine einheitliche Position (siehe Kapitel 3.5). Dies trug maßgeblich zum Erfolg der Abschiebeverhinderungen beziehungsweise der Durchsetzung subjektiver Rechte bei.

Durch die bereits erwähnten strategischen Handlungen verschiedener Akteur:innen, die sich gegen Abschiebungen wandten, ergaben sich teils kaum merkliche und mitunter fragile, teils sichtbare und nachhaltige Verschiebungen im hegemonialen Gefüge. Im Folgenden gehe ich beispielhaft auf fünf Aspekte ein, die verdeutlichen, inwiefern die untersuchten Auseinandersetzungen um Abschiebungen auf unterschiedlichen Ebenen zu Transformationen führten.

4.2.3.1 Politisierung und politisches Engagement

In der Analyse der qualitativen Interviews zeigte sich, dass eine Reihe von Akteur:innen in Auseinandersetzungen politisiert wurde. Aus hegemonietheoretischer Sicht kann dies als Verschiebung im Alltagsverstand interpretiert werden: Den Politisierten erscheint die Grenze nicht mehr als den gesellschaftlichen Verhältnissen entrücktes Phänomen, sondern als Quelle des von ihnen wahrgenommenen Problems. Ausschlaggebend hierfür ist die oben bereits angesprochene Dissonanz, die sich aus der für viele überraschenden Abweichung zwischen impliziten Erwartungen und der Erfahrung einer bevorstehenden Abschiebung einer:s Mitschüler:in oder Nachhilfeschüler:in ergab. Am prägnantesten wurde dies im Interview mit Nina deutlich, die in Osnabrück 2013 begonnen hatte, einige Geflüchteten beim Deutschlernen zu unterstützen. Sie beschrieb, dass sie derart erschüttert davon war, dass einer der Geflüchteten schon beim ersten Treffen einen Brief mit einer Abschiebedrohung dabei hatte, dass sie sich über die Dublin-Verordnung informierte und beschloss aktiv zu werden (siehe Kapitel 3.3 (Hinger et al. 2018: 166)). Indem die Subjekte diese Dissonanz in Bezug zu weiteren politischen Regelungen und

gesellschaftlichen Themen setzen, kann ein Wunsch nach über den Fall hinausgehenden politischen Veränderungen entstehen (siehe hierzu Schwenken & Schwiertz 2021: 173-174). Bei vielen der in die Auseinandersetzungen Involvierten führte dies zu einem längerfristigen Engagement gegen Abschiebungen und das europäische Migrations- und Grenzregime insgesamt. In mehreren Interviews mit Personen, die selbst von Abschiebung bedroht waren, wurde deutlich, dass die Verhinderung der eigenen Abschiebung ihnen erleichterte, sich lautstark gegen Abschiebungen generell auszusprechen. Auf meine Frage, ob sie selbst nach der positiven Entscheidung der Härtefallkommission noch in weitere Proteste gegen Abschiebungen involviert war, antwortete Adriana: „Oh ja, da ging es erst richtig los. Also davor war ich auch ab und zu auf einer Demo, aber ich hatte immer Angst, kontrolliert zu werden oder sowas. Oder eigentlich meine Meinung so laut zu schreien.“ Sie fügte lachend hinzu: „Und als ich dieses Dokument hatte [...], habe ich mich richtig geäußert. Und dann ging es eigentlich los mit den ganzen politischen Aktivitäten.“ (Interview D1_2)

Im Interview mit Adriana und einer ihrer Mitschüler:innen schilderten beide, dass sie insbesondere nach der positiven Entscheidung der Hamburger Härtefallkommission ihren Protest mit weiteren Protesten gegen Abschiebungen in Hamburg verknüpften. Etwa als sie im Rahmen einer Preisverleihung für ihr Engagement – es wurden Projekte ausgezeichnet, die gegen Ausgrenzung eintreten – ihre Dankesrede im Hamburger Rathaus dafür nutzten, auf die weiterhin bestehenden politischen Regelungen zu verweisen, die dieses Engagement erst nötig gemacht hatten. Dabei spannten sie auch den Bogen zur Situation im Mittelmeer und den tödlichen Folgen der europäischen Ausgrenzungspolitik (Interview D1_2+3+4). Auch für Wazir, der im Sommer 2014 nach der Verhinderung seiner Abschiebung eine Rede hielt, war klar, dass es bei den Mobilisierungen um viel mehr als ‚nur‘ die Verhinderung seiner eigenen unmittelbaren Abschiebung ging: „Das ist unser Kampf um Bleiberecht, unsere Rechte, und ein menschenwürdiges Leben.“ (Interview D5_11+12, Übersetzung M.K.). Drei Jahre später formulierten die Bewohner:innen der Osnabrücker Sammelunterkunft, in der 2017 mehrere Abschiebungen verhindert worden waren, ihre Forderungen in einem Aufruf zu einer Demonstration, wie bereits im Einstieg zu diesem Rahmenpapier erwähnt, wie folgt: „Wir wollen keine Angst vor Abschiebung haben müssen! Wir wollen gleiche Rechte für alle!“ Damit stellten sie die tief verankerte Hegemonie der Grenze explizit und öffentlich infrage. Diese Position, die die Aktivist:innen mit Tausenden anderen auf der „We’ll come United“ Parade 2017 in Berlin vertraten, blieb trotz der massiven Mobilisierungen der letzten Jahre bisher gesamtgesellschaftlich marginal. Auf dem politisch-institutionellen Terrain findet sie weiterhin kaum Resonanz. Dies lässt

sich zum Teil auch dadurch erklären, dass die tief verankerte Hegemonie der Grenze im politisch-institutionellen Terrain eingeschrieben ist und dessen Zugangsbedingungen durchzieht: Nicht-Staatsangehörige sind fast vollständig von politischen Entscheidungsfindungen ausgeschlossen.

4.2.3.2 Dekonstruktion der subjektivierenden Effekte von Grenzen und Aufbruch der Isolation

„[Sie] ist eine von uns, die zu etwas anderem gemacht wird“ (Pressematerial D1, 28.01.2013). So brachte es eine Mitschülerin Adrianas gegenüber einer Lokalzeitung auf den Punkt und verwies damit auf das ansonsten meist als Effekt der tief verankerten Hegemonie der Grenze verunsichtbarte konstitutive Verhältnis zwischen Grenze und Subjektivierung. Sie benennt damit den Prozess des „Othering“⁶⁰ der durch Praktiken hegemonialer Grenzziehung erfolgt: Diese Grenzziehung macht Personen, die als „illegale Migrant:innen“ eingestuft werden, erst durch eben diese Klassifizierung zu den gesellschaftlich Anderen. Während die tief verankerte Hegemonie der Grenze zumeist durch die unhinterfragte Akzeptanz der durch Grenzen produzierten Subjektpositionen – und damit der migrationspolitischen Trennung zwischen „uns“ und „ihnen“ (Anderson 2013) – reproduziert wird, zeigte sich in zahlreichen Interviews, dass die Gesprächspartner:innen eben diese Kategorisierungen explizit zurückwiesen und als sozial konstruiert markierten. Innerhalb der postmigrantisch geprägten Hamburger Schulklasse war eine solche Position deshalb leicht artikulierbar, weil Adriana bis zu ihrem ‚Coming Out‘ (zur Bedeutung von Coming Outs für die Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in der USA siehe Schwiertz 2019: 160-172), dass sie von Abschiebung betroffen war, nicht als ‚Anderere‘ in Erscheinung getreten war. Die implizite Infragestellung der Hegemonie der Grenze erfolgte insofern durch die eigensinnige Anwesenheit Adrianas und ihr nach außen hin leicht erscheinendes und selbstverständliches Teilhaben am gesellschaftlichen Leben. Die durch die Abschiebeaufforderung postulierte Differenz widersprach der konkreten alltäglichen Erfahrung der Schüler:innen und die staatliche Grenzziehung blieb insofern prekär, als sie sich nicht auf Zustimmung stützen konnte. Auf die Ambivalenz dieser besonderen Bedeutung sozialer Beziehungen für die Verhinderung von Abschiebungen, die auch für andere Proteste gegen Abschiebungen festgestellt wurde (Rosenberger & Winkler 2013 und 2014), verweist Ibrahim Kanalan (2015): „Die Gefahr ist [...], dass nur jene, die diese Unterstützung, Solidarität und mediale Aufmerksamkeit erfahren, vor einer Abschiebung geschützt werden können. Wer nicht gut vernetzt ist und nicht genügend Unterstützung bekommt, ist auch nicht sichtbar [...]“.

⁶⁰ Der Begriff wurde von Gayatri Spivak (1985) und Edward Said (2009) geprägt. Er bezeichnet soziale Zuschreibungspraxen, mit denen „das Normale“ erzeugt und von „dem Anderen“ abgegrenzt wird.

Dass auch auf diesen Umstand strategisch reagiert werden kann, zeigten wiederum die Abschiebeverhinderungen in Osnabrück. Ein gezieltes Aufbrechen der staatlich forcierten Isolation von Asylsuchenden, welches quasi eine strukturelle Voraussetzung für die beständige Reproduktion der Hegemonie der Grenze angesichts andauernder eigensinniger Migration ist, war für die Auseinandersetzungen in Osnabrück zentral, wie in Kapitel 3.3 ausführlich diskutiert wird. Die tief verankerte Hegemonie wurde in den alltäglichen Praktiken dadurch infrage gestellt, dass zahlreiche Beteiligte mit und ohne Aufenthaltsstatus sich anders zueinander in Beziehung setzten als die hegemoniale Grenzziehung vorsieht. Die hierdurch veränderten „Beziehungsweisen“ (Adamczak 2017) sind nicht lediglich als Mittel zum Zweck der Abschiebeverhinderung oder der fernen grenzenlosen Gesellschaft zu verstehen, sondern als prekäre Realisierung des utopischen Ziels einer Gesellschaft der Vielen im Hier und Jetzt⁶¹.

Durch die kollektive Organisierung konnte auch die aus der strategischen Nutzung des rechtlichen Rahmens resultierende individualisierende Wirkung überwunden werden. Zwar waren sowohl die Verhinderungen 2014/2015 als auch die Blockaden von 2017 von einer sorgfältigen Einzelfallarbeit begleitet (Artikel 3: 178; Artikel 4: 358), durch die sichergestellt werden sollte, dass die Betroffenen eine Verlängerung der Überstellungsfrist durch das BAMF verhindern können. Die mit dieser Einzelfallarbeit einhergehende Vereinzelung wurde durch die kollektive Form der Organisierung aber zumindest zeitweise aufgehoben.

4.2.3.3 Diskursive Verschiebungen

Wie in der Untersuchung der Abschiebeverhinderungen durch das Bündnis gegen Abschiebungen in Osnabrück deutlich wurde, gelang es den Aktivist:innen nicht nur, zahlreiche Abschiebungen zu verhindern, sondern dabei auch diskursive Verschiebungen zu erzeugen, die die Hegemonie der Grenze explizit angreifen. Hierbei spielten insbesondere einige No Lager Aktivist:innen ohne und mit sicherem Aufenthaltsstatus eine zentrale Rolle als „kleine Intellektuelle“. So gelang es ihnen zum einen durch den intensiven Austausch innerhalb des äußerst diversen Bündnisses auch andere Beteiligte davon zu überzeugen, dass Dublin-Abschiebungen nicht nur dann verhindert werden sollten, wenn die Betroffenen etwa nach Italien und damit in die Obdachlosigkeit abgeschoben werden sollen. Stattdessen setzte sich im Bündnis die von No Lager artikuliert Auffassung durch, dass der ausschlaggebende Punkt sein müsse, wo eine Person selbst leben wolle. Zum anderen wurde nach außen immer wieder die politische Unsichtbarkeit, zu der Nicht-Staatsbürger:innen verdammt sind, umgekehrt, indem die Betroffenen für

⁶¹ Vor dem Hintergrund der durch Grenzen produzierten materiellen Ungleichheit ist dies ein nicht unbedingt konfliktfreies Unterfangen.

sich selbst sprachen. Diese Praktiken brechen insofern mit der tief verankerten Hegemonie der Grenze, als sie die Betroffenen als Subjekte mit eigenen Wünschen und Lebensvorstellungen sichtbar machen und ihr Anliegen, über den Ort ihrer Asylantragsstellung selbst zu bestimmen, über die staatliche Verwaltung von Migration stellen. Die beschriebenen diskursiven Verschiebungen waren räumlich und zeitlich begrenzt. Für die Festigung diskursiver Verschiebungen scheint es mit Blick auf die Hamburger Fallstudie zuträglich, wenn immer wieder ähnliche Auseinandersetzungen geführt und von Aktivist:innen, Journalist:innen und anderen miteinander verknüpft und Ausgangspunkt politischer Forderungen werden.

In meinen Untersuchungen zu den Mobilisierungen gegen die Abschiebung von Adriana wurde zudem deutlich, dass diese bereits an einen veränderten lokalen Diskurs anknüpften. Immer wieder wurde in den Interviews der Fall der Abiturientin Kate Amayo, die 2010 nach Ghana abgeschoben werden sollte, als zentrales Moment genannt. Eine der beiden wichtigsten Lokalzeitungen hatten sich mit einer Kampagne für das Bleiberecht von Kate eingesetzt und damit die Etablierung dieser Art von Protest unterstützt⁶². Abschiebungen von Schüler:innen werden in Hamburg seither bis in konservative Kreise hinein als problematisch bewertet. Damit setzte sich die zuvor alles andere als hegemoniale Überzeugung durch, dass Jugendliche, die seit längerem in Deutschland leben, ein Recht darauf haben sollten, vor Abschiebung geschützt zu sein⁶³. Hierin liegt eine Verschiebung zur zuvor hegemonialen Annahme der Unzuständigkeit für das Schicksal dieser Jugendlichen als Nicht-Staatsangehörige.

Dass sich Aktionen gegen Abschiebungen längerfristig in öffentliche Diskurse einschreiben und damit auch die Ausgangsbedingungen für weitere Auseinandersetzungen verändern, legen die Ergebnisse der Medienanalyse nah. Diese zeigt, dass der im Vergleich zu Österreich ohnehin stärkere Anteil an explizit politischen Forderungen von Protesten gegen Abschiebungen in Deutschland im untersuchten Zeitraum (1993-2013) zunahm: Während der Anteil an Protestereignissen, die sich gegen Abschiebungen generell richteten, in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums bei 9,2% lag, ging er auf 18,8% in der zweiten Hälfte hoch. Der Anteil an Protestereignissen, in denen ein generelles Bleiberecht gefordert wurde, stieg von 2,5% auf 10,2% (Kapitel 3.2 (Rosenberger et al. 2017: 270)). Die Beobachtungen in Osnabrück legen nah, dass diese Prägung nicht automatisch erfolgt, sondern als Ergebnis konkreter Organisationsleistung in diesen Auseinandersetzungen verstanden werden muss.

⁶² <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/lokaljournalismus/151518/praxis-kate-amayo>

⁶³ Diese Auffassung war divers in Bezug auf die Frage, inwiefern dieses Anrecht von bestimmten Vorbedingungen abhängt, wie etwa die weiter unten genannten Positionen von Innenminister Vahldiek und Schönemann sowie der damaligen Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zeigen.

Eine solche Organisationsleistung war, wie ich in Kapitel 3.5 gezeigt habe, auch in den Auseinandersetzungen um subjektive Rechte von zentraler Bedeutung dafür, eine Verschiebung im rechtlichen Diskurs zu erzeugen, welche schließlich, wie ich unten abschließend diskutiere, zu einer veränderten Rechtsprechung führte.

4.2.3.4 Gesetzesreformen auf nationaler Ebene

An verschiedenen Punkten meiner Forschung wurde deutlich, dass zivilgesellschaftliche Konflikte um Abschiebungen immer wieder auf das politisch-institutionelle Terrain verlagert werden. Durch die Verlagerung verändert sich, welche Akteur:innen in diesen Auseinandersetzungen sprachfähig sind und ursprünglich starke Forderungen werden mitunter marginalisiert. So zu beobachten war es etwa in Debatten um die Einführungen einer Bleiberechtsregelung für Jugendliche (§ 25a AufenthG). Eine solche Regelung war zuvor auf lokaler Ebene – die zahlreichen Protesten gegen die Abschiebung Hamburger Schüler:innen sind nur ein Beispiel hierfür – sowie durch bundesweite Mobilisierungen von Akteur:innen wie Jugendliche ohne Grenzen (JoG) und PRO ASYL gefordert worden. Mit vielzähligen Aktionen sprachen sich überall in Deutschland über Jahre hinweg Menschen für ein generelles Bleiberecht für langjährig Geduldete aus (Kanalán 2015). Im November 2010 brachte der damalige Hamburger Innensenator Heino Vahldieck (CDU) gemeinsam mit seinem niedersächsischen Amtskollegen Uwe Schünemann (CDU), der für seine ansonsten rigorosen Positionen in Asyl- und Abschiebefragen regelmäßig kritisiert wurde, einen ersten Vorschlag in die Innenministerkonferenz ein. Dieser unterschied sich stark vom bedingungslosen Bleiberecht wie es JoG kontinuierlich gefordert hatte: Gut integrierten Jugendlichen, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben und eine Prognose bezüglich eines Schulabschlusses haben, sollten einen eigenständigen Aufenthaltstitel beantragen können⁶⁴. Wenig später legte Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) einen deutlich weitreichenderen Gegenentwurf vor: ein eigenständiges Aufenthaltsrecht solle Kindern unabhängig von ihren Eltern nach einer Aufenthaltsdauer von maximal drei Jahren gewährt und nur in Ausnahmefällen verwehrt werden. Die Entscheidung müsse unabhängig von schulischen Leistungen sein, denn betroffene Kinder und Jugendliche bräuchten Rechtssicherheit, um sich entwickeln zu können⁶⁵. Letztlich setzte sich die CDU mit ihrem Vorschlag weitgehend durch. Im November 2010 auf der Innenministerkonferenz in

⁶⁴ <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107885470/Justizministerin-provoziert-Innenminister.html>

⁶⁵ <https://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article107885501/Leutheusser-Schnarrenberger-Kinder-nicht-abschieben.html>

Hamburg beschlossen trat im Juli 2011 erstmals ein stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für gut integrierte Jugendliche, die sich mindestens sechs Jahren⁶⁶ in Deutschland aufgehalten hatten, in Kraft (siehe auch Kapitel 3.1 (Kirchhoff & Lorenz 2018: 57)). Das Aufgreifen der Bleiberechtsforderung von konservativen Akteur:innen muss m.E. in seiner Ambivalenz betrachtet werden: Es stellt sowohl einen Erfolg der jahrelangen und an vielen Orten in Deutschland stattfindenden Mobilisierungen gegen Abschiebungen von Schüler:innen dar als auch einen Versuch, diesen Widerstand gegen Abschiebungen hegemonial einzubinden und regierbar zu machen. Zudem kann die konkrete Durchsetzung nur vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskurse zu Migration und Fachkräftemangel und erstarkten Leistungsdiskursen verstanden werden. In jedem Falle ist die verabschiedete Bleiberechtsregelung als Transformation in der konkreten historischen Formation der Hegemonie der Grenze zu verstehen, die sich auf die folgenden Möglichkeiten, Abschiebungen individuell zu umgehen, auswirkt.

4.2.3.5 Veränderte europäische Rechtsprechung

Überall in Europa fanden in den letzten Jahren Auseinandersetzungen um Dublin-Überstellungen statt, häufig weniger sichtbar als diejenigen in Osnabrück. Eine Vielzahl dieser Auseinandersetzungen wurden auf das Terrain des Rechts verlagert. Betroffene versuchten, unterstützt durch Anwält:innen und NGOs, ihr Recht, (vorläufig) bleiben zu können, gerichtlich durchzusetzen. Im Gegensatz zu einer expliziten Infragestellung der tief verankerten Hegemonie der Grenze wurde der hinter dieser Einforderung von Grundrechten im Rechtsstaat stehende gesamtgesellschaftliche Konflikt in den von mir in Kapitel 3.5 analysierten juristischen Auseinandersetzungen aus dem Diskurs verdrängt⁶⁷. Dennoch kam es immer wieder zu bedeutenden Verschiebungen in der Rechtsprechung, welche die Situation der Betroffenen verbesserten und die Ausgangsbedingungen für weitere Auseinandersetzungen um Abschiebungen verschoben⁶⁸. Die in den Fällen Ghezelbash, Karim, Mengesteab und Shiri durch Rechtsanwält:innen und andere, zum Teil mit der Unterstützung von NGOs, durchgesetzten Veränderungen in der Rechtsauffassung stellen m.E. eine bedeutende Verschiebung im hegemonialen Gefüge des europäischen Grenzregimes dar. Obwohl Dublin-Überstellungen insgesamt und mit ihnen die tief verankerte Hegemonie der Grenze, der sie aufrufen, in diesen Auseinandersetzungen weitge-

⁶⁶ Die Aufenthaltsdauer wurde 2015 auf vier Jahre reduziert (vgl. AufenthG in der Fassung vom 24.10.2015).

⁶⁷ Diese Ausblendung dürfte wie oben dargelegt auch in anderen juristischen Auseinandersetzungen zu beobachten sein.

⁶⁸ Siehe hierzu auch Meyerhöfer et al. (2014).

hend unhinterfragt bleiben, „werden sie in diesem Rechtsdiskurs [...] mit den Rechten der Anderen konfrontiert und von diesen durchlöchert“ (Buckel 2013: 318). Dieser Zugewinn an Rechten ist vor dem Hintergrund (neo-)kolonialer Ausschlüsse, die das europäische Migrations- und Grenzregime beständig produziert, ein kleiner, aber wichtiger Erfolg.

Mit den EuGH-Urteilen Mengesteab und Shiri wurde im Jahr 2017 die Position, dass nicht nur Mitgliedsstaaten, sondern auch Asylsuchende selbst umfassend auf die Einhaltung der in der Dublin-Verordnung festgelegten Kriterien bestehen können und dass dies eben explizit auch die vorgesehenen Fristen umfasst, auf dem Terrain des Rechts hegemonial. Dies wirkt sich auf folgende Auseinandersetzungen aus: Dass sich Personen im Zweifelsfall vor Gericht auf den Zuständigkeitsübergang berufen können, sichert die strukturellen Ausgangsbedingungen, die wie in den Kapiteln 3.3 und 3.4 gezeigt für den unmittelbaren Erfolg der Proteste in Osnabrück zentral waren, ab. Dies stabilisiert das Kräfteverhältnis zugunsten derjenigen, die Dublin-Abschiebungen insgesamt infrage stellen. Zugleich beeinflussten die Urteile die Auseinandersetzungen um eine Dublin-Reform auf dem politisch institutionellen Terrain: Im Februar 2017 legte das Parlament eine Reihe von Änderungsvorschlägen zu Dublin IV vor. Diese umfassten unter anderem den Vorschlag, die im Kommissionsentwurf von 2016 vorgesehenen Beschränkungen der Reichweite von Rechtsbehelfen zu streichen (Europäisches Parlament 2017: Änderungsantrag 157). Ähnlich argumentierte im Mai 2017 der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und verwies dabei auf „die Einhaltung [...] der einschlägigen Rechtsprechung“ (Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten 2017: Änderungsantrag 6). Im Fall Shiri übernahm der EuGH schließlich den in allen vorherigen Verfahren durch die Beschwerdeführenden vorgebrachten Verweis auf Art. 47 der Grundrechtscharta und unterstrich so, dass der Rechtsschutz nicht einfach durch politische Reformen des europäischen Asylrechts beschnitten werden kann. Sollte es Akteur:innen des konservativen Hegemonieprojekts⁶⁹ gelingen, in Aushandlungen auf dem politisch-institutionellen Terrain auf EU-Ebene – beispielsweise im Rahmen des „Neuen Pakts für Migration und Asyl“ – dennoch etwaige Änderungen durchzusetzen, ist davon auszugehen, dass es zu zahlreichen Auseinandersetzungen auf dem Terrain des Europäischen Rechts kommen wird (vgl. die Ankündigung von Pro Asyl et al. 2018). Es liegt nahe, dass sich auf dem Terrain des Rechts – anders als auf dem politisch-institutionellen Terrain – auch in Zukunft solche Akteur:innen durchsetzen könnten, die sich auf ein umfassendes Verständnis der Geltung von Grundrechten berufen, da das Recht sich gemäß seiner Eigenlogik dem unmittelbaren Zugriff politischer Entscheidungen entzieht.

⁶⁹ Für eine Definition des Begriffs siehe Fußnote 20 in Kapitel 3.5 sowie Buckel et al. 2014: 44-53.

5 Schlussbetrachtungen

Den Ausgangspunkt der in dieser Arbeit untersuchten Auseinandersetzungen bilden eigensinnige Praktiken des Kommens und Bleibens. Abschiebungen verstehe ich als den Versuch staatlicher Akteur:innen, das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes zu reproduzieren. Hierbei treffen Akteur:innen, die Abschiebungen durchsetzen wollen, auf solche, die sich ihrer eigenen Abschiebung verwehren und zahlreiche weitere Personen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen an ihre Seite stellen. Es kommt zu Kämpfen um Abschiebungen und das Recht zu Bleiben.

In meiner kumulativen Dissertation habe ich – zum Teil gemeinsam mit meinen wechselnden Ko-Autor:innen Sophie Hinger, David Lorenz, Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken, Ricarda Wiese und Nina Merhaut – Auseinandersetzungen um Abschiebungen beziehungsweise die Ergebnisse solcher Auseinandersetzungen auf verschiedenen Ebenen und Terrains untersucht: lokale zivilgesellschaftliche Kämpfe um Abschiebungen, juristische Auseinandersetzungen vor dem EuGH sowie politisch-institutionelle Entwicklungen im bundesdeutschen Aufenthaltsrecht. Aus der Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse zeigt sich, dass diese Auseinandersetzungen um Abschiebungen einerseits durch hegemoniale Strukturen beeinflusst werden: Etwa durch bestehende aufenthaltsrechtliche Regelungen werden vor allem solche Modi der Konfliktlösung privilegiert, die einer Reproduktion von Grenzen nicht im Wege stehen. Andererseits muss das hegemoniale Gefüge des Migrations- und Grenzregimes in eben diesen Auseinandersetzungen durch die Praktiken der beteiligten Akteur:innen produziert werden, wodurch sich immer wieder Verschiebungen ergeben können. Diese kleineren und größeren Transformationen im hegemonialen Gefüge verändern in unterschiedlichem Ausmaß die Ausgangssituation für folgende Auseinandersetzungen.

Im Folgenden reflektiere ich den wissenschaftlichen Beitrag dieser kumulativen Dissertation, indem ich die gewonnenen Erkenntnisse in verschiedene Forschungsfelder einordne und Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen identifiziere.

5.1 Wissenschaftlicher Beitrag

Meine Arbeit verortet sich sowohl in gesellschaftstheoretischen Debatten als auch in der empirischen Forschung zu Kämpfen um Migration im Allgemeinen und Auseinandersetzungen um Abschiebung im Speziellen. Diese unterschiedlichen Verortungen ergeben sich zum einen aus den verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten der Artikel und zum anderen durch die Wahl

der verschiedenen Publikationsorte und damit einhergehenden Einbettung in entsprechende wissenschaftliche Diskurse.

Mit den Artikeln des Kumulus trage ich *erstens* zur Forschung zur Umstrittenheit von Abschiebungen bei (vgl. Ellermann 2009; Anderson et al. 2011; Patler & Gonzales 2015; Kukovetz 2017; Küffner 2019; Rosenberger et al. 2018). Kapitel 3.2 bedient sich einer klassischen Perspektive sozialer Bewegungsforschung und leistet mit dem Länder- und Zeitvergleich auf Grundlage einer Medienanalyse einen Beitrag zur ansonsten stark qualitativ und auf einzelne Fallstudien geprägten empirischen Forschung zu Abschiebungen. Ich erweitere dieses Forschungsfeld insbesondere mit den später verfassten Teilen des Kumulus um einen Forschungsansatz, der die Subjektkategorien, die Auseinandersetzungen um Abschiebungen zugrunde liegen, stärker als andere Arbeiten als Resultat von Macht- und Herrschaftsverhältnissen selbst hinterfragt. In diesem Sinne trage ich zu einer „Entmigrantisierung der Migrationsforschung“ (Bojadžijev & Römhild 2014) beziehungsweise der sozialen Bewegungsforschung zu Abschiebungen bei. Dabei nehme ich nicht nur „die Gegenseite“ in den Blick wie etwa Antje Ellermann (2009) in ihrer zentralen Arbeit „States against migrants“, sondern bin in der Lage, Auseinandersetzungen um Abschiebungen nuancierter zu analysieren. Aus einer materialistischen Grenzregimeperspektive können die Praktiken vielfältiger Akteur:innen in der Analyse berücksichtigt und als von Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt verstanden werden. Daraus ergibt sich, wie ich insbesondere in Kapitel 3.6 darstelle, ein differenziertes Bild der Ergebnisse solcher Auseinandersetzungen, welche nicht als Dualismus zwischen Inklusion und Exklusion, sondern im Sinne einer „differentiellen Inklusion“ (Mezzadra & Neilson 2008) verstanden werden können. Indem ich differentielle Inklusion nicht als einseitiges Ergebnis eigensinniger „acts of citizenship“ (Isin 2008) verstehe, sondern als Ergebnis von Auseinandersetzungen begreife, trage ich zudem zu Diskussionen um Citizenship bei (Isin 2009; Isin 2012; Ataç et al. 2016; Schwiertz & Schwenken 2020; Walters et al. 2021: 77).

Die materialistische Grenzregime-Perspektive eignet sich dabei m.E. nicht nur für die Analyse von Kämpfen um Abschiebungen, sondern für die Untersuchung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Migration insgesamt. Damit leistet meine Arbeit, *zweitens*, einen Beitrag zur Migrationsforschung insofern sie die Weiterentwicklung von Migrations- und Grenzregimen aus Perspektive der Migration begreift. Die meisten Arbeiten in diesem Feld beschäftigen sich mit der umstrittenen Migrationskontrollpolitik an staatlichen Außengrenzen und eigensinnigen Praktiken der Migration (für neuere Arbeiten siehe etwa Hess et al. 2017; Hameršak et al. 2020). Im Gegensatz hierzu rückt in meiner Arbeit durch den Fokus auf diejenigen, die schon

längst da sind und den Zustand der Abschiebbarkeit beenden wollen, die Bedeutung von Kämpfen um Aufenthalts- und Bleiberechte und damit Fragen der Legalisierung stärker in den Blick (siehe auch Laubenthal 2007; Schwiertz 2019; Küffner 2019). Somit werden insbesondere Praktiken betrachtet, die Migrations- und Grenzregime nicht eigensinnig unterlaufen (Papadopoulos et al. 2008), sondern innerhalb dieser Regime eigensinnig handeln (Benz & Schwenken 2005). Während das eigensinnige Verfolgen von Zielen mitunter dazu führen kann, dass kollektive Mobilisierung angesichts der individualisierenden Logik des Migrations- und Grenzbeziehungsweise Asylregimes ausbleiben (Müller 2010: 206; Küffner 2019: 219-220), zeigte sich in den von mir untersuchten Fallstudien, dass kollektive Organisation nicht notwendiger Weise im Widerspruch zur strategischen Nutzung bereits institutionalisierter individueller Möglichkeiten stehen muss, ein Bleiberecht durchzusetzen. Durch die hegemonietheoretische Fundierung der materialistischen Grenzregimeanalyse geraten Stabilität und Instabilitäten in den Fokus, die sich aus den Auseinandersetzungen und der konkreten Organisationsleistungen von Akteur:innen ergeben.

Mit diesen Erkenntnissen fügt sich meine Arbeit, *drittens*, in die Reihe staats- und hegemonietheoretischer Arbeiten ein. Mit meinen empirischen Untersuchungen und theoretischen Überlegungen schließe ich an hegemonietheoretische Überlegungen im Anschluss an Gramsci (Ludwig 2011, Buckel 2013, Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa 2014; Georgi 2016a; Opratko 2018, Simon 2018) an. Während die Mitglieder der Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa bisher vor allem Auseinandersetzungen um Hegemonie auf dem politisch-institutionellen und dem Terrain des Rechts beziehungsweise Kämpfe um staatliche Politik untersucht haben, habe ich meinen Blick insbesondere auf Auseinandersetzungen auf dem Terrain der Zivilgesellschaft gerichtet. Dabei spüre ich der Reproduktion und Transformation von Hegemonie in alltäglichen Praktiken innerhalb dieser Auseinandersetzungen nach und öffne den Blick für solche Verschiebungen im hegemonialen Gefüge, die sich zwar (noch) nicht in staatlichen Entscheidungen wie Gesetzesreformen oder Urteilen verdichten, für ein materialistisches Verständnis des Zustandekommens solcher struktureller Verschiebungen aber zentral sind. Zugleich betrachte ich die Desartikulation möglicher Verallgemeinerungen gegen-hegemonialer Positionen. Indem ich Migration als konstitutiv für Auseinandersetzungen um Hegemonie verstehe, trage ich auch zu einer „Migrantisierung der Gesellschaftsforschung“ (Bojadžijev & Römhild 2014) bei.

Viertens verortet sich die Arbeit insbesondere durch den Artikel zu juristischen Auseinandersetzungen um subjektive Rechte an der Schnittstelle zwischen Rechts- und Sozialwissenschaften und ist als Plädoyer zu verstehen, diese beiden Disziplinen weniger getrennt voneinander zu behandeln und die Verwobenheit von Politik und Recht zu beleuchten (für einen Überblick

über entsprechende sozial- und rechtswissenschaftliche Ansätze siehe Buckel & Fischer-Lescano 2007: 85-87). Wie ich in Kapitel 3.5 am Beispiel der Auseinandersetzungen um subjektive Rechte vor dem EuGH zeige, ist Rechtsauslegung kein neutraler und technischer Vorgang, sondern ein umkämpfter Prozess. Damit trage ich dazu bei, materialistische Analysen rechtlicher Auseinandersetzungen (Buckel 2013; Vestena 2019; Pichl 2020) zu stärken. Diese weisen einen wesentlichen Effekt der Eigenlogik des Rechts – die Tatsache, dass rechtliche Auseinandersetzungen dem Bereich des Politischen entzogen werden – zurück. Entsprechende Arbeiten können zu einer „gesellschaftliche[n] Aneignung des Rechts“ beitragen, „um aktivierende Subjektivierungsweisen, die aus Projekten alternativer Lebensweisen hervorgehen, institutionell abzusichern“ (Buckel 2008b: 128).

5.2 Leerstellen der Arbeit und Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen

Die in diesem Rahmenpapier weiterentwickelte analytische Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse habe ich auf eine Reihe von Artikeln erst nachträglich angewandt. Zum Zeitpunkt, als im Rahmen des Forschungsprojekts „Taking Sides“ ein Großteil der Datenerhebung erfolgte, war mir noch nicht klar, dass ich eine kumulative Dissertation aus einer materialistischen Grenzregimeperspektive verfassen würde. In zukünftigen Forschungsprojekten sollte diese Forschungsperspektive in das Forschungsdesign und die Methoden der Datenerhebung zu einem früheren Zeitpunkt der Projektentwicklung einbezogen werden. Dass sich hierfür ein Methodenmix anbietet, wurde durch die Re-Lektüre deutlich. Diese könnten systematischer aufeinander abgestimmt sein. Aus meiner Sicht bietet es sich an, bei der Untersuchung lokaler Auseinandersetzungen um Abschiebungen und Migration etwa eine Protestereignisanalyse auf Grundlage von Lokalzeitungen durchzuführen, um so hegemoniale Verschiebungen im öffentlichen Diskurs nachvollziehbar machen zu können. Hierfür würde sich eine qualitative Inhaltsanalyse anbieten, was freilich nur für einen kürzeren Zeitraum zu bewerkstelligen wäre. Zudem müssten in entsprechenden Forschungsvorhaben verstärkt die Perspektiven weiterer in die Auseinandersetzungen involvierter Akteur:innen (wie Beamt:innen aus Ausländerbehörden, Polizist:innen, Innenminister:innen oder Regierungsvertreter:innen) einbezogen werden (siehe Eule et al. 2020).

Zudem dürfte es fruchtbar sein, die Diskussion um die Reproduktion der tief verankerten Hegemonie der Grenze und Transformationen im hegemonialen Gefüge im Kontext von Ausei-

nersetzungen im Migrations- und Grenzregime fortzusetzen. Dabei gilt es m.E., Reproduktion und Transformation nicht als Gegensätze zu verstehen, sondern die ambivalenten Prozesse von Auseinandersetzungen um Migration auf dem zivilgesellschaftlichen, politisch-institutionellen und rechtlichen Terrain in den Blick zu nehmen. Die tief verankerte Hegemonie der Grenze wird in diesen Auseinandersetzungen unter anderem dadurch reproduziert, dass sich Akteur:innen auf bestehende Strukturen beziehen, um ihre Projekte der Legalisierung und Anerkennung zu verwirklichen (zu diesem Dilemma siehe auch King 2016). Wie gezeigt, entstehen aus diesen Kämpfen zugleich immer wieder Verschiebungen im hegemonialen Gefüge. Dieser Spannung gilt es in künftigen Arbeiten weiter nachzuspüren.

5.3 Fazit

Ebenso wie die Vorstellung, dass Staaten die Einreise von Personen vollständig kontrollieren können, erweist sich auch die Vorstellung, dass staatliche Akteur:innen allein bestimmen, wer abgeschoben wird und wer bleibt, als Fiktion, wie die vorliegende Arbeit mit Blick auf Auseinandersetzungen um Abschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland unterstreicht. Menschen überqueren Grenzen und bleiben; das geschieht eigensinnig ohne staatliche Autorisierung.

Abschiebungen sind umstritten. Der Versuch staatlicher Bevölkerungskontrolle kollidiert wiederholt mit dem Wunsch der Betroffenen, sich und ihren Nächsten ein besseres Leben zu ermöglichen, als es ihnen in den Staaten möglich erscheint, in die eine Abschiebung droht. Die Betroffenen leben zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland. Immer wieder setzen sich daher ihre Nachbar:innen, Mitschüler:innen, Freund:innen, Kolleg:innen und andere dafür ein, dass die von Abschiebung Bedrohten dort, wo sie sind, bleiben können. Ein Gefühl der Unzuständigkeit für das Schicksal von Nicht-Staatsangehörigen lässt sich angesichts dieser vielfältigen sozialen Beziehungen regelmäßig nicht aufrechterhalten. Zudem erscheint es in der postmigrantischen Gesellschaft, in der Migration als Normalität anerkannt wird (Hill & Yildiz 2018), auch Personen ohne direkte soziale Beziehungen zu Betroffenen absurd, dass junge Menschen abgeschoben werden sollen, die seit Jahren in Deutschland leben und nicht selten sogar hier geboren und aufgewachsen sind. Dies wird mitunter auch als Widerspruch zu hegemonialen Diskursen um den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel gesehen. Darüber hinaus gibt es Menschen, die sich über die Vorstellung empören, dass Betroffene in Kriegsgebiete

wie Afghanistan abgeschoben werden. Wieder andere lehnen die Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer Staatsbürger:innenschaft grundlegend ab und fordern gleiche Rechte für alle.

In den Auseinandersetzungen um Abschiebungen ringt eine Vielzahl verschiedener Akteur:innen – wenn auch mit ungleichen Machtpotentialen – darum, den Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen oder vorzuenthalten, (legal) in Deutschland zu bleiben. Akteur:innen, die Abschiebungen verhindern und den Aufenthalt konkreter Personen mittel- oder langfristig legalisieren wollen, bewegen sich dabei in einem Spannungsfeld: Um ihre unmittelbaren Ziele zu erreichen, lassen sie sich in konkreten Fällen auf die rechtlichen und politisch-institutionellen Logiken ein, die eben diese Probleme erst hervorbringen. Der Fokus auf den Einzelfall erscheint dabei notwendig, nicht nur um alle bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, sondern auch, um deutlich zu machen, dass hinter abstrakten Zahlen Menschen stehen. Die der Praxis z. T. zugrunde liegende grundlegende Kritik an Abschiebungen wird damit zugleich immer wieder desartikuliert und unsichtbar gemacht. „Das ist das, was mich immer genervt hat, dass man das immer so dargestellt hat: ‚macht Abi, tanzt‘,“ kritisierte Adriana die mediale Berichterstattung zu ihrer drohenden Abschiebung. Sie selbst ist der Meinung, „dass alle Menschen das Recht haben sollten [zu bleiben]“ (Interview D1_2).

Wie in dieser Arbeit deutlich wurde, kann es Akteur:innen gelingen, die mit der notwendigen Einzelfallarbeit einhergehende Partikularisierung durch kollektive Formen der Organisation zumindest teilweise aufzubrechen und Kämpfe gegen Abschiebungen miteinander zu verbinden. Mitunter können Verschiebungen im hegemonialen Gefüge des Migrations- und Grenzregimes erreicht und „die Möglichkeit einer Repolitisierung der Grenze eröffnet“ (Buckel 2018b: 442) werden. Darin, Grenzen gleichermaßen als Ergebnis historisch gewachsener Herrschaftsverhältnisse wie auch als Herrschaftstechnik sichtbar zu machen, mit der gesellschaftliche Zusammenhänge verschleiert und ungleiche Verhältnisse stabilisiert werden, liegt auch die Aufgabe von Forscher:innen, die sich mit Fragen von Migration und Gesellschaft beschäftigen.

Literatur

- Adamczak, Bini 2017: *Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende*, Berlin: Suhrkamp.
- Adebayo Alabi, Maik, Frauke Banse, Sabine Hess, Sunny Omwenkye & Effi Panagiotidis 2005: Für und wider des Konzeptes der Autonomie der Migration. Diskussion mit Kanak Attak und der Karawane, Interview geführt von Frauke Banse, in: interface (Hrsg.): *WiderstandsBewegungen. Antirassismus zwischen Alltag & Aktion*, Berlin: Assoziation A, 362–367.
- Adolphs, Stephan & Serhat Karakayalı 2007: Die Aktivierung der Subalternen – Gegenhegemonie und passive Revolution, in: Sonja Buckel & Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*, Baden-Baden: Nomos, 121–140.
- Almamy, Sylla & Susanne Schultz 2019: Mali: Abschiebungen als postkoloniale Praxis, in: *PERIPHERIE*, 39(156), 389–411.
- Alter, Karen 2006: Private Litigants and the New International Courts, in: *Comparative Political Studies*, 39(1), 22–49.
- Anderson, Bridget 2013: *Us and Them? The Dangerous Politics of Immigration Control*, Oxford: Oxford University Press.
- Anderson, Bridget, Matthew Gibney & Emanuela Paoletti 2011: Boundaries of belonging: deportation and the constitution and contestation of citizenship, in: *Citizenship Studies*, 15(5), 543–545.
- Anderson, Bridget, Matthew Gibney & Emanuela Paoletti 2011: Citizenship, deportation and the boundaries of belonging, in: *Citizenship Studies*, 15(5), 547–563.
- Anderson, Bridget, Matthew Gibney & Emanuela Paoletti 2013: Introduction, in: dies. (Hrsg.): *The Social, Political and Historical Contours of Deportation*, New York: Springer, 1–7.
- Anderson, Bridget, Nandita Sharma & Cynthia Wright 2010: Editorial: Why No Borders?, in: *Refuge*, 26(2), 5–18.
- Arendt, Hannah 1951: *The Origins of Totalitarianism*, New York: Schocken Books.
- Arendt, Hannah 1958: *The Human Condition*, Chicago: University of Chicago Press.
- Ataç, Ilker 2016: 'Refugee Protest Camp Vienna': making citizens through locations of the protest movement, in: *Citizenship Studies*, 20(5), 629–646.
- Ataç, Ilker, Stefanie Kron, Sarah Schilliger, Helge Schwiertz & Maurice Stierl 2015: Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(2), <https://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/01.ata%C3%A7,kron,schilliger,schwiertz,stierl--einleitung.html> [09.03.2021].
- Ataç, Ilker & Sieglinde Rosenberger 2013: Einleitung, in: Ilker Ataç & Sieglinde Rosenberger (Hrsg.): *Politik der Inklusion und Exklusion*, Wien: Vienna University Press, 9–17.
- Ataç, Ilker, Kim Rygiel & Maurice Stierl 2016: Introduction: The Contentious Politics of Refugee and Migrant Protest and Solidarity Movements: Remaking Citizenship from the Margins, in: *Citizenship Studies*, 20(5), 527–544.
- Augustín, Óscar & Martin Bak Jørgensen 2018: *Solidarity and the 'Refugee Crisis' in Europe*, New York: Palgrave Macmillan.
- Ausländerbeauftragte 2001: *Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten*, http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/149602/publicationFile/15184/migrationsbericht_2001.pdf [18.06.2016].
- Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten 2017: Stellungnahme, in: Europäisches Parlament (Hrsg.): *Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und*

- des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung) (A8-0345/2017), 130 – 147, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2017-0345_DE.pdf [12.03.2021].
- Avanti! e.V. 2005: *Bündnis gegen Abschiebung (1997–2005)*, Online presentation of a former initiative against deportations in Osnabrück, http://www.avantios.de/buendnis_gegen_abschiebung.htm [09.03.2021].
- Bade, Klaus & Jochen Oltmer 2004: *Normalfall Migration: Deutschland im 20. und frühen 21. Jahrhundert*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bade, Klaus & Jochen Oltmer 2005: *Die "Illegalen"*, Grundlagendossier Migration, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56468/illegale?p=all> [09.03.2021].
- Baden-Württemberg Flüchtlingsrat 2013: *"Winterabschiebestopp" in Baden-Württemberg: Humanität hat Vorrang?*, <http://fluechtlingsrat-bw.de/informationen-ansicht/winterabschiebestopp-jetzt-auch-in-baden-wuerttemberg.html> [01.08.2016].
- Bader, Dina & Johanna Probst 2018: Saving the Deportee: Actors and Strategies of Anti-deportation Protests in Switzerland, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 141–160.
- Bahl, Eva & Johannes Becker 2020: Global Processes of Flight and Migration, in: Eva Bahl & Johannes Becker (Hrsg.): *Global Processes of Flight and Migration / Globale Flucht- und Migrationsprozesse. The Explanatory Power of Case Studies / Die Erklärungskraft von Fallstudien*, Göttingen: Göttingen University Press, 9–21.
- Balibar, Étienne 2002: What is a Border?, in: Étienne Balibar (Hrsg.): *Politics and the Other Scene*, London: Verso, 75–86.
- Balibar, Étienne 2010: Kommunismus und Staats-Bürgerschaft. Überlegungen zur emanzipatorischen Politik, in: Alex Demirović, Stephan Adolphs & Serhat Karakayalı (Hrsg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden: Nomos, 19–33.
- Balibar, Étienne 2014: *Equaliberty: Political Essays*, Durham: Duke University Press.
- Bartels, Inken 2019: „Rückkehrbarkeit fördern“. Das Zusammenwirken von freiwilliger Rückkehr und Abschiebungen in Nordafrika, in: *PERIPHERIE*, 39(156), 343–368.
- Basok, Tanya & Guillermo Candiz 2020: Containing Mobile Citizenship: Changing Geopolitics and Its Impact on Solidarity Activism in Mexico, in: *Citizenship Studies*, 24(4), 474–492.
- Bayertz, Kurt 1998: *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bayertz, Kurt 1999: *Solidarity*, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers.
- Beauftragter der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2003: *Migrationsbericht 2003*, http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/149604/publication-File/15185/migrationsbericht_2003.pdf [12.07.2016].
- Benz, Martina & Helen Schwenken 2005: Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis, in: *PROKLA: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 35(3), 363–377.
- Berger, Almut 2007: Härtefallkommissionen nach § 23a AufenthG, in: Klaus Barwig, Stephan Beichel-Benedetti & Gisbert Brinkmann (Hrsg.): *Perspektivwechsel im Ausländerrecht? Rechtskonflikte im Spiegel politischer und gesellschaftlicher Umbrüche in Deutschland und Europa. 20 Jahre Hohenheimer Tagung zum Ausländerrecht*, Baden-Baden: Nomos, 520–525.

- Betscher, Silke 2019: „They come and build their careers upon our shit“ oder warum im 2014/15 nicht über Geflüchtete geforscht habe und sie dennoch maßgeblich zu meiner Forschung beitrugen. Reflexionen über strukturelle Hürden und Grenzen der Wissensproduktion, in: Margrit Kaufmann, Laura Otto, Sarah Nimführ & Dominik Schütte (Hrsg.): *Forschen und Arbeiten im Kontext von Flucht. Reflexionslücken, Repräsentations- und Ethikfragen*, Wiesbaden: Springer VS, 237–259.
- Bieling, Hans-Jürgen & Jochen Steinhilber 2000: Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration, in: dies. (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 102–130.
- Blee, Kathleen & Verta Taylor 2002: Semi-Structured Interviewing in Social Movement Research, in: Bert Klandermans & Suzanne Staggenborg (Hrsg.): *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 92–117.
- Bogumil, Jörg & Werner Jann 2009: *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland: Einführung in die Verwaltungswissenschaft.*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bojadžijev, Manuela 2008: *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bojadžijev, Manuela & Serhat Karakayalı 2007: Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode, in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript, 203–210.
- Bojadžijev, Manuela & Regina Römhild 2014: Was kommt nach dem „transnational turn“? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung, in: Labor Migration (Hrsg.): *Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung*, Berlin: Panama Verlag, 10–24.
- Borren, Marieke 2008: Towards an Arendtian politics of in/visibility: On stateless refugees and undocumented aliens, in: *Ethical Perspectives. Journal of the European Ethics Network*, 15(2), 213–237.
- Brand, Karl-Werner 1987: Zur politischen Kultur der neuen sozialen Bewegungen, in: Dirk Berg-Schlosser & Jakob Schissler (Hrsg.): *Politische Kultur in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 331–343.
- Brand, Ulrich 2004: *Hegemony and Spaces of Resistance. Neo-Gramsci, Neo-Poulantzas and an Outline of a Critical Theory of International Politics*, La Jiribilla, http://www.lajiribilla.co.cu/2004/n174_09/174_16.html [09.03.2021].
- Brand, Ulrich 2007: Gegen-Hegemonie, in: Ulrich Brand, Bettina Lösch & Stefan Thimmel (Hrsg.): *ABC der Alternativen*, Hamburg: VSA, 66–67.
- Brand, Ulrich 2008: Multiskalare Hegemonie. Zum Verhältnis von Führung, Herrschaft und Staat, in: Markus Wissen, Bernd Röttger & Susanne Heeg (Hrsg.): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 169–185.
- Brand, Ulrich 2011: Global Governance als ordnungspolitisches Konzept (zwischen-)staatlichen Regierens im globalisierten Kapitalismus – und alternative Vorstellungen, in: Alex Demirović & Heike Walk (Hrsg.): *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 257–278.
- Buckel, Sonja 2007: *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*, Velbrück: Weilerswist.
- Buckel, Sonja 2008: Feministische Erfolge im transnationalen Recht. Die juristische Aufarbeitung des japanischen Systems sexueller Sklaverei, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften*, 36, 54–75.
- Buckel, Sonja 2008: Zwischen Schutz und Maskerade – Kritik(en) des Rechts, in: Alex Demirović (Hrsg.): *Kritik und Materialität*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 110–131.

- Buckel, Sonja 2013: ‚Welcome to Europe‘ *Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts*, Bielefeld: transcript.
- Buckel, Sonja 2014: Historisch-materialistische Politikanalyse, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld: transcript, 22–43.
- Buckel, Sonja 2018a: Juridische Auseinandersetzungen um die europäische Seegrenze, in: Fachhochschule des BFI Wien Gesellschaft m.b.H. (Hrsg.): ‚Fragmentierte Hegemonie‘ *Die Europäische Union in der Krise* (Wirtschaft und Management. Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis Nr. 26), 49–65, https://www.fh-vie.ac.at/uploads/pages/forschung/SR-2018-26_Web.pdf.
- Buckel, Sonja 2018b: Winter is coming. Der Wiederaufbau des europäischen Grenzregimes nach dem ‚Sommer der Migration‘, in: *PROKLA: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48(3), 437–457.
- Buckel, Sonja & Andreas Fischer-Lescano 2007: Hegemonie im globalen Recht – Zur Aktualität der Gramscianischen Rechtstheorie, in: dies. (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*, Baden-Baden: Nomos, 85–104.
- Buckel, Sonja, Fabian Georgi, John Kannankulam & Jens Wissel 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld: transcript, 15–84.
- Buckel, Sonja, Fabian Georgi, John Kannankulam & Jens Wissel 2017: *The European Border Regime in Crisis: Theory, Methods and Analysis in Critical European Studies* (Studien 8/2017), Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_8-17_European_Border_Regime.pdf [09.03.2021].
- Buckel, Sonja & Jens Wissel 2009: Entgrenzung der europäischen Migrationskontrolle – Zur Produktion ex-territorialer Rechtsverhältnisse, in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.): *Demokratie in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden: Nomos, 385–404.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2013: *Das Bundesamt in Zahlen 2012*, https://fragenstaat.de/files/foi/14716/2013_bundesamt-in-zahlen-2012.pdf [18.07.2016].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014: *Das Bundesamt in Zahlen 2013*, <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2013.html> [12.10.2014].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016: *Das Bundesamt in Zahlen 2015*, <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.html> [12.07.2016].
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016: *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2014*, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2014.pdf?__blob=publicationFile [09.03.2021].
- Bundesministerium des Inneren 2016: *Häufig gestellte Fragen zum Thema: Ausländerrecht*, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/FAQs/DE/Themen/Migration/Auslaenderrecht/20.html> [15.07.2016].
- Bündnis gegen Abschiebungen 2014: *SMS-Verteiler gegen Abschiebungen*, <http://nola-geros.blogspot.eu/telefonkette-gegen-abschiebungen/> [27.09.2016].
- Carstensen, Anne, Lisa-Marie Heimeshoff, Jenny Jungehülsing, Maren Kirchhoff & Miriam Trzeciak, 2014: Forschende Aktivist_innen: eine Hinleitung, in: Lisa-Marie Heimeshoff, Sabine Hess, Stefanie Kron, Helen Schwenken & Miriam Trzeciak, (Hrsg.): *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*, Berlin: Assoziation A, 257–268.

- Castañeda, Heide 2010: Deportation Deferred. 'Illegality', Visibility, and Recognition in Contemporary Germany, in: Nicholas De Genova & Nathalie Peutz (Hrsg.): *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, Durham: Duke University Press, 245–261.
- CDU, CSU & SPD 2013: *Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag*, <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> [28.10.2016].
- Classen, Georg 2008: *Sozialleistungen für MigrantInnen und Flüchtlinge. Handbuch für die Praxis*, Karlsruhe: Von Loeper.
- Classen, Georg & Ibrahim Kanalan 2010: Verfassungsmäßigkeit des Asylbewerberleistungsgesetzes, in: *Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht* (6), 243–249.
- Cornelius, Wayne, Philip Martin & James Hollifield (Hrsg.) 1994: *Controlling Immigration. A Global Perspective*, Stanford: Stanford University Press.
- Coutin, Susan 2014: Deportation Studies: Origins, Themes and Directions, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(4), 671–681.
- Crenshaw, Kimberlé 2019: Das Zusammenwirken von Race und Gender ins Zentrum rücken: Eine Schwarze feministische Kritik des Antidiskriminierungsdogmas, der feministischen Theorie und antirassistischer Politiken, in: Natasha A. Kelly (Hrsg.): *Schwarzer Feminismus - Grundlagentexte*, Münster: Unrast, 143–184.
- Cuttitta, Paolo 2010: Das europäische Grenzregime: Dynamiken und Wechselwirkungen, in: Sabine Hess & Bernd Kasperek (Hrsg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin: Assoziation A, 23–40.
- D'Amato, Gianni & Helen Schwenken 2018: Protests Revisited: Political Configurations, Political Culture and Protest Impact, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer.
- Daphi, Priska 2016: Reaktionen auf Asylsuchende: Grenzen der Erklärungskraft von Wohlstand und Gruppengröße, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB)*, 28(2), 79–83.
- Daphi, Priska 2016: Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale "Willkommenskultur", in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 66(14-15), 35–39.
- Darling, Jonathan 2014: Asylum and the post-political: Domopolitics, depoliticisation and acts of citizenship, in: *Antipode*, 46(1), 72–91.
- De Genova, Nicholas 2002: Migrant 'Illegality' and Deportability in Everyday Life, in: *Annual Review of Anthropology*, 31, 419–447.
- De Genova, Nicholas 2013: Spectacles of migrant 'illegality': the scene of exclusion, the obscene of inclusion, in: *Ethnic and Racial Studies*, 36(7), 1180–1198.
- De Genova, Nicholas 2018: The "migrant crisis" as racial crisis: do Black Lives Matter in Europe?, in: *Ethnic and Racial Studies*, 41(10), 1765–1782.
- De Genova, Nicholas & Nathalie Peutz (Hrsg.) 2010: *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, Durham: Duke University Press.
- Der Spiegel 1982: *Ausländer: "Das Volk hat es satt"*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14348246.html> [09.03.2021].
- Der Spiegel 1990: *Asyl. Letztes Paradies*, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13501091.html> [09.03.2021].
- Der Spiegel 2019: *Umstrittenes Melderegister Indische Regierung erklärt Hunderttausende Menschen für illegal*, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/indien-hunderttausenden-muslimen-in-assam-droht-abschiebung-a-1284620.html> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2015: *Abschiebungen im Jahr 2015. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 18/7588), <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/075/1807588.pdf> [09.03.2021].

- Deutscher Bundestag 2015: *Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz. Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD* (Drucksache 18/6815), <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/061/1806185.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2015: *Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand 30. Juni 2015. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 18/5862), <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/058/1805862.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2016: *Abschiebungen im ersten Halbjahr 2016. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 18/9360), <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/093/1809360.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2017: *Abschiebungen im Jahr 2016. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 18/11112), <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/111/1811112.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2019: *Abschiebungen und Ausreisen im ersten Halbjahr 2019. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 19/12240), <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/122/1912240.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2020: *Abschiebungen und Ausreisen 2019. Antwort der Bundesregierung* (Drucksache 19/18201), <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/182/1918201.pdf> [09.03.2021].
- Deutscher Bundestag 2020: *Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Halbjahr 2020. Kleine Anfrage* (Drucksache 19/21327), <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/213/1921327.pdf> [09.03.2021].
- Die Zeit 2012: *Asylkompromiss von 1992. Lichterketten und SPD-Asylanten*, <https://www.zeit.de/2012/49/Debatte-Grundrecht-Asyl-1992/komplettansicht> [09.03.2021].
- Dokumentationsstelle ARI 2020: *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. Dokumentation 1993 bis 2019 Heft I + II + III + IV*, https://www.ari-dok.org/uploads/mini_cms/publications/GESAMT-DOKU_27a_Auflage.pdf [09.03.2021].
- Dolezal, Martin & Swen Hutter 2007: Konsensdemokratie unter Druck? Politischer Protest in Österreich, 1975–2005, in: *Austrian Journal of Political Science*, 36(3), 337–352.
- Doppler, Lisa 2015: “A feeling of doing the right thing”. Forming a successful alliance against dublin-deportations, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(2), <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/12.doppler--successful-alliance-against-dublin-deportations.html> [07.03.2021].
- Drotbohm, Heike 2014: The Reversal of Migratory Family Lives: A Cape Verdean Perspective on Gender and Sociality pre- and post-deportation, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(4), 653–670.
- Ellermann, Antje 2009: *States against Migrants: Deportation in Germany and the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Ellermann, Antje 2010: Undocumented Migrants and Resistance in the Liberal State, in: *Politics & Society*, 38(3), 408–429.
- Ellermann, Antje 2014: The Rule of Law and the Right to Stay: The Moral Claims of Undocumented Migrants, in: *Politics & Society*, 42(3), 293–308.
- Etzioni, Amitai 1970: *Demonstration Democracy*, New York: Gordon & Beach.
- Eule, Tobias 2017: The (Surprising?) Nonchalance of Migration Control Agents, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 44(2), 1–16.
- Eule, Tobias, Lisa Borrelli, Annika Lindberg & Anna Wyss 2020: *Hinter der Grenze, vor dem Gesetz. Eine Ethnografie des europäischen Migrationsregimes*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Europäisches Parlament 2017: Entwurf einer legislativen Entschließung des europäischen Parlaments, in: Europäisches Parlament: *Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des*

- Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung)* (A8-0345/2017), 5–121, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-8-2017-0345_DE.pdf [12.03.2021].
- Fekete, Liz 2005: The deportation machine: Europe, asylum and human rights, in: *Race & Class*, 47(1), 64–78.
- Fisser, Dirk 2014: *Die Lager sind voll*, Neue Osnabrücker Zeitung, https://www.wisonet.de/document/NOZ__2058943 [09.03.2021].
- Forgacs, David 2000: *A Gramsci Reader*, New York: New York University Press.
- Foroutan, Naika 2015: *Unity in Diversity: Integration in a Post-Migrant Society*, Kurzdossier: Zuwanderung, Flucht und Asyl: Aktuelle Themen, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/205290/integration-in-a-post-migrant-society> [09.03.2021].
- Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.) 2014: *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel 1978: *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*, Berlin: Merve.
- Freedman, Jane 2009: Mobilising against detention and deportation: Collective actions against the detention and deportation of 'failed' asylum seekers in France, in: *French Politics*, 7(3), 342–358.
- Freedman, Jane 2011: The Réseau Education Sans Frontières: reframing the campaign against the deportation of migrants, in: *Citizenship Studies*, 15(5), 613–626.
- Friedrich, Sebastian 2015: *Konflikt statt Konsens: Gegen einen Kompromiss zwischen Rassismus und "Willkommenskultur"*, <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=362> [09.03.2021].
- Geiger, Martin & Vera Hanewinkel 2014: Politik der Arbeitsmigration, in: Paul Gans (Hrsg.): *Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration*, Hannover: ARL, 162–179.
- Geiger, Martin & Antoine Pécoud 2010: The Politics of International Migration Management, in: Martin Geiger & Antoine Pécoud (Hrsg.): *The Politics of International Migration Management*, London: Palgrave Macmillan, 1–20.
- Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender 2010: *Arbeitshilfe: Zur Umsetzung des § 25a AufenthG-Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende*, http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/redaktion/Dokumente/GGUA25a.pdf [19.07.2016].
- Georgi, Fabian 2016a: Widersprüche im langen Sommer der Migration, in: *PROKLA: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 46(2), 183–203.
- Georgi, Fabian 2016b: *Zur politischen Ökonomie von Migrationsregimen. Die Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1951–2015*, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin.
- Georgi, Fabian 2015: *Was ist linke Migrationspolitik? Warum globale Bewegungsfreiheit ethisch geboten und strategisch notwendig ist*, Zeitschrift Luxemburg, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-linke-migrationspolitik/> [11.03.2021].
- Georgi, Fabian 2019: Towards Fortress Capitalism. The Restrictive Transformation of Migration and Border Regimes as a Reaction to the Capitalist Multi-Crisis, in: *Canadian Review of Sociology*, 56(4).
- Gibney, Matthew 2008: Asylum and the Expansion of Deportation in the United Kingdom, in: *Government and Opposition*, 43(2), 146–167.
- Gibney, Matthew & Randall Hansen 2003: *Deportation and the liberal state: the forcible return of asylum seekers and unlawful migrants in Canada, Germany and the United Kingdom*

- (Working Paper Nr. 77), UNHCR, <http://www.unhcr.org/research/working/3e59de764/deportation-liberal-state-forcible-return-asylum-seekers-unlawful-migrants.html> [09.03.2021].
- Gibney, Matthew & Randall Hansen 2005: *Immigration and asylum from 1900 to the present*, Santa Barbara: ABC clio.
- Giddens, Anthony 1992: *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Gill, Nick 2014: *Nothing Personal? Geographies of Governing and Activism in the British Asylum System*, Chichester: Wiley-Blackwell.
- Glaser, Barney & Anselm Strauss 1967: *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, New York: Aldine Publishing Company.
- Gläser, Jochen & Grit Laudel 2010: *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- glokal e.V. 2012: *Mit kolonialen Grüßen... Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassistisch kritisch betrachtet*, <https://www.glokal.org/publikationen/mit-kolonialen-gruessen/> [12.11.2016].
- Golash-Boza, Tanya 2015: *Deported: Immigration Policing, Disposable Labour, and Global Capitalism*, New York: New York University Press.
- Golash-Boza, Tanya & Yajaira Navarro 2019: Reintegration nach Abschiebung. Erfahrungen von aus den USA abgeschobenen Dominikanern und Brasilianern, in: *PERIPHERIE*, 39(156), 369–388.
- Goodwin, Jeffrey & James Jasper 2004: *Rethinking social movements. Structure, meaning and emotion*, Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Goodwin, Jeffrey, James Jasper & Francesca Poletta 2001: *Passionate politics: Emotions and social movements*, Chicago: University of Chicago Press.
- Gould, Deborah 2015: *Becoming coalitional: Motion, emotion, and the political*, Keynote address for “the politics of emotion” symposium of the Institute for Humanities Research at Arizona State University in Tempe, <https://vimeo.com/129596160> [09.03.2021].
- Gramsci, Antonio 1991ff.: *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, hrsg. v. Klaus Bochmann & Wolfgang Fritz Haug, Hamburg: Argument.
- Gruber, Oliver 2010: Politisierte Zuflucht. Asyl im Brennpunkt politischer Öffentlichkeitsarbeit, in: Sieglinde Rosenberger (Hrsg.): *Asylpolitik in Österreich. Unterbringung im Fokus*, Wien: Facultas, 62–82.
- Guigni, Marco & Florence Passy 2001: *Political Altruism? Solidarity Movements in International Perspective*, Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Häberlen, Joachim & Russel Spinney 2014: Introduction, in: *Contemporary European History*, 23(4), 489–503.
- Hadj Abdou, Leila & Sieglinde Rosenberger 2019: Contesting the Deportation State? Political Change Aspirations in Protests against Forced Returns., in: *Ethnic and Racial Studies*, 42(16), 102–119.
- Hajek, Katharina & Benjamin Opratko 2013: Subjektivierung als Krisenbearbeitung: feministische und neogramscianische Perspektiven auf die gegenwärtige europäische Krisenpolitik, in: *Femina Politica*, 22(1), 44–56.
- Hameršak, Marijana, Sabine Hess, Marc Speer & Marta Stojić Mitrović 2020: The Forging of the Balkan Route. Contextualizing the Border Regime in the EU Periphery, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 5(1), <http://movements-journal.org/issues/08.balkanroute/01.hamersak,hess,stojic-mitrovic,speer--the-forging-of-the-balkan-route.html>.
- Hasselberg, Ines 2014: Balancing Legitimacy, Exceptionality and Accountability: On Foreign-national Offender’s Reluctance to Engage in Anti-deportation Campaigns in UK, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(4), 1–17.

- Hasselberg, Ines 2016: *Enduring uncertainty. Deportation, punishment and everyday life*, New York: Berghahn.
- Heck, Gerda 2008: *Illegale Einwanderung: Eine umkämpfte Konstruktion in Deutschland und den USA*, Münster: Unrast.
- Hennessy, Maria 2013: *The Dublin System and the Right to an Effective Remedy– The case of C-394/12 Abdullahi*, European Database of Asylum Law, <https://www.asylumlawdatabase.eu/en/journal/dublin-system-and-right-effective-remedy%E2%80%93case-c-39412-abdullahi> [09.03.2021].
- Herbert, Ulrich 2001: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Hess, Sabine, Lisa-Marie Heimeshoff, Stefanie Kron, Helen Schwenken & Miriam Trzeciak 2014: Einleitung, in: Lisa-Marie Heimeshoff, Sabine Hess, Stefanie Kron, Helen Schwenken & Miriam Trzeciak (Hrsg.): *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*, Berlin: Assoziation A, 9–39.
- Hess, Sabine & Serhat Karakayalı 2007: New Governance oder die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement, in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript, 39–55.
- Hess, Sabine & Serhat Karakayalı 2017: Fluchtlinien der Migration. Grenzen als soziale Verhältnisse, in: Sabine Hess, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Mathias Rodatz, Maria Schwertl & Simon Sontowski (Hrsg.): *Grenzregime III. Der lange Sommer der Migration*, Berlin: Assoziation A, 25–37.
- Hess, Sabine & Bernd Kasperek (Hrsg.) 2010: *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin: Assoziation A.
- Hess, Sabine, Bernd Kasperek & Maria Schwertl 2018: Regime ist nicht Regime ist nicht Regime. Zum theoriepolitischen Einsatz der ethnografischen (Grenz-)Regimeanalyse, in: Andreas Pott, Christoph Rass & Frank Wolff (Hrsg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, Wiesbaden: Springer VS, 257–284.
- Hill, Marc & Erol Yildiz 2018: *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*, Bielefeld: transcript.
- Hinger, Sophie & Maren Kirchhoff 2019: Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebungen in Osnabrück (2014–2017), in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB)*, 32(3), 350–363.
- Hinger, Sophie, Maren Kirchhoff & Ricarda Wiese 2018: “We belong together!” Collective Anti-deportation Protests in Osnabrück, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 163–184.
- Hofmann, Rainer 2007: Einiges über Instrumente zur Vermeidung von Kettenduldungen im neuen Recht, in: Klaus Barwig, Stephan Beichel-Benedetti & Gisbert Brinkmann (Hrsg.): *Perspektivwechsel im Ausländerrecht? Rechtskonflikte im Spiegel politischer und gesellschaftlicher Umbrüche in Deutschland und Europa. 20 Jahre Hohenheimer Tagung zum Ausländerrecht*, Baden-Baden: Nomos, 514–519.
- Hutter, Swen & Simon Teune 2012: Deutschlands Protestprofil im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 62(25-26), 9–17.
- Hutter, Swen & Simon Teune 2012: *Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel*, Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/apuz/138276/deutschlands-protestprofil-im-wandel?p=all> [09.03.2021].
- Innenministerkonferenz 2016: *Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder. Aufgaben und Arbeitsweise*, <http://www.innenministerkonferenz.de/IMK/DE/aufgaben/aufgaben-node.html> [12.10.2016].

- IOM Deutschland 2014: *Bericht über die Programme zur Unterstützung freiwilliger Rückkehr der Internationalen Organisation für Migration Deutschland*, http://germany.iom.int/sites/default/files/REAG/AVR_Report_2013.pdf [29.05.2016].
- Isin, Egin 2008: Theorizing acts of citizenship, in: Egin Isin & Greg Nielsen (Hrsg.): *Acts of citizenship*, London: Zed Books, 15–43.
- Isin, Egin 2009: Citizenship in flux: The figure of the activist citizen, in: *Subjectivity*, 29(1), 367–388.
- Isin, Egin 2012: *Citizens without Frontiers*, New York: Bloomsbury.
- Isin, Egin & Greg Nielsen (Hrsg.) 2008: *Acts of citizenship*, London: Zed Books.
- Jafari, Jawed 2019: Unterwegs zwischen Afghanistan und Europa: Von Abschiebung zu Abschiebung, in: *PERIPHERIE*, 39(156), 459–466.
- Jakob, Christian 2016: *Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern*, Berlin: Christoph Links Verlag.
- Jasper, James 1997: *The art of moral protest. Culture, biography, and creativity in social movements*, Chicago: University of Chicago Press.
- Jasper, James 1998: The Emotions of Protest: Affective and reactive Emotions in and around Social Movements, in: *Sociological Forum*, 13(3), 397–424.
- Jessop, Bob 1985: *Nicos Poulantzas: Marxist theory and political strategy*, New York: Palgrave.
- Jessop, Bob 1990: *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*, Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob 1993: Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy, in: *Studies in Political Economy*, 40(1), 7–39.
- Jessop, Bob 1999: The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas, in: *Journal of the Hellenic Diaspora*, 25(1–2), 41–77.
- Jessop, Bob 2001: Die geschlechtsspezifische Selektivität, in: Eva Kreisky, Sabine Lang & Birgit Sauer (Hrsg.): *EU. Geschlecht. Staat.*, Wien: Facultas, 55–85.
- Johnston, Hank 2011: *States and Social Movements*, New York: John Wiley & Sons.
- Kalir, Barak 2019: Departheid. The Draconian Governance of Illegalized Migrants in Western States, 5(1), 19–40, <https://www.berghahnjournals.com/view/journals/conflict-and-society/5/1/arcs050102.xml>.
- Kalir, Barak & Lieke Wissink 2016: The deportation continuum: convergences between state agents and NGO workers in the Dutch deportation field, in: *Citizenship Studies*, 20(1), 34–49.
- Kanalan, Ibrahim 2015: Jugendliche ohne Grenzen. Zehn Jahre Proteste und Kämpfe von geflüchteten Jugendlichen – Creating Utopia?, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(2), <https://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/10.kanalan--jugendliche-ohne-grenzen.html> [09.03.2021].
- Kannankulam, John 2014: Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. Die Asyldebatte als Schlüsselereignis des schwerfälligen Wandels vom Gastarbeitsregime hin zur Managed Migration, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld: transcript, 93–112.
- Kanström, Daniel 2007: *Deportation Nation. Outsiders in American History*, Cambridge: Harvard University Press.
- Karakayalı, Serhat 2008: *Gespenster der Migration: Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland*, Bielefeld: transcript.
- Karakayalı, Serhat 2014: Solidarität mit den Anderen, in: Anne Broden & Paul Mecheril (Hrsg.): *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage*, Bielefeld: transcript, 111–125.

- Karakayalı, Serhat 2019: The Welcomers: How Volunteers Frame Their Commitment for Refugees, in: Margit Feischmidt, Ludger Pries & Celine Cantat (Hrsg.): *Refugee Protection and Civil Society in Europe*, New York: Springer International Publishing, 221–241.
- Karakayalı, Serhat & Vassilis Tsianos 2005: Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration, in: *PERIPHERIE*, 24(97-98), 35–64.
- Karakayalı, Serhat & Vassilis Tsianos 2007: Movements that Matter. Eine Einleitung, in: TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hrsg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript, 7–17.
- Karapın, Roger 2011: Opportunity/Threat Spirals in the U.S. Women's Suffrage and German Anti-Immigration Movements, in: *Mobilization: An International Quarterly*, 16(1), 65–80.
- Kasperek, Bernd & Sabine Hess 2010: Perspektiven kritischer Migrations- und Grenzregimeforschung, in: Sabine Hess & Bernd Kasperek (Hrsg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin: Assoziation A, 7–22.
- Kaufmann, Margrit, Laura Otto, Sarah Nimführ & Dominik Schütte (Hrsg.) 2019: *Forschen und Arbeiten im Kontext von Flucht. Reflexionslücken, Repräsentations- und Ethikfragen*, korrigierte Publikation 2020, Wiesbaden: Springer VS.
- Keohane, Robert 1983: The Demand for International Regimes, in: Stephen Krasner (Hrsg.): *International Regimes*, Ithaca: Cornell University Press, 141–172.
- Keohane, Robert & Joseph Nye Jr. (Hrsg.) 1972: *Transnational Relations and World Politics*, Cambridge: Harvard University Press.
- Keßler, Stefan 2014: Erreichen des Klassenziels gefährdet. Zur (Nicht-)Umsetzung der Rückführungsrichtlinie in Deutschland, in: *Asylmagazin*, 12, 416–420.
- Khosravi, Shahram (Hrsg.) 2017: *After deportation. Ethnographic Perspectives*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- King, Natasha 2016: *No Borders: The Politics of Immigration Control and Resistance*, London: Zed Books.
- Kirchhoff, Maren 2017: Vor und nach dem Willkommen. Zur Geschichte und Aktualität von Protesten gegen Abschiebungen, in: Torsten Bultmann & Thomas Sablowski (Hrsg.): *Krise der EU. Kontroversen – Perspektiven – linke Alternativen*, Marburg: BdWi-Verlag, 50–52.
- Kirchhoff, Maren 2020: Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship, in: *Citizenship Studies*, 24(4), 568–586.
- Kirchhoff, Maren & David Lorenz 2018: Between illegalization, toleration, and recognition: Contested asylum and deportation policies in Germany, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 49–68.
- Kirchhoff, Maren, Johanna Probst, Helen Schwenken & Verena Stern 2018: Worth the Effort: Protesting Successfully Against Deportations, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 117–140.
- Kirchhoff, Maren, Susanne Schultz & Helen Schwenken 2019: PERIPHERIE-Stichwort: Abschiebungen, in: *PERIPHERIE*, 39(156), 467–469.
- Klandermans, Bert 2015: Motivation to Action, in: Donnatella Della Porta (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford: Oxford University Press, 219–230.
- kmii, no one is illegal 2017: *Manifesto*, <https://noii2017.wordpress.com/portfolio/manifesto-english/> [26.06.2017].
- Koehler, Ulrich 2018: *Praxiskommentar zum Europäischen Asylzuständigkeitssystem*, Berlin: Verlag Österreich.
- Koopmanns, Ruud 1997: Dynamics of Mobilization: The German Extreme Right in the 1990s, in: *Mobilization: An International Quarterly*, 2(2), 149–164.

- Koopmanns, Ruud & Dieter Rucht 2002: Protest Event Analysis, in: Bert Klandermans & Suzanne Staggenborg (Hrsg.): *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 231–259.
- Koopmanns, Ruud, Paul Statham, Marco Giugni & Florence Passy 2005: *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Köster-Eisenfunke, Anke, Clemens Reichhold & Helge Schwiertz 2014: Citizenship im Werden. Rechte, Habitus und Acts of Citizenship im Spiegel antirassistischer und migrantischer Kämpfe, in: Lisa-Marie Heimeshoff, Sabine Hess, Stefanie Kron, Helen Schwenken & Miriam Trzeciak (Hrsg.): *Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven*, Berlin: Assoziation A, 177–196.
- Krasner, Stephen 1982: Regimes and the Limits of Realism: Regimes as Autonomous Variables, in: *International Organization*, 36(2), 497–510.
- Krause, Ulrike 2021: Colonial roots of the 1951 Refugee Convention and its effects on the global refugee regime, in: *Journal of International Relations and Development*, <https://link.springer.com/content/pdf/10.1057/s41268-020-00205-9.pdf> [12.03.2021].
- Kreienbrink, Axel 2007: *Voluntary and Forced Return of Third Country Nationals from Germany*, Research Study 2006 in the framework of the European Migration Network, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/reports/docs/emn-studies/return-migration/4a_de_emn_ncp_return_country_study_final_may2007en_version_en.pdf [03.08.2016].
- Kriesi, Hanspeter, Ruud Koopmanns, Jan Duyvendak & Marco Giugni 1992: New social movements and political opportunities in Western Europe, in: *European Journal of Political Research*, 22(2), 219–244.
- Küffner, Carla 2019: *Un/doing deportation. Die Arbeit an der Ausreisepflicht*, unveröffentlichte Dissertation, Frankfurt a.M.
- Kukovetz, Brigitte 2017: *Irreguläre Leben. Handlungspraxen zwischen Abschiebung und Niederlassung*, Bielefeld: transcript.
- Laclau, Ernesto & Chantal Mouffe 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien: Passagen Verlag.
- Lahusen, Christian & Stephanie Schneider 2017: *Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems*, Bielefeld: transcript.
- Lamnek, Siegfried 2010: *Qualitative Sozialforschung*, Weinheim: Beltz.
- Laubenthal, Barbara 2007: *Der Kampf um Legalisierung*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Lecadet, Clara 2013: From Migrant Destitution to Self-Organization into Transitory National Communities. The Revival of Citizenship in Post-Deportation Experience in Northern Mali, in: Bridget Anderson, Matthew Gibney & Emanuela Paoletti (Hrsg.): *The Social, Political and Historical Contours of Deportation*, New York: Springer, 143–158.
- Leitner, Helga, Eric Sheppard & Kristin Sziarto 2008: The spatialities of contentious politics, in: *Transactions of the Institute of British Geographers*, 33(2), 157–172.
- Lewicki, Aleksandra 2016: Bürgerschaft in Europa. Grenzziehungen und soziale Bewegungen in der Einwanderungsgesellschaft, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB)*, 29(2), 3–12.
- Lorenz, David 2013: *Die Verhandlungen um Dublin III*, unveröffentlichte Magisterarbeit, Frankfurt a.M.
- Lorenz, David 2015: Von Dublin-Domino bis Kirchenasyl. Kämpfe um Dublin III, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(1), <https://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/12.lorenz--dublin-domino-kirchenasyl.html> [09.03.2021].

- Ludwig, Gundula 2007: *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Marcus, Georg 1995: Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography, in: *Annual Review of Anthropology*, 24(1), 95–117.
- Martin, Dirk & Jens Wissel 2018: Fragmentierte Hegemonie im Neoliberalismus, in: Fachhochschule des BFI Wien Gesellschaft m.b.H. (Hrsg.): „*Fragmentierte Hegemonie*“ *Die Europäische Union in der Krise* (Wirtschaft und Management. Schriftenreihe zur Wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Praxis Nr. 26), 15–33, https://www.fh-vie.ac.at/uploads/pages/forschung/SR-2018-26_Web.pdf.
- Mayntz, Renate 2009: Zur Selektivität der steuerungspolitischen Perspektive, in: Renate Mayntz (Hrsg.): *Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 29–40.
- McAdam, Doug & Ronelle Paulsen 1993: Specifying the Relationship Between Social Ties and Activism, in: *The American Journal of Sociology*, 99(3), 640–667.
- McAdam, Doug, Sidney Tarrow & Charles Tilly 2001: *Dynamics of Contention*, Cambridge: Cambridge University Press.
- McGregor, Joann 2011: Contestations and consequences of deportability: hunger strikes and the political agency of non-citizens, in: *Citizenship Studies*, 15(5), 597–611.
- McNevin, Anne 2013: Ambivalence and Citizenship: Theorising the Political Claims of Irregular Migrants, in: *Millennium: Journal of International Studies*, 41(2), 182–200.
- Menjívar, Cecilia & Daniel Kanstroom (Hrsg.) 2014: *Constructing Immigrant ‘Illegality’: Critiques, Experiences, and Responses*, New York: Cambridge University Press.
- Meuser, Michael & Ulrike Nagel 1994: Expertenwissen und Experteninterview, in: Ronald Hitzler, Anne Honer & Christoph Maeder (Hrsg.): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Komponente zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Katrin & Patricia Purtschert 2008: Migrationsmanagement und die Sicherheit der Bevölkerung, in: Patricia Purtschert, Katrin Mayer & Ives Winter (Hrsg.): *Gouvernementalität und Sicherheit. Zeitdiagnostische Beiträge im Anschluss an Foucault*, Bielefeld: transcript, 149–172.
- Meyer, Sarah & Sieglinde Rosenberger 2015: Just a Shadow? The Role of Radical Right Parties in the Politization of Immigration, in: *Politics & Governance*, 3(2), 1–17.
- Meyerhöfer, Andreas, Ulrich Hartl, David Lorenz, Sebastian Neumann & Adrian Oeser 2014: ‘Dublin II kippen!’ - Kämpfe um selbstbestimmte Migration in Europa, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hrsg.): *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld: transcript, 151–167.
- Mezzadra, Sandro 2004: *Citizenship in motion*, Generation online, <https://www.generation-online.org/t/mezzadra.htm> [04.03.2021].
- Mezzadra, Sandro 2010: Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick, in: *Grundrisse* (34), 22–29.
- Mezzadra, Sandro & Brett Neilson 2008: Border as method, or, the multiplication of labor, in: *borders, nations, translations* (6), <https://transversal.at/transversal/0608/mezzadra-neilson/en> [04.03.2021].
- Mezzadra, Sandro & Brett Neilson 2013: *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*, Durham: Duke University Press.
- Mokre, Monika 2015: *Solidarität als Übersetzung. Überlegungen zum Refugee Protest Camp Vienna*, Wien: transversal texts.
- Mokre, Monika 2018: “We demand our rights!” The refugee protest camp Vienna., in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 215–232.

- Monforte, Pierre & Pascale Dufour 2013: Comparing the protests of undocumented migrants beyond contexts: Collective actions as acts of emancipation, in: *European Political Science Review*, 5(1), 83–104.
- Morris, Lydia 2002: *Managing Migration. Civic Stratification and Migrants' Rights*, London: Routledge.
- Moulier-Boutang, Yann 1993: Interview mit Yann Moulier-Boutang, Paris, in: Materialien für einen neuen Antiimperialismus (Hrsg.): *Thesen zur Rassismusdebatte. Strategien der Unterwerfung. Strategien der Befreiung*, Berlin: Schwarze Risse, 29–55.
- Müller, Doreen 2010: *Flucht und Asyl in europäischen Migrationsregimen. Metamorphosen einer umkämpften Kategorie am Beispiel der EU, Deutschlands und Polens*, Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Neidhardt, Friedhelm & Dieter Rucht 2001: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950-1994: Ereignisse, Themen, Akteure, in: Dieter Rucht (Hrsg.): *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 27–70.
- Neue Osnabrücker Zeitung 2016: *Abgewiesene Asylbewerber bleiben: Ohne Abschiebungen schaffen wir das nicht*, <http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/669739/ohne-abschiebungen-schaffen-wir-das-nicht-1> [09.03.2021].
- NhärteKVO 2006: *Verordnung über die Härtefallkommission in Niedersachsen nach dem Aufenthaltsgesetz*, http://www.mi.niedersachsen.de/download/103919/Niedersaechsische_Haertefallkommissionsverordnung.pdf [09.03.2021].
- Nicholls, Walter 2013: *The DREAMers. How the undocumented youth movement transformed the immigrant rights debate*, Stanford: Stanford University Press.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 2014: *Pistorius: „Rückführungserlass ist wichtiger Schritt für mehr Menschlichkeit in der Niedersächsischen Ausländer- und Flüchtlingspolitik“*, http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=127958&_psmand=33 [01.08.2016].
- Nimführ, Sarah 2020: *Umkämpftes Recht zu bleiben. Zugehörigkeit, Mobilität und Kontrolle im EUropäischen Abschieberegime*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- No Lager Osnabrück 2014: *Rally against deportations. Call for demonstration.*, <https://www.nds-fluerat.org/13298/veranstaltungen/sa-26-04-2014-demonstration-gegen-abschiebungen-in-osnabrueck/> [09.03.2021].
- No Lager Osnabrück 2014: *Refugee Protests in Osnabrück – Deportations and Demonstrations. We are all human beings!*, <http://nolageros.blogspot.eu/files/2014/09/we-are-all-human-beings.pdf> [09.03.2021].
- Nowak, Peter 2016: *Von der Willkommens- zur Abschiebekultur*, Telepolis, <https://www.heise.de/tp/news/Von-der-Willkommens-zur-Abschiebekultur-3095379.html> [09.03.2021].
- Nyers, Peter 2003: Abject cosmopolitanism: The politics of protection in the anti-deportation movement, in: *Third World Quarterly*, 24(6), 1069–1093.
- Nyers, Peter 2010: Abject Cosmopolitanism: The politics of protection in the anti-deportation movement, in: Nicholas De Genova & Nathalie Peutz (Hrsg.): *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, Durham: Duke University Press, 413–441.
- Nyers, Peter 2010: No one is illegal between city and nation, in: *Studies in Social Justice*, 4(4), 127–143.
- Odugbesan, Abimbola & Helge Schwiertz 2018: “We Are Here to Stay” – Refugee Struggles in Germany Between Unity and Division, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 185–203.

- Oosterlynck, Stijn, Maarten Loopmans, Nick Schuermans, Joke Vandenabeele & Sami Zemni 2016: Putting flesh to the bone: looking for solidarity in diversity, here and now, in: *Ethnic and Racial Studies*, 39(5), 764–782.
- Opp, Karl-Dieter 2009: *Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary Introduction, Critique, and Synthesis*, London: Routledge.
- Opratko, Benjamin 2018: *Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Oswald, Melina 2012: *Das Bleiberecht: das Grundrecht auf Privat- und Familienleben als Schranke für Aufenthaltsbeendigungen*, Wien: Verlag Österreich.
- Oulios, Miltiadis 2013: *Blackbox Abschiebung: Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären*, Berlin: Suhrkamp.
- Oulios, Miltiadis 2015: *Blackbox Abschiebung. Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen Migrationspolitik*, erweiterte Neuausgabe, Berlin: Suhrkamp.
- Paoletti, Emanuela 2010: *Deportation, Non-Deportability and Ideas of Membership*. (RSC Working Paper Series Nr. 65), Refugee Studies Centre - University of Oxford, <https://www.rsc.ox.ac.uk/files/files-1/wp65-deportation-non-deportability-ideas-membership-2010.pdf>.
- Papadopoulos, Dimitris, Niamh Stephenson & Vassilis Tsianos 2008: *Escape Routes: Control and Subversion in the Twenty-First Century*, London: Pluto Press.
- Patler, Caitlin & Roberto Gonzales 2015: Framing Citizenship: Media Coverage of Anti-deportation Cases Led by Undocumented Immigrant Youth Organisations, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(9), 1453–1474.
- Pelzer, Marei 2018: Zuständigkeitsübergang wegen Ablaufs der Überstellungsfrist im Dublin-Verfahren - Anmerkung zum Urteil des EuGH vom 25.10.2017, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ)*, 37(1), 43–46.
- Pelzer, Marei 2020: *Die Rechtsstellung von Asylbewerbern im Asylzuständigkeitsystem der EU, Baden-Baden 2020*, Baden-Baden: Nomos.
- Peutz, Nathalie & Nicholas De Genova 2010: Introduction, in: Nicholas De Genova & Nathalie Peutz (Hrsg.): *The Deportation Regime: Sovereignty, Space, and the Freedom of Movement*, Durham: Duke University Press, 1–29.
- Pichl, Maximilian 2020: *Eine historisch-materialistische Rechtspolitikanalyse der Rechtsverfahren nach dem Sommer der Migration*, unveröffentlichte Dissertation, Kassel.
- Pieper, Tobias 2004: *Weder Gespenst noch autonom. Eine kritische Auseinandersetzung mit der "Autonomie der Migration"* (Nr. 485), ak - analyse & kritik, <https://archiv.labour-net.de/diskussion/wipo/migration/pieper.pdf> [12.12.2020].
- Pieper, Tobias 2008: *Die Gegenwart der Lager: zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Plöger, Andrea 2014: Die Proteste der Refugees. Eine Bewegung von den Rändern ins Zentrum Europas, in: *PROKLA: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 44(177), 585–600.
- Pott, Andreas, Christoph Rass & Frank Wolff 2018: Was ist ein Migrationsregime? Eine Einleitung, in: Andreas Pott, Christoph Rass & Frank Wolff (Hrsg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, Wiesbaden: Springer VS, 1–16.
- Pott, Andreas, Christoph Rass & Frank Wolff (Hrsg.) 2018: *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, Wiesbaden: Springer VS.
- Poulantzas, Nicos 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*, Hamburg: VSA.
- Poulantzas, Nicos 2008: The Political Crisis and the Crisis of the State, in: James Martin (Hrsg.): *The Poulantzas Reader, Marxism, Law, and the State*, London: Verso, 294–322.

- Pro Asyl 2010: *Hier geblieben! Anforderungen an eine neue Bleiberechtsregelung*, http://archiv.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/a_Startseite_und_Aktionsseiten/Startseite/2011/Anforderungen_neue_Bleiberechtsregelung_2011.pdf [18.06.2016].
- Pro Asyl 2014: *Nach EuGH und BGH-Urteil: Ende der Abschiebungshaft oder neues Inhaftierungsprogramm?*, <https://www.proasyl.de/news/bundestag-beschliesst-ausweitung-der-abschiebungshaft-und-bleiberechtsregelung/> [09.03.2021].
- Pro Asyl 2015: *Bundestag beschließt Ausweitung der Abschiebehaft und Bleiberechtsregelung.*, <https://www.proasyl.de/news/bundestag-beschliesst-ausweitung-der-abschiebungshaft-und-bleiberechtsregelung/> [09.03.2021].
- Pro Asyl 2018: *Für den Fortbestand des Zugangs zum individuellen Asylrecht in Europa*, <https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/Gemeinsames-Positionspapier-zur-Reform-des-GEAS-25-Januar-2017.pdf> [11.02.2021].
- Radziwinowiczówna, Agnieszka 2019: Suffering in Motion: Mobility Strategies of Mexicans Deported from the United States, in: *Apuntes: Revista de Ciencias Sociales*, 46(84), 65–93.
- Rass, Christoph & Frank Wolff 2018: What is a Migration Regime? Genealogical Approach and Methodological Proposal, in: Andreas Pott, Christoph Rass & Frank Wolff (Hrsg.): *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*, Wiesbaden: Springer VS, 19–64.
- Ratfisch, Phillipp 2015: Zwischen nützlichen und bedrohlichen Subjekten. Figuren der Migration im europäischen ‚Migrationsmanagement‘ am Beispiel des Stockholmer Programms, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(1), <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/07.ratfisch--nuetzliche-bedrohliche-subjekte-stockholm-migrationsmanagement.html> [11.03.2021].
- Riedner, Lisa 2018: *Arbeit! Wohnen! Urbane Auseinandersetzungen um EU-Migration – eine Untersuchung zwischen Wissenschaft und Aktivismus*, Münster: edition assemblage.
- Rosenberger, Sieglinde 2018: Political protest in asylum and deportation. An introduction, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 8–31.
- Rosenberger, Sieglinde, Nina Merhaut & Verena Stern (Hrsg.) 2018: *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer.
- Rosenberger, Sieglinde, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff & Nina Merhaut 2017: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013, in: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften*, 45(Special Issue 33), 257–283.
- Rosenberger, Sieglinde & Gilg Seeber 2011: Kritische Einstellungen: BürgerInnen zu Demokratie, Politik, Migration, in: Regina Polak (Hrsg.): *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich*, Wien: Böhlau, 165–186.
- Rosenberger, Sieglinde & Florian Trauner 2014: Abschiebungen – eine sozialwissenschaftliche Annäherung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 43(2), 141–150.
- Rosenberger, Sieglinde & Jakob Winkler 2013: Anti-Abschiebungsproteste: Mit Empathie gegen die Exklusion, in: Ilker Ataç & Sieglinde Rosenberger (Hrsg.): *Politik der Inklusion und Exklusion*, Göttingen: V&R unipress, 111–134.
- Rosenberger, Sieglinde & Jakob Winkler 2014: Com/passionate Protests: Fighting the Deportation of Asylum Seekers, in: *Mobilization: An International Quarterly*, 19(2), 165–184.
- Roth, Roland & Dieter Rucht (Hrsg.) 2008: *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Roth, Roland & Dieter Rucht 2008: Einleitung, in: Roland Roth & Dieter Rucht (Hrsg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945: Ein Handbuch*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 9–36.
- Rucht, Dieter 1994: *Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

- Rucht, Dieter 2001: Protest und Protestereignisanalyse: Einleitende Bemerkungen, in: Dieter Rucht (Hrsg.): *Protest in der Bundesrepublik: Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 7–25.
- Rucht, Dieter 2018: Mobilization against refugees and asylum seekers in Germany: A social movement perspective, in: Sieglinde Rosenberger, Verena Stern & Nina Merhaut (Hrsg.): *Protest Movements in Asylum and Deportation*, Cham: Springer, 234–255.
- Rucht, Dieter, Peter Hocke & Thomas Ohlemacher 1992: *Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik Deutschland (Prodat) Codebuch. Discussion Paper FS III 92-103.*, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB).
- Rygiel, Kim 2011: Bordering solidarities: migrant activism and the politics of movement and camps at Calais, in: *Citizenship Studies*, 15(1), 1–19.
- Said, Edward 2009: *Orientalismus*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Scheel, Stephan 2015: Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please!, in: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 1(2), <http://movementsjournal.org/issues/02.kaempfe/14.scheel-autonomie-der-migration.html> [11.03.2021].
- Schilliger, Sarah 2020: Challenging who counts as a citizen. The infrastructure of solidarity contesting racial profiling in Switzerland, in: *Citizenship Studies*, 24(4), 530–547.
- Schmalz, Dana 2018: Der Flüchtling als normative Idee, in: *Metaphora* (3), <http://metaphora.univie.ac.at/volume3-schmalz.pdf> [11.03.2021].
- Schoenes, Katharina 2013: *Politiken der freiwilligen Rückführung. Eine Analyse aus der Perspektive der Migration*, Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin, <http://edoc.hu-berlin.de/docviews/abstract.php?id=41055> [11.03.2021].
- Schuster, Liza 2003: *The use and abuse of political asylum in Britain and Germany*, London: Routledge.
- Schuster, Liza & Nassim Majidi 2013: What happens post-deportation? The experience of deported Afghans, in: *Migration Studies*, 1(2), 221–240.
- Schuster, Liza & Nassim Majidi 2015: Deportation Stigma and Re-migration, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(4), 635–652.
- Schwartz-Shea, Peregrine & Yanow Dvora 2012: *Interpretive Research Design: Concepts and Processes*, New York: Routledge.
- Schwenken, Helen 2006: *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*, Bielefeld: transcript.
- Schwenken, Helen, Lisa-Marie Heimeshoff, Maren Kirchhoff & Johanna Neuhauser 2015: *Die ‚Flüchtlingskrise‘ migrationssoziologisch quergelesen. Antrittsvorlesung anlässlich der Berufung auf die Professur für Migration und Gesellschaft der Universität Osnabrück, 1. Dezember 2015* (IMIS Working Paper Nr. 01), Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) Universität Osnabrück, https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publikationen/PDFs/IMIS_WP01_Antrittsvorlesung_Schwenken_etal.pdf [05.05.2019].
- Schwenken, Helen & Helge Schwiertz 2021: Transversale und inklusive Solidaritäten im Kontext politischer Mobilisierungen für sichere Fluchtwege und gegen Abschiebungen, in: Samia Dinkelaker, Nikolai Huke & Olaf Tietje (Hrsg.): *Nach der "Willkommenskultur". Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität*, Bielefeld: transcript, 165–192.
- Schwiertz, Helge 2015: „Für uns existiert kein Blatt im Gesetzbuch“. Migrantische Kämpfe und der Einsatz der radikalen Demokratie, in: Uwe Hunger, Roswitha Pioch & Stefan Rother (Hrsg.): *Migration und Demokratie – Studien zu einem neuen Forschungsfeld*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 229–254.

- Schwartz, Helge 2016: Transformations of the undocumented youth movement and radical egalitarian citizenship, in: *Citizenship Studies*, 20(5), 610–628.
- Schwartz, Helge 2019: *Migration und Radikale Demokratie. Politische Selbstorganisation von migrantischen Jugendlichen in Deutschland und den USA*, Bielefeld: transcript.
- Schwartz, Helge & Philipp Ratfisch 2015: *Antimigrantische Politik und der "Sommer der Migration"*. (Analysen Nr. 25), Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen25_Antimigrantische_Politik.pdf [09.03.2021].
- Schwartz, Helge & Helen Schwenken 2020: Introduction: inclusive solidarity and citizenship along migratory routes in Europe and the Americas, in: *Citizenship Studies*, 24(4), 405–423.
- Sciortino, Giuseppe 2004: Between Phantoms and Necessary Evils. Some Critical Points in the Study of Irregular Migrations to Western Europe, in: *IMIS-Beiträge*, 24, 17–44.
- Seibert, Niels 2008: *Vergessene Proteste: Internationalismus und Antirassismus 1964–1983*, Münster: Unrast.
- Seidlmayer, Eva 2012: Last Minute Protest. Ein Netzwerk am Frankfurter Flughafen macht vor, wie man Zwangsausreise verhindern kann, in: *Hinterland*, 19, 34–37.
- Simon, Jenny 2019: *Contesting Consensus. Chinas Integration in die globalen Finanzbeziehungen*, unveröffentlichte Doktorarbeit, Kassel.
- Simsa, Ruth & Doris Schober 2012: *Nonprofit Organisationen in Österreich.*, Wirtschaftsuniversität Wien, <https://gemeinnuetzig.at/wp-content/uploads/2012/11/OesterreichischerNPO-Sektor.pdf> [09.03.2021].
- Snow, David & Danny Trom 2002: The Case Study and the Study of Social Movements, in: Bert Klandermans & Suzanne Staggenborg (Hrsg.): *Methods of Social Movement Research*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 146–172.
- Spivak, Gayatri Chakravorty 1985: The Rani of Sirmur: An Essay in Reading the Archives, in: *History and Theory*, 24(3), 247–272.
- Steinhilper, Elias 2016: *Selbstbewusst und Laut – Politische Proteste von Geflüchteten*, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/227542/politische-proteste-von-gefluechteten> [09.03.2021].
- Stockmann, Sophia 2015: *"We all belong together" – Proteste gegen Abschiebungen. Eine Fallstudie zum "Bündnis gegen Abschiebungen" Osnabrück*, unveröffentlichte Masterarbeit, Bielefeld.
- SWR. Südwestrundfunk 2016: *Pro und Contra „Wir schaffen das“, „Deutschland braucht eine neue Abschiebekultur“*, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/pro-und-contra-wir-schaffen-das-deutschland-braucht-eine-abschiebekultur/-/id=396/did=18056006/nid=396/1q2ax5r/> [18.01.2017].
- Tazreiter, Claudia 2010: Local to Global Activism: The Movement to Protect the Rights of Refugees and Asylum Seekers, in: *Social Movement Studies*, 9(2), 201–214.
- Tazzioli, Martina 2018: Crimes of solidarity: migration and containment through rescue, in: *Radical Philosophy*, 2(1), <http://research.gold.ac.uk/27314> [05.03.2020].
- Tazzioli, Martina & William Walters 2019: Migration, solidarity and the limits of Europe, in: *Global Discourse*, 9(1), 175–190.
- The Caravan Berlin 2013: *About the Caravan.*, <http://karawane-berlin.org/about-the-caravan/> [09.03.2021].
- Ticktin, Miriam 2011: *Casualties of Care: Immigration and the Politics of Humanitarianism in France*, Berkeley: University of California Press.
- TRANSIT MIGRATION Forschungsgruppe (Hrsg.) 2007: *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript.
- Tsianos, Vassilis & Bernd Kasperek 2013: *Too much love: Von »Non-Citizens« und Ihren »Supportern«.* Über Problematische Neue Begriffe im Deutschen Antirassistischen Diskurs, *Jungle World* (Nr. 30), <http://jungle-world.com/artikel/2013/30/48137.html> [11.03.2021].

- Tyler, Imogen & Katarzyna Marciniak 2013: Immigrant protest: an introduction, in: *Citizenship Studies*, 17(2), 143–156.
- Valocchi, Stephen 2009: *Social Movements and Activism in the USA*, London: Routledge.
- Vestena, Carolina 2019: Rechtliche Institutionen als Vermittlungsort der „Politik der Straßen“: Eine Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung der Krise in Portugal, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen (FJSB)*, 32(2), 248–261.
- Vogel, Dita 2016: *Kurzdossier: Umfang und Entwicklung der Zahl der Papierlosen in Deutschland* (AbIB-Arbeitspapiere 2/2016), Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung Universität Bremen, https://www.uni-bremen.de/fileadmin/user_upload/fachbereiche/fb12/fb12/pdf/A-IB/Vogel/PublikationenVogel_chronologisch_05_2020.pdf [07.02.2021].
- Walters, William 2002a: Deportation, Expulsion, and the International Police of Aliens, in: *Citizenship Studies*, 6(3), 265–292.
- Walters, William 2002b: Mapping Schengenland: denaturalizing the border, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, 20(5), 561–580.
- Walters, William, Nicholas De Genova, Tanya Golash-Boza, Shahram Khosravi, Clara Lescadet & Stephan Scheel 2021: Deportation, in: *Environment and Planning D: Society and Space*, 73–80 [12.03.2021].
- Warin, Catherine 2017: *Individual Rights under Union Law*, unveröffentlichte Dissertation, Luxemburg.
- Welz, Judith 2017: Deportabilities. Essay on the complexity of a social condition, in: *lo Squaderno* (44), 13–17.
- Wesel, Uwe 1984: *Juristische Weltkunde. Eine Einführung in das Recht*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wong, Tom 2015: *Rights, Deportation, and Detention in the Age of Immigration Control*, Stanford: Stanford University Press.
- Wullweber, Joscha 2012: Konturen eines Analyserahmens: Hegemonie, Diskurs und Antagonismus, in: Iris Dzudzek, Caren Kunze & Joscha Wullweber (Hrsg.): *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven*, Bielefeld: transcript, 29–58.

Anhang A: Überblick über die Publikationen

Die vorliegende kumulative Dissertation enthält sechs publizierte beziehungsweise zur Publikation angenommene Beiträge. Im Folgenden beschreibe ich meinen Anteil an der Entstehung dieser Publikationen und stelle dar, inwiefern Dritte am Verfassen oder an Vorarbeiten für die Artikel beteiligt waren. Die Informationen zur Arbeitsteilung sind mit den jeweiligen Ko-Autor:innen abgesprochen.

Kapitel	Peer Review Verfahren (PR)	Autor:innenschaft	Publikationsstand
3.1	Sammelband mit PR	Ko-Autor:innenschaft	Publiziert (2018)
3.2	Zeitschrift mit PR	Ko-Autor:innenschaft	Publiziert (2017)
3.3	Sammelband mit PR	Ko-Autor:innenschaft	Publiziert (2018)
3.4	Zeitschrift ohne PR	Ko-Autor:innenschaft	Publiziert (2019)
3.5	Zeitschrift ohne PR	Einzelautor:innenschaft	Publiziert (2020)
3.6	Zeitschrift mit PR	Einzelautor:innenschaft	Publiziert (2021)

Tabelle 6: Überblick über die Publikationen

[Kapitel 3.1] Kirchhoff, Maren & David Lorenz 2018: *Between Illegalization, Toleration, and Recognition: Contested Asylum and Deportation Policies in Germany*

Publikationsort: Rosenberger et al. (Hg.) 2018: *Protest Movements in Asylum and Deportation*, IMISCOE Research Series, Cham: Springer, 49-68.

Publikationstyp: Beitrag in einem Sammelband mit Double Blind Peer Review Verfahren

Diesen Artikel habe ich gemeinsam mit David Lorenz geschrieben. Der Artikel beruht auf der Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Protesten gegen Abschiebungen in der Bundesrepublik Deutschland, den ich im Rahmen der deutschen Kontextstudie für das D-A-CH-Projekt „Taking Sides: Protest Against the Deportation of Asylum Seekers. A Comparison between Germany, Austria and Switzerland“, in dem ich von 12/2013 bis 02/2017 als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig war, verfasst habe. Die Erhebung der statistischen Daten zu Asylanträgen und Abschiebungen sowie die Erstellung der beiden Graphiken erfolgte durch David Lorenz. David und ich haben den Artikel gemeinsam konzipiert. Ich habe einen ersten Entwurf verfasst, den David anschließend überarbeitet hat. Die abschließende Überarbeitung des Artikels infolge der Rückmeldung der Herausgeber:innen sowie zweier anonymer Gutachter:innen habe ich durchgeführt.

[Kapitel 3.2] Rosenberger, Sieglinde, Helen Schwenken, Maren Kirchhoff und Nina Maria Merhaut 2017: *Abschiebe-Protest-Kulturen: Abschiebungen als Konfliktfeld in Deutschland und Österreich zwischen 1993 und 2013*

Publikationsort: Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Sonderband 33: *Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests*, 257-283.

Publikationstyp: Beitrag in einer Fachzeitschrift mit Double Blind Peer Review Verfahren

Die finale Version des Artikels „Abschiebe-Protest-Kulturen“ wurde von Sieglinde Rosenberger, Helen Schwenken und mir konzipiert und verfasst. Der Artikel beruht zum einen auf der Aufarbeitung des Forschungsstandes, den ich im Rahmen des deutschen Kontextberichts verfasst habe, sowie auf der Auswertung der quantitativen Medienereignisanalyse, die in den drei Länderteams erfolgte. Im deutschen Länderteam habe ich diese Analyse angeleitet und mit der Unterstützung von dem als wissenschaftliche Hilfskraft beschäftigten Kollegen David Lorenz und den beiden studentischen Mitarbeiterinnen Sylvia Mann und Sophia Nürnberger durchgeführt. Die länderübergreifende statistische Auswertung erfolgte anfangs durch die Wiener Projektmitarbeiterinnen Sarah Meyer und später durch Nina Maria Merhaut, die auch alle Graphiken und Tabellen für den Artikel erstellt hat. Abschließend habe ich den Artikel auf Grundlage der Kritik der Gutachter:innen und Herausgeber:innen in Rücksprache mit Sieglinde Rosenberger überarbeitet.

**[Kapitel 3.3] Hinger, Sophie, Maren Kirchhoff & Ricarda Wiese 2018: “We belong together”
Collective anti-deportation protests in Osnabrück**

Publikationsort: Rosenberger et al. (Hg.) 2018: Protest Movements in Asylum and Deportation, IMIS-COE Research Series, Cham: Springer, 163-184.

Publikationstyp: Beitrag in einem Sammelband mit Double Blind Peer Review Verfahren

Diesen Artikel habe ich gemeinsam mit Sophie Hinger und Ricarda Wiese konzipiert. Er beruht auf Interviews, die Sophie Hinger und ich gemeinsam vorbereitet und durchgeführt haben und die mehrheitlich von der studentischen Mitarbeiterin im Projekt Ricarda transkribiert wurde (für Details siehe Interviewübersicht) sowie auf teilnehmender Beobachtung (insbesondere Sophie Hingers und Ricarda Wieses Teilnahme an Protestaktionen und Treffen der Gruppe No Lager). Die Erarbeitung der theoretischen Perspektive basiert auf Sophie Hingers und meinen Vorarbeiten. Auf Grundlage einer gemeinsamen Analyse haben wir die einzelnen Unterkapitel verfasst und mehrmals überarbeitet, sodass jede von uns an allen Teilen des Artikels gleichberechtigt mitgeschrieben hat. Die abschließende Überarbeitung des Artikel infolge der Rückmeldung der Herausgeber:innen sowie zweier anonymer Gutachter:innen haben Sophie Hinger und ich vorgenommen.

[Kapitel 3.4] Hinger, Sophie & Maren Kirchhoff 2019: Andauerndes Ringen um Teilhabe – Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebung in Osnabrück (2014 – 2017)

Publikationsort: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Sonderheft „Kämpfe um Teilhabe“, Forschungsjournal Sozial Bewegungen, 32 (3): 350 – 363.

Publikationstyp: Beitrag in Fachzeitschrift ohne Peer Review Verfahren

Der Artikel beruht auf der gemeinsamen Arbeit mit Sophie Hinger und mir zwischen 2015 und 2019. Ergänzend zum qualitativen Datenmaterial, mit dem wir bereits im „We belong Together!“-Beitrag gearbeitet haben, haben wir drei weitere Interviews geführt – davon jeweils eines allein und das dritte gemeinsam – und diese transkribiert. Die Konzeption, Verschriftlichung und Überarbeitung des Artikels infolge von Kommentaren aus der Forschungswerkstatt Migration und Gesellschaft sowie der Herausgeber:innen erfolgte in gleichberechtigter Arbeitsteilung durch Sophie Hinger und mich.

[Kapitel 3.5] Kirchhoff, Maren 2021: Umkämpfte Grenze im Inneren Europas – Juridische Auseinandersetzungen um subjektive Rechte nach der Dublin-Verordnung

Publikationsort: Kritische Justiz, Heft 2 (2021), 190-202.

Publikationstyp: Beitrag in einer Fachzeitschrift ohne Peer Review Verfahren

Den Artikel habe ich ohne Beteiligung Dritter konzipiert und verfasst. In die Überarbeitung des Beitrags sind Kommentare der Redaktion eingegangen. Der publizierte Beitrag enthält eine redaktionelle Änderungen im Vergleich zur in der im März 2021 eingereichten Fassung der Dissertation.

[Kapitel 3.6] Kirchhoff, Maren 2020: Differential solidarity: protests against deportations as structured contestations over citizenship

Publikationsort: Citizenship Studies, 24 (4), 568-586.

Publikationstyp: Beitrag in einer Fachzeitschrift mit Double Blind Peer Review Verfahren

Den Artikel habe ich ohne Beteiligung Dritter konzipiert und verfasst. Die Interviews der Hamburger Fallstudie habe ich allein geführt, bei einem Gruppeninterview wurde ich von Stephan Liebscher unterstützt. Die Interviews der Osnabrücker Fallstudie habe ich wie unter 3.3 darstellt fast vollständig gemeinsam mit Sophie Hinger geführt. Die Transkription der Interviews erfolgte durch Stephan Liebscher, Ricarda Wiese und Sophie Hinger (für Details siehe Interviewübersicht). In die Überarbeitung des Beitrags sind zwei anonyme Gutachten eingegangen.

Anhang B: Interviewübersicht

Vorbemerkung: Auch wenn viele der Interviews nicht explizit im Text zitiert werden, bilden sie eine zentrale Grundlage meiner Analyse. Alle Interviews mit Ausnahme der ergänzenden Kommunikation zum Fall der Auseinandersetzungen vorm EuGH wurden anonymisiert.

Fallstudien im Rahmen des D-A-CH-Projekts (anonymisiert)

Die Interviews wurden zum Großteil (Ausnahmen s.u.) von mir (MK) beziehungsweise von Sophie Hinger (SH) und mir geführt (aufgrund eines sehr ähnlichen Forschungsdesigns entschieden wir uns im Fall D5 die Interviews im Team durchzuführen). Für die Fallstudie D5:3 führte David Lorenz (DL) alle Gespräche. Die Transkription erfolgte hauptsächlich durch die studentischen Projektmitarbeiter:innen Stephan Liebscher (SL), Ricarda Wiese (RW) und Rejane Herwig (RH).

Fall D1: Familie, Abschiebung verhindert; Interviews: MK, alle in Hamburg; Transkription: SL

- 1) Journalist:in, Vorgespräch am 27.04.2015, 15.06.2015
- 2) Betroffene (älteste Tochter der Familie), Einzel- und Gruppeninterview mit (Interviewpartner:innen 3 und 4), 09.06.2015
- 3) Lehrer:in, Gruppeninterview, 09.06.2015
- 4) Mitschüler:in/Freund:in, Gruppeninterview, 09.06.2015
- 5) Leiter:in des Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbundes, 10.06.2015
- 6) Rechtsanwält:in, Interview am 11.06.2015
- 7) Mitglied des Eingabenausschuss + Härtefallkommission HFK (Die.Linke), 16.06.2015
- 8) Weiterer Unterstützer (CDU Mitglied, arbeitete der Hamburger HFK ehrenamtlich zu), 09.07.2015

Fall D2: Familie, androhte Abschiebung (nicht verhindert) → freiwillige Ausreise, Wiedereinreise; Interviews: MK, alle in Hamburg; Transkription: RH, RW

- 1) Betroffene (mittlere Tochter der Familie), begleitetes Interview, 15.06.2015
- 2) Haupt-Unterstützer:in (arbeitet in der Einrichtung, in der die älteste Tochter damals Praktikum gemacht hat) Gruppeninterview (mit 3), 08.06.2015
- 3) Weitere:r Unterstützer:in (ebenfalls Mitarbeiter:in dieser Einrichtung) Gruppeninterview (mit 2), 08.06.2015; ergänzendes Interview zu Motivation, 15.06.2015
- 4) Lehrer:in (der Vorbereitungsklasse, in die die mittlere Tochter ging), 08.06.2015
- 5) Bekannte 1 (Kontakt über die o.g. Einrichtung), 16.06.2015
- 6) Bekannte 2 (mit eigener Fluchterfahrung, Kontakt über die o.g. Einrichtung), 16.06.2015
- 7) Pensionierter Lehrer, 17.06.2015
- 8) Ehemaliges Mitglied der Härtefallkommission (Die.Linke), 17.06.2015
- 9) Mitarbeiter:in einer kirchlichen Unterstützungsorganisation, 18.06.2015

Fall D3: Individuum, Abschiebung erfolgt, Wiedereinreise; Interviews: MK, 1-5 in Göttingen, 6 in Frankfurt; Transkription: SL

- 1) Mitglieder des AK Asyl, 02.06.2015
- 2) Mitarbeiter:in eines Flüchtlingsberatungsprojektes, 02.06.2015
- 3) Mitglied der Grünen Jugend, 02.06.2015
- 4) Integrationspolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion, 02.06.2015
- 5) Leiter der Ausländerbehörde, 10.07.2015
- 6) Aktivist:in aus Frankfurt zu Flughafen Protest, 14.07.2015

Fall D4: Individuum, (Dublin-)Abschiebung (dreimal) verhindert; Interviews: DL, alle in Berlin; Transkription SL

- 1) Betroffene:r, 20.05.2015
- 2) Unterstützer:in aus Polit-Gruppe, 20.05.2015
- 3) Unterstützer:in und Verfasser:in der Petition, 01.06.2015

- 4) Anwält:in, 01.06.2015
- 5) Refugee Aktivist:in, 26.06.2015 (Englisch)
- 6) Mitarbeiter:in Flüchtlingsrat Brandenburg, 26.06.2015; nachträglich keine Freigabe

Fall D5: Bündnis gg. Abschiebungen Osnabrück, Dublin-Abschiebungen verhindert, Ergebnisse größtenteils offen; Interviews: MK +SH, alle in Osnabrück; Transkription: RW, SH

- 1) Mitbegründer:in des Bündnis gegen Abschiebung, 06.07.2015
- 2) SPD-Politiker:in/ Ratsmitglied, privat an Protesten beteiligt, 08.07.2015
- 3) No Lager Aktivist:in, 16.07.2015
- 4) Anwält:in, 20.07.2015 (nur MK)
- 5) Zwei Anwohner:innen einer Unterkunft, 20.07.2015
- 6) ehem. Quartiersmanager:in, 21.07.2015 (außerdem anwesend: RW)
- 7) (Linken-)Politiker:in, Ratsmitglied, privat an Protesten beteiligt, 22.07.2015
- 8) Diakon, selbst an Protesten beteiligt, 22.07.2015
- 9) Person, die an selbstorganisiertem Protest teilgenommen hat, 15.09.2015 (Englisch)
- 10) Weitere Person, die an selbstorganisiertem Protest teilgenommen hat, 15.09.2015 (Englisch)
- 11) Aktivist:in von No Lager, deren eigene Abschiebung verhindert wurde
- 12) Weitere No Lager Aktivist:in mit sicherem Aufenthaltsstatus

Interviews (Englisch/Deutsch) 11 und 12 wurden von Michael Ruf am 10. und 14.12.2015 im Rahmen des dokumentarischen Theaterprojekts „Asyldialoge“ der Bühne für Menschenrechte geführt und für unsere Forschungszwecke bereitgestellt.

Weitere Interviews

Zu den Osnabrücker Fallstudien

- Aktivist Ickerweg mit unsicherem Aufenthaltsstatus, 29.09.2017 (nur SH)
 Aktivist:in No Lager, 30.04.2018 (nur MK)
 Aktivist Solidarity City Osnabrück, 11.06.2018

Zum Fall der Auseinandersetzungen vorm EuGH

- Rechtsanwalt Wolfgang Ludwig Weh, 18.04.2019 (Telefon)
 Rechtsanwältin Yvonne Coenders, 21.10.2020 (Mail)
 Rechtsanwalt Wil Eikelboom, 21.10.2020 (Mail)